



# Landtag von Baden-Württemberg

80. Sitzung

11. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 7. Februar 1996 · Haus des Landtags

Beginn: 9.30 Uhr

Schluß: 21.22 Uhr

## INHALT

- Eröffnung — Mitteilungen des Präsidenten . . . . 6667
1. Aktuelle Debatte — Die Auswirkungen der Steuer- und Finanzpolitik der CDU-geführten Bundesregierung auf Baden-Württemberg und seine Bevölkerung — beantragt von der Fraktion der SPD . . . . . 6667
- Abg. Maurer SPD . . . . . 6667, 6690
  - Abg. Stratthaus CDU . . . . . 6669
  - Abg. Krisch REP . . . . . 6671
  - Abg. Kuhn GRÜNE . . . . . 6672, 6689
  - Abg. Dr. Döring FDP/DVP . . . . . 6675
  - Minister Mayer-Vorfelder . . . . . 6676
  - Minister Dr. Spöri . . . . . 6683
2. Bericht und Antrag des Untersuchungsausschusses „Die Gleichheit der Steuerbürgerinnen und -bürger vor den Steuerbehörden Baden-Württembergs und die Steuerverwaltungspraxis im Fall Stefanie/Peter Graf, Brühl“ — Drucksache 11/7100. . . . . 6690
- Antrag Drucksache 11/7115
- Abg. Fleischer CDU . . . . . 6690
  - Abg. Dr. Geisel SPD . . . . . 6695
  - Abg. Dr. Schlierer REP . . . . . 6698, 6716
  - Abg. Bütikofer GRÜNE . . . . . 6702
  - Abg. Schöning FDP/DVP . . . . . 6705, 6736
  - Ministerpräsident Teufel . . . . . 6709
  - Abg. Kuhn GRÜNE . . . . . 6714
  - Minister Mayer-Vorfelder . . . . . 6717
  - Abg. Maurer SPD . . . . . 6725
  - Abg. Oettinger CDU . . . . . 6728
  - Abg. Bebber SPD . . . . . 6731
  - Abg. Bütikofer GRÜNE (persönliche Erklärung) . . . . . 6732
  - Abg. Kiesecker SPD (persönliche Erklärung). 6733
  - Abg. Ulrich Müller CDU (persönliche Erklärung) . . . . . 6734
  - Abg. Zeller SPD (persönliche Erklärung) . . 6735
  - Abg. Dr. Puchta SPD (persönliche Erklärung) 6735
- Beschluß . . . . . 6736
- Abg. Stächele CDU (zur Abstimmung). . . 6737
  - Abg. Oettinger CDU (zur Abstimmung) . . 6737
  - Abg. Bütikofer GRÜNE (zur Abstimmung) . 6738
3. Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums — Arbeitsplatzverlagerungen — Drucksache 11/6703 . 6738
- Abg. Deuschle REP . . . . . 6738, 6748
  - Abg. Kurz CDU . . . . . 6740
  - Abg. Wettstein SPD . . . . . 6741, 6749
  - Abg. Renz GRÜNE . . . . . 6742
  - Abg. Pfister FDP/DVP . . . . . 6743
  - Staatssekretär Brechtken . . . . . 6745
- Beschluß . . . . . 6749
4. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus und Sport — Kienbaum-Gutachten zur Optimierung des Ressourceneinsatzes im Schulbereich — Drucksache 11/6645 . . . . . 6749
- Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE . 6749, 6759
  - Abg. Rebhan CDU . . . . . 6751
  - Abg. Zeller SPD . . . . . 6752
  - Abg. König REP . . . . . 6753

Abg. Pfister FDP/DVP . . . . .	6754	Anträge Drucksachen 11/7109-1 und 11/7109-2	
Ministerin Dr. Annette Schavan . . . . .	6756	Abg. Scheffold CDU . . . . .	6783
Beschluß . . . . .	6759	Abg. Teßmer SPD . . . . .	6783
5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes-		Abg. Reimann REP . . . . .	6783
regierung — <b>Gesetz zur Änderung des Landes-</b>		Abg. Krieg GRÜNE . . . . .	6783
<b>jugendhilfegesetzes und des Jugendbildungsgesetz-</b>		Abg. Drautz FDP/DVP . . . . .	6784
<b>zes</b> — Drucksache 11/6730		Minister Weiser . . . . .	6784
Beschlußempfehlung und Bericht des Sozialaus-		Beschluß . . . . .	6785
schusses — Drucksache 11/7056 . . . . .	6759	Abg. Scheffold CDU (zu Protokoll) . . . . .	6786
Anträge Drucksachen 11/7111-1 bis 11/7111-5		Abg. Teßmer SPD (zu Protokoll) . . . . .	6786
Abg. Mühlbeyer CDU . . . . .	6759	Abg. Reimann REP (zu Protokoll) . . . . .	6787
Abg. Seltenreich SPD . . . . .	6760	Abg. Drautz FDP/DVP (zu Protokoll) . . . . .	6787
Abg. Schaal REP . . . . .	6760	9. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes-	
Abg. Jacobi GRÜNE . . . . .	6761	regierung — <b>Gesetz zur Neufassung des Landes-</b>	
Abg. Kiesswetter FDP/DVP . . . . .	6761	<b>umzugskostengesetzes und zur Änderung des Lan-</b>	
Ministerin Helga Solinger . . . . .	6762	<b>desreisekostengesetzes</b> — Drucksache 11/6811	
Beschluß . . . . .	6763	Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzaus-	
6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes-		schusses — Drucksache 11/7068 . . . . .	6788
regierung — <b>Gesetz zur Änderung des Landesab-</b>		Abg. Bütikofer GRÜNE . . . . .	6788
<b>fallgesetzes</b> — Drucksache 11/6865		Beschluß . . . . .	6788
Beschlußempfehlung und Bericht des Umweltaus-		Abg. Meyer CDU (zu Protokoll) . . . . .	6789
schusses Drucksache 11/7069 . . . . .	6765	Abg. Wilhelm REP (zu Protokoll) . . . . .	6789
Anträge Drucksachen 11/7113-1 bis 11/7113-8		Staatssekretär Baumhauer (zu Protokoll) . . . . .	6789
Abg. Sieber CDU . . . . .	6765	10. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes-	
Abg. Brinkmann SPD . . . . .	6765	regierung — <b>Gesetz zur Änderung des Spielban-</b>	
Abg. Bühler REP . . . . .	6767	<b>kengesetzes</b> — Drucksache 11/6878	
Abg. Walter GRÜNE . . . . .	6768	Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzaus-	
Abg. Kiel FDP/DVP . . . . .	6770	schusses — Drucksache 11/7053 . . . . .	6791
Minister Harald B. Schäfer . . . . .	6771	Abg. Keitel CDU . . . . .	6791, 6794
Beschluß . . . . .	6773	Abg. Schrempp SPD . . . . .	6791
Abg. Walter GRÜNE (zur Geschäftsordnung) . . . . .	6774	Abg. Rapp REP . . . . .	6791
7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes-		Abg. Bütikofer GRÜNE . . . . .	6792, 6794
regierung — <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes</b>		Abg. Kiel FDP/DVP . . . . .	6793
<b>über den Abbau der Fehlsubventionierung im</b>		Minister Birzele . . . . .	6793
<b>Wohnungswesen für Baden-Württemberg</b> —		Beschluß . . . . .	6795
<b>Drucksache 11/6785</b>		Abg. Ursula Lazarus CDU (zur Abstimmung) . . . . .	6795
Beschlußempfehlung und Bericht des Wirtschafts-		Abg. Keitel CDU (zu Protokoll) . . . . .	6796
ausschusses — Drucksache 11/7095 . . . . .	6776	11. a) Beschlußempfehlung und Bericht des Finanz-	
Abg. Dr. Lang CDU . . . . .	6776, 6779	ausschusses zu dem Antrag des Finanzministe-	
Abg. Schrempp SPD . . . . .	6777, 6780	riums vom 3. Januar 1996 — <b>Veräußerung ei-</b>	
Abg. Rapp REP . . . . .	6777	<b>ner landeseigenen Baufläche an der Hegel-</b>	
Abg. Dr. Witzel GRÜNE . . . . .	6778	<b>straße in Stuttgart an die Steuerberaterkammer</b>	
Abg. Kiel FDP/DVP . . . . .	6779	<b>Stuttgart zur Errichtung eines Steuerberater-</b>	
Staatssekretär Brechtken . . . . .	6781	<b>hauses</b> — Drucksachen 11/6984, 11/7061 . . . . .	6796
Beschluß . . . . .	6782	Beschluß . . . . .	6796
8. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes-		b) Beschlußempfehlung und Bericht des Finanz-	
regierung — <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes</b>		ausschusses zu dem Antrag des Finanzministe-	
<b>zur Ausführung des Tierseuchengesetzes</b> —		riums vom 4. Januar 1996 — <b>Verkauf des lan-</b>	
<b>Drucksache 11/6733</b>		<b>deseigenen Grundstücks Flst. Nr. 4094, Bülzen,</b>	
Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses		<b>in Besigheim</b> — Drucksachen 11/6985,	
für Ländlichen Raum und Landwirtschaft —		11/7062 . . . . .	6797
<b>Drucksache 11/7087</b> . . . . .	6783	Beschluß . . . . .	6797

- c) Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 5. Januar 1996 — Verkauf von landeseigenen Grundstücken in Boxberg — Drucksachen 11/6987, 11/7063. . . . . 6797  
 Beschluß . . . . . 6797
- d) Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 9. Januar 1996 — Veräußerung des ehemaligen Heinrich-Lanz-Krankenhauses in Mannheim (Flst. Nrn. 5583 und 5583/1) — Drucksachen 11/6992, 11/7051. . . . . 6797  
 Beschluß . . . . . 6797
12. Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. November 1995 — Anmeldung des Landes Baden-Württemberg zum 25. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ — Drucksachen 11/6757, 11/7064 . . . . . 6797  
 Beschluß . . . . . 6797
13. Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses — Drucksache 11/7067 —  
 zu
- a) der Mitteilung der Landesregierung vom 6. Dezember 1994 — Drucksache 11/5100
- b) der Mitteilung des Ministeriums für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst vom 6. März 1995 — Drucksache 11/6094  
 — Bericht der Landesregierung zu einem Beschluß des Landtags; hier: Denkschrift 1993 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1991; Nr. 28 — Badische Landesbühne e.V. Bruchsal, Württembergische Landesbühne Esslingen, Landestheater Württemberg-Hohenzollern Tübingen . . . . . 6797  
 Beschluß . . . . . 6797
14. Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. Oktober 1995 — Information über beabsichtigte Grundgesetzänderungen; hier: Gesetzentwürfe zur Änderung der Artikel 13, 14 und 74 GG (Schaffung verfassungsrechtlicher Grundlagen für den Einsatz technischer Mittel zur Strafverfolgung in Wohnungen und zur Vermögensziehung) — Drucksachen 11/6674, 11/6739 . . . 6797  
 Beschluß . . . . . 6797
15. Beschlußempfehlung und Bericht des Sozialausschusses zu der Mitteilung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung vom 16. Oktober 1995 — Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über die Bestimmung aufsichtsführender Länder nach Artikel 87 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes — Drucksachen 11/6653, 11/6831 . . . . . 6797  
 Beschluß . . . . . 6797
16. Beschlußempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 21. August 1995 — Mittelstandsbericht 1995 — Drucksachen 11/6382, 11/6879 . 6797  
 Beschluß . . . . . 6797
17. Beschlußempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 4. Oktober 1995 — Landesentwicklungsbericht 1994 — Drucksachen 11/6560, 11/6880 . . . . . 6797  
 Beschluß . . . . . 6797
- Nächste Sitzung . . . . . 6797



## Protokoll

über die 80. Sitzung vom 7. Februar 1996

Beginn: 9.30 Uhr

**Präsident Dr. Hopmeier:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 80. Sitzung des 11. Landtags von Baden-Württemberg.

Krank sind gemeldet Frau Abg. Offermanns und Frau Abg. Dr. Hübner.

Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte — Die Auswirkungen der Steuer- und Finanzpolitik der CDU-geführten Bundesregierung auf Baden-Württemberg und seine Bevölkerung — beantragt von der Fraktion der SPD**

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte die übliche Gesamtdauer von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Sprechzeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen stehen jeder Fraktion 5 Minuten Redezeit zu. Im übrigen beträgt die Redezeit 5 Minuten je Sprecher.

Das Wort darf ich Herrn Abg. Maurer erteilen.

**Abg. Maurer SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben diese Debatte beantragt, weil wir den Eindruck haben, daß unser Land durch die katastrophalen Auswirkungen der Bonner Steuer- und Finanzpolitik massiv getroffen wird, daß das Land Baden-Württemberg durch die Unfähigkeit und das Versagen in der Bonner Koalition schwere Nachteile zu befürchten hat.

Dabei hat es in den letzten Wochen so geschienen, als ob die Politik in Deutschland in Bewegung geraten sei. Es sind Hoffnungen geweckt worden durch das „Bündnis für Arbeit“, das wir den deutschen Gewerkschaften und ihrem Drängen verdanken. Es wäre dringend notwendig, daß Bewegung in die Politik in Deutschland kommt. Wir haben den schrecklichsten Dreiklang in der Nachkriegsgeschichte, den man sich vorstellen kann. Wir haben eine statistische Arbeitslosigkeit von 4 Millionen, eine reale von 6 Millionen. Wir haben die höchste Steuer- und Abgabenbelastung für die Arbeitnehmer und die Mittelschichten in Deutschland seit der Nachkriegszeit. Wir haben einen weitgehenden Ruin der Staatsfinanzen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und wenn jetzt nicht gehandelt wird, dann wird diese Nation insgesamt Schaden nehmen.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der Republikaner und des Abg. Krieg GRÜNE — Abg. Kurz CDU: Das gilt auch für die SPD, Herr Kollege!)

Herr Kollege Kurz,

(Abg. Drexler SPD: Ist der da? — Abg. Zeller SPD: Das ist die CDU-Kompetenz!)

es gibt in der Bibel ein Wort, das heißt: „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen.“

(Abg. Schrempp SPD: An ihren Früchtchen!)

Sie regieren jetzt zusammen mit dem gelben Anhängsel in Deutschland seit 13 Jahren,

(Abg. Kurz CDU: Und die Bundesratsmehrheit?)

und die Ergebnisse sind absolut katastrophal, Herr Kollege Kurz.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN — Abg. Kurz CDU: Die Bundesratsmehrheiten, die alles behindern, Herr Kollege!)

Ich will Ihnen auch deutlich sagen, daß die Art und Weise, wie auch aus den Reihen Ihrer Partei mit dem Drängen gesellschaftlicher Gruppen auf Handeln und auf mehr Gerechtigkeit und Solidarität in dieser Gesellschaft umgegangen wird, nicht akzeptabel ist. Die Art und Weise, wie sich Herr Schäuble gegenüber den Vorschlägen der beiden Kirchen geäußert hat, die darauf hingewiesen haben, daß es nicht geht, daß die Spaltung zwischen Arm und Reich in diesem Land weiter vertieft wird, die Art und Weise, wie Sie sich dazu in Bonn eingelassen haben, ist schlicht schnöde und diesen Vorschlägen nicht angemessen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Nun ist ja dies alles noch überlagert worden durch das grandiose Theater zum Thema Solidaritätszuschlag. Der seit 1995 erhobene Solidarbeitrag ist laut Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung zur Finanzierung der hohen Leistungen des Bundes für die neuen Länder notwendig. Sinken diese Belastungen, wird er entsprechend zurückgeführt. So der Jahreswirtschaftsbericht 1995.

Am 10. Oktober 1995 hat das Bundesfinanzministerium die Nettotransferleistungen des Bundes an die neuen Länder wie folgt bilanziert: 1995 100 Milliarden DM, 1996 78 Milliarden DM. Also eine Nettoentlastung des Bundes um 22 Milliarden DM. Trotzdem wird hier ein Theater um den Umsatzsteueranteil der Länder veranstaltet, obwohl die Nettotransferleistungen des Bundes um 22 Milliarden DM zurückgegangen sind.

(Maurer)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie alle kennen die Risiken unseres Landeshaushalts. Sie alle wissen, unter welchen schwierigsten Umständen wir hier im Land Finanzpolitik machen müssen, um eine seriöse Finanzpolitik mit den dringend notwendigen politischen Maßnahmen in Baden-Württemberg zu vereinbaren. Die Vorstellung — und darauf läuft diese Bonner Aktion ja hinaus —, daß das Land Baden-Württemberg mit 600 Millionen DM zusätzlich pro Jahr belastet wird — das ist der Vorschlag, mit dem wir uns auseinanderzusetzen haben —, ist absurd und den Interessen des Landes Baden-Württemberg diametral entgegengerichtet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Abg. Weimer SPD: Das sind teure 5 %!)

Sie sollten uns jetzt einmal erklären, wie das denn eigentlich gehen soll. Herr Mayer-Vorfelder bilanziert neue Deckungslücken im Landeshaushalt. Nun sollen wir nach diesem Vorschlag 600 Millionen DM zusätzlich verkraften. Der Landeshaushalt ist ausgemostet. Das wissen Sie so gut wie ich. Das bedeutet im Klartext 600 Millionen DM weniger für Kindergärten, 600 Millionen DM weniger für Lehrerinnen und Lehrer, 600 Millionen DM weniger für Polizisten. Das ist das Ergebnis; denn wir sind bereits an den äußersten Grenzen angelangt. Es geht nicht — ich sage Ihnen das so deutlich —, daß ein Trick, um die FDP/DVP in den baden-württembergischen Landtag zu befördern, zu Lasten des Landes Baden-Württemberg gemacht wird. Das geht nicht!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich finde die Rolle — und ich will das hier so deutlich anmerken — des Herrn Ministerpräsidenten in dieser Angelegenheit außerordentlich dubios.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Ich zitiere vom 30. Januar 1996:

(Abg. Haasis CDU: Das haben Sie nur aus der Presse!)

Über die Gegenfinanzierung müsse man selbstverständlich noch reden. „Für mich ist völlig klar, daß die Reduzierung des Solidaritätszuschlags nicht einseitig zu Lasten der Länder gehen darf.“ . . .

(Abg. Kurz CDU: Das ist doch richtig!)

Genauso klar sei aber auch, daß die Länder bereit sein müßten, in dem Umfang auf Umsatzsteueranteile zu verzichten, in dem ihre Leistungen an die neuen Länder zurückgingen.

Herr Kollege Teufel, wenn ich mir anschau — und das Lob fällt mir eher schwer —,

(Zuruf des Abg. Kurz CDU)

wie Herr Stoiber und Herr Biedenkopf zusammen mit den sozialdemokratischen Länderchefs für ihre Länderinteressen hingestanden sind, muß ich Ihnen sagen: Sie haben die Interessen dieses Landes nicht ausreichend erkennbar wahrgenommen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN sowie Beifall bei Abgeordneten der Republikaner — Abg. Kurz CDU: Er war aber der einzige, der richtig analysiert hat! — Zuruf von der SPD: Er ist weggetaucht!)

Im übrigen kann ich mir nicht vorstellen, daß solche weitreichenden Vorschläge wie auch andere, über die im Verlauf dieser Debatte noch zu reden sein wird, nicht im Präsidium der Bundes-CDU besprochen werden. Meine Vorstellung von der Funktion eines stellvertretenden Bundesvorsitzenden ist eigentlich, daß so etwas besprochen wird.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Bei denen wird nicht viel besprochen! Der Teufel wird dabei nicht gefragt! — Abg. Weimer SPD: Das war wie bei der Bestellung des neuen Datenschutzbeauftragten!)

— Ich nehme schon an, daß das dort auch so ist.

Wir würden uns schon dafür interessieren, wie eigentlich Ihre Rolle im Vorfeld einer solchen Entscheidung und bei der Vorbereitung einer solchen Entscheidung gewesen ist.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Nun hat uns ja der sehr ehrenwerte Herr Mayer-Vorfelder bereits mitgeteilt, was wir infolge dieser Einnahmeausfälle, die da geplant sind, weiter zu erwarten haben. Er hat ein Papier unterbreitet, von dem ich lese, Herr Kollege Teufel, daß er dies auf Ihre Bitte hin getan hat,

(Abg. Weimer SPD: Aha!)

ein Papier mit einem Vorschlag zu einem Einspardialog. Da finden wir dann Verzicht auf Schüler- und Meister-BAföG — das muß man sich einmal vorstellen! —,

(Abg. Weimer SPD: Hört, hört!)

Reduzierung der Sozialhilfe auf das Existenzminimum, Kürzung beim Wohngeld, Absenkung der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Der wird ganz rot!)

Bluten sollen also Schüler, angehende Meister, Behinderte, Sozialhilfeempfänger, Wohngeldbezieher.

(Abg. Wettstein SPD: Alles reiche Leute!)

Wir möchten wissen, Herr Kollege Teufel, ob das auch Ihre Überlegungen sind oder ob Sie sich von den Überlegungen Ihres Finanzministers distanzieren. Wenn Sie sich distanzieren, dann machen Sie dies in dieser Sitzung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte noch einen Hinweis geben. Nach der Sozialhilfestatistik waren im Jahr 1993 1,5 Millionen Sozialhilfeempfänger unter 15 Jahren, 730 000 waren jünger als sieben Jahre. Was hier geplant wird, ist nichts anderes, als daß Sparpolitik in Kinderarmut umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Widerspruch bei der CDU)

(Maurer)

— Aber ja. — Wer weiß, was es heute bedeutet, wenn Kinder am Schulausflug, an Schulveranstaltungen nicht teilnehmen können, wenn sie in anderen Klamotten herumlaufen müssen als die anderen, wer weiß, was für ein sozialer Druck da schon jetzt besteht, sollte dies ein bißchen ernst nehmen. Sie führen das Wort Familie sehr oft im Mund. Sie muten uns jetzt ein Aktionsprogramm der Bundesregierung zu: Abschaffung der Vermögensteuer — hurra —, Senkung der Gewerbesteuer und der Gewerbeertragsteuer und im Gegenzug Kürzung der Arbeitslosenhilfe

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das fordert der Herr Spöri ständig!)

— ich rede vom Herrn Mayer-Vorfelder —, Kürzung der Arbeitslosenhilfe beim Bund — das können Sie wohl nicht bestreiten, Herr Kollege Döring.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ihr wißt doch gar nicht, was ihr wollt!)

Das muten Sie uns in einem Land zu, in dem die Realeinkommen über Jahre hinweg gesunken sind, die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und die Realgewinne aber massiv gestiegen sind. Ihre Politik ist sozial völlig ungleichgewichtig.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und Abgeordneten der Republikaner — Abg. Alfred Haas CDU: Den Beifall der Republikaner haben Sie!)

Ich sage Ihnen: Sie können in schwierigen Zeiten unsere Bevölkerung für Solidarität gewinnen. Das hat das Beispiel der Gewerkschaften gezeigt, die sogar reale Verzichte auf Lohn und auf Bezahlung von Überstunden angeboten haben. Wer aber die Dimensionen der Gerechtigkeit in einer so schwierigen gesellschaftlichen Situation nicht beachtet, verspielt die Zukunft seines Landes, verspielt die Fähigkeit zur Solidarität und treibt uns weiter in die Krise.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN sowie Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stratthaus.

Abg. Stratthaus CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zuruf des Abg. Drexler SPD — Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir merken jetzt, daß Wahlkampf ist. Unsere Wirtschaft befindet sich ohne Frage in einer schwierigen Situation. Das einzige, was Herr Maurer uns in dieser Situation vorzubringen hatte, war eine Polemik. Ich habe 10 Minuten zugehört, aber an keiner einzigen Stelle auch nur die Spur eines Lösungsansatzes für unsere schwierigen Probleme gehört.

(Beifall bei der CDU — Zurufe der Abg. Maurer und Weimer SPD)

Wir haben 1989 eine Revolution gehabt. Der Weltkommunismus ist zusammengebrochen. Wir haben Deutschland wiedervereinigt.

(Abg. Drexler SPD: Wer ist „wir“?)

Wir sind dem globalen Wettbewerb ausgesetzt. Dadurch hat sich in unserer Wirtschaft vieles verschlechtert. Das wollen wir ehrlich zugeben.

(Beifall bei der CDU)

Ich gebe auch gerne zu, daß die Steuern nicht so sind, wie sie sein sollten. Sie sind zu hoch. Sie sind zu kompliziert. Sie sind nicht immer gerecht. Sie sind manchmal leistungs- und investitionshemmend.

Meine Damen und Herren, die Opposition hat in Bonn natürlich keine Verantwortung getragen. Deswegen kann man sie nicht an dem messen, was sie getan hat.

(Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD)

Aber man kann sie natürlich an dem messen, was sie in Zeiten getan hat, die viel besser waren. Als Bundeskanzler Kohl im Jahr 1982 die Regierung übernommen hat, hatten wir eine Staatsquote von 51 %, genausoviel wie heute, und das ohne Wiedervereinigung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Zurufe der Abg. Drexler und Brechtken SPD — Abg. Weyrosta SPD: Das stimmt doch gar nicht! Aus welchem Kaffeesatz haben Sie diese Zahlen? — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

In der Zeit der Regierung Kohl wurde bis 1989 die Staatsquote auf 46 % zurückgefahren, und die Nettoneuverschuldung wurde halbiert. Ich bitte Sie, das einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Abg. Weyrosta SPD: Sie sagen doch die Unwahrheit! — Abg. Wettstein SPD: Auch hier stimmen Ihre Zahlen nicht!)

Meine Damen und Herren, eine weitere Möglichkeit, wie man die Opposition prüfen kann, liegt darin, daß man die Zustände in den einzelnen Bundesländern betrachtet.

(Abg. Sieber CDU: Sehr richtig!)

Wenn ich Baden-Württemberg und Bayern auf der einen Seite und Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen, Bremen und das Saarland auf der anderen Seite sehe, dann kann man geradezu eine politische Farbenlehre aufstellen: schwarze Regierungen, schwarze Politik: schwarze Zahlen

(Beifall bei der CDU — Lachen bei der SPD und den GRÜNEN — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

rotgrüne Regierungen,

(Große Unruhe)

grüne Politik: rote Zahlen.

(Lebhafte Unruhe — Zurufe, u. a. Abg. Wettstein SPD: Aber wir sind doch erst am Samstag bei der Karnevalssitzung!)

Meine Damen und Herren, ...

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Ich darf um Ruhe bitten.

**Abg. Stratthaus CDU:** ... im übrigen hat beim Jahressteuergesetz, das immer mit der Regierung in Zusammenhang gebracht wird, die SPD sehr intensiv mitgearbeitet, und das nicht immer zum Vorteil dieses Gesetzes.

(Beifall bei der CDU)

Beim Jahressteuergesetz wurde die Unternehmensteuerreform gebremst, und dieser Bremser hat einen Namen: Das war Oskar Lafontaine. Wir wollen das einmal festhalten.

(Beifall bei der CDU)

Es wurde die unsägliche Regelung für Dienstwagen eingeführt, die in Baden-Württemberg und in Bayern Arbeitsplätze gefährden wird.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN — Abg. Maurer SPD: Wer hat die denn eingeführt?)

— Wer sie eingeführt hat? Die SPD hat sie in erster Linie über den Vermittlungsausschuß bewirkt,

(Lachen bei der SPD — Zurufe der Abg. Drexler SPD und Walter GRÜNE)

und unser Wirtschaftsminister ist in Baden-Württemberg dagegen. Wie er sich in Bonn verhalten hat, weiß ich nicht.

(Abg. Maurer SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. — Abg. Maurer SPD: Gestatten Sie?)

Meine Damen und Herren, dann ging es um die Gegenfinanzierung von 15 Milliarden DM beim Jahressteuergesetz. Wenn Sie diese Liste lesen, dann ist das geradezu eine Folteranleitung gegen unseren gewerblichen Mittelstand. Gott sei Dank konnte der größte Teil verhindert werden.

(Beifall bei der CDU — Oh-Rufe von der SPD und den GRÜNEN — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Abg. Stratthaus, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Maurer?

**Abg. Stratthaus CDU:** Bitte sehr.

**Präsident Dr. Hopmeier:** Bitte, Herr Abg. Maurer.

**Abg. Maurer SPD:** Herr Kollege Stratthaus, ich will Ihnen nur helfen.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Wieser CDU: Jetzt aber! — Abg. Alfred Haas CDU: Wo ist denn daran die Frage? — Weiterer Zuruf des Abg. Wieser CDU — Abg. Weimer SPD: Hilfe in Frageform!)

— Ja. — Herr Kollege Stratthaus, ist Ihnen bekannt, was ich nun aus den „Stuttgarter Nachrichten“ von heute zitiere?:

Ursprünglich wollte Finanzminister Waigel die steuerliche Anrechnung von Verpflegungsmehraufwand

— wir reden ja gerade über die Reisekosten —

(Abg. Kurz CDU: Das ist etwas ganz anderes!)

vollkommen streichen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Aha!)

Nach heftigen Protesten ließ er sich gnädig dazu herab, wenigstens bei Reisen von mehr als zehn Stunden steuerfreie Mahlzeiten-Pauschalen zu gewähren.

Ist Ihnen das entgangen?

(Zuruf des Abg. Kurz CDU)

**Abg. Stratthaus CDU:** Lieber Herr Maurer, zunächst freue ich mich, wenn ich von Ihnen belehrt werde. Aber Sie haben mich in einer ganz anderen Sache belehrt als in der, die ich angesprochen habe.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich habe nämlich über die Dienstwagen gesprochen. Aber, um es noch einmal zu sagen: Das alles sind Petitessen.

(Lachen bei der SPD — Abg. Weimer SPD: Peanuts, gelle?)

— Nein, nein. — Viel wichtiger ist die Tatsache, daß Sie einmal die Liste betrachten sollten, mit der die SPD über den Bundesrat die 14 Milliarden DM gegenfinanzieren wollte.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Wenn die CDU das nicht verhindert hätte, ginge es dem Mittelstand heute noch viel schlechter, als es ihm tatsächlich geht.

(Abg. Drexler SPD: Meinen Sie die Liste vom Mayer-Vorfelder? — Zuruf des Abg. Trageiser REP)

Meine Damen und Herren, wir wollen nicht nur polemisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN — Abg. Kuhn GRÜNE: Bravo!)

sondern die CDU hat eine ganz klare Strategie. — Ja. Auf eine Karnevalsrede muß auch eine entsprechende Entgegnung kommen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben eine ganz klare Konzeption. Wir werden die Unternehmensteuerreform weiterführen. Die Kapitalertragsteuer muß abgeschafft werden, denn sie ist eine Arbeitsplatzvernichtungssteuer.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Sie muß abgeschafft werden. Wir werden auch die Gesamtbelastung zu verringern versuchen.

(Abg. Weimer SPD: Das sagt der Kohl seit 15 Jahren!)

(Stratthaus)

Deswegen glaube ich, daß der Solidaritätszuschlag zurückgeführt werden kann. Ich bin fest davon überzeugt — die Vergangenheit hat das bewiesen —, daß unser Ministerpräsident und unser Finanzminister in Bonn schon dafür sorgen werden, daß für Baden-Württemberg ein gutes Ergebnis herauskommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Unruhe bei der SPD)

Wir werden weiterhin auf längere Sicht dafür sorgen, daß die Steuern umgebaut und vereinfacht werden. Wir haben 50 verschiedene Steuern; das sind einfach zu viele. Die Hälfte der Steuerliteratur der Welt wird in deutscher Sprache geschrieben; auch das ist zuviel.

(Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe am Anfang gesagt, die Steuern seien zu hoch, zu kompliziert, zu ungerecht. Eines ist klar: Wenn wir eine andere Bundesregierung gehabt hätten, wären sie sicher nicht gerechter, aber ganz sicher wären sie höher und komplizierter.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Krisch.

(Abg. Wettstein SPD: Der Oettinger hat gekniffen! Er hat einen Fußsoldaten hingeschickt!)

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die einleitenden Worte des Kollegen Maurer und des Kollegen Stratthaus zeigten: Diese Debatte ist Wahlkampf pur, nichts als gegenseitige Schuldzuweisungen.

(Abg. Walter GRÜNE: Jetzt kommen die Lösungen!)

Sie von den alten Fraktionen scheinen völlig zu übersehen, daß die Bürger draußen Ihrer ständigen Blubberclub-Reden, ob hier in Stuttgart oder in Bonn, überdrüssig sind, daß die Bürger sauer sind, daß die Bürger diese Verschwendung von Zeit und Geld...

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Ich darf um Ruhe bitten.

Abg. Krisch REP: ... des Steuerzahlers nicht länger hinnehmen,

(Beifall bei den Republikanern)

denn Ihre Politik, meine Damen und Herren von den alten Fraktionen, ist Flickschusterei. Irgend jemand entdeckt ein Loch im Staatsetat, und schnell holt man sich das fehlende Geld von den Rentnern oder von den Arbeitnehmern; die Diätenerhöhungen müssen ja von irgend etwas bezahlt werden.

(Beifall bei den Republikanern — Mißfallensäußerungen bei der CDU)

Ihre Politik ist Leukoplastpolitik; Leukoplastpolitik nenne ich das, Herr Oettinger. Irgendwo ist eine schmerzende

Wunde, da kommt ein Pflaster drauf; nach den Ursachen der Wunde wird nicht gesucht.

Darin unterscheiden Sie sich von uns, Herr Kollege. Unsere Politik ist der Weg der vernetzten Politik,

(Lachen bei den GRÜNEN — Abg. Sieber CDU: Oje!)

denn Steuerpolitik und Finanzpolitik ohne Beachtung von Bildungspolitik

(Abg. Hackl GRÜNE: Der wird nicht einmal rot dabei!)

oder Arbeitsmarktpolitik oder Europapolitik, um nur drei Beispiele zu nennen, geht eben nicht. Politik beeinflusst sich immer gegenseitig, und wer das wie Sie mißachtet, der kann keine gute Politik machen.

(Beifall bei den Republikanern)

Gesetzesfolgekosten werden von Ihnen allen sträflich mißachtet. Wer Gesetze nur noch im Eilgang durchpeitscht, ohne im Parlament ordentlich darüber zu beraten und zu diskutieren, wer in erster und auch in zweiter Lesung Reden zu Gesetzentwürfen zu Protokoll gibt, so daß weder andere Abgeordnete noch die Öffentlichkeit deren Inhalt kennen, meine Damen und Herren, der hat kein Recht, hier über Steuerpolitik oder über Auswirkungen der Finanzpolitik zu sprechen.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Dr. Caroli SPD: Eine schlechte Abschiedsrede!)

Wenn die CDU den Koalitionspartner SPD beschimpft, sind das schwarze Krokodilstränen, und wenn Herr Maurer das gleiche mit seinem Koalitionspartner macht, dann sind das rote Krokodilstränen. Ein Beispiel für schlampige Gesetzgebung wurde schon genannt: das Jahressteuergesetz, ein besonders negatives Beispiel Bonner Politik, gemacht von Leuten, deren Parteifreunde in wenigen Wochen wieder hier gewählt werden wollen. Die gestrige Entscheidung zur Pflegeversicherung ist ein anderes Beispiel. Geistig Behinderte, jene, die am meisten der Pflege bedürften, sollen ausgeklammert werden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Ist ja nicht wahr!)

— Lesen Sie die heutige Zeitung, Herr Kollege. Lesen Sie die heutige Zeitung.

Vor jeder Gesetzgebung müssen doch erst die Auswirkungen neuer Gesetze geprüft werden. Da müssen doch erst die durch Steuern zu deckenden Ausgaben geprüft werden: Was geben wir aus, wofür, wieviel, gibt es Verschwendung? Erst, wenn Verschwendung ausgeklammert ist, dürfen wir den Bürger mit neuen Ausgaben belasten.

(Beifall bei den Republikanern)

Betrachtet man die Ausgaben des Bundes, so bemerkt man, daß über Jahre hinweg der eben genannte Ansatz zu vernetzter Politik völlig mißachtet wurde. Die Stuttgarter Praxis der Gesetzgebung ohne Rücksicht auf Folgen ist auch in

(Krisch)

Bonn gang und gäbe. Verschwendung und Mißwirtschaft in Steuer- und Finanzpolitik sind Trumpf.

Die Tatsache, daß zum Beispiel die Zinslasten im letzten Jahr um über 1 Milliarde DM auf nunmehr 56 Milliarden DM gestiegen sind, kümmert in Bonn niemanden. Der Bund wird dieses Jahr für die Zinsen seiner Schulden das Zweieinhalbfache dessen ausgeben, was insgesamt für Kriegsoffer, für Mutterschutz, für Kindergeld und für Erziehungsgeld bezahlt wird. Und kommt erst das gelobte Plastik-Eurogeld, dann wird die Verschuldung schnell noch größer werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Herrn Maurer, der ja den Raum verlassen hat, muß ich noch danken: „Stabile Währung statt Arbeitslose — kein Eurogeld“, das war schon 1992 die Aussage der Republikaner.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Durch die verschämte Zustimmung der SPD zu unseren Aussagen muß auch dem letzten Bürger deutlich werden, wie richtig unsere Politik ist.

(Beifall bei den Republikanern)

Zurück zu den Steuereinnahmen des Bundes. 55 % der Bundeseinnahmen sind auf zwei Steuerarten zurückzuführen: einkommensabhängige Steuern und die Umsatzsteuer. Aber jeder Verlust von Arbeitsplätzen, zum Beispiel durch die in diesem Hause schon diskutierte Benachteiligung deutscher Arbeitnehmer, durch die Konkurse in der Bauwirtschaft, welche Ihre Gesetze verursacht haben, führt zu sofortigem Steuerausfall. Die wichtigste Aufgabe einer verfassungskonformen Steuer- und Finanzpolitik muß Zukunftssicherung sein. Genau das tun Sie nicht.

(Beifall bei den Republikanern)

Nur wer die Auswirkungen verschiedener politischer Entscheidungen kennt, nur der kann doch Entscheidungen treffen. Und genau das tun Sie nicht.

Zukunftssicherung heißt Sicherung der Arbeitsplätze. Deshalb muß die Wirtschaft von sachfremden Kosten entlastet werden, auch damit die Wirtschaft ausreichend Eigenkapital für schlechte Zeiten ansammeln kann. Die Aussage des Herrn Maurer von soeben geht an den Fakten vorbei.

(Beifall bei den Republikanern)

Solchen Möglichkeiten haben Pflichten der Wirtschaft gegenüberzustehen, zum Beispiel die Pflicht, Steuervergünstigungen zurückzuzahlen, wenn Arbeitsplätze vernichtet werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Das ist für uns eine Selbstverständlichkeit, das ist Teil unseres Programms.

Von Ihnen wird das alles völlig vernachlässigt. Sie zeigen den Bürgern und den Wählern durch Ihr Verhalten, wie wichtig es ist, in diesen Landtag mehr Blau hineinzubringen.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Blaugelb!)

Blau statt Gelb und Grün, statt Schwarz und Rot.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Schauen Sie einmal Ihre Fraktion an, wie viele da blau sitzen!)

Blau, Herr Kollege Kuhn, ist die Farbe der Vernunft. Blau ist die Farbe der Beständigkeit, der Zuverlässigkeit. Blau ist die Farbe der Republikaner.

(Beifall bei den Republikanern — Lachen des Abg. Dr. Geisel SPD)

Mehr Blau in diesen Landtag!

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß diese Aktuelle Debatte zum richtigen Zeitpunkt kommt, denn die Bundesrepublik nähert sich durch das, was in Bonn jetzt steuerpolitisch und auch beim Bündnis für Arbeit diskutiert und vielleicht beschlossen wird, einem Entscheidungspunkt. Die Entscheidungsalternative sieht so aus, daß wir entweder fortfahren mit einer Kette von Ad-hoc-Entscheidungen — hier einmal eine kleine Veränderung, dort einmal eine kleine Veränderung — oder daß wir ein gezieltes Maßnahmenbündel von Strukturreformen verabschieden, bei dem alle etwas geben, damit in der Zukunft alle etwas haben werden. Nur das kann die Maxime eines Bündnisses für Arbeit und Standortsicherung sein.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das sagen Sie mal dem Herrn Maurer!)

Die Zwickel-Initiative ist, auch wenn sie nur Teilbereiche der Gesamtproblematik umfaßt, nach Auffassung meiner Fraktion eine ungeheure Chance, zu einem solchen Maßnahmenbündel zu kommen.

Ich muß allerdings dazusagen, daß das, was am 24. Januar beim ersten Treffen bei Kohl besprochen worden ist, die Hoffnung darauf, daß diese Chance umgesetzt werden kann, doch eher getrübt hat. Ich bin der Meinung, daß am 24. Januar viel versprochen worden ist, und habe manchmal Sorge, daß zuviel versprochen worden ist; denn das Versprechen, in, von heute an gerechnet, vier Jahren 2 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, ist ja wirklich ein gigantisches Versprechen, und jeder, der dieses Versprechen macht, muß wissen, welche Enttäuschung und welche Verdrossenheit er erzeugt, wenn dieses Versprechen nicht eingehalten werden kann. Wichtig ist, daß bisher — und darüber müssen wir heute streiten — von den Zielen, die dort beschlossen worden sind, so gut wie nichts konkretisiert ist.

Wenn ich mir das Aktionsprogramm der Bundesregierung im Rahmen des Jahreswirtschaftsberichts anschau, also das Aktionsprogramm von CDU und FDP, dann muß ich sagen: Der Hausaufgabenteil der Bundesregierung ist bislang eine ganz, ganz herbe Enttäuschung.

(Abg. Weimer SPD: Placebo!)

(Kuhn)

Nichts anderes als eine Art Recycling des Koalitionsvertrags der Bundesregierung ist jetzt als Antwort auf das Bündnis für Arbeit aufgelegt worden.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Ich möchte die Hauptkritikpunkte nennen, Herr Döring. Alle Reformen und Ideen, die im Aktionsprogramm der Bundesregierung vorgeschlagen worden sind — ich will deutlich sagen: es ist nicht alles falsch oder schlecht; gut ist zum Beispiel, die Bedingungen für Betriebsgründungen zu verbessern; über den Weg im einzelnen kann man reden —, sind nicht finanziert oder betreffen den Geldbeutel der Länder und der Gemeinden. Ich habe gelernt, daß es sittlich nicht besonders gut ist, wenn man Sachen dadurch finanziert, daß man anderen in den Geldbeutel langt. Ich finde, diese Maxime sollte die Bundesregierung auch beherzigen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Nehmen Sie doch nur die Finanzierung der Kürzung des Solidaritätszuschlags. 500 bis 600 Millionen DM werden dadurch dem Land fehlen. Ich kann mich dem anschließen, was Herr Maurer gesagt hat: Für ein Überlebens- und Rettungsprogramm für die FDP ist dies ein bißchen zuviel. Herr Döring, das „Zucken der Sau“ — Ihre Formulierung —

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Die schnauft schon wieder und läuft! — Abg. Baumhauer CDU: Die grunzt!)

kommt dieses Land Baden-Württemberg offensichtlich teuer zu stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte deutlich machen, Herr Ministerpräsident, daß wir Ihre Haltung für schizophren halten.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Sie sagen bei Wahlversammlungen: Der Solidarbeitrag muß gesenkt werden. Gleichzeitig sagen Sie aber: Die Finanzierung lehnen wir ab. Aber Sie machen keinen eigenständigen Finanzierungsvorschlag. So etwas nenne ich eine unseriöse Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das sind mir die rechten Staatsquoten-, Steuerquoten- und Abgabenquotensenker, die keine Finanzierungsvorschläge in die politische Debatte bringen. Das gilt auch für die FDP.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Was?)

Herr Döring, wenn Sie gestern auf Bundesebene das T-Shirt eines Jungliberalen beklatscht haben

(Der Redner hebt ein Zeitungsfoto hoch.)

— das Grinsen, wie stolz Sie darauf sind, ist unübersehbar —, auf dem steht: „Steuern sind Diebstahl“, dann möchte ich dazu sagen: Diese Aussage „Steuern sind Diebstahl“ ist

eine Absage an den Sozialstaat, an soziale Gerechtigkeit, an alle Aufgaben, die der Staat ausführen muß.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der Republikaner)

Wer so etwas behauptet und wer sich darüber freut — Herr Döring, schreiben Sie es ruhig auf, vielleicht fällt Ihnen dazu etwas ein —, der hat wirklich den Populismus zum obersten Prinzip seiner Politik gemacht, aber nicht mehr soziale Gerechtigkeit, Bildungsförderung usw.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der Republikaner — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das sagen Sie! Ausgerechnet! — Abg. Hauk CDU: Da gibt's aber andere!)

Jetzt kommen wir zur Finanzierung. Nach der Landtagswahl kommen Sie dann mit der Mehrwertsteuer. Die Mehrwertsteuer geht in ihrer Verteilungswirkung zu Lasten derer, die wenig haben, und ist in ihrer ökologischen Wirkung eher diffus.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wann kommen jetzt die Grünen-Vorschläge?)

Ich kann nur sagen — auch an die Adresse des Kollegen Spöri —: Ich glaube, Herr Spöri, daß Sie sich viel zu früh und fälschlicherweise dem Populismus um die Senkung des Solidaritätsbeitrags angeschlossen haben.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Sie greifen lieber dem Bürger in die Tasche!)

Da, glaube ich, hat Herr Eppler in Waiblingen das Richtige gesagt, als er fragte: „Müssen wir uns denn wirklich an dem unseriösen Geschwätz über den Solidaritätsbeitrag beteiligen?“

Ich kann mich dem nur anschließen, und ich will Ihnen sagen, warum. Der Solidaritätsbeitrag hat im Unterschied zu anderen Finanzierungsmöglichkeiten des Aufbaus Ost, wenn Sie zum Beispiel die Mehrwertsteuer nehmen, immerhin eine Wirkung: Weil er über die Steuer geht, bezahlen die, die viel verdienen, etwas mehr für die deutsche Einheit an die neuen Bundesländer.

(Abg. Weimer SPD: Jetzt sagen Sie einmal etwas zur Binnenwirtschaft!)

Deswegen, finde ich, sollte eine sozialdemokratische Partei wirklich vorsichtig sein, wenn ihr Spitzenkandidat mit dieser Argumentation in den Ring geht.

(Abg. Brechtken SPD: Das ist die typische Rede eines nicht sozialversicherungspflichtig Beschäftigten!)

Ich kann nur sagen, Herr Spöri: Wahlen gegen die CDU und die FDP/DVP gewinnt man nicht mit CDU- und FDP-Argumenten, da bin ich mir ganz sicher.

(Abg. Weimer SPD: Denken Sie einmal ein bißchen an die kleinen Leute!)

— Ich denke an die kleinen Leute.

(Kuhn)

(Lachen bei den Republikanern — Abg. Trageiser  
REP: Ausgerechnet die Grünen!)

— Stopp. Dann müssen aber Sie von der SPD sagen, wie die Senkung des Solidaritätsbeitrags zu finanzieren wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Alfred  
Haas CDU)

Ich möchte einen zweiten Punkt nennen. Jetzt reden wir mal über die kleinen Leute, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Beim Sozialstaat wird mit dem Aktionsprogramm der Bundesregierung am unteren Ende gespart. Es werden am unteren Ende Einsparungen und Kürzungen vorgenommen. Die Liste von Mayer-Vorfelder ist ein gutes Beispiel dafür. Aber die Streichung von Steuersubventionen für Besserverdienende wird auf eine Steuerreform nach 1998 verschoben. Das, meine Damen und Herren, kann kein Pakt sein. Ich kann nicht sagen: „Jetzt kommst einmal du dran, und den Beitrag derjenigen, die zum Beispiel die FDP vertritt, machen wir irgendwie später“. So geht kein Bündnis, sondern das ist „Beschleiß“, was hier von CDU und FDP in Bonn andiskutiert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will zum Thema „Kleine Leute und Besserverdienende“ einmal einige Zahlen nennen, Herr Döring. Die „Stuttgarter Zeitung“ hat vor einiger Zeit eine sehr gute Übersicht erstellt: drei Familien, alle mit zwei Kindern, eine, die sehr gut verdient, monatlich 23 586 DM, eine mit 13 000 DM und eine am Existenzminimum mit 2 275 DM. Wenn Sie sich das angesehen haben, treibt es Ihnen die Schamesröte ins Gesicht über das, was in unserem Steuersystem geschieht.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der  
SPD)

Die bestverdienende Familie hat nach dieser Übersicht pro Jahr 16 875 DM über Steuerfreibeträge an staatlichen Leistungen erhalten — 16 875 DM! —, die mittlere Familie, auch über Steuerfreibeträge, 6 000 DM und die, die sich an der Armutsgrenze befindet, 12 000 DM an direkten Transferleistungen.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Das heißt im Klartext: Über ein Steuerrecht, das die Spitzensteuersätze zu fiktiven Größen degradiert,

(Abg. Oettinger CDU: Hanebüchen!)

das bei dieser gut verdienenden Familie einen Steuersatz von 7,8 % möglich macht, wird unser Staat so teuer. Wer von einem Bündnis für Arbeit und Standortsicherung redet, der muß diese Geschichte angehen, Herr Döring,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten  
der SPD)

und kann nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertrösten.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Kuhn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Mühlbeyer?

Abg. Kuhn GRÜNE: Ja.

Abg. Mühlbeyer CDU: Herr Abg. Kuhn, wie vereinbaren Sie diese Anklage mit dem Verhalten der Grünen in der rot-grünen Koalition in Nordrhein-Westfalen, die in allen Sozialbereichen im Durchschnitt um 30 % gekürzt hat, bei den Behinderten, bei den Frauen und in allen anderen Bereichen? Wie vereinbaren Sie diese Anklage mit Ihrem Verhalten in Nordrhein-Westfalen?

(Zurufe von der FDP/DVP, u. a. Abg. Dr. Döring:  
Was? — Abg. Weimer SPD: Schon wieder gelogen!)

Abg. Kuhn GRÜNE: Ich kann Ihnen erstens nur sagen, daß das, was Sie eben angeführt haben, nicht stimmt. Zweitens: Eines ist natürlich klar: Der Sozialstaat, Herr Mühlbeyer — solange wir uns diesen Luxus, den ich gerade am oberen Ende bei den Privilegien für Bestverdienende skizziert habe, leisten —, ist nicht mehr finanzierbar. Der Sozialstaat ist nur noch finanzierbar, wenn wir von oben her zu sozialer Gerechtigkeit kommen und die Umverteilung von unten nach oben endlich stoppen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der  
SPD)

Ich möchte einen dritten Punkt nennen. Die Reform der sozialen Sicherungssysteme wird in Bonn nicht angedacht. Es ist absurd, daß wir die Rente weiterhin allein über die Erwerbsarbeit finanzieren wollen und die vielen versicherungsfremden Leistungen einschließlich des Vorruhestands über Beitragsfinanzierung gewährleisten wollen. Dies können wir nicht. Deswegen ist der Umbau des Sozialstaats in seiner Finanzierung weg von der Erwerbsarbeit ein dringendes Gebot der Stunde. Es geht nicht einfach um Kürzungen, um Einsparungen, sondern es geht um Strukturveränderung. Ohne Strukturveränderung wird soziale Gerechtigkeit nicht zu finanzieren sein.

(Beifall des Abg. Krieg GRÜNE — Abg. Alfred  
Haas CDU: Nur heiße Luft!)

— Herr Haas, solange Sie hier mit „Bandenwerbung“ am Kragen im Landtag sitzen, seien Sie ein bißchen vorsichtiger mit Zwischenrufen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN — Heiterkeit)

Ich möchte deutlich sagen: Ein Bündnis für Arbeit und Standortsicherung kann es nur geben, wenn alle etwas schultern. Aber für meine Fraktion — das sage ich an die Adresse der SPD, die immer etwas anderes erzählt — heißt das: Diejenigen, die viel haben, müssen mehr schultern als diejenigen, die wenig haben.

(Abg. Oettinger CDU und Abg. Dr. Döring FDP/  
DVP: Unstreitig!)

Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit im Sozialstaat.

Vierter Punkt: Wir sind der Auffassung, daß ein Bündnis für Arbeit und Standortsicherung in Bonn nur dann geht, wenn es auch ein Bündnis für Umwelt ist. Das Fraunhofer-Institut hat ausgerechnet, daß allein die Energiewende in der Bun-

(Kuhn)

desrepublik 500 000 neue Arbeitsplätze bringen würde. Ich kann nicht verstehen, wie man so dumm und so unverantwortlich sein kann, dieses Potential neuer Arbeitsplätze in einer Situation, in der die Arbeitslosigkeit so dramatisch ist, durch eine falsche Energiepolitik der Länder und des Bundes nicht anzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Schließlich — damit möchte ich zum Schluß kommen — ist der Beitrag der Arbeitgeber in der Diskussion in Bonn bisher nicht sichtbar geworden. Ich möchte dies an dieser Stelle auch anmahnen. Nehmen Sie die Überstundenfrage. In Baden-Württemberg wurden allein in der Pkw-Produktion bei Daimler-Benz in Sindelfingen 1995 500 000 Überstunden geschoben. Der Betriebsrat hat einmal ausgerechnet, daß diese Überstunden, wenn sie durch Freizeit ausgeglichen würden, 709 Stellen entsprächen. Das ist nur ein kleines Beispiel. Aber jeder, der die Situation im mittleren Neckarraum kennt, weiß, was 700 Stellen, wie man sie hier über bessere Regelungen schaffen könnte, in unserer Region bedeuten würden. Deswegen muß man nicht zum Bundeskanzler fahren, deswegen muß man nicht einmal zu Erwin Teufel fahren, sondern dies kann man, wenn man die soziale Verantwortung des Eigentums wirklich ernst nimmt, in den Betrieben realisieren, indem ein vernünftiges „Bündnis für Arbeit“ im Betrieb gemacht wird.

Zum Abschluß: Bei dem, was die CDU und die FDP in Bonn bisher vorgelegt haben, sind die Länder, die Gemeinden und die einfachen Leute die eigentlichen Verlierer; denn die Mehrwertsteuer wird kommen, wenn Sie nicht anders finanzieren. Es ist ein schlechter Pakt, was Sie hier vorschlagen.

Herr Ministerpräsident Teufel muß sich überlegen, ob er Politik eigentlich für den Freund Kohl oder für Herrn Westerwelle machen will oder ob im Vordergrund nicht das Land Baden-Württemberg und seine Bürgerinnen und Bürger stehen müssen. Ich meine, dies sollte sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Döring.

**Abg. Dr. Döring FDP/DVP:** Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Präsident! Noch selten habe ich eine Rede gehört, die dermaßen den Zickzackkurs der SPD aufgezeigt hat, wie das heute morgen bei Herrn Maurer der Fall war.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der Reihe nach. Herr Maurer, Ihr Geschäftsführer Weimer fordert zwischen den Jahren lauthals eine Bundesratsinitiative zur Absenkung des Solidarbeitrags. Jetzt kommt die Senkung des Solidarbeitrags, und jetzt bezeichnen Sie sie als eine Rettungsaktion für die FDP und erklären sie für unerträglich. Wir wollten den „Soli“ weghaben, und zwar nicht als Rettungsaktion, sondern als Signal dafür, daß wir endlich den Einstieg in den Abbau der unzumutbar hohen Steuer- und Abgabenlast brauchen. Das ist das Thema beim Solidarbeitrag.

(Beifall bei der FDP/DVP — Abg. Maurer SPD:  
Wer zahlt den? — Glocke des Präsidenten)

Ihr Wirtschaftsminister rennt seit Monaten durch die Lande und sagt: „Weg mit der Gewerbekapitalsteuer!“ Sie aber sagen, das könne man alles nicht machen. Er fordert: „Weg mit der Vermögensteuer.“ Sie behaupten, das könne man alles nicht machen. Er sagt, man müsse an die Gewerbeertragsteuer rangehen. Sie sagen, das könne man alles nicht machen.

(Abg. Dr. Caroli SPD und Abg. Bebbler SPD: Alles falsch!)

— So können Sie keine Politik machen. Das ist Populismus pur. Das ist ungeheuerlich im Quadrat.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es ist ungeheuerlich im Quadrat, was Sie hier abziehen, meine Damen und Herren.

Sie müssen mal die Dienstwagenbesteuerung sehen. Da ist es derselbe Zirkus. Wer hat denn im Vermittlungsausschuß die Dienstwagenbesteuerung reingeschrieben? Das waren doch Ihre Kollegen aus den anderen Ländern. Und jetzt rennt der Spöri durch die Lande und sagt, er sei der Retter, wenn die Dienstwagenbesteuerung weg müsse. Das ist glattweg ein Affentheater, was Sie hier aufführen. Das ist überhaupt keine sachlich orientierte Politik, es ist schlicht und ergreifend Polemik pur. Es ist eine Kampagne, die Sie nicht durchstehen werden, weil Sie schlicht und ergreifend unter dem Strich mit heruntergelassenen Hosen dastehen. Es ist Punkt für Punkt nachweisbar, daß das, was Sie hier sagen, nicht einmal in Deckung mit den eigenen Leuten ist. Das ist das Abenteuerliche.

(Abg. Maurer SPD: Jetzt kommt Ihre Deckung!)

Solidarbeitrag bei Fritz Kuhn: Besserverdienende. Die Grünen fordern seit langem, daß der Solidarbeitrag auf 10 % angehoben werden soll. Ein ungeheures Beschäftigungsbeschaffungsprogramm. Das Jahreseinkommen der Besserverdienenden, die Sie da im Auge haben, beginnt bei 50 000 DM. Großartig! Überlegen Sie einmal, wen Sie da mit Ihren Vorschlägen massiv vor die Flinte bekommen.

(Abg. Drexler SPD: Welche Flinte?)

Deswegen ist es richtig, daß wir eine Debatte darüber haben. Die Entscheidung wird sein: Gehen wir raus aus dem Steuern- und Abgabenstaat, oder gehen wir mit Rotgrün rein in einen Steuererhöhungsstaat, so wie Sie dies flächendeckend haben wollen?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist der Punkt, um den es geht. Sie wollen massiv hingingen, siehe die Vereinbarungen in Nordrhein-Westfalen. Dort geht es an keiner Stelle um eine Steuersenkung, sondern das nennt man dann — das versteht ja jeder — Revidierung der Gewerbesteuer. Das heißt Ausdehnung der Gewerbesteuer auf die Freiberufler, was eine zusätzliche Belastung bedeutet, die wir für völlig unerträglich halten. Das ist das rotgrüne Konzept. Mit der Steuer- und Abgabenpolitik, die Sie quer durch die Republik betreiben wollen,

(Dr. Döring)

werden Sie natürlich überhaupt keine Arbeitsplätze schaffen. Nicht einen einzigen! Deswegen, meine Damen und Herren, ist der richtige Weg,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

daß wir ein Signal dafür gesetzt haben. Wir müssen herunter von der unzumutbaren Belastung mit Steuern und Abgaben.

(Zurufe der Abg. Drexler und Maurer SPD)

Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen für Arbeitsplätze, die gesichert werden können, damit sie nicht alle außer Landes getrieben werden. Das ist die Politik der FDP, und die wird sich durchsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP — Lebhaftige Unruhe — Oh-Rufe von der SPD)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich dem Herrn Finanzminister.

(Abg. Brigitte Wimmer SPD zu Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Herr Döring, es ist schon bewundernswert, wie Sie sich selber besoffenreden! — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Ich darf um Ruhe bitten.

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich ist jetzt Wahlkampf pur ausgebrochen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Bis jetzt noch nicht! — Abg. Kuhn GRÜNE: Sie kommen doch erst!)

Vielleicht wäre es ganz gut, wenn wir die Plenarsitzungen in Zukunft so legen würden, daß in den letzten drei Monaten vor der Wahl keine Plenarsitzungen mehr stattfinden würden,

(Abg. Schrempp SPD: Wahlkampf ist immer! — Unruhe)

weil dadurch der Bevölkerung ein doch ziemlich primitives Spektakel erspart bliebe.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE — Unruhe)

Nun will ich

(Abg. Maurer SPD: Jetzt bin ich aber gespannt!)

zu ein paar Punkten Stellung nehmen.

(Abg. Maurer SPD: Jetzt bin ich aber gespannt!)

— Herr Maurer, zunächst zu dem einen Punkt, zu dieser Sparliste, mit der Sie draußen im Land hausieren gehen:

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Sie wissen genau, daß Sie die Unwahrheit sagen.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD)

Sie wissen genau, daß Sie die Unwahrheit sagen; das habe ich — —

(Abg. Maurer SPD: Haben wir sie gemacht?)

— Ich sage es Ihnen doch gleich.

Das habe ich im Kabinett gesagt, und deshalb will ich Ihnen jetzt auch deutlich sagen, worum es sich dreht.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Ich lese Ihnen nachher mal das Anschreiben vor!)

Im November, nachdem Sie sich noch mit vollem Stolz zusammen mit Herrn Spöri zurückgelehnt und gesagt hatten, welche Kraftanstrengung der großen Koalition gelungen sei, um den Haushalt für 1996 einigermaßen in Ordnung zu bringen, habe ich im Blick auf die gewaltigen Risiken dem Finanzminister Waigel einen Brief geschrieben und darin mitgeteilt, es wäre gut, wenn Bund und Länder erneut eine Anstrengung wie damals beim Konsolidierungspakt unternehmen würden. Sie wissen ebenso wie ich, daß die Zeichen dafür stehen, daß dies kommen muß. Ich habe Herrn Waigel damals drei Vorschläge unterbreitet.

Der erste Vorschlag war ein maßvoller Tarifabschluß für 1996. Sie wissen, daß dies erforderlich ist, weil wir allein mit dem Milliarden-Sparprogramm für unseren Haushalt 250 Millionen DM im Gehaltsbereich gestrichen haben.

(Abg. Bebbler SPD: Waigel und die Tarifverträge!)

Ich habe zweitens vorgeschlagen, daß das Unterhaltsvorschußgesetz geändert wird. Zu diesem Vorschlag bin ich sogar vom Landtag aufgefordert worden, weil ohne die Beteiligung der Kommunen die Kosten für Bund und Land ungeheuer steigen, ohne daß die Kommunen ein großes Interesse daran haben, die Gelder wieder hereinzubringen.

Drittens habe ich vorgeschlagen, daß nach dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz auch im zweiten Jahr statt Bargeld Sachkosten geleistet werden.

(Abg. Oettinger CDU: Richtig!)

Das waren meine Vorschläge.

Alles andere waren Vorschläge, die auf Arbeitsebene gesammelt und dann in Berlin in perfider Weise durchgestochen worden sind. Darauf bin ich in die Finanzministerkonferenz gegangen und habe gesagt: Es ist zwar traurig, aber es ist so, daß selbst auf Arbeitsebene keine Besprechungen mehr stattfinden können. Ich habe deshalb den Auftrag, den die Finanzministerkonferenz mit 16:0 Stimmen, also mit allen SPD-Länderstimmen,

(Abg. Oettinger CDU: Hört, hört! — Oh-Rufe bei der CDU)

an das Land Baden-Württemberg gerichtet hat, zurückgegeben und gesagt — —

(Zuruf des Abg. Maurer SPD — Lebhaftige Unruhe)

— Ja, ja, Herr Maurer, jetzt hören Sie doch einmal zu.

(Minister Mayer-Vorfelder)

Ich habe den Auftrag zurückgegeben und gesagt, sie sollten doch besser einen von der A-Seite nehmen; denn dann kann ich die Papiere durchstechen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Sieber CDU: Sehr gut!)

Ergebnis: Herr Maurer, ich kann Sie nicht hindern, Unwahrheiten draußen zu erzählen; das weiß ich.

(Abg. Maurer SPD: Also Sie distanzieren sich!)

Aber ich kann Sie daran hindern, das noch gutgläubig zu tun. Das ist das Entscheidende.

Das Traurigste, Herr Maurer, ist doch,

(Abg. Maurer SPD: Was heißt denn das jetzt?)

daß eine Finanzministerkonferenz nicht mehr in der Lage ist, über Fragen, die drängend einer Lösung harren, zu diskutieren, weil schon auf Arbeitsebene die Dinge totgemacht werden. Das ist die Wahrheit.

(Abg. Maurer SPD: Was ist der Unterschied zwischen Ihnen und der Arbeitsebene?)

Ich komme nachher noch auf verschiedene Punkte zurück. Schauen Sie, das wäre genauso albern, wie wenn ich Ihnen jetzt eine Streichliste der SPD zum Jahressteuergesetz vorlegen würde, wo man über 14 Milliarden DM gegenfinanzieren wollte,

(Abg. Sieber CDU zur SPD: Darf ich sie vorlesen?)

und zwar im Blick auf Existenzminimum

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Genau! Sehr richtig!)

und Familienlastenausgleich, und 14 Milliarden DM — Herr Spöri, hören Sie mal zu, das ist Ihr Bereich — allein zu Lasten der Wirtschaft gegenfinanzieren wollte.

(Aha! bei der CDU — Abg. List CDU: Draußen erzählen sie etwas anderes!)

Deshalb sage ich noch einmal: Die Art und Weise, wie hier über die Fragen, die die Bundesrepublik in den nächsten Jahren erheblich bewegen werden, diskutiert wird, halte ich schon für ein Stückchen neben der Kappe liegend.

Wenn die Grünen hier vortreten: Schauen Sie, Herr Kuhn, Sie haben ja so einen Vortänzer; das ist der Joschka Fischer.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Einen Brummbären!)

Der Joschka Fischer hat selber eingeräumt, daß die größten Defizite bei den Grünen im Bereich der Wirtschaftspolitik liegen, weil sie sich noch nicht weit von dem Stand entfernt haben, daß sie Umsatz mit Gewinn verwechseln.

(Heiterkeit — Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Republikaner und der FDP/DVP)

Er hat gesagt: Wenn die Grünen eine Partei werden wollen,

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Wie war das noch mit der Primitivität?)

dann müssen sie sich zunächst einmal einen gewissen Fundus an Wissen im Bereich der Wirtschaftspolitik zulegen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: „Volkswirtschaft leichtgemacht!“ Da gibt es ein Buch! — Gegenruf des Abg. Brechtken SPD: Pfister, sei du vorsichtig bei dem Thema!)

Das letzte Wirtschaftspapier der Grünen hat zwei Dinge enthalten, und das haben sie übrigens auch in Nordrhein-Westfalen hineingeschrieben: Die Vermögensteuer darf nicht beseitigt werden, sondern sie muß erhöht werden.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Was?)

Die Erbschaftsteuer muß gewaltig erhöht werden, da der Grundsatz — Sie haben es ja auch ausgesprochen — gilt, daß die Reichen in diesem Land noch zu reich sind.

Verschiedene Wirtschaftszeitschriften haben geschrieben: Wenn die Grünen die Macht bekämen, würden sie das verwirklichen, was der Morgenthau nie fertiggebracht hat. Das ist zutreffend.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Bebber SPD: Da klatschen nur noch die Repts!)

Herr Kuhn, wenn Sie hier rhetorisch recht munter etwas vortragen, dann müßten Sie aber auch ein Stückchen Sachkenntnis mit einbringen. Der Populismus, den Sie vorhin bei allen festgestellt haben, nur nicht bei sich selbst, allein reicht als Sachverstand nicht aus.

Die Situation in der Bundesrepublik ist so, daß 25 %

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: 70 %!)

der Besserverdienenden 70 % der gesamten Steuerlast tragen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: So ist es! Und noch drauf!)

Wenn Sie diese Steuerlast für die sogenannten Besserverdienenden weiter erhöhen, dann wird der Leistungswille in dieser Gesellschaft zusammenbrechen. Das müssen Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. König REP)

Das, was Sie zur Energiepolitik gesagt haben — ich komme nachher noch darauf zurück —, wird auch durch ständiges Wiederholen nicht besser. Es wäre schon ganz gut, wenn Herr Spöri, der ja Wirtschaftsminister ist und von Wirtschaft etwas versteht,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Was?)

genau zuhören würde, was sein künftiger Koalitionspartner oder der, den er gern als Koalitionspartner hätte,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das weiß man nicht so genau bei Spöri!)

(Minister Mayer-Vorfelder)

zu den Strom- und Energiepreisen sagt. Herr Kuhn, nehmen Sie zur Kenntnis: Wir haben in Baden-Württemberg die höchsten Strompreise der gesamten Bundesrepublik,

(Abg. Oettinger CDU: Jetzt schon!)

und die Bundesrepublik hat die höchsten Strompreise in ganz Europa.

(Abg. Oettinger CDU: Jetzt schon!)

Zum Teil bestehen Unterschiede zwischen 5 und 6 Pfennig, und wenn Sie das nicht als einen Standortnachteil ansehen, dann bin ich wieder beim Anfang, daß Sie von Wirtschaftspolitik keine Ahnung haben.

(Beifall bei der CDU)

Nun, meine Damen und Herren, zur SPD: Ich weiß nicht — — Herr Kollege Maurer ist schon wieder verschwunden,

(Abg. Maurer SPD: Ich bin da!)

aber er tritt gewichtig wieder herein, o welche Wonne.

(Unruhe und Zurufe, u. a. der Abg. Maurer und Drexler SPD)

Es wäre schon gut, wenn Sie dann, wenn Sie eine Aktuelle Debatte beantragen und hier vorne hinstehen und sich gewaltig aufblasen, zumindest diese Stunde oder diese eineinhalb Stunden

(Abg. Maurer SPD: Ich bin da!)

hier blieben.

(Beifall bei der CDU, der FDP/DVP und den Republikanern)

Das halte ich schon für wichtig. Ich verstehe nicht — —

(Unruhe)

Ich lege schon Wert darauf, daß Sie einige Minuten länger bleiben.

(Abg. Maurer SPD sitzt auf der Lehne der Abgeordnetenbank.)

Setzen Sie sich richtig hin.

(Beifall des Abg. Oettinger CDU — Lebhaftes Unruhe)

Herr Maurer, ich verstehe nicht — —

(Anhaltende Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Weyrosta SPD: Sie sind doch auch zu spät gekommen!)

Ich verstehe nicht, Herr Maurer, daß Sie nun versuchen, eine Sache kaputtzureden, die ich als eine große Leistung dieser Koalition, die ja immer noch besteht, bezeichne. Wir haben nämlich trotz aller Widrigkeiten in den vergangenen vier Jahren, und zwar als einziges Land der Bundesrepublik, Mindereinnahmen von 16 Milliarden DM aufgefangen und die Nettoschuldenaufnahme von 2,8 Milliarden DM auf 1,7 Milliarden DM heruntergefahren.

(Abg. Maurer SPD: Ja! Sehr gut!)

Wenn Sie deshalb hier ein Horrorszenario an den Horizont malen, können Sie nicht Bayern und Baden-Württemberg mit einer Pro-Kopf-Verschuldung, die die niedrigste ist, meinen, sondern dann müssen Sie ins Saarland mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 13 000 DM im Vergleich zu uns mit 4 000 DM schauen.

(Zurufe der Abg. Rebhan CDU und Bebbler SPD)

Dann müssen Sie nach Niedersachsen und nach Hessen schauen,

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

wo beide Rechnungshöfe bestätigt haben, daß die Haushalte verfassungswidrig sind.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Dann dürfen Sie nicht hier anfangen.

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen, weil Sie anführten, was diese Bundesregierung alles veranstaltet habe.

Es ist für mich schon ein Stück weit traurig, wenn man Wahlkampf hier nur führen kann, indem man zunächst versucht, über die Euro-Währung

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

irrationale Ängste in der Bevölkerung zu schüren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das halte ich für das Primitivste, was hier geht. Es ist das Köstlichste, Herr Maurer, der Sie sonst die Republikaner zum Staatsfeind Nummer eins erklärt haben.

(Abg. Maurer SPD: Sie sind doch sonst ein so tapferer Mensch! — Abg. Drexler SPD: Die Ängste sind da!)

daß Sie nun in der Frage der Euro-Währung Hand in Hand mit den Republikanern dahermarschieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nachdem Sie — —

(Glocke des Präsidenten)

Ich lasse jetzt keine Frage zu. Sie können nachher noch einmal ans Rednerpult gehen.

**Präsident Dr. Hopmeier:** Ich wollte fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Maurer zulassen.

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Nein, ich lasse keine Frage zu.

(Unruhe und lebhaftes Zurufe)

Nachdem Sie von Herrn Lafontaine und Ihren Euro-Parlamentariern zurückgepiffen werden

(Zuruf von der SPD: Das ist doch schon wieder verlogen!)

wegen Ihrer albernsten Slogans, die Sie auf die Plakate drucken wollen,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

(Minister Mayer-Vorfelder)

entdecken Sie nun die Bundespolitik. Aber wir haben hier ja Landtagswahlen.

Ich will Ihnen aber noch etwas sagen, Herr Maurer:

(Abg. Maurer SPD: Sie sind doch sonst ein so tapferer Mensch!)

Es gab bis zum Jahr 1981 eine sozialliberale Koalition.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Es ist schon wichtig, daß man das einmal sagt.

(Abg. Drexler SPD: Das richtet euch auf! — Abg. Dr. Caroli SPD: Was ist jetzt mit der Frage?)

Im Jahr 1981 betrug die Steuerlastquote 24,9 % und die Staatsquote 50,1 %. Im Jahr 1995 liegt die Steuerlastquote nach den vorläufigen Endberechnungen bei 24,2 % und die Staatsquote bei 50,0 %. Das heißt, dort, wo Sie an der Regierung waren, haben Sie eine noch höhere Steuerlastquote gehabt, obwohl es keine deutsche Einheit gab.

(Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Deshalb können Sie nicht hierhinstehen — — Das ist halt wahr.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD — Gegenruf von der CDU: Drexler der Schreihals!)

Herr Maurer, Sie rechnen immer mit einem viel zu kurzen — —

(Anhaltende Unruhe und Zurufe — Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Ich darf um Ruhe bitten!

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Ja, ja, das ist ja klar.

Wenn Sie nicht mehr weiter wissen, dann fangen Sie an zu schreien wie ein Pferch voller Schafe. Das ist doch ungeheuerlich. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß Sie zur Zeit einer sozialliberalen Koalition eine solche Steuerlastquote und eine solche Staatsquote hatten, ohne daß jährlich Transferleistungen in die neuen Länder zwischen 150 und 180 Milliarden DM gezahlt wurden.

Nun, meine Damen und Herren — —

(Unruhe und Zurufe, u. a. von der SPD: Aber die FDP war immer dabei! — Abg. Maurer SPD: Warum lassen Sie keine Frage zu? Haben Sie Angst?)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einige Worte zu dem sagen, was letzten Endes der Grundansatz für alle Politik, die in den kommenden Jahren gemacht werden muß, ist. Es ist keine Frage, daß die Steuerlast zu hoch ist. Das bestreitet doch überhaupt niemand. Es ist keine Frage, daß die Haushalte konsolidiert werden müssen. Wenn Sie aber die Steuerlastquote senken und die Haushalte konsolidieren wollen, ist es so sicher wie das Amen in der Kirche, daß die Ansprüche der Bürger an diesen Staat verkürzt wer-

den müssen, wenn die Rechnung aufgehen soll. Sonst geht die Rechnung nicht auf. Dies kann überhaupt niemand wegdiskutieren.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Deshalb ist es falsch, wenn man hier bei allen Fragen, die angesprochen werden müssen, sagt, es sei ein Kahlschlag in der Sozialpolitik. Herr Kuhn hat sich zu der Aussage verstiegen, die Sozialpolitik funktioniere nicht mehr, weil die Reichen zu reich seien. Einen solchen Unfug habe ich noch nirgendwo gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Abg. Kuhn GRÜNE: Sie hören schlecht!)

Wir haben — Herr Kuhn, nur damit Sie einmal die einfachen Tatsachen zur Kenntnis nehmen — die kürzeste Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Und die meisten Überstunden!)

Wir haben den längsten Urlaub. Wir haben die meisten Feiertage, die ältesten Studenten und die jüngsten Rentner. So ist es. Da können Sie nicht sagen: „weil die Reichen zu reich sind“.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Insofern sind Sie beide schon gut in der Koalition: Wenn die Wand kommt, halten Sie wie ein Kind die Hand vor die Augen und sagen, die Wand sei nicht da. Erst wenn Sie darauffliegen, merken Sie, daß die Wand doch da ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb wird natürlich in der kommenden Zeit über manche Fragen nachgedacht werden müssen, vielleicht auch über intelligente Lösungen. Wir werden uns morgen über diese Frage noch länger unterhalten, deshalb kann ich es mir jetzt sparen und für morgen aufheben.

(Zurufe von der SPD)

Natürlich gibt es zu den Steuerarten, die hier angesprochen worden sind, unterschiedliche Konzepte. Wenn wir die Steuerlast senken wollen, müssen wir an irgendwelche Steuern herangehen, sonst ist es einfach in den Wind gesprochen. Die CDU hat klare Vorstellungen. Das ist auch die klare Vorstellung des Bundesfinanzministers, daß man die Gewerbesteuer beseitigt. Das wollte man schon im Jahressteuergesetz 1996 machen. Das ist an der SPD gescheitert.

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: Weil Sie für die Kommunen keine Antwort gegeben haben!)

— Frau Wimmer, kümmern Sie sich weiter um Bildungspolitik. Dort sind Sie noch am äußersten Zipfel auf dem Teppich. Lassen Sie aber bei der Finanzpolitik die Zwischenrufe weg.

(Heiterkeit bei der CDU)

Die Beseitigung der Gewerbesteuer ist an der SPD gescheitert. Das Beseitigen der Vermögensteuer ist an der SPD gescheitert.

(Große Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Ich darf um Ruhe bitten.

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Immer wenn die Wahrheit ertönt, wird es hier linksaußen laut. Die Wahrheit können Sie nicht hören. Das ist ein wenig traurig, aber es ist so.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Sie sollten sich Ihren Kollegen gegenüber anständig verhalten!)

Jetzt war Ihr Einsatz, jetzt wären Sie gekommen, Frau Wimmer.

Die Senkung der Gewerbeertragsteuer gegen Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer ist bislang an der SPD gescheitert.

(Abg. Drexler SPD: Das wäre ein Vorschlag gewesen!)

Deshalb ist das Jahressteuergesetz ohne Unternehmensteuerreform verabschiedet worden, und zwar mit dem Zusatz, daß man versuchen möchte, ab November 1995 zueinander zu kommen. Das Jahressteuergesetz bringt im übrigen immerhin eine Entlastung der Steuerzahler von rund 20 Milliarden DM einschließlich der schon eingerechneten Gegenfinanzierung von 4 Milliarden DM.

Das Gesetz wird aber nur an zwei Punkten festgemacht, nämlich an den Reisekosten und an der Privatnutzung von Pkw. Nun können Sie für die Reisekosten — schauen Sie, Herr Maurer, Sie haben insofern das Pech, daß ich bei den Klein- und Kleinstzirkeln immer anwesend bin und deshalb weiß, was da abgegangen ist — überhaupt keine Partei verantwortlich machen. Da können Sie allerhöchstens den Bundesfinanzhof verantwortlich machen. Der Bundesfinanzhof hat nämlich gesagt, daß es so nicht gehe, wie es bislang war.

Beim Privat-Pkw dagegen müssen Sie schon Ihren eigenen Bericht verantwortlich machen, weil das in dieser Liste von der SPD zu den 14 Milliarden DM vorgeschlagen und letzten Endes so festgeklopft worden ist, daß das Jahressteuergesetz ohne diese Lösung nicht hätte verabschiedet werden können.

Das einzige, was in den Besprechungen am Rande des Vermittlungsausschusses noch gelang, war, daß man die Belastung für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte noch ein Stück verringern konnte. Das andere blieb stehen. Deshalb ist es schon etwas seltsam, wenn Sie hier hergehen und im Grunde genommen die Bundesregierung dafür verantwortlich machen. Es ist doch heute bei unterschiedlichen Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat das Problem, daß die Bundesregierung zwar in der Koalition ein Gesetz beschließen kann, dieses dann aber in den Bundesrat kommt und dort abgelehnt wird. Dann geht es in den Vermittlungsausschuß, und am Schluß bekennt sich niemand mehr zu diesem Wechselbalg, der dann herauskommt. Man versucht, jeweils die andere Seite verantwortlich zu machen. Wenn Sie die CDU und den Bundesfinanzminister schon verantwortlich machen wollen, dann wäre es das einfachste, Sie ließen die Steuergesetze in Zukunft passieren und lehnten sie nicht alle im Bundesrat ab.

(Abg. Brinkmann SPD: Das könnte Ihnen so passen!)

Deshalb sage ich Ihnen: Kurzfristig werden Sie Ihre Meinung zur Gewerbesteuerreform ändern müssen. Sie werden Ihre Meinung zur Vermögensteuer ändern müssen, die im übrigen, wie die Erbschaftsteuer, für verfassungswidrig erklärt worden ist.

(Abg. Drexler SPD: So, wie sie jetzt ist! Kreuzifix-Urteil!)

Damit bin ich bei der Alternative, die Sie haben, nämlich bei der Ökosteuerlösung. Wenn der Wirtschaftsminister Spöri einer solchen Lösung zustimmt, werde ich öffentlich sagen, daß er alles tut, um den Standort Deutschland

(Zurufe von den GRÜNEN, u. a. Abg. Kuhn: Das sagen Sie doch jetzt schon! — Zuruf des Abg. Drexler SPD)

schlechter zu machen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Drexler SPD: Das ist eine Drohung! Das ist eine gigantische Drohung!)

Ich habe es Ihnen vorhin gesagt: Wir haben die höchsten Strompreise, sowohl in Baden-Württemberg als auch in der Bundesrepublik. Herr Kuhn, ich habe es Ihnen in Debatten hier wiederholt gesagt: Wo die Grünen vielleicht gut sind, das ist in der Semantik.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das ist ja etwas Richtiges! Semantik ist ja richtig!)

Deshalb haben sie auch so einen Quasi-Professor, der in diesem Bereich zu Hause ist.

(Zuruf von der SPD: Da spricht der Neid! — Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Das Wort „Ökosteuer“ ist in dieser Richtung schon ungeheuer raffiniert, weil sich viele schon nicht mehr getrauen, etwas dagegen zu sagen, weil ja jeder für Ökologie ist.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Auch der Herr Replik von der CDU und der Herr Schäuble von der CDU!)

— Ja, ja. Jetzt nur einmal langsam.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Ja, ja! So ist es!)

Wenn Sie von da einmal etwas wissen wollen, dann sage ich Ihnen einiges. Da kenne ich mich ein wenig besser aus als Sie, Herr Kuhn.

(Zurufe von der SPD — Abg. Kuhn GRÜNE: Warten Sie einmal ab! — Unruhe)

Wenn man bei der Ökosteuer den Stuck wegschlägt, dann kommen die nackten Fakten heraus. Das heißt, Sie wollen die Mineralölsteuer in Stufen bis auf 5 DM pro Liter erhöhen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sehr richtig!)

Und Sie wollen eine sogenannte Stromsparsteuer einführen. Das ist auch so ein tolles Wort. Sie wollen praktisch mit einer Lenkungssteuer die Leute zwingen, Strom zu sparen und gegebenenfalls wieder mit der Kerze zu Hause zu sitzen.

(Minister Mayer-Vorfelder)

(Oh-Rufe von der SPD und den GRÜNEN — Abg. Kuhn GRÜNE: Auf die Bäume! Mit Sandalen auf die Bäume! — Abg. Wieser CDU: Dann kommt wieder die Kerzensteuer! — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Daß Sie dabei eine zusätzliche Belastung der Wirtschaft zwischen 15 und 20 % herbeiführen,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Super!)

daß Sie damit — Sie denken natürlich immer nur für die Singles — insbesondere Familien mit Kindern ganz erheblich zusätzlich belasten,

(Abg. Sieber CDU: So ist es!)

wo Sie sonst immer die soziale Frage vor sich hertragen, das entgeht Ihnen völlig.

(Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE — Abg. Seimetz CDU: Die kleinen Leute! — Abg. Kuhn GRÜNE: Jetzt geht es aber rund hier! — Abg. Drexler SPD: Am Thema vorbei!)

Deshalb sage ich noch einmal: Wenn dies wahr würde — —

(Abg. Sieber CDU: Und dann noch 5 DM für das Benzin! — Abg. Kuhn GRÜNE: So, wie Sie reden, brauchen Sie keine Heizung!)

— Nein, die brauche ich nicht. Mir wird schon warm, wenn ich Sie sehe. Da brauche ich nicht einmal zu reden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und den Republikanern)

Wenn Sie diese ökologische Steuerreform machen wollen — — Da hat es bei der SPD einmal einen gegeben — aber die Zeit ist schon lange vorbei —, der von Wirtschaft wirklich etwas verstanden hat. Das war der Helmut Schmidt.

(Abg. Drexler SPD: Das sagen Sie jetzt!)

Helmut Schmidt hat zu den Ökosteuern folgendes gesagt: Es sind Lenkungssteuern. Da gibt es aber nur zwei Möglichkeiten — hat er gesagt —: Entweder funktioniert die Lenkung, dann ist zuwenig Geld in der Staatskasse, und die Aufgaben können nicht mehr erfüllt werden.

(Abg. Sieber CDU: Richtig, ja!)

Oder aber sie funktioniert nicht; dann ist es keine Ökosteuer.

Deshalb ist das alles, was hier von Ihnen erzählt wird, Mumpitz.

(Abg. Schrempp SPD: Sagen Sie einmal etwas zum Solidaritätszuschlag!)

Nun ein letztes Wort noch zum Solidaritätszuschlag.

(Mißfallensäußerungen bei der SPD)

Das, was ich vorhin gehört habe, hat mich schon ans Kabarett erinnert. Da ist Herr Scharping im Jahr 1995 — und wenn Sie nicht mehr wissen, wer das war,

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall bei der CDU)

dann sage ich es Ihnen: das war immerhin Ihr Kanzlerkandidat und Bundesvorsitzender —

(Abg. Alfred Haas CDU: Von der Basis gewählt!)

in allen Interviews der „Bild“-Zeitung herumgeturnt und hat gerufen: „Der Soli muß weg, und je schneller, desto besser!“

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut! — Beifall der Abg. Pfister und Dr. Döring FDP/DVP)

Und Herr Eichel,

(Abg. Haasis CDU: Wer ist denn das?)

immerhin Ministerpräsident von Hessen,

(Abg. Haasis CDU: Ach so!)

hat vor der Landtagswahl laut getönt: „Der Solidaritätszuschlag muß weg.“

(Zuruf von der SPD: Jetzt macht ihr es!)

Herr Kollege Spöri hat keinen Tag ausgelassen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

ohne zu fordern, daß der Solidaritätszuschlag beseitigt werden muß.

(Abg. Maurer SPD: Jetzt! Wer zahlt es? Wer zahlt es denn jetzt?)

Wo sie ein klein wenig auseinander lagen, war beim Zeitpunkt. Der eine hat gesagt: „von Anfang 1997“, der andere hat von Mitte 1997 gesprochen, und der dritte hat „Anfang 1998“ gesagt. Ministerpräsident Eichel hat auch 1998 als Zeitpunkt genannt.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Dr. Puchta: Meilenweit auseinander!)

Jetzt kommt aber doch der Hammer. Sie alle, die Sie das gefordert haben, haben nie ein Wort zur Gegenfinanzierung gesagt, nie ein Wort!

(Abg. Maurer SPD: Stimmt nicht! — Abg. Kuhn GRÜNE: Jetzt „waigeln“ wir wieder ab!)

— Herr Kuhn, Mäßigung, Mäßigung, ich sage es Ihnen doch jetzt.

(Abg. Seimetz CDU zu Abg. Kuhn GRÜNE: Das tut weh!)

Keiner hat etwas zur Gegenfinanzierung gesagt.

Als ich in der Finanzministerkonferenz gesagt habe, daß die Gegenfinanzierung, und zwar eine solide Gegenfinanzierung der Absenkung des Solidaritätszuschlags, letzten Endes nur eine Absenkung der Leistungen an die neuen Länder sein

(Minister Mayer-Vorfelder)

kann — denn dafür ist der Solidaritätszuschlag eingeführt worden —, bin ich mit Bayern allein geblieben, und insbesondere die SPD-Länder, die dort die Mehrheit haben, Herr Maurer, haben dies abgelehnt, weil sie natürlich vor einer Kürzung solcher Leistungen Angst hatten.

(Abg. Maurer SPD: Ich probiere es noch einmal! Vielleicht haben Sie noch immer Angst, aber ich probiere es noch einmal! — Abg. Maurer SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Nun hat man den Solidaritätszuschlag um zwei Prozentpunkte gekürzt, und der Herr Bundesfinanzminister hat einen Vorschlag gemacht, der natürlich so nicht Realität werden wird; das weiß er doch selber genau. Das ist doch logisch.

Jetzt sind wir hier und machen Wahlkampf pur

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sie machen Wahlkampf!)

und erwarten, daß die da oben jetzt eine Liste verkünden, um Herrn Maurer die Munition zu liefern, damit er noch weiter um irgendwelche Listen herumturnen kann. Sie können doch nicht annehmen, daß der Bundesfinanzminister so albern ist. Folglich hat er gesagt — —

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Maurer?

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Er kann ja nachher rausgehen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU — Abg. Weimer SPD: Feigling! — Weitere Zurufe von der SPD: Feigling! Feigling!)

— Ich bin kein Feigling. Den Herrn Maurer mache ich im Stehen fertig. Aber das ist nicht das Thema.

(Anhaltende lebhafte Zurufe)

Meine Damen und Herren,

(Anhaltende lebhafte Unruhe — Glocke des Präsidenten)

jetzt hat Herr Waigel einen Vorschlag gemacht, ...

(Anhaltende lebhafte Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Ich darf um Ruhe bitten.

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** ... der natürlich so nicht stehenbleiben wird. Das, was er als Begründung angeführt hat, ist auch nicht stimmig.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

denn es gibt keine Beschlußlage und auch keine Gesetzeslage, die es erlauben würde, nun einfach Umsatzsteuernpunkte wegzunehmen. Die Länder werden jedoch innerhalb kürzester Zeit in eine Situation kommen, in der sie froh sein werden, wenn über die Deckungsquote neu nachgedacht

wird, denn die Steuerarten, die jetzt auf dem Prüfstand stehen und gegebenenfalls, wenn keine Einigung unter den Ländern erfolgt, völlig wegfallen,

(Abg. Wieser CDU: So ist es!)

nämlich Vermögensteuer und Erbschaftsteuer, sind reine Landessteuern, und die Absenkung — —

(Abg. Kuhn GRÜNE: Endlich! — Abg. Weimer SPD: Sie schließen also nicht aus, daß die Mehrwertsteuer nach dem 24. März erhöht wird?)

— Ich sage Ihnen gleich etwas zur Mehrwertsteuer. Auch da sollen Sie Ihre Wünsche erfüllt bekommen.

Es geht beim Solidaritätszuschlag um 4 Milliarden DM. Bei der Vermögensteuer einschließlich der Veränderung der Erbschaftsteuer geht es um eine Größenordnung von 12 Milliarden DM. Das muß alles im Jahre 1996 geschehen. Also vor dem Wegfall eines Teils des Solidaritätszuschlags Mitte 1997 werden die Länder größtes Interesse haben, über die Deckungsquote mit dem Bund zu verhandeln, weil es um 12 Milliarden DM geht. In diesem Zusammenhang wird diese Frage mit Sicherheit eine Rolle spielen.

Und jetzt am Schluß zur Mehrwertsteuer, weil Sie mir das Wort noch zugerufen haben.

(Abg. Maurer SPD: Ja, jetzt! Zahlen wir es jetzt im Landeshaushalt, den Solidaritätszuschlag?)

— Nur langsam. Ich gebe Ihnen wahrscheinlich eine andere Antwort, als Sie sie erwarten.

(Abg. Weimer SPD: Wahrscheinlich gar keine!)

— Herr Weimer, werden Sie doch nicht antizipierend aufgeregt. Ich sage es Ihnen ja jetzt.

(Abg. Weimer SPD: Sie werden gar keine Antwort geben! — Abg. Oettinger CDU zur SPD: Keine Panik, Männer!)

Wenn Sie die europäische Landschaft anschauen, stellen Sie fest, daß wir, was die Steuerlast anlangt, im Mittelfeld liegen, nicht an der Spitze, sondern im Mittelfeld. Wir liegen aber an der Spitze, was die direkten Steuern anlangt, und wir liegen am unteren Ende, was die Mehrwertsteuer anlangt. Deshalb muß mittelfristig schon darüber nachgedacht werden — das hat mit diesem Wahltag überhaupt nichts zu tun — —

(Abg. Maurer SPD: Überhaupt nicht!)

— Herr Maurer, ein wenig töricht dürfen Sie ja sein, aber — —

(Abg. Maurer SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. — Abg. Maurer SPD: Kommen Sie, dritte Runde!)

Bezogen auf das Jahr 2000, wenn eine europäische Harmonisierung kommt, wird mit Sicherheit die direkte Steuerbelastung in Deutschland erheblich niedriger sein, und zu diesem Zeitpunkt wird die Mehrwertsteuer im Ausgleich auch erhöht werden. Das entscheidende Moment ist: Wenn Sie die

(Minister Mayer-Vorfelder)

Mehrwertsteuer dann erhöhen, können Sie sie nur erhöhen, wenn Sie die direkten Steuern nach unten nehmen;

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: So ist es!)

denn sonst erhöhen Sie ja die Steuerlast. Wenn Sie dies tun, dann werden Sie — und das ist meine Überzeugung; das vertrete ich immer — eine soziale Komponente einbauen müssen, weil gerade die geringerverdienenden Menschen das meiste für den Konsum ausgeben und deshalb durch die Mehrwertsteuer erheblich belastet werden. Sie werden also insbesondere die Grundnahrungsmittel und die Konsumgüter für die Deckung der Grundbedürfnisse des Lebens mit einem niedrigeren Steuersatz versehen müssen.

Herr Maurer, ich habe Ihnen jetzt einen gewissen Nachhilfeunterricht in Steuerrecht gegeben. Da Sie das nicht zur Kenntnis nehmen, werden Sie weiterhin auch draußen viel Unsinn erzählen, weil eben Wahlkampf ist. Aber das ändert nichts an den Tatsachen, von denen ich geredet habe.

(Lebhafter Beifall bei der CDU — Abg. Weimer SPD: Die Mehrwertsteuer wird erhöht! — Abg. Maurer SPD: Die Mehrwertsteuer wird erhöht! Vielen Dank! Jetzt wissen wir es endlich! — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Meine Damen und Herren, ehe ich dem Herrn Wirtschaftsminister das Wort erteile, möchte ich mich an die Kameramänner wenden. Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß wir Sie bitten müssen, nicht in die Sitzreihen der Abgeordneten zu gehen und auch dafür Sorge zu tragen, daß die Abgeordneten hinten durchgehen können. Der Saal ist in erster Linie für die Abgeordneten des Landtags gedacht. Ich habe Verständnis für Ihre Aufgabe. Wir müssen uns ein bißchen zusammenraufen.

Nun erteile ich dem Herrn Wirtschaftsminister das Wort.

**Wirtschaftsminister Dr. Spöri:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Finanzminister hat mich mit großer Empörung des Populismus bezichtigt.

(Zuruf von der CDU: Recht hat er!)

Ich finde das bemerkenswert, wenn man den gesamten Phänotypus Mayer-Vorfelder betrachtet,

(Heiterkeit bei der CDU und der SPD)

der ansonsten sehr viel davon hält, populistisch aufzutreten. Ich kann Ihnen nur eines sagen — das gilt für jede politische Frage —: Es ist nicht immer so, daß die Mehrheit der Bevölkerung, wenn sie Besorgnisse gegenüber einer politischen Konzeption hat, falsch denkt; davon können Sie nicht ausgehen.

(Beifall bei der SPD und den Republikanern)

Es ist ganz gut, wenn wir auch in den Fragen der europäischen Währungspolitik genau hinhören, wenn wir das Ohr am Bürger haben und die Besorgnisse und Ängste aufnehmen, verantwortlich aufnehmen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie reden die Repts in den Landtag!)

Dies ist die Aufgabe der demokratischen Parteien.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sie machen doch Propaganda! — Abg. Dr. Scharf FDP/DVP: Sie schüren doch! — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Darf ich um Ruhe bitten. Das Wort hat der Wirtschaftsminister.

(Abg. Wieser CDU: Volksverhetzer! — Abg. Alfred Haas CDU: Das letzte Mal war's genauso!)

**Wirtschaftsminister Dr. Spöri:** Ich sage Ihnen jetzt ganz sachlich: Punkt eins: Niemand kann an den Fehlentwicklungen bei der Vorbereitung der Europäischen Währungsunion vorbeigehen, auch das Direktorium der Deutschen Bundesbank nicht. Es handelt sich nicht um SPD-Mitglieder, wenn zum Beispiel ein Herr Issing als Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank Kritik übt oder wenn Herr Tietmeyer in der Vergangenheit Kritik geübt hat, wenn Jacques Delors als überzeugter Europäer seine Skepsis vorbringt und wenn viele andere inzwischen entdecken, daß diese Währungsunion sehr schlecht vorbereitet, ökonomisch nicht fundiert vorbereitet worden ist.

(Abg. Wieser CDU: Die Bedenkenträgerpartei spricht jetzt!)

Lassen Sie mich einfach eines sagen: Wir brauchen eine Europäische Währungsunion, damit die Wechselkursbeziehungen zu unseren Hauptkonkurrenten in Europa stabilisiert werden. Das ist das Ziel. So, wie es gegenwärtig läuft, wird aber genau das Gegenteil erreicht. Das heißt, wir werden keine Stabilisierung der Wechselkurse haben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das wissen Sie doch noch gar nicht!)

sondern wir werden die Situation haben, daß die Währungen unserer Hauptkonkurrenten zusätzlich abgewertet werden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Spekulation!)

Das wird sehr schwierig für unsere Wirtschaft, für unsere Industrie.

(Abg. Alfred Haas CDU: Reine Spekulation ist das!)

Dazu kommt — zweitens —, daß die Stabilisierung der Entwicklung in den Volkswirtschaften im Vorfeld von 1997 in den wichtigsten Ländern finanzpolitisch inzwischen in großer Hektik erfolgt. Wir sehen, daß in Frankreich und in Italien die Finanzpolitik die Konjunktur abbremst. Diese Abbremsung der Konjunktur ist natürlich eine Entwicklung, die insgesamt zu einer europäischen Rezession führt.

Drittens: Wir haben eine Situation, in der wahrscheinlich höchstens zwei große Staaten diese Währungsunion überhaupt mitmachen werden. Das sind die Deutschen und die Franzosen, eventuell noch Luxemburg. Das bedeutet, daß letzten Endes die Hauptpartner, die damals die EWG mitgegründet haben, wie Italien, aber auch wichtige Partner wie

(Minister Dr. Spöri)

England in dieser Mini-Währungsunion nicht mehr mit dabei sind. Es entsteht eine psychologische Spaltung in Europa, die ein gefährlicher Rückschlag für die europäische Idee und für die europäische Bewegung sein wird. Es ist kontraproduktiv, so etwas machen zu wollen.

(Abg. Fleischer CDU: Aber, Herr Minister, das gilt doch alles erst, wenn es acht sind!)

Ich sage Ihnen: Jeden Tag, Herr Fleischer, mehren sich die fachkundigen Stimmen, die das erkennen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Republikaner — Abg. Fleischer CDU: Aber Sie brauchen acht dafür und nicht drei! Lesen Sie doch wenigstens mal Maastricht!)

Es ist absurd, daß eine Bundesregierung sich als Zuchtmeister der Stabilitätskriterien in ganz Europa aufspielt und sagt: „Ihr müßt die Stabilitätskriterien erfüllen“, aber jetzt schon zum zweiten Mal selbst die Stabilitätskriterien nicht erfüllt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kuhn GRÜNE)

Das wirkt lächerlich.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Ich bin mir nicht sicher, ob Deutschland die Stabilitätskriterien bis 1997 erfüllt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Dann kommen wir nicht rein!)

Aber der Sachverstand wendet sich in Europa insgesamt in der Tendenz immer mehr der Forderung zu, diese schlecht vorbereitete Währungsunion zeitlich zu verschieben.

(Abg. Krisch REP: Abzusagen! — Beifall bei den Republikanern)

Ich muß Ihnen sagen, auch der Sachverstand in der Union wendet sich immer mehr dieser Forderung zu.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Trageiser REP — Abg. Alfred Haas CDU: Sie reden die Reps in den Landtag!)

Wenn der Herr Kollege Mayer-Vorfelder sich über Populismus empört, dann ist das an sich schon sehr amüsant.

(Heiterkeit bei der SPD — Abg. Brinkmann SPD: Das ist ein Widerspruch in sich! — Abg. Wettstein SPD: Das ist, wie wenn ein Zuhälter Keuschheit predigt!)

Lieber Herr Kollege Mayer-Vorfelder, was liest man denn da alles in der Zeitung? Da wird mir vorgeworfen, daß ich für die Verschiebung der Währungsunion sei. Da lese ich doch tatsächlich: „Schäuble: Euro notfalls später einführen“ — so heute in der „Badischen Zeitung“ unter Berufung auf das „Wall Street Journal“.

(Lachen bei der SPD — Abg. Sieber CDU: Das ist doch klar! Ja und?)

Herr Schäuble, ich sage nur: Willkommen im Club.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Republikaner)

Ich sehe es ihm an den Augen an: Er wäre am liebsten selbst mit bei denjenigen — bei Stoiber, bei Schröder und bei Spöri —, die die Verschiebung fordern.

(Abg. Deuschle REP: Und bei den Republikanern!)

Meine Damen und Herren, dies zur europäischen Währungsunion und zu den Fragen des Populismus.

Jetzt einmal ganz nüchtern zurück zu dem Thema, das wir hier eigentlich behandeln wollten: Auswirkungen der Finanz- und Steuerpolitik auf die finanzielle Situation und die steuerliche Belastung im Land Baden-Württemberg.

Da muß man zunächst einmal die Statistik bemühen. Man muß sich zum Beispiel einmal ganz nüchtern ansehen, wie sich die Steuerarten verschoben haben. Das ist hochinteressant. Das sind keine Zahlen, die die SPD vorgelegt hat. Das ist aus der amtlichen Statistik, deren Lektüre ich Ihnen empfehle.

Das Aufkommen an Lohnsteuer in Westdeutschland hat sich in der Regierungszeit der Bonner Koalition von 1983 bis 1995 von 129 Milliarden DM bis auf 260 Milliarden DM entwickelt. Das Lohnsteueraufkommen hat sich also verdoppelt.

Auch das Umsatzsteueraufkommen hat sich von 1983 bis 1995 aufgrund der Finanzpolitik der amtierenden Bundesrepublik mehr als verdoppelt, nämlich von 106 Milliarden DM auf rund 235 Milliarden DM. Das heißt, es ist um 122 % gestiegen.

Das sind genau die Steuerarten, meine Damen und Herren, die die breiten Schichten der Bevölkerung stark belasten. Da sehen wir ein enormes Wachstum.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt wollen wir das in der Sache einmal mit anderen Steuerarten konfrontieren. Das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer ist von 1983 bis 1995 von 28 Milliarden DM auf 14 Milliarden DM gesunken.

(Abg. Maurer SPD: So etwas! — Abg. Dr. Caroli SPD: Ei, guck einmal!)

Meine Damen und Herren, Herr Finanzminister,

(Abg. Maurer SPD: Zuhören! — Abg. Bebbler SPD: Da kann er etwas lernen!)

das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer liegt in Deutschland inzwischen unter dem Aufkommen an Versicherungsteuer.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Das sind die Fakten aus der amtlichen Statistik.

(Minister Dr. Spöri)

Das Aufkommen an Körperschaftsteuer ist zwischen 1983 und 1995 von 24 Milliarden DM um 25 % auf 18 Milliarden DM, gefallen.

(Abg. Maurer SPD: So etwas!)

Ich gebe zu, lieber Kollege Mayer-Vorfelder, daß sich die Körperschaftsteuereinnahmen so negativ entwickelt haben, ist zum Teil auf die Rezession zurückzuführen. Aber es ist nicht nur Rezession. Der langfristige Trend signalisiert eine sehr dramatische Verschiebung des Aufkommens zwischen den einzelnen Steuerarten. Diese Debatte ist es wert, daß man über diese Verschiebung nachdenkt und die Steuerpolitik daran orientiert.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich Baden-Württemberg nach meinen Zahlen betrachte, so stelle ich fest, daß die Arbeitnehmer 1983 mit 21,7 Milliarden DM an Steuern auf ihre Lohn- und Gehaltssumme belastet wurden. 1995 waren es 41 Milliarden DM. Das ist eine Steigerung um 90 %.

Bei der Umsatzsteuer gab es in Baden-Württemberg in derselben Zeit eine Steigerung von 15 Milliarden DM auf 32 Milliarden DM. Das sind die Steuern auf die Masseneinkommen, Steuern, die die breite Bevölkerung zu tragen hat.

Dagegen sind die Körperschaftsteuerzahlungen baden-württembergischer Unternehmen von 6,7 Milliarden DM im Jahr 1983 auf 3 Milliarden DM — auch rezessionsbedingt — gesunken. Bei der veranlagten Einkommensteuer haben wir eine Senkung von 4,9 Milliarden DM auf 2,5 Milliarden DM.

Jetzt möchte ich einmal auf die Ursachen für die gegenwärtige Entwicklung eingehen. Wir haben auf jeden Fall die Situation, daß der Durchschnittsverdiener — und zwar direkt und indirekt, Herr Mayer-Vorfelder — über Lohnsteuer und über Umsatzsteuer dramatisch stärker besteuert worden ist. Diese Feststellung ist unumstößlich, das ist die Realität, das sind die statistischen Fakten. Das führt auch dazu, daß heutzutage in Baden-Württemberg jemand, wenn er einen mittleren Verdienst hat, für eine zusätzliche Mark, wenn er nicht nur Steuer zugrunde legt, sondern auch Sozialversicherungsabgaben, 49 Pfennig an Steuern und Abgaben entrichten muß.

Tatsache ist, daß heute der „tax-free day“, der Tag, an dem ein Durchschnittsverdiener nach Angaben des Bundes der Steuerzahler anfängt, für seine eigenen Ausgaben zu arbeiten und nicht nur für die Steuer- und Sozialversicherung, am 23. Juni ist. Erst von da an arbeitet er für sich selbst. Das ist ein Mißstand, das ist eine Fehlentwicklung. Dies müssen wir gemeinsam angehen. Das ist ein Riesenproblem, auch was die Leistungsorientierung in einer Marktwirtschaft anlangt. Sie reden doch immer von leistungsorientierter Besteuerung.

(Beifall bei der SPD)

Heute haben wir — und das ist kein Widerspruch zu dem, was Herr Maurer gesagt hat — ein absurdes Steuersystem. Die Steuerbelastung in Deutschland liegt absolut in der Addition mit dem Solidaritätszuschlag zum Beispiel bei Unternehmen bei 65 %. In Frankreich haben wir bei der Addi-

tion der Steuersätze eine Besteuerung von 45 %, in Großbritannien eine Besteuerung von 33 %.

Wir kriegen es hin, daß wir die Unternehmen aufgrund der hohen Steuersätze aus unserem Land verjagen, so daß Investitionen an diesem Land vorbeigelenkt werden. Aber eines sage ich Ihnen noch: Wir kriegen es auch hin, daß wir unsere Steuerpflichtigen mit den gehobenen Einkommen diese Steuersätze überhaupt nicht bezahlen lassen. Tatsache ist, daß die Bezieher gehobener Einkommen in dieser Gesellschaft in einem Umfang wie noch niemals in Deutschland legal Steuerschlupflöcher nutzen können.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben eine Situation, in der Herr Waigel davon ausgeht, daß ihn die Steuerschlupflöcher in Ostdeutschland 1996 16 Milliarden DM gekostet haben.

Was entsteht eigentlich aus diesen Investitionen, die getätigt werden, die mit diesen Steueranreizen in den deutschen Osten gelockt werden? Es entstehen Investitionsruinen, die Projektentwickler initiieren.

(Abg. Haasis CDU: Da sind auch Wohnungen entstanden! Der größte Teil entfällt auf Wohnungen!)

— In großem Umfang Investitionsruinen. Auf jeden Fall ist es so, daß hier in großem Stil steuerpolitisch eine Umverteilung von unten nach oben praktiziert wird.

(Beifall bei der SPD)

Solche Steuerschlupflöcher, Abschreibungsmöglichkeiten von 50 %, nutzt der normale Durchschnittsverdiener in Baden-Württemberg nämlich niemals. Dafür brauchen sie versierte Steuerberater. Herr Haasis, das wissen Sie doch ganz genau.

(Abg. Haasis CDU: Das meiste ist in Wohnungen gegangen!)

— Es ist nicht das meiste in Wohnungen gegangen. Und auch in diesem Bereich gibt es in Ostdeutschland gegenwärtig Fehlentwicklungen. Das werden Sie bald spüren, auch im Bankenbereich.

(Abg. Haasis CDU: Das ist unbestritten! Aber trotzdem ist es in Wohnungen gegangen! — Abg. Weimer SPD: Grundrechenarten!)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen folgendes: Die Steuersätze in Deutschland müssen gesenkt werden, weil die Rekordbelastung, Herr Kuhn, bei den Steuersätzen dazu führt, daß wir immer weniger Einnahmen aus Unternehmensteuern haben — das ist meine These —, weil wir produktiv wirksames, in Arbeitsplätze angelegtes Anlagekapital einfach verjagen. Letztlich erreichen wir mit den hohen Steuersätzen, daß wir immer weniger Unternehmensteuereinnahmen in diesem Land haben.

Deswegen sage ich Ihnen auch ganz klar: Der Solidarzuschlag war die letzte steuerpolitische Maßnahme der Bundesregierung auf einem ohnehin sehr hohen Steuer- und Abgabenniveau. Seit einem dreiviertel Jahr habe ich, auch in einem intensiven Schriftwechsel mit dem Herrn Ministerprä-

(Minister Dr. Spöri)

sidenten, gefordert, daß der Solidarzuschlag in einem verbindlichen Stufenplan abgebaut wird. Dazu bekenne ich mich.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

Herr Kollege Kuhn, das hat nichts mit Populismus zu tun. Im übrigen halte ich Populismus überhaupt nicht für ein Schimpfwort. Da können Sie lange agitieren.

(Beifall bei den Republikanern)

das trifft mich nicht.

Ich will Ihnen dazu einmal etwas Konjunkturpolitisches sagen.

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

Wir haben zur Jahreswende 1993/94 einen konjunkturellen Aufschwung gehabt, auch in Baden-Württemberg. Was aber war an dieser konjunkturellen Entwicklung abnorm? Normal war, daß zunächst der Export angezogen hat, und zwar mit zweistelligen Zuwachsraten bei den Aufträgen. Normal war auch, daß anschließend die Investitionsgüterindustrie einschließlich des Maschinenbaus angesprungen ist. Anormal an der Konjunkturentwicklung war, daß der Konsum niemals gekommen ist. Das heißt, der Einbruch der Konjunktur im dritten Quartal letzten Jahres und die seitherige konjunkturelle Abkühlung hängen direkt damit zusammen, daß den Menschen, den breiten Schichten der Konsumenten, einfach die Fähigkeit zum Konsumieren fehlt, weil die Abgaben und Steuern in diesem Land zu hoch sind.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Das ist einfach Ökonomie, Herr Kuhn, ganz schlicht konjunkturelle Betrachtungsweise. Es gibt keinen beschäftigungswirksamen Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland, der den Arbeitsmarkt entlastet, wenn wir nicht in der Spätfolge eines Aufschwungs auch einen Konsumschub bekommen. Das ist ganz einfach und schlicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Abg. Weimer SPD: Jawohl!)

Deswegen mußte aus psychologischen Gründen die letzte Abgabe — das war der Solidarzuschlag — einem verbindlichen Stufenplan unterworfen werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Darauf bestehe ich, denn wenn Sie das nicht machen — Herr Döring, die Überprüfungsklauseln, die Sie für die nächsten Jahre ausgemacht haben, sind nicht sauber —, wenn Sie den Solidaritätszuschlag nicht verbindlich in zwei oder drei Stufen, meinetwegen bis zum Jahr 2000 oder 1999 oder zu einem anderen Zeitpunkt abbauen, dann haben Sie solche Abgaben immer. Denn in Parlamenten finden sich immer Parlamentarier, die Verwendungszwecke und hohe Prioritäten für solche Abgaben finden. Das ist ganz klar.

Ich sage aber: Es muß eine seriöse Finanzierung gemacht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Abg. Brigitte Wimmer SPD: Das ist der Punkt!)

Da unterscheidet sich meine Auffassung von dem, was Sie von der Finanzierungsseite her gemacht haben. Wissen Sie — ich sage es nicht zu Ihnen —: So, wie das in Bonn beschlossen worden ist — jetzt verkaufen wir die Wohltat der Bevölkerung; hört alle her: der Soli-Zuschlag wird abgebaut, und die Länder zahlen das —, so kann der Dümme Steuerpolitik machen. Das muß ich wirklich sagen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Republikaner)

Das ist so, als wenn der Döring unten in die Landtagsgaststätte geht, eine Runde schmeißt und sagt: „Da draußen läuft jemand; der soll es zahlen.“

(Lebhafte Heiterkeit bei der SPD — Beifall bei Abgeordneten der SPD — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das zahlt der Drautz!)

Es ist unglaublich, wie man so einen Schwachsinn — einen solchen Schwachsinn! — beschließen kann. Denn diese Seifenblase platzt doch gegenwärtig. Das ist doch eine unseriöse Nummer.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der Republikaner)

Ich sage Ihnen: Hätten Sie konkrete Vorschläge gemacht, wie Übersubventionierungen zugunsten des Ostens in Teilbereichen, in Teilbranchen abgebaut werden können, wie überzogene Abschreibungsvergünstigungen, wie sie auch Mayer-Vorfelder zusammen mit mir thematisiert hat —

(Lebhafte Zurufe von der SPD, u. a.: Wo ist er denn? — Antreten! — Abg. Wettstein SPD: Er ist abgetrieben!)

— Er wird schon wieder unter dem Tisch vorkommen.

(Anhaltende Heiterkeit bei der SPD — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Unglaublich!)

Wenn Sie konkret vorschlagen würden, die und die Subventionierung abzubauen, dann wäre das korrekt. Ich kann Ihnen sagen, daß der Bund die Möglichkeit hat, aus zurückgehenden Transferleistungen seriös zu finanzieren. Wir alle wissen, daß die Transferleistungen schon in diesem Jahr um mindestens 20 Milliarden DM und im nächsten Jahr um 15 Milliarden DM verringert werden. Es ist unglaublich, dann zu sagen, die Länder sollten die Zeche zahlen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: So wird es ja auch nicht kommen! Das wissen Sie doch genau!)

Ich frage Sie auch einmal: Wie wollen Sie das eigentlich finanzieren? Wir haben einen völlig ausgequetschten Haushalt, wie der Finanzminister dauernd sagt. Wir haben die letzte Runde mit 1 Milliarde DM Einsparung gedreht, und es ging in vielen Ressorts schon auf die Knochen. Da war kein Fett mehr dran. Wenn ich mir jetzt einmal überlege, daß man im nächsten Haushalt mit der nächsten Landesregierung noch einmal 300 Millionen DM vom bestehenden Haushaltsvolumen einsparen soll,

(Minister Dr. Spöri)

(Abg. Wieser CDU: Da würde ich gar nicht in die Regierung gehen!)

dann ist es einfach unglaublich, daß Sie solche verantwortungslosen Vorschläge machen. Sie wissen gar keinen Deckungsvorschlag.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage es auch den Kommunen. Die Kommunen werden in der ersten Stufe 100 Millionen DM pro Jahr verlieren. Das Ganze baut sich ja auf. Das wird ja der dreifache Betrag werden.

(Abg. Haasis CDU: 700 Millionen DM!)

wenn man einen stufenweisen Abbau tatsächlich macht, wie Sie das anvisiert haben. So geht es nicht.

Der zweite Punkt: Da ist dieses Aktions- und Wachstumsprogramm. Das ist ja hochinteressant: 25 Punkte, alle Schönheiten der Welt! Mayer-Vorfelder ist immer noch nicht da. Ich wollte ihn jetzt noch einmal ansprechen.

(Abg. Maurer SPD: Wo ist er denn? Wo ist Mayer-Vorfelder? — Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Herr Mayer-Vorfelder hat ja gerade eben sehr viel erzählt.

(Abg. Maurer SPD: Schauen Sie mal in die Gaststätte! — Abg. Kuhn GRÜNE: Ein Schlückchen in Ehren kann niemand verwehren!)

Ich muß Ihnen eines sagen: Da wird nicht nur wie beim Solidarzuschlag ausgegeben; da wird noch viel umfangreicher ausgegeben. Was lese ich denn da? Die Vermögensteuer solle nicht nur im betrieblichen Bereich, wo ich es verstehen könnte, weil es eine Substanzbesteuerung ist, abgebaut werden, sondern sie soll generell abgebaut werden, 8,5 Milliarden DM auf Kosten der Länderhaushalte.

(Abg. Wettstein SPD: Die Haushaltssammlungen sollen steuerfrei sein!)

Keine Deckung, keine Deckung für Baden-Württemberg und keine Deckung für irgendeinen anderen Länderhaushalt.

Jetzt zur Gewerbesteuer.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt ist Mayer-Vorfelder da!)

Herr Kollege Mayer-Vorfelder, um Sie direkt anzusprechen:

(Abg. Maurer SPD: Erst mal rückmelden! So ist es beim Heer! Erst mal rückmelden! — Zuruf von der SPD: Jetzt hört er wieder nicht zu!)

Sie haben gesagt, Sie seien in den Verhandlungen über die Gewerbesteuer dabei gewesen und das wäre wie immer von der bösen SPD-Länderriege verhindert worden.

(Minister Mayer-Vorfelder: „Böse“ habe ich nicht gesagt!)

— Ja, aber ich fasse das so zusammen.

(Abg. Haasis CDU: Aber übel!)

Sie haben gesagt, das wäre verhindert worden. Tatsache ist, daß nach wie vor ich und alle

(Abg. Wieser CDU: Ich und alle!)

SPD-regierten Länder bereit sind, die Gewerbesteuer abzubauen, aber nur bei einem seriösen, verbindlichen Deckungsvorschlag für unsere Kommunen. Sonst geht das nicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN — Abg. Haasis CDU: Da sind wir doch einig! Wie lautet der Deckungsvorschlag? Das ist ja die Frage! Wie lautet der Deckungsvorschlag?)

Herr Kollege Mayer-Vorfelder, was Sie da gesagt haben, war natürlich eine Luftnummer. Sie haben gesagt, der Deckungsvorschlag sei gewesen: Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer zum Ausgleich.

(Abg. Haasis CDU: Ja, richtig! — Abg. Kurz CDU: Den Vorschlag hat der Herr Waigel schon gemacht!)

Erstens: Wer soll denn die Umsatzsteueranteile abgeben? Wer gibt sie ab? Meinen Sie, Waigel gibt die ab oder die Länder haben die Mehrwertsteueranteile jetzt noch auf den Rippen, um sie abzugeben?

Zweitens: Herr Mayer-Vorfelder, auch wenn das stimmen würde, wenn Länder und Bund die Anteile abtreten würden, wissen Sie eines ganz genau — jetzt beziehe ich mich auch einmal auf die Sachgespräche —: Es war nicht möglich, den Anteil der Gemeinden bei einem Deckungsvorschlag zuzurechnen, weil die Statistik zu dem Zeitpunkt fehlte.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Das haben Sie nicht nur im Gespräch mit mir bestätigt, sondern auch gegenüber den kommunalen Landesverbänden in Baden-Württemberg haben Sie eingeräumt, daß gegenwärtig der Ausgleich technisch nicht zurechenbar sei, weil statistisch die Technik zur Zurechnung für die Gemeinden fehle. Deswegen war der Vorschlag zum Abbau der Gewerbesteuer überhaupt nicht praktikabel.

(Beifall bei der SPD)

Bauen Sie hier keine Legenden auf, setzen Sie hier keine Geisterreiter in die Landschaft.

Wir werden darüber wieder verhandeln.

(Abg. Kurz CDU: Wann? — Minister Mayer-Vorfelder: Wenn die Wahlen vorbei sind!)

— Nach dem 24. März.

Ich sage Ihnen: Wer 8,5 Milliarden DM Vermögensteuer spendiert — im betrieblichen Bereich wäre ich übrigens dafür, daß diese Steuer gesenkt wird — —

(Abg. Wieser CDU: Was heißt „spendiert“? Das ist doch Bürgergeld! — Unruhe)

— Lieber Herr Wieser, ich rechne 16,5 Milliarden DM Soli-Zuschlag-Abbau, Gewerbeertragsteuerabbau, Vermögensteuerabbau, Gewerbesteuerabbau — mindestens 16 Mil-

(Minister Dr. Spöri)

liarden DM weniger. Ich sehe keine Milliarde finanziert. Und wer keine Milliarde finanziert hat und so einen Aktionsplan ohne jegliche Deckung macht, hat schon insgeheim die Rechnung aufgemacht: Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte nach dem 24. März.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Zurufe des Ministers Mayer-Vorfelder und des Abg. Wieser CDU — Zuruf von der SPD: Vor jeder Wahl eine Steuerlüge! — Abg. Maurer SPD: Er hat es doch schon zugegeben! — Anhaltende Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Wir sehen uns ja so oder so nach dem 24. März.

(Minister Mayer-Vorfelder: Herr Spöri, bleiben Sie seriös! — Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

— Wer austeilt, muß auch einstecken können, Herr Kollege.

Jetzt zum Schuldenthema: Sie haben der sozialliberalen Regierung gewissermaßen eine Verschuldungssorgie unterstellt. Ich kann nur eines sagen: In Deutschland ist es in diesen Tagen so, daß mit jedem Tag 350 Millionen DM neue Schulden hinzukommen. Die Staatsschulden betragen gegenwärtig pro Kopf vom Säugling bis zum Greis 25 000 DM. Jedes Jahr werden gegenwärtig in Deutschland 140 Milliarden DM Zinsendienst geleistet.

(Minister Mayer-Vorfelder: 850 Milliarden DM sind transferiert worden! Das wissen Sie!)

Das gab es noch nie.

Sie haben den ehrenwerten Bundeskanzler Schmidt eingeführt. Das war zur Zeit Helmut Schmidts nicht der Fall.

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Lachen bei der CDU)

Ich sage Ihnen genau — amtliche Statistik —:

(Minister Mayer-Vorfelder geht vom Abgeordnetenplatz zur Regierungsbank.)

— Halt, stehenbleiben! Hierbleiben!

(Abg. Maurer SPD: Er flüchtet! Platzverweis! — Zurufe von der SPD: Er flüchtet! Er flüchtet! — Abg. Bebbler SPD: Er rutscht unter den Tisch! — Weitere lebhaftes Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Dr. Puchta)

Herr Mayer-Vorfelder, keine Flucht. Schauen Sie mir ins Auge!

(Anhaltende Unruhe)

Herr Mayer-Vorfelder, Sie haben vorhin eine falsche These aufgestellt, so würde ich sagen. Ich bin da in der Formulierung zurückhaltend.

(Lachen bei der SPD — Abg. Wieser CDU: Das wäre eine neue Variante!)

Sie haben gesagt, bei Helmut Schmidt seien Steuern und Abgaben am höchsten gewesen, viel höher als gegenwärtig.

(Zuruf des Abg. Sieber CDU)

Ich will Ihnen eines sagen: Zu Helmut Schmidts Regierungszeit, zum Beispiel im Jahr 1980 —

(Abg. Sieber CDU: War die Staatsquote 50 %!)

das können Sie alles in der Statistik nachsehen —, gab es eine Steuer- und Abgabenquote, insgesamt addiert, von 38,7 %.

(Unruhe bei der CDU)

Sie haben heute, 1995 — das sind die amtlichen statistischen Zahlen —, eine Steuer- und Abgabenquote von 48 % — im Jahr 1995. Das heißt, sie ist genau zehn Prozentpunkte höher.

Dazu kommen dann noch — das weiß Herr Kurz sehr genau — die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Dann sind wir praktisch schon bei 53 bis 55 % Abgaben. Das heißt, streng ordnungspolitisch, ökonomisch — — Wenn man einen Professor holen würde, würde dieser sagen: Das ist schon gar keine Marktwirtschaft mehr. Denn wenn wir bei der Verwendung des Sozialprodukts über Steuern und Sozialversicherung schon bei über 50 % für die öffentlichen Kassen liegen, ist das schon der Marsch von der Marktwirtschaft in die Staatswirtschaft.

Das haben Sie durch diese Abgabenquote geschafft.

(Beifall bei der SPD)

Und es geht ja permanent weiter.

(Zuruf des Abg. Kurz CDU)

Wo leben Sie denn? Die Menschen lassen sich doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß jeden Tag über eine neue Abgabenerhöhung berichtet wird.

(Beifall bei der SPD)

zum Beispiel für die Sozialversicherungskassen.

(Unruhe und Zu- und Gegenrufe, u. a. Abg. Weimer SPD zur CDU: Ihr seid doch die schlechteren Sozialdemokraten!)

Ich sage Ihnen folgendes: Die Bonner Koalition hat 13 Jahre lang regiert. 13 Jahre! Sie hat das Wirtschaftsschiff Deutschland 10 % teurer gemacht.

(Abg. Sieber CDU: Und die vorige hat eine Staatsquote von 50 % hinterlassen!)

Sie hat dadurch dieses Wirtschaftsschiff Deutschland konkurrenzunfähiger gemacht. Sie hat durch diesen Effekt Millionen von Arbeitsplätzen nicht nur gefährdet, sondern verloren. Das ist unbestreitbar.

Ich sage Ihnen eines: Der gegenwärtige Teufelskreis von steigenden Abgaben, Lohnnebenkosten, sinkender Konkurrenzfähigkeit, weniger Arbeitsplätzen, mehr sozialen Leistungen, mehr finanzpolitischen Problemen in den öffentlichen Kassen und mehr Arbeitslosigkeit ist nicht gestoppt. Er ist noch nicht unter Kontrolle. Weil Sie alleine nicht weitergekommen sind, haben Sie das Angebot von Klaus Zwickel für ein Bündnis für Arbeit annehmen müssen. Das ist die Wahrheit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

(Minister Dr. Spöri)

Ich sage Ihnen: Noch niemals war der Dreiklang Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit, Sozialversicherungskosten, Sozialversicherungsbeiträge, soziale Leistungen sowie Steuern- und Abgabepolitik so aus dem Lot wie gegenwärtig. Das liegt an der steigenden Arbeitslosigkeit. Das ist ganz klar. Und Sie stellen sich 13 Jahre hier und in den Ländern hin und tun so, als ob Sie damit nichts zu tun hätten. Das ist das Höchste, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Sie stellen sich hin – und das sage ich gerade zu Herrn Döring, dessen Partei nämlich immer in der Regierung in Bonn war –, als ob Sie Oppositionspartei wären. Sie agitieren permanent gegen den Steuern- und Abgaben-Staat und haben ihn geschaffen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Widerspruch des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

– Wer denn sonst?

Ich sage Ihnen: Sie haben regiert. Sie haben bundespolitische Verantwortung. Die Schulden waren noch niemals so hoch. Sie sind dreimal so hoch wie bei Helmut Schmidt. Die Steuern und Abgaben waren noch niemals so hoch. Sie haben das zu verantworten. Den Schulden- und Steuersenker nimmt Ihnen niemand mehr ab.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Der hat keine Redezeit!)

**Abg. Kuhn GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte auf einige in der Debatte geäußerte Thesen und Probleme eingehen. Der erste Punkt, der mich erstaunt, ist, daß in dieser Debatte die zwei Bereiche, die gegenwärtig den Standort Bundesrepublik und Baden-Württemberg am meisten belasten, keine Rolle spielen.

Wenn Sie vor drei Wochen den Aufsatz zum Standort Deutschland von Helmut Schmidt – er wurde heute schon viel zitiert – in der „Zeit“ gelesen haben, stellten Sie fest, daß Helmut Schmidt deutlich sagt, die Überbewertung der D-Mark im Außenbereich sei das größte Standorthindernis der Bundesrepublik.

(Abg. Wieser CDU: Deswegen brauchen wir die Euro-Währung! – Abg. Sieber CDU: Deshalb muß der Euro kommen! – Abg. Drautz FDP/DVP: Euro, Euro!)

– Langsam, langsam. Ja, ja. Den Landtag dauernd mit dem Bierzelt zu verwechseln bringt doch auch nichts, meine lieben Kollegen von der CDU. Das hat doch keinen Sinn. Ich weiß, daß wir uns im Wahlkampf befinden, aber deshalb muß man doch in einer ökonomischen Debatte in der Lage sein, mit einer gewissen Ruhe zuzuhören und zu gewichten, was eigentlich welche Faktoren sind und was sie ausmachen.

(Abg. Wieser CDU: Das kommt auf den Redner an, Herr Kuhn!)

Seit 1990 hat der reale Außenwert der D-Mark durch die Aufwertung, auch mitverursacht durch die Politik der Bundesbank, um 10 % zugenommen. Dies hat unsere Exporte um 10 % verteuert. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, daß wir in der Bundesrepublik und in Baden-Württemberg eine massive Innovationsschwäche haben. Das alte Rezept, aus einem Standort mit hohen Lohn- und hohen Lohnnebenkosten durch Produktivität und neue Ideen einen Standort mit mittleren Lohnstückkosten zu machen, scheitert zunehmend, weil wir in diesem Land auf einer Innovationsbremse stehen. Und hier, Herr Mayer-Vorfelder, sollten Sie bei aller Polemik, die Sie gebracht haben, einmal ein bißchen nüchterner sein. Der ganze Bereich der Umweltpolitik hat in der Bundesrepublik Arbeitsplätze geschaffen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ja!)

und er könnte noch viel mehr Arbeitsplätze schaffen, wenn wir endlich zu einer ökologischen Steuerreform kämen. Es ist doch völlig logisch, daß die schrittweise Verteuerung von Umweltzerstörung und Umweltbelastung einen Technologieschub auslösen würde und auslösen müßte. Wenn Sie das nicht verstanden haben, Herr Mayer-Vorfelder, dann tun Sie mir, was den Zusammenhang zwischen Wirtschaftspolitik, Finanzen und Technologie angeht, wirklich leid.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind in Baden-Württemberg zum Beispiel bei der Photovoltaik – das ist etwas, was Sie mit Ihrer Diskussion um die Strompreise nicht zur Kenntnis nehmen wollen –

(Zuruf des Abg. List CDU)

zwar in Forschung und Entwicklung Weltmeister, aber wir schaffen es nicht, diese Technologie sowohl in großer Zahl auf die Dächer zu bringen als auch in Baden-Württemberg zu produzieren. So etwas nennen wir Innovationsschwäche. So etwas nennen wir Politik- und Marktversagen, weil man mit diesen Technologien neue Arbeitsplätze schaffen könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Wenn wir den allgemeinen Strompreis um 0,25 % erhöhen könnten, Herr Mayer-Vorfelder, dann könnten wir mit diesem viertel Prozent ein 100 000-Dächer-Programm für die Photovoltaik in Baden-Württemberg auflegen und dafür sorgen, daß hier Produktions- und Arbeitsplätze entstehen. Aber den einfachen Zusammenhang einer Investition in die Zukunft scheinen Sie ja wirklich nicht verstanden zu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Jetzt komme ich zur Ökosteuer. Es ist doch völlig unstrittig – –

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

(Kuhn)

— Jetzt putzen Sie einmal Ihren Kragen ab — ich will es noch einmal sagen —, ehe Sie hier Zwischenrufe machen.

Es ist doch unbestritten, Herr Oettinger, daß wir mit der Finanzierung unserer Sozialkassen nicht mehr weiterkommen, weil die versicherungsfremden Leistungen bei der Rentenversicherung, aber auch bei der Arbeitslosenversicherung, immer mehr überhandnehmen. Der Vorruhestand ist doch nichts anderes als ein Programm, bei dem Großbetriebe die Entlassungen zu Lasten derer, die in die Sozialversicherung eingezahlt haben, gut abwickeln können.

Nun kann ich eines nicht verstehen. Warum kann man nicht hergehen und sagen?: Wir wollen über eine Ökosteuer genau diese versicherungsfremden Leistungen finanzieren, so daß die Lohnnebenkosten sinken können. Es macht doch keinen Sinn, in das Aktionsprogramm oder beim Bündnis für Arbeit hineinzuschreiben: „Wir wollen, daß die Sozialabgabenquote unter 40 % sinkt“, sondern man muß einen sicheren ökonomischen Mechanismus installieren, der dies möglich macht.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich meine, daß die Ökosteuer hierfür der richtige Weg ist.

Ich will zum Abschluß, Herr Mayer-Vorfelder, noch eines sagen. Sie haben hier eine Bierzeltrede gehalten wie schon lange nicht mehr

(Widerspruch bei der CDU)

— langsam, langsam —, und Sie sind ja für Bierzeltreden bekannt. Aber eine Frage haben Sie nicht beantwortet. Die haben Sie durch Lautstärke und Polemik überdeckt. Das ist die Frage, wer eigentlich für die bestehenden Probleme in der Bundesrepublik und in Baden-Württemberg verantwortlich ist. In diesem Land regiert seit 40 Jahren die CDU, und in der Bundesrepublik regieren seit 13 Jahren die CDU und die FDP.

(Abg. Alfred Haas CDU: Gott sei Dank!)

Dies muß man sagen. Ich garantiere Ihnen: Sie werden es nicht schaffen, in diesem Wahlkampf so zu tun, als wäre immer die Opposition schuld an dem Mist, den Sie angerichtet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. — Entschuldigung, Herr Abg. Maurer.

**Abg. Maurer SPD:** Ich weiß nicht, Herr Präsident: Haben Sie die Wortmeldung des Herrn Ministerpräsidenten übersehen?

**Präsident Dr. Hopmeier:** Nein, und mein Vorgänger im Amt zuvor auch nicht. Wir haben das beide nicht notiert. — Herr Kollege Maurer.

**Abg. Maurer SPD:** Dann würde ich mich gern noch einmal ganz kurz zu Wort melden. Ich habe noch Redezeit, Herr Präsident.

(Zuruf von der CDU: Sie haben keine Redezeit mehr!)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Die Gesamtredezeit ist zu Ende.

(Abg. Weimer SPD: Nein, nein! Zweite Runde!)

— Aber wenn die Fraktionen übereinkommen, noch eine zweite Runde durchzuführen — —

(Unruhe)

Eine zweite Runde geht nur in Übereinstimmung der Fraktionen. Die Gesamtredezeit ist zu Ende.

(Unruhe)

Dann ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

(Abg. Weimer SPD: Erwin kneift!)

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

**Bericht und Antrag des Untersuchungsausschusses „Die Gleichheit der Steuerbürgerinnen und -bürger vor den Steuerbehörden Baden-Württembergs und die Steuerverwaltungspraxis im Fall Stefanie/Peter Graf, Brühl“ — Drucksache 11/7100**

Berichterstatter: Abg. Keitel, Abg. Bütikofer

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache über den Bericht des Untersuchungsausschusses gestaffelte Redezeiten bei einer Grundredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Fleischer.

**Abg. Fleischer CDU:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Untersuchungsausschuß Graf ist unter großem Getöse und mit schweren Vorwürfen gegen den Finanzminister und die Steuerbeamten eingesetzt worden. Ganze Litaneien von ehrverletzenden Behauptungen und Verdächtigungen gegen den Finanzminister und die Steuerverwaltung sind in den Medien heruntergebetet worden.

Erinnern wir uns: Zu Anfang hieß es, die Politik habe zugunsten der Grafs auf die Besteuerung Einfluß genommen, Graf habe Deckung von ganz oben gehabt, die Steuerverwaltung habe in vorauseilendem Gehorsam die Grafs bevorzugt behandelt. Wenn an diesen Vorwürfen etwas dran gewesen wäre, wäre das in der Tat ein verheerendes Ergebnis, aber noch viel verheerender ist der Schaden für die Steuermoral, den Sie mit diesen haltlosen Vorverurteilungen angerichtet haben.

(Sehr richtig! und Beifall bei der CDU)

Was ist übriggeblieben? — Alles ist in sich zusammengefallen. Politische Einflußnahme? — Es gab schlicht keine. Man hat nicht nur nichts nachweisen können, sondern da war nichts.

Deckung von ganz oben? — Leeres Gerede, Wahnvorstellungen von Peter Graf ohne realen Gehalt.

(Fleischer)

Vorausiegender Gehorsam? — Von allen, allen befragten Steuerbeamten als Zumutung zurückgewiesen. Und was das unsinnige Privilegiengerede angeht, so hat Ihnen der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft schon das Notwendige und Treffende gesagt.

Ein weiterer zentraler Vorwurf damals war, der Minister habe sich hinter dem Steuergeheimnis versteckt, er spiele den tragischen Helden. Was ist richtig an diesem Vorwurf gegen den Minister? — Widerlegt, eindeutig widerlegt durch die vom Ausschuß gehörten Sachverständigen, einhellig und eindeutig in das Reich der politischen Verdächtigungen und Unterstellungen verwiesen.

Es gab auch Vorwürfe unter der Gürtellinie gegenüber der Beamtschaft: Das Bundesamt für Finanzen habe gedrängt, das Finanzministerium habe in den Seilen gehangen und habe schlappes Interesse gezeigt. Das war einer der zentralen Vorwürfe der beiden „Spiegel“-Ausgaben vom 4. und 25. September 1995.

Heute wissen wir, der Informant des „Spiegels“ hat diese Aussagen ebenso erfunden wie das Telefongespräch, auf das sich die ganze Geschichte stützt. Gleichwohl war das einer der wesentlichen Bausteine, mit denen aus einem Steuerfall ein politischer Skandal gemacht werden sollte. Das ist letzten Endes schiefgegangen. Schade für den „Spiegel“ und schade für seinen Gewährsmann; Gott sei Dank für unsere Steuerverwaltung — nicht auszudenken, wenn da etwas hängengeblieben wäre.

Weiter ist gesagt worden, die Beamten hätten geschlampt, das Verfahren verzögert, Milde walten lassen. Was sagt die Staatsanwaltschaft dazu? — Durch die eindeutige Aussage der Staatsanwältin Krenz ist dieser Vorwurf in sich zusammengebrochen, als Märchen entlarvt.

Warum wurden Betriebsprüfung und Steuerfahndung nicht schon 1989 eingesetzt? — Dieser Vorwurf ist haltlos. Die Staatsanwaltschaft sagt klar, daß es vor 1989 keinen Anhaltspunkt für Straftaten gibt.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Frei erfunden!)

Da waren weitere Vorwürfe abgeleitet, aus einer vorübergehenden Strategie der Verteidigung der gezielte Versuch, die Steuerverwaltung zum Mittäter zu machen. Es habe eine tatsächliche Verständigung gegeben, das sei legalisierte Steuerhinterziehung. Das ist eine schlichtweg falsche Behauptung.

(Zuruf von der SPD: Weniger als nichts!)

Nach Auffassung der Staatsanwaltschaft gibt es auch nicht in irgendeinem Teilaspekt eine tatsächliche Verständigung.

Weiter: Die Grafs seien durch Absprachen privilegiert worden. Aber es hat keine Absprachen gegeben. Daß das Steuersparmodell Sunpark im März 1987 vom Finanzministerium abegesegnet worden sei, ist eine schlichte Tatsachenverfälschung.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Na ja!)

Das Besprechungsergebnis mit der Seite Graf ist im Schreiben des Ministeriums vom 14. April 1987 dokumentiert.

Quintessenz: Keinerlei Entgegenkommen bei der Steuerpflicht des Welteinkommens in Deutschland.

Später kamen weitere Vorwürfe dazu, zum Beispiel der, die Betriebsausgabenpauschale von 35 % sei ein unerhörtes Privileg. Aber durch die Feststellung der Steuerfahndung wurde dieser Prozentsatz, mangels einer ordnungsgemäßen Buchführung durch die Betriebsprüfung geschätzt, im Tatsächlichen bestätigt.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Falsch!)

Es wurde behauptet, private Rechtsberatkosten im Zusammenhang mit der Affäre Thust seien als Betriebsausgaben abgesetzt worden. Keine Mark! Erstunken und erlogen! Eine mißverständliche Protokollstelle hat für eine riesige Seifenblase herhalten müssen.

Warnungen der Grafs vor der Steuerfahndung hat es keine gegeben. So ganz deutlich die Staatsanwältin. Was es gegeben hat, war der gesetzlich gebotene strafrechtliche Hinweis. Der ist nicht nur rechtmäßig, sondern für die einwandfreie Durchführung eines Steuerstrafverfahrens ohne Verfahrenshindernis sogar zwingend geboten.

Weiter: Versäumnisse der Verwaltung seien in den Akten vertuscht worden. Eine Infamie! Die Akten sind vollständig und unverändert vorgelegt worden.

Maßvoller Gesetzesvollzug hat im Verfahren Graf überhaupt keine Rolle gespielt — völlig eindeutige Aussage des Zeugen Pagendarm. Daran gibt es überhaupt nichts zu rütteln. Aber vergessen wir den Begriff. Er hat zu Mißverständnissen geführt. Obwohl von einem angesehenen Steuerrechtler schon Anfang der sechziger Jahre geprägt, ist es nicht schade darum. Aber in der Sache haben die Präsidenten unserer drei Steuerberaterkammern das Richtige gesagt. Ich zitiere:

Wir wollen keine Verschlechterung des Verhältnisses zwischen der Beraterseite und der Verwaltung, und wir wollen, daß sich die Verwaltung „weiterhin vom Grundsatz eines korrekten Gesetzesvollzugs mit Augenmaß und Verständnis für die Probleme und Nöte der Steuerbürger leiten“ läßt.

Es ist ermutigend, daß auch die Spitze der Verwaltung und die Steuer-Gewerkschaft dies so sehen.

Was also, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist übriggeblieben? Wer ehrlich ist, muß zugeben: nichts, außer vielleicht ein paar umstrittene Ermessensentscheidungen, die man so oder so hätte treffen können.

(Widerspruch bei der SPD)

Aber ist es wirklich Sinn und Aufgabe eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, Ermessensentscheidungen ein paar Jahre später mit dem vollständigen Wissen einer fast abgeschlossenen Steuerfahndung kurz vor der Anklageerhebung auf ihre Zweckmäßigkeit hin zu diskutieren? Vielleicht hätte die eine oder andere Maßnahme früher entschieden werden können; aber keine Ermessensentscheidung ist in der Absicht oder mit dem Hintergedanken getroffen worden, Frau Graf durch zögerliche Sachbehandlung zu begünstigen.

(Fleischer)

Das Wichtigste: Im Ergebnis ist das Besteungsverfahren optimal gelaufen. Dem Land ist kein Schaden entstanden; alles wird bezahlt, worauf unser Fiskus Anspruch hat.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das müssen wir erst noch sehen! – Abg. Kuhn GRÜNE: Das weiß man noch nicht!)

Man kann sich mit unlauteren Mitteln freilich vorübergehend einen Vorteil verschaffen, aber am Ende steht ein Strafverfahren. Steuerhinterziehung lohnt sich nicht, das ist die Botschaft an alle.

Es ist genau so gekommen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie Fachleute aus der Steuerverwaltung es ganz am Anfang vorausgesagt haben: Manches am Fall ist ungewöhnlich, der ganze Fall ist einmalig, aber es ist nichts faul.

Was die mit großem Getöse in die Welt gesetzten Vorwürfe angeht, wäre es gut, sie jetzt auch wieder klar und deutlich aus der Welt zu schaffen.

(Abg. Ulrich Müller CDU: So ist es!)

Aber die Ausschlußmehrheit hat sich schlicht geweigert, aus den klaren Ergebnissen der Beweisaufnahme die naheliegenden und einzig möglichen Konsequenzen zu ziehen.

(Abg. Sieber und Abg. Keitel CDU: Wider besseres Wissen!)

Um alles in der Welt wollte man vermeiden, zugeben zu müssen, daß man CDU-Politiker, allen voran Finanzminister Gerhard Mayer-Vorfelder, mit haltlosen Beschuldigungen überzogen hat, und Sie wollten vor allem der CDU nicht zustimmen. Das Gerede, es hätte ein gemeinsames Votum zum Abschluß geben können, ist schlicht falsch. Wir haben es versucht, aber die Gegenseite wollte die Abstimmungsguillotine. Keine klaren Aussagen zu jedem der Vorwürfe; darum drückt sie sich bis heute.

Der Grund, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eindeutig: Nach den unsäglichen verbalen Entgleisungen, mit denen die Einsetzung des Untersuchungsausschusses herbeigeredet und begleitet wurde, konnte man nicht mehr zugeben, daß man unrecht hatte. Der Zweck war Wahlkampf.

(Beifall bei der CDU – Abg. Sieber CDU: Genau!)

Da mußte man schließlich so kurz vor der Wahl auch etwas finden. Dazu war jedes Mittel und war jede Mehrheit von Grün bis Braun recht.

(Abg. Keitel CDU: Sehr richtig!)

Und wie hat man das gemacht? Man versucht, sich um klare Urteile zu drücken. Statt dessen nährt man den Verdacht, stellt Unverfängliches ins Zwielficht. Wie ist das schon menschlich einfach fies, jemanden, dem man nichts Schlechtes beweisen kann, als zwielfichtig hinzustellen! Auch weil man weiß, daß man etwas Nicht-Existierendes nicht beweisen kann, gilt in unserem Rechtsstaat eine Unschuldsvermutung bis zum Beweis der Schuld. Aber beim Minister kehrt man den Spieß um: Er hat seine Unschuld nicht beweisen können; also steht er im Zwielficht.

Und wie ist es doch ganz einfach schäbig, jetzt die Verwaltung in die Pfanne zu hauen, nachdem man dem Minister nichts anhaben kann!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Wenn diese Verwaltung sich wehrt, haben wir dafür volles Verständnis.

Aber sehen wir uns doch genauer an, was an Vorwürfen gegen Minister und Verwaltung übrigbleibt. Da sei die Rolle des Ministers im Zwielficht geblieben, wird gesagt. Man muß sich das vorstellen: Gerhard Mayer-Vorfelder war fünf Jahre lang Finanzminister. Fünf Jahre lang hätte er jede Gelegenheit gehabt, den Fall zu richten, wenn er irgend etwas für die Grafs hätte tun wollen. Aber er hat fünf Jahre lang nichts unternommen, rein gar nichts, bis zur Verhaftung seines angeblichen Schützlings. Das steht fest.

Das Besteungsverfahren ist von der Steuerverwaltung völlig unabhängig und unbeeinflußt über Betriebsprüfung, Steuerfahndung, Durchsuchung und Beschlagnahme bis hin zur Verhaftung von Peter Graf und seinem Pseudo-Steuerberater Eckardt betrieben worden. Der Minister hat keinen Finger krumm gemacht. Das ist die angebliche Deckung von oben.

(Abg. Sieber CDU: Wo ist die Entschuldigung?)

Aber eine Sportlerehrung vor zehn Jahren – Steffi Graf war damals 14 –, diese Sportlerehrung soll es gewesen sein.

(Abg. Sieber CDU: Unglaublich!)

Man stelle sich vor: Im lockeren Gespräch spricht Peter Graf auch die Steuerprobleme international tätiger Spitzensportler an. Der Kultusminister sagt, das gehe ihn nichts an, da müsse sich Herr Graf doch bitte an das Finanzministerium wenden. Auf Wunsch werde sein Haus gerne einen Termin vermitteln. Diesen Termin nimmt einige Wochen später ein Steueranwalt für die Familie Graf wahr.

(Abg. Schöning FDP/DVP: Das ist doch nicht wahr!)

Nach diesem Zeitpunkt hat der Minister weder als Kultusminister noch als Finanzminister je wieder mit dem Fall zu tun, bis Herr Graf ihn nach der Durchsuchung anruft.

(Abg. Walter GRÜNE: Waren Sie überhaupt im Ausschuß?)

Bitte sagen Sie mir jetzt, meine Damen und Herren, was daran zwielfichtig sein soll.

Der andere Vorwurf ist, die Grafs hätten 1986 und 1987 zwei Gespräche im Finanzministerium eingeräumt bekommen, ob dieser angeblichen Privilegierung habe sich die ganze Steuerverwaltung in vorauseilendem Gehorsam dann nicht mehr getraut, den Fall richtig anzupacken.

(Abg. Keitel CDU: Absurd!)

Dabei steht fest, daß das Finanzministerium bereits 1987 die nachgeordneten Behörden zu einer umfassenden, zügigen Besteuerung von Steffi Graf angehalten hat.

(Fleischer)

(Abg. Schöning FDP/DVP: Das ist Ihre Unterstellung, Herr Kollege!)

Schon damals hat man eine mildere Rechtsauffassung durch die OFD Karlsruhe zurückgenommen, über deren Richtigkeit man sehr wohl diskutieren kann. In der Folgezeit hat man OFD und Finanzamt ständig zu Ermittlungsmaßnahmen gedrängt. Eine Latte von elf Fachaufsichtsmaßnahmen des Finanzministeriums haben Sie, Herr Abg. Schöning, im Ausschuß dem OFD-Präsidenten Dr. Meyding vorgehalten. Das waren sicher noch nicht einmal alle. 1993 hat es offenbar einen handfesten Krach gegeben, weil das Finanzministerium der Auffassung war, man hätte zugreifen müssen. Das haben alle Beamten der OFD und der Finanzämter, die mit dem Fall zu tun hatten, gewußt. Teilweise ist ihnen dies auf Rückfrage sogar ausdrücklich bestätigt worden.

Keine Absprachen, keine Sonderbehandlung, ein Vorgehen wie in einem ganz normalen Fall — das war das Ergebnis. Da sollen Termine im Finanzministerium ganz zu Beginn des Steuerfalls, unverbindlich, noch ganz weit weg von der Problematik, die sich später ergeben hat, dafür herhalten, daß die Familie Graf privilegiert worden sei.

Lesen Sie, was der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft zu diesem Unsinn sagt:

Für mich ist Ihre Position ein schlichter Verstoß gegen die Denkgesetze, gegen die Logik. Aber bitte, wozu brauchen wir noch Logik? Wir haben Wahlkampf und eine neue Mehrheit von Grün bis Braun.

(Beifall bei der CDU)

Statt krampfhafter Versuche, sich mit einer wenn auch noch so schwachen, wackligen Vorverurteilung für den ganzen Aufwand des Untersuchungsausschusses zu rechtfertigen, hätten sich diejenigen, die im Vorfeld mit ungeheuren Beschuldigungen um sich geworfen haben, besser beim Minister und seiner Steuerverwaltung entschuldigt. Aber dazu gehört wohl menschliches Format.

(Beifall bei der CDU)

Warum machen Grün bis Braun in ihrem Beschlußvorschlag nicht ganz klare Verurteilungen, wenn sie zu dem Ergebnis kommen, daß schwere Fehler gemacht worden sind? Weil sie wissen, daß sie dann Roß und Reiter nennen müssen und den Sachverhalt ganz genau benennen müssen. Denn Begünstigung im Besteuerungsverfahren ist ein straf- und disziplinarrechtlich relevanter Vorgang.

So trifft zum Beispiel der Vorwurf, den Einsatz der Steuerfahndung von Oktober 1994 bis April 1995 schuldhaft verzögert und die Grafs vor der bevorstehenden Steuerfahndung gewarnt zu haben, den damaligen Gruppenleiter der OFD Karlsruhe und heutigen Finanzamtsvorsteher Dr. Heger. Warum zeigt die Ausschlußmehrheit ihn nicht an? Weil Sie genau wissen, daß Dr. Heger ein hervorragender Finanzbeamter ist, der sich ganz genau an Gesetz und Recht gehalten hat und der als Stadtrat der SPD in Wertheim gewiß nicht im Verdacht steht, dem „herrschenden“ Finanzminister liebedienern zu wollen. Sie wissen, daß ein Verfahren gegen Dr. Heger in kürzester Frist zu einer vollständigen Rehabilitierung dieses untadeligen Beamten führen würde.

Deshalb scheuen Sie ein klares Urteil und streuen mit Ihrem Votum Zweifel und Verdacht.

Wollen nicht wenigstens Sie, sehr geehrter Herr Landtagsvizepräsident Dr. Geisel, als Ausschußmitglied ein klärendes Wort sagen? Sie haben bei der Einsetzung des Ausschusses am 12. Oktober 1995 von dieser Stelle aus gesagt — ich zitiere —: „Hier geht es um die Sauberkeit in diesem Staat, und deshalb muß diese Affäre aufgeklärt werden.“

Wir haben aufgeklärt, mit großem Zeit- und Personalaufwand, lückenlos und erschöpfend. Wäre es jetzt nicht eine staatsbürgerliche Verpflichtung gegenüber unserem Staat, ein klares Wort dazu zu sagen, wie es sich mit der Sauberkeit unserer Steuerverwaltung verhält?

(Beifall bei der CDU)

Schließlich das Mehrheitsvotum: Wieder ein Kompromiß mit der Realität — oder mit Lenin: Wenn die Tatsachen nicht der Ideologie entsprechen, schlecht für die Tatsachen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Adenauer! — Heiterkeit bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Der Sachverhalt, den Sie im Ausschußbericht finden, trägt die Feststellung im Mehrheitsvotum nicht,

(Zuruf des Abg. Mogg SPD)

auch wenn die Mehrheit noch verzweifelte Versuche unternommen hat, den von der Landtagsverwaltung unabhängig und sachkundig erstellten Entwurf in ihrem Sinn herzurichten.

(Zuruf des Abg. Mogg SPD)

Die Sachverhaltsschilderungen, auf die die Mehrheit ihre Vorwürfe stützt, sind unvollständig, aus dem Zusammenhang gerissen und teilweise schlicht falsch. Insgesamt handelt es sich um eine höchst einseitige Darstellung. Sie stellt das Gesamtbild dieses Besteuerungsverfahrens auf den Kopf.

Was über das Telefonat zwischen dem Minister und Herrn Graf — durchgestellt — gesagt wird, stützt sich auf ein falsches Zitat aus einer Finanzausschußsitzung. Nicht einmal ein Protokoll richtig abschreiben können Sie!

Man muß Verständnis haben, wenn die Deutsche Steuer-Gewerkschaft der Ausschlußmehrheit Inkompetenz vorwirft.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Unverschämtheit! — Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Um so unbeschwerter haut man dann Leute in die Pfanne, die sich mit diesem Fall nun wirklich und ehrlich Mühe gegeben haben und sich von Graf schon dafür beschimpfen lassen mußten. „Die Alte mache ich fertig“, soll Peter Graf laut „Stern“ vom 21. September 1995 gesagt haben. Gemeint war die Sachgebietsleiterin im Finanzamt Schwetzingen.

Dazu muß ich ein Wort sagen. Sie war als Zeugin zweimal im Ausschuß. Wir haben von ihr den besten Eindruck. Es war ausnahmsweise richtig, was damals im „Stern“ stand:

(Fleischer)

ruhig, zurückhaltend und stets korrekt, eine Frau, die weiß, was sie will.

Das erste Mal mußten wir die Vernehmung abbrechen. Den Grund umschreibt der Präsident der OFD Karlsruhe mit – ich zitiere – „teilweise auch psychisch belastender Art der Untersuchung im Ausschuß“.

(Abg. Ulrich Müller CDU: Hört, hört!)

Hans Dieter Grub ist ein vornehmer Mann. Man kann es auch anders formulieren. Das, was Sie, Herr Bütikofer, mit dieser Zeugin und einigen anderen Zeugen, die einfach kein Geständnis in Ihrem Sinn ablegen konnten und wollten, aufgeführt haben, erinnert an eine sibirische Vernehmungsbarracke.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD –  
Abg. Bebber SPD: Jenseits von Gut und Böse! –  
Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Nun zur Steuermoral. Das, was Sie in Ihrem Votum zu Steuermoral und Steuerklima sagen, läuft darauf hinaus, daß es den Brandstifter doch nichts angeht, wer das Haus, das er angezündet hat, wieder aufbaut. Das geht auch an unseren Koalitionspartner, dessen Bewertung von Anfang an feststand.

Überhaupt unser Koalitionspartner: Das ist der zentrale Punkt am Vorgehen der SPD in diesem Untersuchungsausschuß:

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Ihre Rolle war von vornherein auf Koalitionsbruch angelegt.

(Abg. Mogg SPD: Ach!)

Die Mehrheit aus SPD, Reps, Grünen und FDP/DVP ist keine Zufallsmehrheit. Rotgrün mit der abgesprochenen Duldung der „braunen Soße“, die FDP/DVP schwimmt ohne eigenständige Meinung hinterher!

(Abg. Schöning FDP/DVP: Kann das nicht auch an Ihnen gelegen haben?)

Das, was die SPD dabei wollte, war klar. Es ging um einen wahlkampf wirksamen Angriff gegen die CDU.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Stellvertretende Zielscheibe war der Finanzminister.

(Zuruf des Abg. Sieber CDU)

Mit der Unterstellung „Dem traut man es zu“ verfuhr man nach dem Motto: Etwas bleibt immer hängen. Die Themenmischung war dazu bestens geeignet:

(Zuruf des Abg. Mogg SPD)

Appelle an den Neidkomplex, Ansprechen des Vorurteils „Kleine hängt man, Große läßt man laufen“, ein exzentrischer Vater als Täter, eine prominente Sportlerin als Opfer, das immer noch Bewunderung und jetzt auch Mitgefühl verdient, viel Geld im Spiel, eine halbseidene Sexerpressungsaffäre, die man auch steuerlich ausschachten möchte, zwi-

lichtige Berater, zum Auspacken bereite Randfiguren aus dem Clan – mit dieser Mischung ist die SPD in die Schlacht gezogen; von Verständigung mit dem Koalitionspartner war nie die Rede.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Daß sich der Vertreter der Republikaner im Ausschuß ständig den drei anderen Oppositionsfraktionen angebedert hat,

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wer sind die „drei anderen Oppositionsfraktionen“?)

ihnen die argumentativen Steigbügel gehalten hat,

(Lachen bei Abgeordneten der FDP/DVP)

ist nicht der Rede wert. Das kann er halten, wie er will.

(Abg. Bebber SPD: Sie wissen noch nicht einmal, wer die Opposition ist!)

Diejenigen, die sich überhaupt noch für die Republikaner interessieren, können daran aber ablesen, wes Geistes Kind sie sind.

Abstoßend und erschreckend, meine sehr verehrten Damen und Herren, war für uns die Reaktion von Rot und Grün auf die braunen Avancen. Man hat sie nicht nur dankend entgegengenommen, sondern man hat gekungelt, getuschelt, sich gegenseitig ausgeholfen, und man hat sich gegen Ende des Ausschusses massiv gegenseitig abgesprochen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Sieber CDU: Man hat sie gebraucht! – Abg. Bebber SPD: Sie leben in einer anderen Welt!)

Es ist ganz offenkundig, daß sich SPD und Republikaner abgestimmt haben. Die Republikaner haben keinen einzigen eigenständigen Antrag zur Bewertung des Ermittlungsergebnisses vorgelegt. Sie haben blind mit Rotgrün mitgestimmt. Und das soll Zufall sein? Die Keuschheitsschwüre der SPD sind entlarvt. Welche Schreie des Abscheus und des Ekels sind schon als Zwischenrufe in diesem Haus von Rotgrün in Richtung Republikaner gegangen! Alles pure Heuchelei!

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Jetzt ist die Maske gefallen.

(Beifall bei der CDU)

Der Bundesvorsitzende einer vom Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich eingestuft und deshalb beobachteten Partei hat sich angebedert, und Rot und Grün haben ihn in ihre Arme geschlossen, weil man damit die CDU überstimmen konnte. Man hat den Grundkonsens der Demokraten, meine sehr verehrten Damen und Herren, für ein paar erbärmliche Silberlinge aufgekündigt.

(Beifall bei der CDU)

Auf Unverständnis ist bei der CDU auch das Interview von Peter Graf in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 15. Dezember 1995 gestoßen. Gerade wegen dieser Äußerung hatte die CDU-Fraktion das größte Interesse, Peter Graf als Zeugen

(Fleischer)

vor den Untersuchungsausschuß zu laden und zu befragen. Deshalb haben wir auch einen darauf gerichteten Beweisantrag mitbeschlossen. Nachdem Herr Graf durch seine Rechtsanwälte mehrfach hat erklären lassen, er werde nicht kommen, weil er ein umfassendes Auskunftsverweigerungsrecht habe, haben wir uns damit — nolens volens — abgefunden,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Mir kommen die Tränen!)

nicht so dagegen die neue Ausschlußmehrheit, Sie hat dieses Interview zu einem jämmerlichen Spektakel mißbrauchen wollen. Sie wollte Peter Graf zwangsweise vorführen lassen. Und dabei ging es ihr nicht um die Wahrheit.

(Abg. Sieber CDU: Unglaublich!)

O-Ton Abg. Bütikofer — ich zitiere —: Peter Graf müsse sich dem Showdown stellen. Und Abg. Bebbler: Herr Graf müsse vorgeführt werden.

Sicher, Peter Graf hat sich mit einiger Wahrscheinlichkeit strafbar gemacht. Es spricht vieles dafür, daß er Steuern hinterzogen hat. Und dafür sitzt er in Untersuchungshaft.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Einiges!)

Aber was Braun und Grün in vorsätzlichem Wechselspiel mit tatkräftiger Unterstützung von Rot daraus machen wollten, ist menschenunwürdig.

(Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Einen voll im Rampenlicht des öffentlichen Interesses stehenden Prominenten zu einem völlig sinnlosen Auftritt vor die laufenden Kameras der Fernsehsender zu zwingen, ist der moderne Pranger, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Weimer SPD: Das ist Weltverschwörung schlechthin!)

Fassen wir zusammen: Im Besteuerungsverfahren Graf hat es keine politische Einflußnahme gegeben. Die Beamten der Steuerverwaltung hatten zu jeder Zeit den vorbehaltlosen und unbedingten Willen, den Steueranspruch in gesetzmäßiger Weise durchzusetzen; sie hatten kein schlappes Interesse. Statt Deckung von ganz oben hat es eine lange Reihe von Mahnungen des Ministeriums zum Tätigwerden gegeben. Kein Beamter der Steuerverwaltung des Landes hat sich in der Sachbehandlung durch vorauseilenden Gehorsam leiten lassen. Der Maßstab war ausschließlich die Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns. Rechtsfehler wurden nicht gemacht.

Stefanie Graf wurde von den Steuerbehörden nicht privilegiert behandelt. Es ist nichts abgeseget worden, es ist nichts gemauschelt, verschleppt, verschleiert oder auch verdunkelt worden. Die Steuerverwaltung hat den Fall mit Hartnäckigkeit, Energie und Unnachgiebigkeit durchgeführt. Diese Leistung verdient Respekt. Und schließlich: Dem Land ist kein Schaden entstanden.

(Abg. Walter GRÜNE: Alles zeitnah behandelt!)

Das ist ein gutes Ergebnis für die Landespolitik. Es ist ein gutes Ergebnis für die Steuerverwaltung, und es ist vor allem ein gutes Ergebnis für die Steuermoral. Der Landesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft hat es auf den Punkt gebracht. Er sagte:

Der Versuch, Mayer-Vorfelder im Vorfeld der Landtagswahl über die Klinge Graf springen zu lassen, ist gescheitert. Die Ersatzlösung, daß jetzt die Verwaltung in die Bresche gestellt wird, um den Kopf hinzuhalten, ist unseriös.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Geisel.

Abg. Dr. Geisel SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war schon starker Tobak, Herr Kollege Fleischer, was Sie hier in die Luft geblasen haben.

(Abg. Keitel CDU: Notwendig!)

Das war keine Davidoff, wie Sie sie normalerweise zu rauchen pflegen.

(Zuruf des Abg. Kurz CDU)

Aber ich habe Verständnis dafür. Die CDU befindet sich praktisch seit 24 Jahren zum ersten Mal in der Situation, auf der Verliererseite zu stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Republikaner — Lachen bei der CDU)

Ich kann eigentlich nur den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß die nächste Legislaturperiode Ihnen die Gelegenheit gibt, sich an diesen Zustand zu gewöhnen, damit auch Sie lernen, in Anstand zu verlieren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kuhn GRÜNE — Abg. Walter GRÜNE: Sehr richtig! — Abg. Ulrich Müller CDU: Herr Geisel, schämen Sie sich Ihrer Mehrheit!)

Meine Damen und Herren, einige wenige Sätze zu der miesen Aussage vom rotbraunen Bündnis:

(Unruhe)

Die CDU-Fraktion weiß ganz genau, daß das jetzige Mehrheitsvotum von den drei demokratischen Parteien SPD, FDP/DVP und Grüne ohne irgendeine Beteiligung der Republikaner ausgearbeitet worden ist. Das wissen Sie ganz genau.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das hätte ja gar nicht ge- reicht ohne die Repts! — Zuruf des Abg. Ulrich Müller CDU — Lebhaftige Unruhe)

Wenn Sie jetzt aus der Tatsache, daß die Republikaner ohne unser Zutun im Ausschuß unserem Votum zugestimmt haben, eine Bündnislegende konstruieren, dann ist das schlicht nicht ernst zu nehmen. Ich kann mir sehr gut vorstellen, welches Geschrei losgegangen wäre, wenn die Republikaner im umgekehrten Fall sozusagen die Totalreinwaschung zusam-

(Dr. Geisel)

men mit Ihnen beschlossen hätten und wir Ihnen dies in gleicher Weise vorgeworfen hätten.

(Abg. Ulrich Müller CDU: Wahrscheinlich! – Unruhe)

Deshalb will ich darauf gar nicht weiter eingehen. Ich komme jetzt zur Sache.

(Abg. Seimetz CDU: Wer im Glashaus sitzt!)

– Ja, wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen werfen. Da haben Sie völlig recht, Herr Kollege Seimetz.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, nun zur Sache: Auftrag dieses Untersuchungsausschusses war es, soweit und so vollständig wie möglich aufzuklären, ob der Steuerfall Graf durch die Finanzverwaltung genauso behandelt worden ist wie der Steuerfall von Otto Normalverbraucher oder ob es irgendwelche Abweichungen gab. Die Behauptung der CDU – Herr Fleischer, Sie haben das ja auch wieder sehr deutlich gesagt –, die entscheidende Untersuchungsfrage sei allein die einer möglichen Einflußnahme von oben gewesen, ist eine ebenso durchsichtige wie unzulässige Verkürzung des Untersuchungsauftrags.

Nach unserer Bewertung hat die Beweiserhebung ergeben, daß Art, Behandlung und Bearbeitung des Steuerfalls Graf mit hinreichender Sicherheit auf eine besondere, ja einmalige Vorzugsbehandlung schließen lassen.

(Abg. Stächele CDU: Das stimmt doch nicht! –  
Abg. Fleischer CDU: Das ist schlicht falsch, was Sie sagen!)

Auch bei Berücksichtigung der zweifelsfrei vorhandenen tatsächlichen und rechtlichen Schwierigkeiten sowie der in der Tat sehr mangelhaften Mitwirkungsbereitschaft der Steuerschuldner ist es schlicht unerfindlich, daß mehr als neun Jahre bis zur Einleitung steuerfahnderischer Maßnahmen verstreichen konnten.

(Beifall bei der SPD)

Die mir zur Verfügung stehende Redezeit läßt es nicht zu, alle Stationen dieses Verfahrens, die diesen Vorwurf rechtfertigen, in extenso zu beleuchten.

(Abg. Kurz CDU: Gott sei Dank!)

Nur einige besonders markante Beispiele seien genannt.

Erstens: Sowohl das vom damaligen Kultusminister Mayer-Vorfelder vermittelte Gespräch Anfang Juli 1986 als auch die zweite Besprechung im Finanzministerium im März 1987, deren Zustandekommen im dunkeln geblieben ist, bei der aber fast die gesamte Steuerabteilung des Ministeriums einschließlich des Ministerialdirektors versammelt war, dienten der konkreten Beratung der Steuerschuldner über steuerparende Modelle,

(Abg. Ulrich Müller CDU: Das stimmt nicht!)

die sodann auch in der Realisierung der Sunpark-Konstruktion ihren Niederschlag gefunden hat.

(Abg. Fleischer CDU: Lesen Sie das Schreiben nach!)

Nach Aussage eines langjährigen führenden Mitarbeiters des Ministeriums handelte es sich bei diesem Vorgehen des Hauses um einen einmaligen Vorgang.

Zweitens: Auch in den folgenden Jahren war das Finanzministerium ungewöhnlich oft und ungewöhnlich intensiv in den Steuerfall Graf involviert.

(Abg. Ulrich Müller CDU: In welchem Sinn?)

Die daraus resultierenden Entscheidungen, die insbesondere Ende 1988 und ab dem Jahr 1991

(Zuruf des Abg. Kurz CDU)

– Sie müssen es sich leider anhören – von außergewöhnlicher Langmut und Großzügigkeit geprägt waren, mußten die retardierende Behandlung des Steuerfalls durch die Finanzverwaltung der unteren Ebene zwangsläufig beeinflussen.

Drittens: Auch bei gebührender Berücksichtigung der von den Steuerschuldnern ausgehenden Verweigerungshaltung ist es nachgerade unverständlich, daß in einer Vielzahl von Fällen, etwa bei der Abgabe von Steuererklärungen, immer wieder großzügige Fristverlängerungen eingeräumt wurden bzw. an sich angebrachte Zwangsmaßnahmen unterlassen worden sind.

Viertens: Über Jahre hinweg ist von der Einleitung steuerfahnderischer Maßnahmen Abstand genommen worden,

(Abg. Ulrich Müller CDU: Dafür gab es Begründungen!)

obwohl sie objektiv angezeigt erschienen und von einzelnen Steuerbeamten auch für notwendig erachtet wurden.

(Abg. Ulrich Müller CDU: Und von anderen nicht!)

– Ich habe „von einigen“ gesagt, Herr Kollege Müller.

(Abg. Ulrich Müller CDU: Von anderen mit guten Gründen eben nicht!)

So begnügte sich etwa das Finanzministerium nach Eingang einer Mitteilung des Bundesamts für Finanzen im Oktober 1988, die auf die Strohmännchen-Funktion der angeblichen Promotorfirma Sunpark und auf den dringenden Verdacht zu gering angesetzter Werbeeinnahmen hinwies, damit, ein Rechtshilfeersuchen an die Niederlande zu richten, obwohl man mit der zeitlichen Beantwortung solcher Ersuchen gerade aus den Niederlanden schon sehr negative Erfahrungen gemacht hatte.

(Abg. Ulrich Müller CDU: Das ist ausdrücklich anders gesagt worden!)

– Das ist nicht wahr, Herr Müller.

Die Einleitung von Steuerfahndungsmaßnahmen unterblieb wegen der Haltung des Finanzministeriums auch dann, als Ende 1991 ein an die USA gerichtetes Rechtshilfeersuchen neue, dringende Verdachtsmomente für steuerverkürzende

(Dr. Geisel)

Handlungen der Steuerschuldner Graf ergab. Wieder beließ man es bei weiteren Prüfungen. Auch im Rahmen der im Jahre 1990 eingeleiteten und bis 1992 währenden Betriebsprüfung, die weitere belastende Momente gegen die Steuerschuldner zutage förderte, unterblieb die Einschaltung der Steuerfahndung.

Fünftens: Diese beliebig zu verlängernde Kette von Versäumnissen wurde über all die Jahre von einer Reihe von — ich sage es jetzt ganz vorsichtig — nicht nachvollziehbaren Merkwürdigkeiten begleitet. Dazu zählt die häufig unzureichende Information und Kommunikation des Finanzministeriums und der OFD Karlsruhe mit nachgeordneten Behörden, die die dort tätigen Beamten völlig zu Unrecht in ein schiefes Licht bringen mußte. Deshalb ist auch ein genereller Vorwurf gegen die dort tätigen Beamten, die in aller Regel nichts anderes als ihre Pflicht taten,

(Abg. Ulrich Müller CDU: Immer, nicht „in aller Regel“!)

unangebracht und unangemessen. Das möchte ich hier mit Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zu diesen Merkwürdigkeiten gehört die willkürliche Handhabung beim Fertigen oder Unterlassen von Aktenvermerken und Verhandlungsprotokollen, und dazu zählt auch die mit Billigung des Finanzministeriums letztendlich gewährte Betriebskostenpauschale in Höhe von 35 %, die in merkwürdigem Gegensatz zu der zuvor vom Ministerium eingenommenen Haltung steht.

Die vom Ausschuß mit Mehrheit beschlossenen Empfehlungen sollen derartige und auch andere Mißstände in der Zukunft nach Möglichkeit zu verhindern helfen. Es ist mehr als bedauerlich, daß sich die CDU aus einer Blockadehaltung heraus diesen Empfehlungen nicht angeschlossen hat, obwohl sie bei selbstkritischer Prüfung im Interesse der Steuergerechtigkeit und der Gleichbehandlung aller Steuerbürger dazu eigentlich nur hätte ja sagen können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN sowie des Abg. Schönig FDP/DVP — Abg. Ulrich Müller CDU: Wenn Sie Ihre Vorwürfe ausgeräumt hätten, dann vielleicht!)

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit der Bewertung des Beweisergebnisses muß auch noch ein Wort zur möglichen Involvierung des derzeitigen Finanzministers gesagt werden.

(Abg. Kurz CDU: Möglichen!)

Die Person Gerhard Mayer-Vorfelder ist jeweils am Anfang und am Ende des Verfahrens sichtbar in Erscheinung getreten. Die Rolle, die er im Zusammenhang mit der Vermittlung eines Beratungsgesprächs im Juni/Juli 1986 gespielt hat, war nicht mehr präzise aufzuklären.

(Lachen bei der CDU — Abg. Ulrich Müller CDU: Das ist sehr präzise aufzuklären! — Abg. Stächele CDU: Makaber für einen Juristen! — Abg. Alfred Haas CDU: Wieso haben Sie das denn nicht aufgeklärt?)

Eingestandenermaßen hat er sich beim Finanzministerium im Interesse der Seite Graf verwandt.

(Abg. Sieber CDU: Das ist unglaublich! Das ist unglaublich!)

Unklar blieben indes Intensität und Häufigkeit, mit denen sich Herr Mayer-Vorfelder bzw. sein Büro in diesem Zusammenhang engagiert haben.

(Abg. Keitel CDU: Herr Vizepräsident!)

Hinsichtlich des Telefongesprächs, das Herr Mayer-Vorfelder im Juni 1995 mit Peter Graf geführt hat, steht fest, daß dieses Gespräch anstandslos durchgestellt wurde.

(Abg. Fleischer CDU: Da hätte ich Sie höher eingeschätzt!)

Wie dies mit der Aussage des Ministers, ein normaler Steuerbürger habe zwar eine theoretische, nicht aber eine praktische Möglichkeit, mit ihm telefonisch seinen Steuerfall zu besprechen, in Einklang zu bringen ist, darauf möge sich jeder seinen eigenen Reim machen.

(Abg. Oettinger CDU: Herr Kollege, Sie haben Schaum vor dem Mund! — Gegenruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Ob und inwieweit Herr Mayer-Vorfelder weiter in den Fall involviert war, hätte möglicherweise nur durch eine Vernehmung des Herrn Peter Graf, der sich ja eines solchen Wohlwollens rühmte, geklärt werden können. Eine solche Vernehmung war jedoch auch deshalb nicht möglich, weil die CDU eine zwangsweise Vorführung ablehnte.

(Abg. Ulrich Müller CDU: Er hat ein Aussageverweigerungsrecht!)

Nach den ansonsten erhobenen Beweisen läßt sich nicht feststellen, daß Herr Mayer-Vorfelder im Laufe des Verfahrens eine irgendwie geartete aktive Rolle gespielt hätte.

(Abg. Ulrich Müller CDU: Und keine passive! — Zuruf von der CDU: Wo haben Sie eigentlich Ihr Jurastudium gemacht?)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß noch einige kritische Bemerkungen zum Untersuchungsverfahren selbst machen:

Erstens: Es gehört zu den von mir vorhin angesprochenen Merkwürdigkeiten, daß die Vertreter der CDU, bis hin zum Ausschußvorsitzenden, noch vor der ersten Vernehmung eines Zeugen sowohl dem betroffenen Minister einen Persilschein ausstellten als auch eine angeblich völlig korrekte Handhabung des Verfahrens antizipierten.

(Abg. Fleischer CDU: Aber erst nach Ihnen!)

— Ich habe mich zu diesem Thema nie geäußert.

(Abg. Fleischer CDU: Natürlich!)

Ich habe mich dazu nie geäußert.

(Dr. Geisel)

Es war auch auffällig und durchsichtig zugleich, daß sich die Aufklärungsmitwirkung der CDU-Kollegen im Ausschuß, von gelegentlichen Ausnahmen des Kollegen Müller abgesehen, ausschließlich und allein auf die mögliche Bestätigung des von ihnen unzulässig vorweggenommenen Beweisergebnisses beschränkte. Wie dies mit der verfassungsrechtlich normierten Pflicht zur Kontrolle der Exekutive durch das Gesamtparlament in Einklang zu bringen ist, steht für mich in den Sternen.

Zweitens: Aus meiner 24jährigen Parlamentszugehörigkeit ist mir kein Fall bekannt, bei dem, wie im vorliegenden Fall, in derart eklatanter Weise gegen § 9 Abs. 1 des Untersuchungsausschußgesetzes verstoßen worden ist, wonach Mitteilungen an die Öffentlichkeit über nichtöffentliche Sitzungen vor Abschluß der Beratungen nicht zulässig sind.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! — Widerspruch bei der CDU — Zuruf des Abg. Stächele CDU)

Drittens: Das hehre Gut des Steuergeheimnisses ist im Laufe des Untersuchungsverfahrens immer mehr

(Anhaltende Unruhe — Glocke des Präsidenten)

zu einem rein taktisch bestimmten Machtinstrument degradiert worden.

(Abg. Drexler SPD: KWO!)

Wurde etwa anfänglich dem Kollegen Kiesecker die Möglichkeit einer strafrechtlichen Verfolgung angedroht, als er in öffentlicher Sitzung aus den Akten zitierte, so brachen zumindest bei der Vernehmung des Zeugen Mayer-Vorfelder alle entsprechenden Dämme, ohne daß dagegen eingeschritten worden wäre.

(Zurufe der Abg. Fleischer CDU und Walter GRÜNE)

Dies ist um so bemerkenswerter, als sich der Zeuge Mayer-Vorfelder zuvor, etwa in der Sitzung des Finanzausschusses im September, nachgerade hinter dem Steuergeheimnis verschanzte und damit zumindest mit ursächlich zur Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses beigetragen hat.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hackl GRÜNE — Zuruf von der CDU: Das Opfer ist der Täter!)

Viertens: In diesem Zusammenhang ist nochmals ein Wort über den Herrn Finanzminister zu verlieren. Meine Damen und Herren, ich kann sehr wohl nachvollziehen, daß sich jemand, der sich subjektiv zu Unrecht angegriffen fühlt, nach Kräften wehrt. Das ist sein gutes Recht. Wer sich in das Hirngespinnst eines durch mafiotisches Verhalten Verfolgten flüchtet, wer im Ausschuß einen völlig unbeteiligten Abgeordnetenkollegen des unehrenhaften Verhaltens bezichtigt, wie dies hinsichtlich des Kollegen Zeller geschehen ist,

(Abg. Kurz CDU: Aber das, was Sie machen, grenzt auch an unehrenhaftes Verhalten!)

wer bei seiner Aussage im Ausschuß jede kritische Frage mit unzulässigen Unterstellungen begleitete und wer schließlich einen Abgeordnetenkollegen in aller Öffentlichkeit mit der Bemerkung „Der ist doch jenseits von Gut und Böse“ belei-

digte, wie dies gegenüber dem Kollegen Kiesecker geschehen ist, der legt ein Verhalten an den Tag, das man bei jedem anderen Staatsbürger als ehrabschneidend und diskriminierend bezeichnen würde.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der Republikaner)

Meine Damen und Herren, was bleibt als Fazit alles Vorge-tragenen? Man wünscht sich, daß sich im Interesse der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz und des Vertrauens auf Gleichbehandlung aller Bürger in Steuersachen all dies nicht wiederholen möge, was in diesem Ausschuß bekanntgeworden und sonst an widrigen Begleitumständen erfolgt ist.

Wenn dies eintritt — und ich hoffe, daß es eintritt —, hat sich dieser Ausschuß letztendlich doch gelohnt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD — Abg. Fleischer CDU: Da müssen Sie besser werden!)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wie schon die beiden Vorreden gezeigt haben, waren von Anfang an eine sehr unterschiedliche Reaktion und eine sehr unterschiedliche Bewertung des Ergebnisses des Untersuchungsausschusses Graf zu erwarten. Dies hat sich schon im Verlauf der Beweisaufnahme im Ausschuß abgezeichnet. Während sich nämlich die Vertreter der CDU aus durchaus nachvollziehbaren Motiven in erster Linie um eine fleckenlose Weißwaschung der politisch Verantwortlichen bemühten — wobei ich ausdrücklich den Kollegen Müller aus Gründen der Fairneß hier ausnehmen möchte —, mußten die anderen Mitglieder des Ausschusses zunehmend erkennen, daß im vorliegenden Fall keine Persilscheinvergabe und auch keine umfassende Entlastung der im Steuerfall Graf Beteiligten in Frage kam. Ich vermute, daß der Kollege Fleischer gerne auch noch eine ausdrückliche Erwähnung gewünscht hätte, aber ich kann sie ihm leider nicht zuteil werden lassen.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Sieber CDU: Darauf kann er verzichten! — Abg. Fleischer CDU: Das ehrt mich!)

Andererseits, meine Damen und Herren, hat der Untersuchungsausschuß aber auch festgestellt, daß gegen die Steuerverwaltung des Landes jeglicher Pauschalvorwurf und der Vorwurf, es habe eine politische Deckung von oben gegeben, nicht berechtigt sind. Auch Herr Mayer-Vorfelder wurde durch den Ausschuß insoweit entlastet, als die Beweisaufnahme eine aktive Einflußnahme durch ihn als Finanzminister auf den Steuerfall Graf nicht erbracht hat.

Was bleibt, ist die begründete Feststellung, daß es eine Vorzugsbehandlung der Steuerschuldnerin Stefanie Graf de facto gegeben hat. Ob dem Land dadurch ein Schaden entstanden ist, läßt sich derzeit noch nicht abschließend beurteilen, solange uns täglich neue Nachrichten über weitere von Herrn Graf an den Steuerbehörden vorbeigeschleuste Gelder erreichen.

(Dr. Schlierer)

Angesichts dieses Ergebnisses erscheinen die teilweise heftigen Reaktionen auf die Beschlußfassung des Ausschusses reichlich überzogen, nach meinem Dafürhalten auch reichlich unangemessen.

Daß die Unionsvertreter im Ausschuß die für sie ungewohnte, in einer Demokratie aber alltägliche Situation, in der Minderheit zu sein, als gegen sie gerichtete Abstimmungsdampfwalze oder — jetzt habe ich einen neuen Begriff gehört — Abstimmungsguillotine beklagen, kann ich irgendwie nachvollziehen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: An der Guillotine ist so viel richtig, daß der Fleischer den Kopf verloren hat!)

Aller Anfang ist bekanntlich schwer, aber Sie, meine Damen und Herren von der Unionsfraktion, werden in der Zukunft mit Sicherheit noch häufiger die Möglichkeit erhalten, Erfahrungen in dieser Situation zu sammeln.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich habe überhaupt und gerade aufgrund des Wortbeitrags des Kollegen Fleischer den Eindruck, daß die CDU-Fraktion noch nicht gelernt hat, eine Abstimmungsniederlage nach demokratischen Spielregeln zu akzeptieren,

(Beifall bei den Republikanern)

denn die Art und Weise, wie hier die Ausschlußmehrheit von Unionsvertretern diffamiert und diskreditiert wird, spricht Bände.

Erlauben Sie mir da noch einige Anmerkungen zu dem, was der Kollege Fleischer vorhin gesagt hat. Er sprach von verbalen Entgleisungen bei der Einsetzung des Untersuchungsausschusses. Lieber Herr Fleischer, wenn es verbale Entgleisungen gegeben hat, dann vorhin in Ihrem Wortbeitrag.

(Beifall bei den Republikanern)

Abstimmungsguillotine, dann sprachen Sie von Grün bis Braun. Ihre Farbenlehre ist sowieso etwas abstrus. Wenn man zu Braun kommen will, muß man bekanntlich Grün und Rot zusammenmischen. So wie bei Ihnen klappt es ganz bestimmt nicht. Überdies finde ich hier die Wortwahl „braune Soße“ einen wirklich unter der Gürtellinie liegenden Mißgriff.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Alfred Haas  
CDU: Sie liegen auch unter der Gürtellinie!)

Sie haben etwas ganz Entscheidendes nicht erkannt. Ist Ihnen eigentlich bewußt geworden, was Sie sich selbst für ein Armutszeugnis ausgestellt haben? Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten jetzt mit Ihnen gestimmt. Dann hätten alle Vorwürfe, die Sie vorhin gegen uns erhoben haben, auf Sie zugetroffen,

(Beifall bei den Republikanern)

dann hätten Sie sich im Sinne der oft angesprochenen Haselnußkoalition vorwerfen lassen müssen, sich eine Mehrheit durch eine vom Verfassungsschutz beobachtete Partei besorgen zu lassen.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Ich will Ihnen etwas sagen, wenn Sie von Anbietern reden: Sie haben eine Erwartungshaltung.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Sie haben nämlich geglaubt, daß wir uns bei Ihnen anbieten.

(Beifall bei den Republikanern und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Und weil das nicht eingetreten ist, haben Sie so eine überzogene Reaktion gezeigt.

(Beifall bei den Republikanern — Widerspruch bei der CDU)

Es ehrt mich ja, daß Sie mir jetzt noch das Verdienst zusprechen, ich hätte den argumentativen Steigbügel gehalten.

(Zuruf des Abg. Sieber CDU)

Sie wissen doch ganz genau, wie dieser Ausschuß gearbeitet hat. — Sie, Herr Sieber, waren fast nie dabei.

(Abg. Bebber SPD: Sieber, Sie waren doch nie da!)

Sie reden nur, aber Sie haben keine Ahnung von der Sache.

Herr Fleischer, Sie wissen ganz genau, daß bei Ihnen von Anfang an nicht der Wille vorhanden war, wirklich soweit wie möglich aufzuklären.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Sie haben immer nur gleich am Anfang eine Standardfrage gestellt, und da ist doch deutlich geworden, worum es Ihnen ging.

(Abg. Fleischer CDU: Wir haben objektiv aufgeklärt!)

Aber diejenigen, die sich bemüht haben aufzuklären, diskreditieren Sie hinterher. Das heißt, Sie diskreditieren im Prinzip das Instrument des Untersuchungsausschusses, weil Sie überhaupt nicht aufklären wollen.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Fleischer  
CDU: Ich stelle Fakten fest!)

— Nein, nein. Herr Fleischer, da war mir einfach viel zuviel Geifer bei Ihnen. Wenn Sie sich da gegenseitig Vorwürfe machen, wer eventuell die Stimme von uns bekommt, Sie sie aber

(Abg. Kurz CDU: Gott sei Dank! — Abg. Sieber  
CDU: Wir wollen Sie nicht!)

— wie ich jetzt höre, „Gott sei Dank“ — nicht bekommen haben, dann müssen Sie sich die Frage gefallen lassen: Was für ein Ausschlußergebnis haben Sie sich denn eigentlich gewünscht?

(Abg. Kurz CDU: Ein ehrliches Ergebnis! — Zuruf  
des Abg. Fleischer CDU)

(Dr. Schlierer)

Wie hätten Sie denn sonst eine Mehrheit bekommen sollen, wenn wir die eine Stimme waren, die hier das Zünglein an der Waage gespielt hat, und nur wir Ihnen die Stimme hätten geben können, die Sie sich so sehnlichst gewünscht hätten?

(Abg. Fleischer CDU: Wir hätten bei den demokratischen Parteien mehr Wahrheitsliebe gewünscht!)

— Nein, nein. Sie haben vorhin beklagt, daß wir nicht mit Ihnen gesprochen hätten. Da ist doch deutlich geworden, wo das Problem liegt: Sie wollten nur unsere Stimme haben und haben sie nicht bekommen. Das ist eine Erfahrung, die Ihnen halt weh tut.

(Beifall bei den Republikanern — Zurufe der Abg. Fleischer und Sieber CDU)

Und dann noch mit dem Vorwurf zu kommen, wir hätten da blind mitgestimmt: Das ist einfach nicht wahr. Wir haben unser eigenes Votum, und wir haben auch bei der Beschlußempfehlung unsere Vorstellungen noch einzubringen versucht.

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

haben dafür aber keine Mehrheit gefunden.

(Abg. Fleischer CDU: Angekündigt, aber nicht gemacht!)

Aber im Gegensatz zu Ihnen gehe ich nicht hin und schreie zetermordio, nur weil ich keine Mehrheit bekommen habe. Ich sage Ihnen eines: Sie müssen noch etwas lernen. Sie müssen einfach auch einmal lernen, nicht die Nummer eins zu sein. Ganz einfach.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, zurück zu dem Ausschlußermittlungsergebnis. Unverständlich bleibt mir auch die Heftigkeit, mit der der Finanzminister und jetzt auch die Steuer-Gewerkschaft auf den Ausschlußbericht reagiert haben. Da ist im Interview von verleumderischen Behauptungen und von einer Vergiftung des Steuerklimas die Rede,

(Abg. Kurz CDU: Was ja auch richtig ist!)

und zu guter Letzt wird dem Ausschluß dann auch noch eine Inkompetenz und eine Denaturierung des Untersuchungsausschusses zu Wahlkampfpurposes vorgeworfen.

(Abg. Reddemann CDU: Stimmt doch!)

Auch das, meine Damen und Herren, ist starker Tobak, wobei die Reaktion in keinem Verhältnis zum Anlaß steht.

(Lachen des Abg. Leicht CDU — Zuruf des Abg. Ulrich Müller CDU)

Denn wenn man diese Reaktionen auf den Ausschlußbericht einmal nüchtern und ohne hochgeschäumte Emotionen auf sich wirken läßt, muß man den Eindruck gewinnen, hier hätten Unbefugte an einer heiligen Institution Häresie geübt. Die Steuerverwaltung und ihr oberster Chef erscheinen unberührbar, jeglicher Kritik entzogen. Und wer es gleichwohl wagt, Unzulänglichkeiten und Ungleichmäßigkeiten zu rü-

gen, dem droht die Verfemung als steuerpolitischer Ketzer oder gar als inkompetenter Klimavergifter. Ich kann nur sagen: Wie gut, meine Damen und Herren, daß der Ausschlußmehrheit wenigstens nicht mehr das Schicksal Savonarolas droht.

(Beifall bei den Republikanern)

Man könnte auch fast den Eindruck gewinnen, als ob der Untersuchungsausschluß inzwischen für die Ungereimtheiten im Steuerfall Graf verantwortlich sei und nicht die Beteiligten.

(Zuruf des Abg. Schöning FDP/DVP)

Es ist eine schlichte Umkehrung der Tatsachen; denn der Untersuchungsausschluß hat in einem einstimmig beschlossenen Tatsachenteil Dinge festgestellt, die sehr wohl Anlaß zu einer sehr kritischen Bewertung geben.

Im übrigen will ich auch nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß selbst die Regierungsvertreter im Ausschluß zum Schluß eine sehr viel vorsichtiger Beurteilungsweise an den Tag legten als zu Beginn. Hörte man anfangs noch, daß alles in bester Ordnung sei, so war gegen Ende von einer sehr vorsichtigen und deshalb wohl eher als zurückhaltend zu bewertenden Vorgehensweise der Steuerbehörden die Rede.

Gerade diese ausgeprägte Zurückhaltung, meine Damen und Herren, diese ungewohnte Zögerlichkeit und dieser exzeptionelle Langmut der Steuerverwaltung im Fall Graf waren aber der entscheidende Ansatzpunkt für die Kritik des Ausschusses.

Es ist sicher edel, wenn sich der Minister vor seine Verwaltung stellt und Generalabsolution erteilt, und selbstverständlich hat er das Recht, sich auch zur Wehr zu setzen. Aber wir wollen doch einmal ganz nüchtern festhalten: Selbst der vorhin schon bemühte Landesvorsitzende der Steuer-Gewerkschaft hat immerhin eingeräumt, daß die unterlassene Vollstreckung der durch die Betriebsprüfung festgestellten Steuerschuld für den Zeitraum von 1985 bis 1988 und die verspätete Einschaltung der Steuerfahndung zumindest problematisch waren. Es kann also folglich keine Rede davon sein, daß der Steuerverwaltung völlig zu Unrecht Vorwürfe gemacht würden.

Es mag sein, meine Damen und Herren, daß Angriff manchmal die beste Verteidigung ist; aber, Herr Finanzminister, Sie schießen nach meinem Dafürhalten weit am Ziel vorbei, wenn Sie die im Mehrheitsbericht ja im Sachverhalt konkretisierte Vorzugsbehandlung mit dem Straftatbestand der Begünstigung — § 257 des Strafgesetzbuchs — gleichsetzen. Niemand, Herr Minister, hat behauptet, Finanzbeamte hätten Herrn Graf oder einem seiner Vertreter absichtlich zur Vorteilssicherung Hilfe geleistet.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Mit diesem überzogenen Vorwurf einer angeblich unterstellten Komplizenschaft von Steuerschuldner und Steuerverwaltung wird gerade jener unsinnige Akzent in die Diskussion gebracht, den der Ausschluß Gott sei Dank ausgeräumt hat.

(Lachen des Abg. Fleischer CDU)

(Dr. Schlierer)

Wenn ich von Vergiftung des Steuerklimas spreche, dann sehe ich sie gerade auch darin, daß man solche Dinge überhaupt mit ins Gespräch bringt.

(Abg. Fleischer CDU: Haltet den Dieb!)

Wir haben im Ausschußbericht ausdrücklich festgehalten, daß die schon als Ausdruck krimineller Energie zu bewertende Verweigerungstaktik der Seite Graf die Arbeit der Steuerverwaltung erheblich erschwert hat. Den Vorwurf der Kumpanei hat niemand erhoben und wird niemand erheben.

(Abg. Oettinger CDU: Doch! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Zwischen Vorsatz und falscher Ermessensausübung ist zumindest für Juristen – vielleicht nicht für alle, Herr Fleischer, ich nehme Sie da gern aus, aber zum Beispiel für Ihren Kollegen Müller – bekanntlich ein himmelweiter Unterschied. Daß Sie den Unterschied nicht sehen, Herr Fleischer, sehe ich Ihnen gerne nach – mildernde Umstände.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, in einzelnen Kommentaren wurden die Ermittlungsergebnisse des Untersuchungsausschusses als eher bescheiden kritisiert. Es sollte daher nochmals festgehalten werden, daß dieser Untersuchungsausschuß unter erheblichem Zeitdruck stand, einem Zeitdruck, der eine restlose Aufklärung des Sachverhalts nicht möglich machte. Die Beweisaufnahme mußte unvollständig bleiben. Das ist für alle Seiten unbefriedigend, kann aber dem Ausschuß nicht zum Vorwurf gemacht werden. Auf zahlreiche weitere Zeugenvernehmungen und auf Einsicht in die dem Ausschuß verweigerten Akten von Bundesbehörden mußten die Ausschußmitglieder verzichten, um die Arbeit des Ausschusses noch in dieser Legislaturperiode zu einem Ende zu bringen.

Jetzt frage ich Sie einmal: Wäre es Ihnen denn lieber gewesen, wenn wir mit oder ohne Zwischenbericht eine Fortsetzung der Beweisaufnahme mit einem in der Schwebe bleibenden Vorwurf, beispielsweise der Deckung von oben, im laufenden Wahlkampf gehabt hätten? Oder war nicht auch Ihnen daran gelegen, daß wir diesen Untersuchungsausschuß im Wissen um die unvollständige Beweisaufnahme zu Ende bringen? Sie sollten ehrlicherweise dann auch zugeben, daß Sie wohl im Wissen um eine nicht ganz vollständig erfolgte Beweisaufnahme hier zu einem Ergebnis kommen mußten.

Nun zu diesem Ergebnis, meine Damen und Herren. Niemand bestreitet, daß sich in dem zu untersuchenden Steuerfall die Steuerschuldnerseite – ich habe es vorhin schon erwähnt – von Anfang an mit allen Mitteln einer Besteuerung zu entziehen versuchte. Mit einer Mischung aus krimineller Energie, aber auch mentaler Insuffizienz wurde von der Seite Graf von Anfang an versucht, erhebliche Einnahmen an der Steuerverwaltung vorbeizuschleusen. Deutlich wurde auch, daß die Prominenz der Steuerschuldnerin zu einer Beißhemmung bei der Steuerverwaltung führte,

(Abg. Oettinger CDU: Na, na, na!)

die bis zu einer zeitweisen Selbstblockade reichte. – Jawohl, Herr Kollege Oettinger, Sie waren ja auch nicht dabei. Ich kann Ihnen sagen, daß wir dies gerade im Rahmen der Zeugenvernehmungen immer wieder erkennen konnten.

Unstreitig ist auch, daß die Besteuerung von Spitzensportlern gewisse, aber nicht unüberwindbare Probleme in sich barg.

(Zuruf des Abg. Kurz CDU – Gegenruf von der CDU: Das bringt nichts! Laß ihn seine Rede abspulen!)

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, sind die Fehler zu sehen, die die Annahme einer Vorzugsbehandlung, so wie sie ja dann auch im Bericht konkretisiert ist, durch die Steuerverwaltung rechtfertigen.

Wie, so muß man sich fragen, ist es möglich, daß im Wissen um die kriminelle Energie der Steuerschuldnerseite, und zwar mit sehr frühem Wissen darum, über viele Jahre hinweg trotz entsprechender Hinweise immer wieder Nachsicht geübt und auf die Einschaltung der Steuerfahndung und auch darauf verzichtet wurde, wenigstens eine vorgezogene Betriebsprüfung durchzuführen? Das ist nicht erklärbar. Es ist auch schon von meinem Vorredner darauf hingewiesen worden, daß man ja Ende 1988 sehr konkrete Hinweise hatte. Trotzdem ist die Betriebsprüfung erst im Jahre 1990 erfolgt. Ich kann Ihnen aus der Praxis sagen: Bei kleinen Steuerschuldnern kann es sehr schnell gehen. Da wird die Betriebsprüfung sehr rasch vorgezogen und dann auch durchgeführt. Hier ist es nicht gemacht worden.

(Abg. Kurz CDU: Da sind auch keine internationalen Ermittlungen notwendig!)

– Das mit den internationalen Ermittlungen, Herr Kurz – ich bin Ihnen für diesen Zwischenruf dankbar –, ist auch so ein Fall. Da haben wir im Untersuchungsausschuß die Aussage, daß man sehr wohl wisse, daß das lange dauere, bis man eine solche Auskunft bekomme. Dann wird so eine Auskunft eingeholt. Und wissen Sie, was das im Ergebnis ist? Daß die weitere Ermittlungsarbeit über Jahre hinweg hinausgezögert, blockiert wird.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Fleischer CDU: Das stimmt nicht!)

Deswegen kann ich an dieser Stelle nur sagen: Gerade mit dem Argument können Sie nicht kommen.

Ich frage mich auch, wieso im Herbst 1992 in Kenntnis des im Verlauf der Betriebsprüfung sichtbar gewordenen Verhaltens der Seite Graf auf eine Vollstreckung der Steuerschuld verzichtet wurde. Da sind doch Erkenntnisse zutage getreten, angesichts derer man nicht mehr blauäugig hintreten und sagen konnte, das seien alles liebe, gute Menschen, von denen dürfe man nur das Allerbeste annehmen. Dennoch wurde verzichtet, und interessanterweise ist dies ja auch von der Steuer-Gewerkschaft angesprochen worden.

Meine Damen und Herren, alle diese Fragen sind nicht befriedigend beantwortet worden. Ich möchte im Ergebnis noch einmal festhalten: Die mit dem Fall befaßten Beamtinnen und Beamten bei den betreffenden Veranlagungs- und Betriebsprüfungsfinanzämtern haben nicht in sogenanntem vorausseilendem Gehorsam gehandelt. Nicht belegt ist der den Untersuchungsauftrag des Parlaments auslösende Vorwurf einer unzulässigen oder politischen Einflußnahme oder einer wie immer gearteten Deckung von oben.

(Abg. Oettinger CDU: Der ist widerlegt!)

(Dr. Schlierer)

Drittens: Für mich ist nach wie vor nachgewiesen, daß es zu Beginn durch die Gespräche mit der Seite Graf sehr wohl eine, wenn Sie es so nehmen wollen, Einflußnahme, aber doch zumindest eine Ausnahmebehandlung der Seite Graf gegeben hat, indem es der Seite Graf immerhin möglich gemacht wurde, mit Spitzen der Ministerialbürokratie mehrfach in relativ kurzem Abstand zu sprechen, und zwar über ganz konkrete Fragen der Gestaltung der künftigen Besteuerung.

Die Schlußfolgerungen daraus: Klar ist, daß eine angemessene Bearbeitung solcher Steuerfälle, auch unter dem Aspekt der Auslandsberührung, zu anderen und neuen Organisationsabläufen insbesondere in der Kooperation der verschiedenen befaßten Behörden führen muß. Dies kann nach unserer Ansicht zum Beispiel in der intensiveren Berücksichtigung des Gedankens des Projektmanagements erfolgen, wie es vorgeschlagen wurde. Wichtig ist uns dabei eine wirksame Koordination, und zwar eine wirksamere als bisher, von Steuerfahndung, Betriebsprüfung und veranlagendem Finanzamt, was wir in der Beschlußempfehlung ja auch gerne ausdrücklich erwähnt wissen wollten.

Die Konsequenzen sind: Man sollte sich vor Vorverurteilungen hüten,

(Abg. Fleischer CDU: Eben!)

aber auch vor einer Diskreditierung berechtigter Kritik. Das Steuerklima im Land bleibt dann gut, meine Damen und Herren, wenn zügig, unterschiedslos und ohne Samthandschuhe an allen Steuerfällen gleichmäßig gearbeitet wird. Dazu kann dieser Untersuchungsausschuß beitragen und hat er beigetragen. Deswegen kann ich im Ergebnis eben nicht feststellen, daß die Arbeit dieses Ausschusses zu negativen Folgen geführt hätte. Ich kann nur festhalten, daß mit dem Untersuchungsausschuß Graf wesentliche Vorwürfe, die am Anfang im Raum standen, ausgeräumt sind,

(Abg. Oettinger CDU: Hört, hört!)

daß Mängel aufgezeigt worden sind und daß genügend Hinweise gegeben wurden, wie diese Mängel in Zukunft beseitigt werden können.

Im übrigen erwarte ich, daß künftig Mehrheiten in einer Abstimmung hier im Parlament oder in einem Ausschuß nicht nach guten und schlechten, nach appetitlichen oder unappetitlichen Mehrheiten unterschieden werden. Sonst bleibt das Gschmäcke der Unappetitlichkeit ausgerechnet an denjenigen hängen, die solche Vorwürfe in die Welt setzen.

(Lebhafter Beifall bei den Republikanern)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bütikofer.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Jetzt kommt der Höhepunkt!)

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe zu Beginn dieser Debatte mit großer Aufmerksamkeit und wachsender Verwunderung, Herr Fleischer, Ihren Ausführungen gelauscht. Mir war vor allem eindrücklich, welche große Zahl von Kraftworten, von betonenden Ausdrücken Sie sich zu verwenden gezwungen sahen.

Wer so lautstark beteuert, daß alles hundertprozentig in Ordnung gewesen sei, der signalisiert damit schon, wie groß eigentlich die Zweifel sind, die er sich zu übertönen bemüht.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. Fleischer CDU: Herr Bütikofer, sonst kapieren Sie es nicht!)

Meine Damen und Herren, den Untersuchungsausschuß einzurichten war, im nachhinein gesprochen, richtig. Ich glaube, das ist heute unbestritten. Ich sage das als einer von denjenigen, die sich für die Einsetzung des Untersuchungsausschusses engagiert haben, nachdem wir zuvor sehr lange gezögert hatten, ob das der richtige Weg sei. Hätten sich das Finanzministerium und der Finanzminister im Oktober letzten Jahres bereit gefunden oder sich in der Lage gesehen, unsere Fragen anders, ausreichend zu beantworten, hätte es diesen Untersuchungsausschuß sicherlich nicht gegeben. Die absolut engherzige Auslegung des Steuergeheimnisses, die später bei der Zeugenaussage des Herrn Mayer-Vorfelder im Untersuchungsausschuß nicht mehr galt, hat dies aber damals verhindert.

Ich bin also froh, daß wir diesen Untersuchungsausschuß hatten. Denn er war nötig angesichts der öffentlich erhobenen Vorwürfe. Die Klärung ging nur auf diesem Wege. Der Untersuchungsausschuß hat sich nicht, wie wohl manche befürchtet oder gehofft hatten, im Tohuwabohu eines verwirrenden Steuerfalls verheddert, sondern er hat einige wichtige Klärungen gebracht, auch wenn er tatsächlich angesichts der begrenzten Zeit nicht ausermitteln konnte. In wichtigen Punkten ist die Spreu vom Weizen getrennt worden. Ich denke deswegen, daß es ein respektables, abgewogenes Ergebnis ist, was der Untersuchungsausschuß Ihnen vorlegt.

Als erstes möchte ich darüber sprechen, was der Untersuchungsausschuß meines Erachtens an Vorwürfen ausgeräumt hat. Völlig ausgeräumt worden ist, was ja ganz am Anfang, zum Beispiel im „Spiegel“, große Aufmerksamkeit fand, ein Verdacht gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Späth, er habe möglicherweise Deckung von ganz oben garantiert. Da ist offenkundig nichts drangeblieben.

Genauso offenkundig ist, daß in diesem Zusammenhang weder gegen den derzeitigen Ministerpräsidenten noch gegen den ehemaligen Finanzminister Palm irgendwelche Vorwürfe erhoben werden können. Ich glaube, das festzuhalten ist wichtig.

Bezüglich der Rolle, die Herr Mayer-Vorfelder gespielt hat, zuerst als Kultusminister und später als Finanzminister, glaube ich nicht, daß Herr Mayer-Vorfelder so lange so wenig von dem Fall wußte, wie er uns gegenüber beteuert hat. Ich glaube nicht, daß Herr Mayer-Vorfelder sich bei strenger Selbstprüfung heute selbst ein gutes Zeugnis ausstellen würde bezüglich seines Eintretens für politisches Wohlwollen gegenüber den Grafs, das er sowohl gegenüber der Seite der Steuerpflichtigen als auch gegenüber der Seite der Steuerverwaltung signalisiert hat. Ich glaube auch nicht, daß sich der Finanzminister aus der politischen Verantwortung für die aufgefundenen Fehler davonschleichen kann.

Aber auf der anderen Seite glaube ich auch nicht — und es hat auch keine Beweise irgendeiner Art dafür gegeben —, daß der Finanzminister in seiner Amtszeit in irgendeiner Weise aktiv auf diesen Fall Einfluß genommen hat. Ich gehe

(Bütikofer)

einen Schritt weiter: Ich halte es auch nicht für plausibel, daß er das getan hat. Ich halte es nicht nur für nicht bewiesen; aus meiner Sicht ist dieser Vorwurf ausgeräumt, und ich brauche auch für die Darstellung und Kritik der Fehler, die es gegeben hat, diese Unterstellung oder Hypothese nicht.

(Abg. Fleischer CDU: Dann dürfen Sie auch nicht von Zwielicht reden!)

Was den Generalvorwurf an die Steuerverwaltung betrifft, sie habe in voreuseilendem Gehorsam gehandelt, kann meines Erachtens heute nicht daran vorbeigeredet werden, daß dieser Vorwurf ungerechtfertigt ist. Er ist zuallererst ungerichtet gegen solche Beamte, die nachweislich Druck gemacht haben. Exemplarisch nenne ich die Beamten Rupp und Gieß, Pagendarm und Heltge oder die Leute von der Steuerfahndung.

(Beifall der Abg. Dr. Puchta und Bebbler SPD)

Es ist aber auch ansonsten eine falsche Pauschalbehauptung, weil in der Untersuchung meines Erachtens klar herauskam, daß die Fehler auf den verschiedenen Ebenen aus ganz unterschiedlichen Gründen gemacht wurden.

Nur, eines werde ich damit auch nicht vom Tisch nehmen, denn das ist auch deutlich geworden, Herr Fleischer: Ganz ohne den Blick auf die Prominenz des Steuerfalls, ganz ohne Rücksichtnahme auf das vorherige Verhalten übergeordneter Stellen ist das, was sich hier jahrelang zugetragen hat, auch nicht zu erklären. Das werden Sie niemandem einreden.

(Beifall bei den GRÜNEN — Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Es sind auch Einzelbehauptungen ausgeräumt worden. Ich nenne als Stichwort die Sache Thust, die Behauptung, es seien hier Beraterhonorare in einem Erpressungsfall abgesetzt worden. Ich habe anfangs selbst angenommen, daß dies zutreffe. Meines Erachtens hat die Beweisaufnahme dies widerlegt.

Genauso klar, wie wir auf der einen Seite sagen müssen, was sich hat zerstreuen lassen — ich bin im Hinblick auf die weitere Arbeit der Steuerverwaltung um jeden Vorwurf, der zerstreut worden ist, froh —, genauso klar müssen wir aber auch einräumen, wo es tatsächliche Fehler gegeben hat. Es ist unbestreitbar — das ist vom Ausschuß im Votum auf über zehn Seiten eingehend dargestellt worden —, daß es eine Vorzugsbehandlung gegeben hat. Sie wird nicht nur allgemein behauptet, sondern sie wird auch konkret benannt.

Das Bemerkenswerteste an der Art, wie von Ihrer Seite her, Herr Oettinger, die Debatte geführt wird, ist, daß Sie die ganze Zeit so tun, als sei das nur eine Pauschalbehauptung, und sich vor der konkreten Auseinandersetzung mit den konkreten Vorwürfen im wesentlichen drücken.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Er wird schon wissen, warum!)

Ich gehe auf einige der Punkte nur in aller Kürze ein, weil die Zeit nicht mehr erlaubt.

Was das Zustandekommen der Gespräche im Finanzministerium 1986/87 betrifft — das nur als Nebenbemerkung —,

so ist die Variante, die uns durch den Finanzminister und ehemalige persönliche Referenten nahegelegt worden ist, in der Beweisaufnahme widerlegt worden, so daß die Behauptung, es sei hier etwas unaufgeklärt geblieben, nur den Tatsachengehalt der Beweisaufnahme wiedergibt.

Zweitens: Daß sich das Finanzministerium 1986 ausweislich der Akten darum bemüht hat, der Seite Graf dadurch entgegenzukommen, daß man sich Gedanken gemacht hat, was man den Leuten an Steuererleichterungen einräumen kann und was nicht — ein höchst ungewöhnlicher Vorgang —, ist unbestreitbar. Dies geschah in Kenntnis dessen, daß selbst der Steuerberater von Herrn Graf den Mann für einen „faulen“ Kunden gehalten und das den Ministerialbeamten gesagt hat. Meine Damen und Herren, Sie wollen uns einreden, Sie wollen der Öffentlichkeit einreden, das sei ein ganz normaler Vorgang?

Ende 1988/Anfang 1989 Informationen aus dem Bundesamt für Finanzen. Ein Beamter des Finanzministeriums macht einen höchst alarmierenden Vermerk darüber, indem er die Berechtigung dieser Hinweise unterstreicht. Es geschieht nun das, was in eigener Zuständigkeit der Steuerverwaltung im Land getan werden könnte, ausgerechnet nicht. Es wird nicht nur die Steuerfahndung nicht eingesetzt, sondern es wird auch noch nicht einmal eine vorgezogene Betriebsprüfung veranlaßt,

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

obwohl das Finanzamt Schwetzingen schon vor diesen Kenntnissen wußte, daß es eine Betriebsprüfung für erforderlich hält, weil der Fall so quer gelegen hatte. Aber das Finanzministerium läßt das laufen. Die einzige Aufklärung, die es selbst anregt, läßt es dann — ausweislich der Beweisaufnahme — im Lauf des Jahres 1989 im Sande versickern.

(Abg. Fleischer CDU: Falsch!)

Meine Damen und Herren, das ist doch eine ganz außergewöhnliche Handhabung eines solchen Falls!

Oder 1991: Die Erkenntnisse aus den USA sind da. Man weiß jetzt, daß die Seite Graf, daß Herr Peter Graf die Finanzbehörden angelogen hat. Es gibt wiederum einen Vermerk eines fleißigen und gewissenhaften Beamten aus dem Finanzministerium. Sogar sein Referatsleiter, der ein bißchen kritisch darübergeht, läßt ihm wesentliche Sätze stehen. Sie lauten sinngemäß: Die Betriebsprüfung muß in die Steuerfahndung überführt werden, und steuerstrafrechtliche Maßnahmen sind zu prüfen. Der zuständige Abteilungsleiter, der die Besprechung darüber leitet, geht dieser Geschichte, was das Steuerstrafrecht betrifft, überhaupt nicht nach. Das wird überhaupt nicht erörtert. Bei der Steuerfahndung läßt man sich darauf ein, ein paar cursorische Bemerkungen von Beamten, die den Sachverhalt überhaupt nicht kennen, als Ausrede zu nehmen.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Daß 1992 die Vollstreckung nicht realisiert worden ist, noch nicht einmal eine Teilvollstreckung, ist absurd. Es gab vollstreckbare Forderungen gegen die Grafs in Höhe von 12 Millionen DM; hinterher sind etwas über 8 Millionen DM herausgekommen. Warum hat man nicht gesagt, es

(Bütikofer)

soll wenigstens ein Teilbetrag auf ein Treuhandkonto kommen? Keine Erklärung dafür! Das ist doch nicht das Gewöhnliche. Sie werden, wenn Sie es sich überlegen, haufenweise Fälle kennen, bei denen bereits für ein paar hundert Mark die Pfändung kommt — im normalen Fall. Und hier kommt bei 12 Millionen DM nichts.

Oder 1993: In der Tat — das haben Sie richtig gesagt, Herr Fleischer — hat das Finanzministerium da einmal gedrängt, weil es gemerkt hat, daß es nicht richtig war, die Sache nicht steuerstrafrechtlich zu überprüfen. Dann kommt die Straf- und Bußgeldsachenstelle zu dem Ergebnis, daß es hier einen Anfangsverdacht gegeben hat. Das versickert im Jahr 1993/94 wieder in den Akten, und es passiert nichts.

(Abg. Fleischer CDU: Nun, sagen Sie doch mal, warum! Da gab es doch Gründe dafür! Sie haben doch den Zeugen gehört!)

Zum Betriebsausgabenabzug von 35 %: Es ist eine bewußte Unwahrheit, wenn Sie sagen, das sei nachgewiesen.

(Abg. Fleischer CDU: Ja, das ist nachgewiesen! Wahrscheinlich liegt es noch höher!)

— Dann sorgen Sie dafür, daß der Finanzminister diesen Vermerk der Steuerfahndung publiziert, damit es jeder nachlesen kann. Die Steuerfahndung schreibt ausdrücklich, daß man bei dieser Rechnung nur dann über 30 % kommt,

(Abg. Fleischer CDU: Bei Boris Becker sind die Kosten doppelt so hoch!)

wenn man erstens die heute bekannten Ausgaben mit den damals bekannten Einnahmen vergleicht, was schon absurd ist, und wenn man zweitens Einnahmen hinzurechnet, von denen gar nicht klar ist, ob sie so geflossen sind und ob sie nach § 12 des Einkommensteuergesetzes überhaupt anzurechnen seien. Das sind alles bewußte Fehlbehauptungen von Ihnen,

(Abg. Fleischer CDU: Ihrerseits!)

um zu bestreiten, daß diese Vorzugsbehandlung da war.

Herr Fleischer, ich sage nicht, da gehe es um Illegales. Aber Sie werden der Bevölkerung nicht erklären können, warum es weniger anstößig sein soll, daß eine Vorzugsbehandlung unter Ausnutzung der Gesetze stattgefunden hat. Und darum geht es doch. Wir müssen dann eben die entsprechenden Kritiken bringen und die Konsequenzen daraus ziehen.

Zu Recht regen sich die Leute darüber auf. Ob übrigens Schaden entsteht, ist überhaupt noch nicht entschieden.

(Abg. Fleischer CDU: Das sind hemmungslos behauptete falsche Tatsachen! — Abg. Dr. Puchta SPD: Minderheitsmeinung!)

Was den Gang der Arbeit im Untersuchungsausschuß betrifft, mußte ich in der Tat manchmal etwas insistenter fragen, Herr Fleischer — da haben Sie völlig recht —, weil ich Ihre mangelnde Aufklärungslust kompensieren mußte.

(Abg. Fleischer CDU: Sie wollten sich doch dabei zum Steuergehilfen ausbilden lassen!)

Was Ihre sibirische Entgleisung betrifft,

(Abg. Fleischer CDU: Das ist Ihre politische Vergangenheit!)

kann ich mir die nur damit erklären, daß Sie die alte Bauernweisheit nicht kennen: „Wälzt das Schwein sich . . .“

(Heiterkeit — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Jetzt, wie weiter?)

— „Wälzt das Schwein sich in den Lachen, mußt du es nicht genau so machen.“

(Heiterkeit — Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Bütikofer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Ulrich Müller?

Abg. Bütikofer GRÜNE: Ich würde sie Herrn Müller gerne gestatten, wenn mir nicht die Zeit völlig zerrinnen würde.

Präsident Dr. Hopmeier: Zeit kann ich Ihnen zusagen.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Ich möchte noch zwei Bemerkungen machen zur Aufregung in der Steuerverwaltung und zu der Geschichte mit den Mehrheitsbeschaffern von den Republikanern.

(Abg. Kuhn GRÜNE zu Abg. Ulrich Müller CDU: Sie waren gar nicht gemeint mit dem Schwein!)

Es steht in diesem Votum und in der Beschlußempfehlung das, was nach meiner Überzeugung für die Bewertung und die Konsequenzen aus diesem Fall von Bedeutung ist. Ich lasse mich von Ihnen nicht dahin treiben, daß ich diese Überzeugung nicht mehr verrete, weil Herr Schlierer zustimmt. In einem anderen Fall haben Sie, als es um Ihren Machterhalt ging, nämlich um die Frage der Landräte und Bürgermeister, wohlwollend und jubelnd diese Stimmunterstützung der Republikaner akzeptiert.

(Abg. Fleischer CDU: Sie haben gekungelt!)

Aber daß es überhaupt zu einer Situation kam, Herr Fleischer, in der das Votum von Herrn Schlierer eine ausschlaggebende Rolle spielte, lag an Ihrer Verhaltensweise. Ich habe mehrfach mit dem Kollegen Keitel, dem Mitberichterstatter, gesprochen und ihm sowohl die Frage gestellt, ob wir zu einer gemeinsamen Bewertung kommen können, als auch ihm gesagt, welches meine Vorschläge für die Beschlußempfehlung sind. Ich habe ihm die Beschlußempfehlung wörtlich gesagt, bevor ich sie mit den Fraktionen von SPD und FDP/DVP abgesprochen habe, weil ich wollte, daß wir zu einer Gemeinsamkeit kommen. Sie haben diese Gemeinsamkeit verweigert; deswegen kam es zu einer solchen Situation. Sie haben sich gegen besseres Wissen nicht bewegt.

Herr Ulrich Müller ist hier schon mehrfach gelobt worden, was ihm wahrscheinlich nicht recht ist. Aber er wird deswegen gelobt, weil er immerhin den Mut hatte, in seiner Heimatzeitung zu schreiben, angesichts dessen, was da stattgefunden hätte, sei ihm das Messer in der Tasche aufgegangen. Wenn Sie wenigstens dieses Minimum an Ehrlichkeit mitge-

(Bütikofer)

bracht hätten, nicht alles wegzureden, sondern die kritikwürdigen Sachen tatsächlich zu benennen, dann hätte es eine Gemeinsamkeit gegeben. Sie aber argumentieren aus der Position des schlechten Verlierers.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN — Abg. Kuhn GRÜNE: Deshalb darf der Müller nicht reden! Oettinger hat es verboten!)

Zum Schluß wegen der Aufregung in der Steuerverwaltung: Ich meine, in jeder Verwaltung gäbe es eine solche Aufregung, wenn sie derartig unter das Brennglas der Öffentlichkeit geriete. Ich meine aber auch, diese Aufregung ist zum Teil bewußt — insbesondere durch den Herrn Finanzminister in seiner unglaublichen Doppelrolle als verfolgte Unschuld und Rachegottheit —

(Heiterkeit bei der SPD)

in die Finanzverwaltung hineingetragen worden, und er benutzt das taktisch. Ich lege Wert auf die Feststellung: Es ist hanebüchener Unsinn, daß entweder wir als Grüne oder die Mehrheit des Untersuchungsausschusses Pauschalvorwürfe gegen die Steuerverwaltung erhoben hätten. Dieser Unsinn wird auch dadurch nicht besser, daß sich manche als Echo zur Verfügung stellen. Dr. Ullrich, den ich ansonsten sehr schätze, hat es für richtig gehalten, eine Presseerklärung mit der Überschrift „Kleine hängt man, Große läßt man laufen“ zu veröffentlichen. Er müßte uns einmal erklären, wer die Großen sind, die wir seiner Meinung nach hätten fangen müssen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Kuhn GRÜNE — Abg. Maurer SPD: Noch größere?)

Er bringt darin starke Worte gegen die Behauptung der Vorzugsbehandlung, hielt es aber in der Pressekonferenz schon gar nicht mehr durch, als man ihn konkret auf einzelne Vorwürfe ansprach. Er lobt aber immerhin — das kam nicht rüber — den Untersuchungsausschuß für die Schlußfolgerungen und Beschlußempfehlungen, die nämlich genau an dem Punkt ansetzen, wo der Hase im Pfeffer liegt, nämlich die Finanzverwaltung, die Steuerverwaltung strukturell zu stärken, und zwar organisatorisch und personell sowie durch Gesetzesänderungen, beim Steuergeheimnis etwas zu ändern, damit sich die Verwaltung besser wehren kann. Für alle diese sehr sinnvollen Vorschläge werden wir dann gelobt. Ich bin gern bereit, Herrn Dr. Ullrich nachzusehen, daß er sich in seinen Äußerungen verrannt hat. Unter anderem auch deswegen bin ich bereit, das nachzusehen, weil ich aus sehr vielen Einzelgesprächen mit sehr vielen Steuerbeamten — auch Funktionären der Deutschen Steuer-Gewerkschaft — genau weiß, daß dort das Bild von diesem Fall sehr viel differenzierter ist.

Im Ergebnis, Herr Fleischer, bleibt die Frage: Was wird aus der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses für unser, wie ich immer hoffe, gemeinsames Ziel, in diesem Land mehr Steuergerechtigkeit zustande zu bringen, herauskommen? Wir haben in unserer Beschlußempfehlung eine ganze Reihe von ganz genauen, ganz konkreten Vorschlägen gemacht, die darauf zielen.

Wenn man den Fall nicht größer redet, als er ist, und auf der anderen Seite nicht aus vermeintlichem Loyalitätszwang Persilscheine im Dutzend ausstellt, was sowieso nicht zu Vertrauen führt, dann muß bei aller Polemik und jenseits aller Polemik immerhin im Netz bleiben, daß wir, und zwar jede Regierung, welche auch immer, wenn sich der Rauch verzogen hat, zu einer Stärkung der Stellung der Steuerverwaltung, zu einer Verbesserung ihrer organisatorischen Fähigkeiten, zu einer besseren Weiterbildung und auch zu einer Stärkung ihrer gesetzlichen Möglichkeiten kommen müssen. Wenn Steuergerechtigkeit tatsächlich unser gemeinsames Ziel ist, dann ist das Ergebnis dieses Untersuchungsausschusses ein positiver Beitrag dazu gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schöning.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Schöning, räum ab!)

Abg. Schöning FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu Anfang ein kurzes Wort an Sie, Herr Kollege Fleischer. Sie haben hier — jedenfalls zu Anfang — mit gemäßigter Stimme — ganz anders als im Untersuchungsausschuß, wo Sie im Grunde immer nur gebissen und gebellt haben; das war da Ihre spezifische Funktion — und mit der Miene eines Biedermanns

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

— hören Sie erst einmal zu — eine Wertung des Untersuchungsausschubsergebnisses vorgetragen, die — und das sage ich so deutlich, weil ich das genau so meine — der Aktelage und der Zeugenvernehmung ganz einfach nicht gerecht wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

Nachdem Sie gefragt haben, wo Zwielficht in diesem Fall ist, sage ich Ihnen ganz deutlich: Zwielfichtig war so gut wie alles, was Sie heute morgen hier vorgetragen haben, aber sonst auch wirklich nichts. So ist es, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den Republikanern)

Der Untersuchungsausschuß — man muß das immer wieder ins Gedächtnis rufen — trug den Titel: „Die Gleichheit der Steuerbürgerinnen und -bürger vor den Steuerbehörden Baden-Württembergs und die Steuerverwaltungspraxis im Fall Graf“, und er hieß nicht: „Die Verstrickung des Gerhard Mayer-Vorfelder in die Steueraffäre Graf“,

(Abg. Alfred Haas CDU: Das wollten Sie doch!)

und er hieß vom ersten Tag an nicht so.

(Abg. Oettinger CDU: So dumm seid ihr auch nicht!)

Der Untersuchungsausschuß war — —

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Darf ich um Ruhe bitten.

Abg. Schöning FDP/DVP: Ich finde es ja toll, wenn die Resonanz kommt. Das ist ja prima.

(Abg. Haasis CDU: Das war das Ziel, und das hat nicht geklappt!)

Der Untersuchungsausschuß war eben nicht vom „Stern“ und er war auch nicht vom „Spiegel“ eingesetzt, sondern vom Landtag von Baden-Württemberg, und der Untersuchungsauftrag, meine Damen und Herren, war von den antragstellenden Fraktionen klar und sachlich definiert, vom Kollegen Bütikofer und von mir.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sauber und sachlich!)

und wiederum nicht von irgendwelchen Hamburger Magazinen.

(Abg. Kurz CDU: Aber Sie brauchten deren Schützenhilfe!)

Aber einige Kollegen der CDU, nicht alle, Herr Kollege Müller, aber einer ganz besonders,

(Heiterkeit bei der SPD — Zuruf des Abg. Dr. Geisel SPD)

haben eben das nicht wahrhaben wollen

(Abg. Dr. Caroli SPD: Der ist erledigt! Herr Müller ist erledigt! — Abg. Bebbler SPD: Der zieht seine Kandidatur zurück! — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sie brauchen sich nicht zu schämen, Herr Müller!)

und haben im Ausschuß, Herr Kollege Fleischer, in einer Art und Weise agiert, die mögliche Gemeinsamkeiten von vornherein verhindert hat,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Aha!)

und haben sich dort auch dann von einer — ich sage es einmal so — Mayer-Vorfelder-Verteidigungszwangsneurose in ihrem Verhalten leiten lassen, als es längst gar nicht mehr um den Finanz- oder den früheren Kultusminister ging. So war der Ablauf der Verhandlungen im Untersuchungsausschuß.

Meine Damen und Herren, der Ausschuß war notwendig. Nur auf diesem Wege konnte dem Aufklärungsinteresse der Öffentlichkeit überhaupt Rechnung getragen werden.

(Abg. Wettstein SPD: Neurotisch! Und mit solchen Neurotikern wollt ihr koalieren!)

Nur auf diesem Wege konnte auch der Vorwurf der Dekkung von oben ausgeräumt werden. Auch das ist ja ein Ergebnis des Untersuchungsausschusses. Wie wäre es denn sonst zustande gekommen?

(Abg. Alfred Haas CDU: Das war doch nicht Ihr Ziel!)

— Herr Kollege Haas, wenn Sie jetzt wieder dazwischenrufen, der Sie ja nun in der Tat einer der berühmtesten Zwischenrufer dieses Hauses sind,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Der blödeste!)

dann bitte ich Sie herzlich, einmal meine Rede aus der Debatte nachzulesen, in der wir diesen Untersuchungsausschuß eingesetzt haben. Wir haben nicht vorverurteilt.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: An keiner Stelle!)

Wir haben gesagt: Das Aufklärungsinteresse der Öffentlichkeit und im übrigen auch der Schutz der betroffenen Verwaltung sind ein ganz zentrales Motiv für diesen Untersuchungsausschuß. So haben wir es auch gehandhabt.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Republikaner)

Sie wollen nur nicht wahrhaben, meine Damen und Herren, daß die drei Fraktionen hier gemeinsam gesagt haben: „Es gab keine Deckung von oben“, daß die Fraktionen auch gemeinsam gesagt haben: „Als Finanzminister war Gerhard Mayer-Vorfelder nicht persönlich in diesen Fall involviert.“

(Abg. Keitel CDU: Dann müßten sich aber einige entschuldigen!)

Sie wollen das alles nicht wahrhaben, weil Sie nur dann ein stimmiges Feindbild haben, wenn Sie uns unterstellen, wir wollten mit diesem Untersuchungsausschuß nichts anderes machen als Schlammschlacht und Wahlkampf.

(Abg. Haasis CDU: Natürlich!)

Genau diesen Gefallen haben wir Ihnen nicht getan.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD, den Republikanern und den GRÜNEN — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, der Untersuchungsausschuß hat nun aber eben nicht das Ergebnis gehabt, das Sie vielleicht gerne gehabt hätten, nämlich: „Alles bestens, alles prima, nichts war.“ Damit können wir nun leider auch nicht dienen.

Meine Damen und Herren, der Untersuchungsausschuß hat sich gelohnt. Der Fall Graf ist eine unendliche Geschichte unerklärlicher Langmut, Großzügigkeit und Milde. Er ist ein Fall elender Geduld auch noch zu einem Zeitpunkt, als allen Beteiligten längst klar sein mußte,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Und war!)

daß es sich bei Peter Graf und seinem steuerlichen Berater, diesem Herrn Eckardt, um — ich fasse das mal so zusammen — „faule Kunden“ handelte. Denn das war frühzeitig bekannt und war keine Erkenntnis, die man etwa irgendwann Mitte der neunziger Jahre gewonnen hatte.

Deswegen will ich ganz kurz noch einmal nur auf einen Punkt der Beweiserhebung eingehen, nämlich die Jahre 1986/87. Es ist schon gesagt worden: Die Variante, wie denn wohl dieses erste Gespräch im Finanzministerium zustande gekommen sei, die uns vom Herrn Finanzminister aufgetischt worden ist, konnte durch kritisches Nachfragen wider-

(Schöning)

legt werden. Es war nämlich gesagt worden, es habe diesen Termin mit den Grafs gegeben, einen vorgezogenen Termin der Sportlerehrung, weil Steffi bei dem normalen Termin keine Zeit hatte, sondern Tennis spielen mußte. Bei diesem Gespräch hätte es den Wunsch des Vaters nach einem Gespräch gegeben. Dann hätte man das in die Wege geleitet, und dann hätte dieses Gespräch stattgefunden. Das war objektiv die Unwahrheit. Wir haben ermittelt, daß die vorbereitenden Vermerke für ein Gespräch schon gefertigt waren, bevor die Sportlerehrung überhaupt stattgefunden hatte, meine Damen und Herren.

Dann sind weitere Erklärungsversuche nachgeschoben worden, nach dem Motto, das sei alles auf der Ebene der persönlichen Referenten so gelaufen, weil es ja üblich ist, daß der vorausseilende persönliche Referent im Kultusministerium mit seinem Kollegen im Finanzministerium einen Termin auf höchster Beamtenebene ausmacht, weil möglicherweise der Minister darauf kommen könnte, daß das richtig wäre. Also, es klingt sehr glaubwürdig, daß das so war.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Und es ist deshalb noch glaubwürdiger, weil der Verfasser des Vermerks aus dem Finanzministerium gesagt hat, er habe diesen Vermerk in Vorbereitung eines Gesprächs gefertigt.

Ich sage das nur, meine Damen und Herren. Da kann man nicht sagen, da sei alles aufgeklärt, da sei alles in Ordnung. Da bleiben ungeheure Merkwürdigkeiten übrig.

Meine Damen und Herren, ist es denn wirklich eine übliche Verfahrensweise, auf diese Weise Türen für Gespräche zu öffnen? Ist es üblich, daß man Gespräche mit dem Ministerialdirektor, dem Ministerialdirigenten und weiteren Beamten – jetzt das Gespräch im März 1987 – hat? Kann es wirklich sein, daß es Gespräche auf dieser allerhöchsten Beamtenebene ohne einen erinnerungsfähigen Anlaß gibt, ohne daß irgendeiner weiß,

(Zustimmung des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

wie dieses Gespräch überhaupt zustande gekommen sein kann? Meine Damen und Herren, kann das denn üblich und normal sein? Kann es denn auch sein, daß es Verdachtsmomente gibt, ohne daß Konsequenzen daraus gezogen werden? Die bei diesen Gesprächen anwesenden Beamten haben in unterschiedlichen Worten, aber übereinstimmend ausgesagt: Jawohl, sie hatten schon 1987 Gründe für einen Verdacht, daß das, was Graf so vorhatte, nicht sauber sei. Ohne Konsequenz!

Ein weiterer Punkt: Es hat nach dem ersten Gespräch im Juni 1986 sehr intensive Kommunikation zwischen dem Finanzministerium und der Oberfinanzdirektion in Karlsruhe gegeben – Abstimmung der Rechtsauffassung. Und man war sich einig. Dann brach die Kommunikation ab. Ein weiteres Gespräch zwischen der OFD und dem Steuerberater der Seite Graf fand statt. Die OFD entschied neu, abweichend von der bisherigen Rechtsauffassung, die sie mit dem Ministerium geteilt hatte, und machte dem Ministerium davon nicht Mitteilung, weder zur Information, noch daß man vorher nachgefragt hätte, ob es nicht richtig wäre, angesichts neuer Sachverhalte anders zu entscheiden. Nein, es wurde einfach so gemacht.

Das Ministerium erfuhr davon per Zufall, als man im März des darauffolgenden Jahres nachfragte, ob es denn Neues im Falle Graf gäbe, denn man stünde wieder einmal vor einer Besprechung. Auch ein Zeuge, der an diesen Gesprächen teilgenommen hatte – hochrangig, Abteilungsleiter Steuerfragen –, hat auf Befragen gesagt, dies sei – und da hat er sich noch sehr zurückgehalten – zumindest außerordentlich ungewöhnlich. Außerordentlich ungewöhnlich! Und daß das Schreiben, das das Ministerium an die Steuerberaterfirma Mattiacum – das war der Laden, in dem Herr Eckardt tätig war – nach dem Gespräch im März 1987 geschickt hat, offenbar zu Fehlinterpretationen Anlaß gegeben hat, hat man ja aus den Reaktionen aus der Steuerverwaltung heraus bei der späteren Beschreibung dieses Vorgangs in bezug auf die Wertung des Holland-Modells und die Frage, was davon im Finanzministerium schon 1987 bekannt gewesen sei, gesehen.

Nur an diesen beiden Punkten einmal aufgezeigt, meine Damen und Herren: Es ist nicht so, daß da alles in Ordnung war. Da sind so ungeheuer viele Merkwürdigkeiten, Unerklärlichkeiten drin, daß man sagt: So kann Verwaltungsablauf nicht sein. Und so darf er auch nicht bleiben, meine Damen und Herren. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der Republikaner)

Ich verzichte auf die Vorgänge der nächsten Jahre. 1988 und 1989 war es nach den Schreiben des Bundesamts für Finanzen genauso. 1989 bis 1992 Zögerlichkeiten bei der Betriebsprüfung – vorher, währenddessen und nachher –, kein Rotbogen, trotz allem, was dort festgestellt worden war.

1992 bis 1994, nach der Betriebsprüfung, nicht die Vollstreckung, sondern das Warten darauf, daß jemand einen halbwegs begründeten Antrag auf Aussetzung der Vollstreckung stellt, damit man nicht tätig werden mußte. So stellt sich das leider im Jahr 1994 dar.

Dann 1994/95 Zögerlichkeiten und Freundlichkeiten trotz Aufklärung des Tatbestands der Steuerhinterziehung, jedenfalls in zwei Fällen. Auch als es geklärt war, Jahreswechsel 1994/95, hat man nochmals vier Monate zugewartet und Gespräche angeboten. Das war auch die Zeit, in der es dann die Skandalvermerke aus dem Ministerium selbst gab, in denen die Beamten des Ministeriums geschrieben haben: Wann endlich passiert in diesem Fall denn endlich einmal etwas, da es sich doch um Steuerhinterziehung in Millionenhöhe und nicht um Peanuts handelt? – So der „Skandalvermerk“ eines Beamten, der hier vorhin auch schon ausdrücklich genannt worden ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der Republikaner)

Ganz kurz noch etwas zum maßvollen Gesetzesvollzug. Der Grundsatz, man müsse dem Steuerpflichtigen zunächst einmal auch glauben können, ist richtig. Aber nach dem, was ich eben gerade allein aus den Jahren 1986 und 1987 ausgeführt habe – wo der Steuerberater Flick schon 1986 gesagt hatte, Peter Graf wolle mit dem Kopf durch die Wand,

(Schöning)

wolle partout keine Steuern zahlen; 1987 habe ich ausführlich geschildert, 1988 war der Verdacht auf Steuerhinterziehung erstmals vorhanden —: Wie lange kann und darf denn ein Verfahren, wenn man konkrete Anhaltspunkte dafür hat, daß der Steuerpflichtige eben nicht nur massiv mitwirkungsunwillig ist, sondern im Verdacht strafbarer Handlungen steht, dauern, bis härtere Bandagen angelegt werden, meine Damen und Herren? Noch 1992 hat man gezögert, und noch 1994 hat man gezögert.

Der frühere Oberfinanzpräsident Meyding hat als Zeuge gesagt — und er hat dies alles in öffentlicher Sitzung vorgetragen, das war sehr hübsch —, der Fall Graf sei rite gelaufen. Nun hat das eine doppelte Bedeutung. Es kann zum einen heißen: Er sagt, die Steuerverwaltung habe bestanden — Note, Promotion —, aber ohne jede Auszeichnung, gerade so. Wenn man zum anderen den Wortlaut nimmt, heißt rite „den bestehenden Bräuchen gemäß“, was vor dem Hintergrund der bestehenden Bräuche des maßvollen Gesetzesvollzugs in der Tat eine ganz bemerkenswerte Beurteilung wäre.

(Lachen des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, es ist auch unverkennbar, daß es Fehler in der Koordination zwischen den beteiligten Behörden gegeben hat. Die Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen war in wesentlichen Fragen unzureichend. Es ist häufig hin- und hergefaxt, häufig telefoniert worden, aber an entscheidenden Stellen gerade auch nicht. Wissen ist vielfach nicht ausgetauscht worden. Das, was zum Beispiel in der Frühzeit an Wissen, Kenntnis und Einschätzung im Ministerium vorhanden war, ist nicht an das Veranlagungsfinanzamt gegangen. Auch das ist ein Punkt, der wichtig ist. Entscheidungen sind teilweise ohne Kenntnis vorher befaßter, anderer übergeordneter Instanzen getroffen worden.

Meine Damen und Herren, „Deckung von oben“ war kein Vorwurf des Parlaments und schon gar kein Vorwurf, den die FDP/DVP je erhoben hätte. Es bedarf schon der besonderen Umgangsform des Herrn Finanzministers — ich sage das, weil er das in meinem Wahlkreis gesagt hat —, dem Untersuchungsausschuß mafiotische Inszenierungen vorzuwerfen,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Was? — Lachen des Abg. Kuhn GRÜNE)

wobei offenbleibt, ob er dem Untersuchungsausschuß unterstellt, dieser sei als solcher eine mafiotische Inszenierung — das weiß ich nicht —, oder ob er meint, der Untersuchungsausschuß habe das Handeln der Steuerverwaltung als mafiotische Inszenierung klassifiziert. Beides ist offenkundiger Quatsch, Herr Finanzminister,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Weil unverschämt!)

aber diese fröhlichen Beleidigungen — sage ich einmal — können wir gelassen hinnehmen, denn es ist nun einmal so, daß Sie dazu neigen, außer Rand und Band zu geraten, wann immer Sie sich angegriffen fühlen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Cholerisch! — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Der braucht doch gar nicht angegriffen zu werden!)

Dessenungeachtet, meine Damen und Herren — ich wiederhole es noch einmal —, hat der Untersuchungsausschuß klargestellt, daß die Ministerpräsidenten Späth und Teufel sowie der frühere Finanzminister Palm mit der Angelegenheit nicht befaßt waren und von daher keinen Druck ausgeübt oder gar Deckung gewährt haben können. Dies ist eindeutig. Auch für Mayer-Vorfelder gilt — ich sage es noch einmal —: Die Rolle, die er 1986 gespielt hat, bleibt dubios, aber als Finanzminister war auch er persönlich nicht in den Fall involviert. Also keine Deckung von oben, aber ein Fall von klarer Vorzugsbehandlung.

Dabei haben wir nie pauschale Vorwürfe gegen die Steuerverwaltung erhoben. Ich wehre mich auch dagegen, wenn bei Versammlungen in der Steuerverwaltung der entsprechende Eindruck erweckt wird. Meine Damen und Herren, es hat sich auch kein pauschaler Vorwurf gegen die Steuerverwaltung als Ergebnis des Untersuchungsausschusses ergeben. Bei dem Vorwurf der Vorzugsbehandlung bleibt es aber nach der Ermittlung und den Zeugenvernehmungen. Dies ist eindeutig.

Meine Damen und Herren, dabei bleibt es auch, nachdem die Steuer-Gewerkschaft gestern dem Untersuchungsausschuß Inkompetenz vorgeworfen hat. Wer ohne Kenntnis der Akten und der Vernehmungprotokolle — und davon gehe ich bei Herrn Ullrich aus, denn wie sollte er? — den Vorwurf der Inkompetenz erhebt, meine Damen und Herren, muß aufpassen, daß der Stein, den er erhoben hat, nicht auf die eigenen Füße fällt.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den Republikanern)

Im übrigen ist es doch wirklich bemerkenswert, daß die Deutsche Steuer-Gewerkschaft nach der dicken Überschrift „Inkompetenz“ dann hinterher mit konkreten Ratschlägen und Hinweisen kommt, die genau dem entsprechen, was auch die Mehrheitsmeinung des Untersuchungsausschusses ist, meine Damen und Herren.

Wir fordern Veränderungen in drei Bereichen: Die Ausstattung der Finanzverwaltung in sächlicher Hinsicht zu verbessern beim Außensteuerrecht, personell im Bereich der Betriebsprüfung und der Steuerfahndung, sowie sie EDV-mäßig zu verbessern. Verwaltungsabläufe und Strukturen innerhalb der Finanzverwaltung müssen verändert werden. Maßvoller Gesetzesvollzug als Begriff muß, weil er mißverständlich ist — weil er im Grunde, wenn er richtig verstanden wird, nur das Prinzip der Verhältnismäßigkeit des Handelns der Verwaltung wiedergeben muß; aber er kann mißverstanden werden; er ist offenbar auch mißverstanden worden —, zu den Akten gelegt werden. Es muß gelten, was uns ein Zeuge stolz und zu Recht gesagt hat: Bei ihm im Zimmer habe ein Plakat gehangen: „Das Finanzministerium ist nicht das Finanzamt für Prominente.“

(Beifall der Abg. Pfister FDP/DVP und Bütikofer GRÜNE)

(Schöning)

Dafür muß man in jedem konkreten Fall sorgen, und das muß Konsequenzen haben, wenn es denn je zu weiteren Einzelfallbesprechungen im Ministerium kommt.

(Abg. Bebber SPD: So ist es!)

Führungsverantwortung darf kein leeres Wort sein. Der Buntstift des zuständigen leitenden Beamten einer Behörde darf nicht nur Alibi sein. Das Verfahren einer tatsächlichen Verständigung braucht klare formale Regeln. Das Steuergeheimnis muß angepaßt werden. Die Steuerverwaltung darf nicht wehrlos bleiben, wenn Beschuldigte ihrerseits mit dem Steuergeheimnis spielen.

Meine Damen und Herren, eine abschließende Bemerkung zum Ablauf des Untersuchungsausschusses. Mit der CDU war kein Konsens möglich, auch nicht in Einzelfragen, weil die CDU den Kotau unter ihre Bewertung zur Voraussetzung für Gespräche gemacht hat. Sie, Herr Kollege Fleischer, haben gesagt, wir müßten der Bewertung zustimmen,

(Abg. Fleischer CDU: Nein!)

alles sei in Ordnung, nichts sei passiert, alles sei korrekt, jederzeit und umfassend,

(Abg. Fleischer CDU: Das ist falsch! — Lachen bei der SPD)

und dann könnte man über Einzelheiten in der Beschlußempfehlung in einen Dialog eintreten. Das haben Sie von uns in der Tat nicht erwarten können, und das haben Sie ja wohl auch nicht erwartet.

(Abg. Fleischer CDU: Sie können es oft nicht ganz nachvollziehen!)

Das dissenting vote der CDU ist im übrigen auch ein Dokument der Unehrlichkeit; denn es ist schon merkwürdig. Vorne drin sagen Sie wieder: „Alles ist korrekt, alles ist in Ordnung, nichts ist passiert.“ Und dann kommen Sie hinterher doch zu zwar sehr abgeschwächten, aber dennoch kritischen Anmerkungen zur Ausstattung der Steuerverwaltung, zur tatsächlichen Verständigung, zum Steuergeheimnis und zu anderem. Also wenn selbst Sie sehen, daß irgendwo etwas nicht in Ordnung gewesen sein kann,

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

dann sollten Sie Ihren Bericht, Ihre generelle Wertung nicht so affirmativ aufschreiben, wie Sie es da wieder getan haben. Das heißt im Klartext — jetzt schaue ich einmal nicht den Kollegen Fleischer an —: Sie sehen schon, daß erhebliche Fehler gemacht worden sind, aber um MVs willen — was nicht sein kann, das nicht sein darf — will man das eben nicht zugeben. Herr Kollege Müller, Sie sind ja mit Ihren Äußerungen in der „Schwäbischen Zeitung“ schon zitiert worden.

(Abg. Ulrich Müller CDU: Das ist unsere Position!)

Vorletzter Punkt: Es hat in diesem Untersuchungsausschuß kein parteipolitisches Ränkespiel gegeben, sondern Sachaufklärung. Und da die CDU — jedenfalls Sie, Herr Kollege Fleischer, obwohl Sie schon wieder so freundlich lächeln —

dies nicht wollte, sondern Sie ständig in Ihrer Verteidigungszwangshaltung verharren sind,

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE — Abg. Bebber SPD: Zwanghaft!)

war die 6:5-Mehrheit dann offenbar zwangsläufig. So wird es gewesen sein.

(Abg. Sieber CDU: Bei jedem Punkt zwangsläufig! — Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

— Ja. Das kann ich Ihnen auch — — Meine Sprechzeit ist zu Ende. Wenn Sie möchten, würde ich es Ihnen sonst gern noch erzählen.

(Unruhe)

Noch einige abschließende Sätze. Der Untersuchungsausschuß war notwendig, meine Damen und Herren. Einen politischen Skandal hat es nicht gegeben.

(Abg. Sieber CDU zu Abg. Kuhn GRÜNE: Das hätte Rezzo nie gemacht!)

Aber das Vertrauen der Steuerbürger in die Gleichbehandlung durch die Behörden verlangt vom Ablauf eines Besteuerungsverfahrens mehr, als daß am Ende alle Steuern beigetrieben werden. Es verlangt auch, daß das Verfahren so abläuft, daß das Vertrauen der Steuerbürger in die Gleichbehandlung jederzeit bestehen kann. Mit der Beschlußempfehlung, die Ihnen vorliegt, meine Damen und Herren, wollen wir gerade auch dazu beitragen, die Steuerverwaltung hierzu in die Lage zu versetzen. Wenn dies gelingt und wenn dies Realität wird, dann hat sich die Arbeit des Untersuchungsausschusses allemal gelohnt.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den GRÜNEN)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich nehme aus genau dem Grund — wegen der letzten Sätze meines Vorredners — das Wort, nämlich wegen des Vertrauens der Steuerbürger in die Steuerverwaltung.

Vor fünf Monaten, rechtzeitig vor der Landtagswahl — auch dafür gibt es Vorgänge —, hat ein Hamburger Magazin die Steuersache Graf mit gezielten Verdächtigungen zum Fall hochgeschrieben: „Deckung von ganz oben.“ Da war zwar nichts bewiesen, aber sehr viel unterstellt. Dies geschah in einer Phase, in der der Finanzminister und die Steuerverwaltung durch das Steuergeheimnis in der Verteidigung gehemmt waren.

Wirkung wurde erzielt. Der brave Steuerzahler, der ehrliche Handwerksmeister, der redliche Bürger mit Verzug in der Abgabe der Steuererklärung, sie alle dachten in den ersten Tagen nach der Veröffentlichung: So rücksichtsvoll wie offenbar Prominente möchten wir auch behandelt werden.

Die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz ist aber ein elementares Prinzip der Demokratie.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

(Ministerpräsident Teufel)

Wird es verletzt, — —

(Weiter anhaltender Beifall bei der CDU sowie Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP/DVP)

— Das ist ja eine schöne Phasenverzögerung, bevor Sie auch die Hand gerührt haben, meine Damen und Herren; das muß ich schon sagen.

(Abg. Schmiedel SPD: Man konnte ja nicht wissen, daß da noch ein Nebensatz kommt! — Abg. Kuhn GRÜNE: Man konnte ja nicht wissen, daß Sie recht haben!)

Wird es verletzt, so sehen die Bürger zu Recht ein elementares Prinzip des Rechtsstaats und der Gerechtigkeit verletzt.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Die Behauptung war deshalb ernst zu nehmen. Darauf habe ich großen Wert gelegt, denn es muß in unserem Staat sauber und gerecht zugehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

Ich habe seinerzeit den Finanzminister in einem Gespräch gefragt, ob es eine Einflußnahme auf die Behandlung des Steuerfalles Graf durch ihn oder durch irgend jemanden von seiten der politischen oder administrativen Führung gegeben habe. Er verneinte dies mit Nachdruck. Er verwies auch auf Erklärungen der mit der Steuerangelegenheit befaßten Beamten. Er wies auch darauf hin, daß nach Prüfung seine Beamten die Steuersache nach Recht und Gesetz behandelt hätten.

Ich habe mich auf das Wort des Finanzministers verlassen. Das habe ich seinerzeit auch mehrfach öffentlich erklärt.

Ich selbst hatte nicht die Möglichkeit zur Nachprüfung der Akten, nicht nur, weil das die zeitlichen Möglichkeiten gesprengt hätte, sondern weil ich nach Mehrheitsmeinung auch dem Steuergeheimnis unterlag und deshalb keine Akteneinsicht hatte.

Schon in einem sehr frühen Stadium — auch darauf möchte ich einmal hinweisen — der Untersuchung gab es ein Expertenurteil, auf das ich höre und auf das sich sonst auch der Landtag gerne beruft. Der Rechnungshof hat im Steuerfall Graf die Akten überprüft und keine entscheidenden Fehler entdeckt. — Ich stelle dies fest, weil es manche Aufreglichkeiten vermieden hätte, wenn man dem Rechnungshof vertraut hätte.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Heute freue ich mich darüber, daß erwiesen ist, daß ich mich auf das Wort des Finanzministers verlassen konnte.

(Abg. Weimer SPD: Waren Sie sich da nicht so sicher?)

Es gab keine Einflußnahme von oben. Das ergibt auch der Bericht des Untersuchungsausschusses, und das war für Beobachter schon seit Wochen sichtbar. Der Finanzminister ist rehabilitiert.

Meine Damen und Herren, wenn Menschen zu Unrecht verdächtigt werden, dann gibt es nur ein Verhalten, das menschlich anständig und korrekt ist, und das ist nicht nur die Feststellung, daß da nichts war, sondern die Zurücknahme von zu Unrecht erhobenen Vorwürfen, Unterstellungen und Verdächtigungen.

(Bravo! und lebhafter Beifall bei der CDU sowie Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

So viel wird man doch noch erwarten dürfen, auch von Abgeordneten, denn jeder Abgeordnete ist doch zuerst ein Mensch mit normalen menschlichen Umgangsformen, bevor er Parteimann und Wahlkämpfer ist.

(Zuruf von der CDU: Sollte er sein!)

Herr Kollege Geisel, eines habe ich nun überhaupt nicht verstanden. Das ist auch danach noch gesagt worden: der Vorwurf einer Begünstigung oder Einflußnahme durch das durch den Kultusminister Mayer-Vorfelder mit dem Finanzministerium vermittelte Gespräch.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, zerstören Sie doch nicht einen erheblichen Teil der Basis der Arbeit eines Abgeordneten.

(Beifall bei der CDU — Abg. Sieber CDU: Ich hätte das Gespräch auch vermittelt!)

Was machen denn Abgeordnete in einem erheblichen Teil ihrer Zeit?

(Abg. Sieber CDU: Gespräche vermitteln!)

Sie nehmen Anliegen von Bürgern auf, die in Sprechstunden an sie herangetragen werden, die in Briefen an sie herangezogen werden, die nach Versammlungen in Vier-Augen-Gesprächen an sie herangetragen werden, und tragen es weiter. Wohin? —

(Abg. Alfred Haas CDU: Ins Ministerium!)

In aller Regel nicht einmal an einen Behördenchef einer unteren Sonderbehörde oder einer Mittelinstanz, sondern an den zuständigen Minister oder auch an den Ministerpräsidenten. Ich jedenfalls bekomme jeden Tag — jeden Tag! — bis zu 50 persönlich an mich adressierte Briefe. Darunter sind jeden Tag auch fünf bis zehn Abgeordnetenbriefe. Und die Abgeordneten erwarten von mir Einflußnahme, so wie sie von jedem Minister Einflußnahme erwarten.

Nun mache ich mir gar nie sofort zu eigen, was einseitig vorgetragen wird — audiatur et altera pars —, aber ich schreibe an die zuständige Behörde, ich schreibe an den zuständigen Ressortchef jeden Tag Briefe: Da hat mir der Abgeordnete den in Fotokopie beiliegenden Brief geschrieben; da hat sich ein Bürger mit dem in Fotokopie beiliegenden Brief an mich gewandt. Ungeachtet des Rangs eines Bürgers — wer mir schreibt, der erwartet eine Antwort —.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

gebe ich den Brief weiter und bitte um eine wohlwollende Prüfung. Jetzt muß ich Sie fragen: Ist das nach der heutigen Debatte, ist das nach dem Ergebnis dieses Untersuchungs-

(Ministerpräsident Teufel)

ausschusses ab morgen Begünstigung, Vorzugsbehandlung eines Bürgers? Diese Frage muß ich doch stellen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU — Abg. Dr. Geisel SPD: Wer hat denn das behauptet?)

Ich muß sagen, ich habe überhaupt nichts davon, daß heute, ohne daß je ein Verdacht bestanden hätte, daß ich in die Steuersache Graf verwickelt wäre, vier oder fünf Abgeordnete sagen: Es ist erwiesen, es ist auch ein wichtiges Ergebnis dieses Untersuchungsausschusses, daß der frühere Ministerpräsident und der heutige Ministerpräsident keinen Einfluß genommen haben.

Meine Damen und Herren, morgen können Sie Untersuchungsausschüsse einsetzen, wenn das, daß ich einen Brief weitergebe oder ein Gespräch vermittele — ich vermittele am laufenden Meter Gespräche, weil ich darum gebeten werde, von Bürgern gebeten werde, von Abgeordneten gebeten werde — —

(Abg. Dr. Geisel SPD: Wer hat denn behauptet, daß das nicht erlaubt sei? — Abg. Bebbler SPD: Das ist doch eine andere Wirklichkeit!)

— Entschuldigung. Hören Sie sich doch einmal die Argumentation an, denn es muß von einer solchen Debatte ja auch Klärung ausgehen.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Wer hat denn das behauptet, was Sie hier unterstellen?)

Ich bin oft an einer Plenarsitzung den ganzen Tag hier im Haus, bin aber nur wenige Minuten im Plenarsaal, aber nicht deshalb, weil ich mich irgendwohin zurückziehen würde, sondern weil ich in der Lobby oder in meinem Zimmer Gespräche führe mit Bürgern, die Abgeordnete vermittelt haben, weil sie glauben, daß sie mich an einem Plenartag im Landtag antreffen. So geht es auch Ministern von der ersten bis zur letzten Minute in diesem Hause. Wenn das Vorzugsbehandlung ist, dann bitte ich darum, daß Sie künftig nicht mehr an Regierungsmitglieder herantreten und darum bitten, daß wir Gespräche vermitteln.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Das ist doch Abgeordnetenalltag. Da ich nicht ernsthaft annehmen möchte, daß Sie das künftig nicht mehr wollen, sage ich: Es ist doch wohl das Normalste in einer Demokratie, daß ein Abgeordneter Sprechstunden abhält und anschließend Briefe schreibt und daß er Gesprächskontakte vermittelt.

(Abg. Bebbler SPD: Das ist eine völlig andere Wirklichkeit, von der Sie reden!)

Ich will es noch präziser sagen: Wenn ich auf dem gleichen Empfang gewesen wäre, auf dem offenbar seinerzeit der Kultusminister Mayer-Vorfelder den Herrn Graf getroffen hat, und der Herr Graf, den ich nicht persönlich kenne, zu mir gekommen wäre und ich ihn gefragt hätte, wie es ihm gehe und welche Spiele seine Tochter im nächsten halben Jahr vor sich habe, und er mir geantwortet hätte, es gehe ihm gut, aber er werde von der Steuerverwaltung unseres Landes miserabel behandelt, dann hätte ich gesagt: Ich vermittele Ihnen ein Gespräch mit dem Finanzministerium oder

mit der Oberfinanzdirektion. Das ist doch wohl die größte Selbstverständlichkeit. Und dann wäre ich in diesen Untersuchungsausschuß involviert gewesen; das muß man doch einmal sagen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg. Schmiedel SPD — Abg. Bütikofer GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Das können Sie doch nicht im Ernst wollen.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Herr Ministerpräsident, Sie unterstellen etwas, was ich überhaupt nicht gesagt habe!)

Mir kommt es doch nur darauf an, daß man nicht eine solche Alltags-tätigkeit eines Abgeordneten oder eines Ministers auch jetzt noch, nach der Untersuchung, heute in der Debatte als einen Anhaltspunkt dafür nimmt, daß Bürger eine Vorzugsbehandlung genossen haben oder daß in irgendeiner Weise Einfluß genommen worden wäre. Darauf kommt es mir an.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bütikofer?

**Ministerpräsident Teufel:** Aber natürlich.

**Präsident Dr. Hopmeier:** Bitte, Herr Abg. Bütikofer.

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Herr Ministerpräsident, hätten Sie sich in diesem von Ihnen gerade referierten hypothetischen Gespräch auch mit bestem Gewissen für eine verständnisvolle Besteuerung der Steuerpflichtigen Graf eingesetzt?

**Ministerpräsident Teufel:** Ich hätte mich mit Sicherheit nur mit der Behauptung, die ich referiert hätte, was Herr Graf zu mir gesagt hat, an die Finanzverwaltung gewandt und darum gebeten, ihn einmal anzuhören.

Aber ich muß Ihnen sagen: Ich muß offenbar eine Routine-wortwahl, die ich in solchen Briefen verwende, künftig überdenken. Ich schreibe derzeit bei jedem Brief, den mir ein Bürger schreibt und den ich an einen Minister weitergebe: „Ich bitte Sie um eine wohlwollende Prüfung.“ Das ist meine Routine-wortwahl. Wenn künftig der Begriff „wohlwollende Prüfung“ schon bedeutet, daß ich mich für den Mann und sein Anliegen, für seine Sache, egal was er behauptet, einsetze, dann muß ich künftig die Wortwahl in meinem Schriftverkehr ändern. Das muß ich sagen.

(Beifall bei der CDU)

Da hört es doch irgendwo auf.

Ich komme zum nächsten Punkt, meine Damen und Herren. Ich lese in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 31. Januar 1996 folgende Sätze:

Daß es für den Tennisclan politische „Deckung von ganz oben“ gegeben habe, wie von Graf's Anwälten und gewissen Medien suggeriert, behauptet heute niemand mehr. Schon damit verliert der vermeintliche Skandal viel von seiner Brisanz. Aber auch der angeblichen Vorzugsbehandlung der Graf's, auf der die Ausschlußmehr-

(Ministerpräsident Teufel)

heit beharrt, fehlt das Skandalöse . . . Viel bleibt von der Affäre Graf also nicht übrig . . . In weniger aufgeregten Zeiten hätte der Untersuchungsausschuß die Steuerverwaltung einmütig für rehabilitiert erklären können.

Soweit das Zitat aus der „Stuttgarter Zeitung“.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich frage im Anschluß an dieses Zitat: Ist es nicht schlimm, daß jetzt, wo der ganze gravierende Vorwurf widerlegt ist, ein Nebenkriegsschauplatz gesucht wird, nämlich die Finanzverwaltung?

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Das ist das billigste, denn die Betroffenen können sich hier in diesem Hause nicht direkt wehren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Deshalb stelle ich mich hinter die Finanzverwaltung.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann das mit gutem Gewissen tun nach der Prüfung durch den Rechnungshof, nach der Prüfung durch das Finanzministerium, nach den Aussagen der Beamten vor dem Untersuchungsausschuß. Zuerst hat man den Beamten voraussetzenden Gehorsam unterstellt — ein lächerlicher und bössartiger Vorwurf gegenüber Beamten in einem Rechtsstaat.

(Beifall bei der CDU — Abg. Alfred Haas CDU: Puchta, zuhören!)

Dann hat man nachsichtiges und langmütiges Verhalten unterstellt. Meine Damen und Herren, wenn man bedenkt, daß es sich nicht um einen Lohnsteuerjahresausgleich handelte, sondern um ein von Fachleuten aufgebautes Sportimperium mit völlig unübersichtlichen und wohl absichtlich unübersichtlich gehaltenen Einkommens-, Wohnsitz- und Vermögensverhältnissen, dann muß man feststellen, daß die Finanzverwaltung korrekt, rechtstreu und auch überlegt gehandelt hat.

Schließlich — auch das sollte man einmal festhalten — ist Herr Graf nicht in Untersuchungshaft, weil der „Spiegel“ oder der „Stern“ etwas aufgedeckt hätten, sondern weil die Finanzverwaltung die Staatsanwaltschaft eingeschaltet hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich danke heute der Finanzverwaltung für ihre gute Arbeit auch in verworrenen und verflochtenen Steuerangelegenheiten. Ich habe an ihrer Gesetzestreue nie gezweifelt, und ich hoffe, daß sie sich durch öffentliche Aufmerksamkeit und Untersuchungsausschüsse auch nicht von bürgernahem und bürgerfreundlichem Verhalten gegenüber den Steuerzahlern abbringen läßt.

(Beifall bei der CDU — Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, es muß gerecht, aber auch menschlich in der Verwaltung des Landes Baden-Württemberg zugehen. Ich will weder eine lasche Finanzverwaltung,

noch will ich eine Finanzverwaltung, die zur Steuerpolizei wird.

(Beifall bei der CDU — Abg. Bütikofer GRÜNE: Machen Sie nicht die Polizei schlecht!)

Gerechtigkeit, Gesetzestreue und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Arbeitsplätze sind wichtige Ziele auch für die Steuerverwaltung. Wie sagt die „Stuttgarter Zeitung“ in dem gerade zitierten Bericht?:

In weniger aufgeregten Zeiten hätte der Untersuchungsausschuß die Steuerverwaltung einmütig für rehabilitiert erklären können.

(Abg. Keitel CDU: So ist es!)

In der Tat. Wäre der Untersuchungsausschuß nicht exakt vor die Wahl geraten — das ist das Pech der Steuerverwaltung —, dann wäre sie in der Tat rehabilitiert worden.

Als die Sache hochkam nach demselben Strickmuster wie vor früheren Landtagswahlen,

(Abg. Sieber CDU: Sainidis!)

da habe ich gesagt — das Ritual ist ja bekannt —: Erstens kommt es selbstverständlich zu einem Untersuchungsausschuß. Zweitens wird er genau bis zur allerletzten Plenarsitzung vor der Landtagswahl arbeiten. Er wird keine acht Tage früher fertig sein, und er wird keine acht Tage später fertig sein.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das geht ja auch nicht! Quatsch!)

Auch dafür gibt es Vorgänge. Wir sind ja alle keine „grünen Hasen“ in diesem Geschäft. In weniger aufgeregten Zeiten wäre die Finanzverwaltung rehabilitiert worden.

(Abg. Keitel CDU: So!)

Leider hat das eine Ausschlußmehrheit nicht getan. Das geht aber mit Ihnen heim, meine Damen und Herren von der SPD, der FDP/DVP, den Grünen und den Republikanern.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben kein Fleisch mehr am Knochen gefunden, so abgenagt war er nach der Ausschlußarbeit.

(Abg. Dr. Geisel SPD: O Leute!)

Aber Sie nagen noch am nackten Knochen,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

weil Wahlkampf ist

(Abg. Dr. Geisel SPD: Allerdings!)

und nur, weil Wahlkampf ist, nicht weil Sie irgendeinen Sachgrund dafür haben.

(Beifall bei der CDU — Abg. Weimer SPD: Das mit dem Bild ist immer Glücksache! — Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

(Ministerpräsident Teufel)

Daß dies zu Lasten Dritter geht, nämlich zu Lasten der Finanzverwaltung,

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

finde ich schlimm.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Rehabilitieren Sie heute die Finanzverwaltung, vom Finanzamt Schwetzingen bis zum Finanzministerium — nicht aus Rücksichtnahme, sondern deshalb, weil kein Fehlverhalten vorliegt.

(Beifall bei der CDU)

Was ich noch für schlimm halte: SPD, Grüne und FDP/DVP schämen sich nicht, mit den Republikanern gemeinsame Sache zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Lachen bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN — Oh-Rufe von der SPD — Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Wie war es bei den Landräten? — Zurufe von der SPD und den Republikanern)

— Ja, ja. Verbale Abgrenzungen das ganze Jahr hindurch, aber klammheimliches Zusammenspiel dort, wo es der eigenen Sache nützt.

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD: Pfingstmontag!)

Meine Damen und Herren, ihr seid mir schöne Demokraten.

(Beifall bei der CDU — Lachen bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN — Abg. Schmiedel SPD: Pfingstmontag schon vergessen? — Abg. Drexler SPD: Scheinheilig! — Abg. Weimer SPD: Wie war das mit dem Pfingstmontag? So hat jeder sein Pfingstmontag-Erlebnis! — Weitere Zurufe von der SPD — Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Ich darf um Ruhe bitten.

Ministerpräsident Teufel: Das tut weh. Es tut mir leid.

(Anhaltende Zurufe von der SPD — Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Teufel: Das paßt eben nicht zu dem, was Sie vier Jahre bekundet haben. Das ist klar.

(Anhaltende Zurufe von der SPD — Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, um auch dazu eine neutrale Stimme zu zitieren, die heutige Ausgabe

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Die „Stuttgarter Zeitung“!)

der „Stuttgarter Zeitung“.

(Beifall des Abg. Bütikofer GRÜNE — Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

— Meine Damen und Herren, das tut weh, nicht wahr? Das tut weh. Das kann ich gut verstehen.

(Abg. Weimer SPD: Haben Sie heute schon die „Heilbronner Stimme“ gelesen? — Abg. Dr. Geisel SPD: Man kann es nicht aushalten! — Weitere Zurufe — Glocke des Präsidenten)

— Ich kann es Ihnen nicht ersparen. Es tut mir leid.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wir haben es gelesen!)

Sie sind heute vielleicht auch noch nicht dazu gekommen, die Zeitung zu lesen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Außerdem sitzt es entschieden besser — das ist eine alte Lernerfahrung —, wenn man etwas nicht nur liest, sondern auch hört. Man merkt es sich dann länger.

(Abg. Wieser CDU: Das ist die beste Pädagogik!)

Da heißt es:

Daß die Ausschlußmehrheit nur mit den „Republikanern“ zustande kam, und zwar mit Bedacht, ist ein unappetitlicher Fleck in der zu Ende gehenden Wahlperiode dieses Landtags.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

So gering waren die Berührungspunkte noch nie zwischen SPD, Grünen, Liberalen

(Zurufe von der SPD)

und rechtsextremen „Republikanern“ wie in diesem Untersuchungsausschuß, dessen Thema die „Steuergleichheit und Steuerverwaltungspraxis im Fall Graf“ war, der aber natürlich auch den Zweck hatte, eine Vorzugsbehandlung für das Tennisunternehmen Graf durch die (CDU-gelenkte) Finanzverwaltung nachzuweisen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Meine Damen und Herren, die „taz“ hat in einem frühen Stadium des Untersuchungsausschusses geschrieben, am Ende werde ein Rücktritt oder eine Entschuldigung stehen.

(Abg. Sieber CDU: Ja, jetzt!)

Herr Bebbler, Herr Bütikofer,

(Abg. Bebbler SPD: Sie sind ein schöner Christ!)

Herr Kiesecker, Herr Puchta:

(Abg. Seimetz CDU: Herr Geisel! — Abg. Drexler SPD: Herr Teufel!)

Ich denke, Sie wissen, was Sie Herrn Mayer-Vorfelder und den Finanzbeamten unseres Landes schuldig sind.

(Lebhafter anhaltender Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg. Dr. Geisel SPD — Minister Mayer-Vorfelder begibt sich zum Platz des Ministerpräsidenten und schüttelt diesem die Hand.)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

(Abg. Keitel CDU: Mittagspause! — Abg. Fleischer CDU: Jetzt kommt die erste Entschuldigung! — Weitere Zurufe)

**Abg. Kuhn GRÜNE:** Wer Hunger hat, kann ja gehen, Herr Kollege Keitel. Sie sehen so aus, als könnte Ihnen etwas zum Essen nicht schaden.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Der Handschlag von Mayer-Vorfelder beim Herrn Ministerpräsidenten gerade muß ja von Herzen gekommen sein.

(Heiterkeit — Zurufe)

Ich muß ganz offen sagen: Ich habe nicht gewußt, Herr Teufel, oder ich war mir jedenfalls nicht sicher, daß Ihr Wahlkampfproblem Mayer-Vorfelder so groß ist,

(Heiterkeit — Lebhaftige Zurufe)

daß Sie in dieser Weise heute hier vor den Landtag getreten sind.

(Abg. Sieber CDU: Das ist ein dummes Zeug! — Weitere Zurufe)

Sie haben bei Ihren Ausführungen die normale Praxis,

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

daß Sie von Bürgern angeschrieben und um Hilfe gebeten werden, verglichen mit den jetzt vom Untersuchungsausschuß aufgelisteten einzelnen Privilegien, die der Steuerzahlerin Graf

(Zuruf des Abg. Haasis CDU — Abg. Fleischer CDU: Was war 1996? — Abg. Drexler SPD: Neun Jahre nichts passiert! — Weitere Zurufe)

gewährt worden sind.

(Unruhe bei der CDU — Abg. Sieber CDU: Keine Ahnung! — Weitere lebhaftige Zurufe)

— Herr Präsident, ist das eigentlich üblich hier?

(Glocke des Präsidenten)

Ich glaube, Sie machen zuwenig Wahlveranstaltungen, wenn Sie Ihren Dampf nicht loskriegen.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Wir sind jetzt im Landtag von Baden-Württemberg und nicht in einem Bierzelt oder in einem Hinterzimmer, wenn ich das mal an die Adresse der CDU sagen darf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Halten wir mal fest, Herr Ministerpräsident: Ich weiß nicht, ob Sie den Abschlußbericht wirklich gelesen haben.

(Abg. Sieber CDU: Sie haben ihn nicht gelesen! — Weitere Zurufe)

Aber darin wird eine Vielzahl von Fällen angeführt, bei denen von Teilen der Steuerverwaltung in einem systematischen Wechselspiel — mal die, mal die — einzelne Privilegien eingeräumt worden sind, die anderen Steuerbürgern nicht eingeräumt werden. Und nur damit haben Herr Büttkofer, Herr Schöning von der FDP/DVP und der Vertreter der SPD argumentiert.

(Anhaltende Zurufe — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Abg. Kuhn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Ulrich Müller?

**Abg. Kuhn GRÜNE:** Nein, Herr Müller.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Die CDU hatte hinlänglich die Möglichkeit, Herrn Müller ans Wort zu bringen. Aber sie hat es wohlwissend nicht getan, weil sie sich für die Strategie, Herr Fleischer solle pauschal die Hand darauf tun, entschieden hat. Und sie konnte die differenzierten Töne, die es bei Herrn Müller ja gab, nicht zulassen, weil sonst das Problem Mayer-Vorfelder hier nicht reingewaschen worden wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN — Zurufe)

Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident — der Lärm macht mir nichts, da komme ich durch —, ob Sie es denn für die Steuerbürger, auf deren Briefe Sie „wohlwollend prüfen“ schreiben — dagegen spricht hier doch niemand —, auch normal finden, daß auf einer Ebene bis zu den Amtschefs Sonderbesprechungen in den Ministerien eingeräumt werden, wie dies 1986 und 1987 — OFD und FM — sogar auf der Ebene der Amtschefs der Fall war.

Würden Sie es zulassen, daß dann Beratungsgespräche stattfinden — diesen Charakter hatten diese beiden Termine ja —, bei denen gesucht und überlegt wird, wie man denn zu einer günstigen Behandlung dieses Steuerfalles kommen könnte? Herr Ministerpräsident, wenn Sie das auch noch zu einem normalen Ablauf Ihrer Bürgerfreundlichkeit erklären würden, dann muß ich sagen, daß es sehr, sehr schlecht mit der politischen Moral in Baden-Württemberg aussieht.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. Sieber CDU: Er hat ausdrücklich gesagt, daß es um die Vermittlung geht!)

Ich will noch einen zweiten Punkt ansprechen, Herr Ministerpräsident. Was Sie zum Rechnungshof gesagt haben, stimmt so nicht. Da haben Sie hier wieder eine falsche Nummer gestreut. Der Rechnungshof hatte bei seiner damaligen Äußerung im Herbst 1995 allein und ausschließlich die Finanz- oder Veranlagungsakten des Steuerfalls Graf, aber nicht die Ministerialakten. Und genau aufgrund dieser Ministerialakten ist es dem Ausschuß gelungen, diese Vielzahl von Einzelprivilegierungsschritten nachzuweisen. Also da haben Sie in eine völlig falsche Richtung eine Nebelkerze gelegt.

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Sie sagen, die Steuerverwaltung wäre längst rehabilitiert, wenn wir nicht Wahlkampf hätten. So Ihre Kernthese.

(Zuruf von der CDU: Sagt die Zeitung! — Weitere Zurufe)

(Kuhn)

— Nein, er hat es ja zustimmend zitiert. — Jetzt möchte ich Sie fragen: Haben Sie eigentlich bei dem, was der Kollege Bütikofer und Herr Vizepräsident Dr. Geisel zum Mehrheitsbericht hier gesagt haben, zugehört? Die haben doch nicht gesagt, es sei belegt, daß die Steuerverwaltung pauschal der Steuerbürgerin Graf permanent Privilegien eingeräumt hat, sondern die haben sogar gesagt und geschrieben, daß es immer wieder korrekte, tapfer agierende Beamte gegeben hat, die gesagt haben, es müsse jetzt etwas getan werden, die auch Vorschläge gemacht haben, was gemacht werden soll: Betriebsprüfung, Rotbogen, Steuerfahndung, Steuerstrafall. Das ist alles immer wieder vorgeschlagen worden.

Die Privilegien bestehen doch darin, daß diese Vorschläge nicht verfolgt, sondern zur Seite gelegt worden und in Schubladen verstaubt sind. So stellt sich der Steuerfall Graf in der Behandlung dar.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen sage ich Ihnen: Nicht die Steuerverwaltung steht hier, wie immer wieder gesagt worden ist, pauschal auf der Anklagebank oder ist zu rehabilitieren, sondern viele Steuerbeamte in unserer Verwaltung sind rehabilitiert; gegen die bestand auch nie ein Vorwurf. Aber in einzelnen Teilen war die Geschichte faul, und dies ist im Untersuchungsausschuß deutlich geworden.

Jetzt möchte ich noch einen Punkt ansprechen, um den Sie sich ja gedrückt haben. Herr Mayer-Vorfelder hat sich auch schon wieder gedrückt.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

— Nein, ich finde das interessant. Verstehen Sie, da geht es um einen Untersuchungsausschuß, der eine Verwaltung und einen Minister hinsichtlich ihrer Verantwortung monatelang untersucht hat, und dann treibt sich der zuständige Finanzminister sonstwo rum, jedenfalls nicht im Plenum. Dies spricht auch für ein gewisses Parlamentsverständnis dieses Herrn.

Jetzt noch ein Punkt, den ich ansprechen möchte. Im Minderheitenvotum der CDU-Fraktion — es ist übrigens einmal ein sehr gutes Gefühl, daß auch Sie in diesem Ausschuß einmal den Zustand der Minderheit haben kennenlernen dürfen — heißt es

(Unruhe)

— es werden nicht viele gelesen haben, aber ich habe es gelesen — immer: „die Einzigartigkeit des Steuerfalls Graf“. Das ist eine sich dauernd wiederholende Formulierung. Falls es irgendwo einmal Schwierigkeiten gegeben haben sollte, dann liege das ja an dieser besonderen Einzigartigkeit, an dieser Überkomplexität des Steuerfalls Graf, so die Musik in Ihrem Minderheitenvotum.

Jetzt möchte ich eine politische Frage stellen: Wenn dieser Steuerfall so einzigartig war, so schwer zu bearbeiten, so überkomplex in seiner Steuerrechtsdarstellung mit dem Ausland, und was da alles so schwierig gewesen sein soll: Warum hat dann eigentlich nach Aussage des Finanzministers — jedenfalls im Untersuchungsausschuß — dieser bis zum Jahr 1995 nichts über diesen Steuerfall gewußt? Sie machen sich doch lächerlich in Ihrem Minderheitenvotum.

Wenn es so einzigartig ist, dann verlange ich, daß ein verantwortlicher Minister . . .

(Zuruf des Abg. Haasis CDU — Lebhaftige Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Ich darf um Ruhe bitten.

**Abg. Kuhn GRÜNE:** . . . — ganz ruhig bleiben — von seinen Beamten darüber informiert wird,

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

daß da ein Steuerfall ist, den die Steuerverwaltung irgendwie nicht bewältigen kann.

(Unruhe)

Wissen Sie, Herr Sieber, da müssen Sie lachen.

(Abg. Sieber CDU: Ja, da lache ich! — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

— Es spricht aber vielleicht nicht für Sie, daß Sie da lachen. Ich will Ihnen auch erläutern, warum.

(Abg. Sieber CDU: Ich lasse mir das Lachen von Ihnen nicht verbieten! — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

— Ja, Sie können ja lachen, wie Sie wollen, aber es ist —

(Zuruf des Abg. Sieber CDU)

— Ja, ja. So.

Irgendwann stellt sich ja mal die Frage, wann ein —

(Abg. Ulrich Müller CDU: Kennen Sie die Beschlüßempfehlung? — Glocke des Präsidenten)

— Ich würde darum bitten, daß die mal leiser sind, auch wenn es schwerfällt. Es gibt doch Zäpfchen, wenn man Probleme mit der Selbstbeherrschung hat.

(Lebhaftige Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Ich darf um Ruhe bitten! Es wird dadurch nicht schneller.

**Abg. Kuhn GRÜNE:** Wenn dieser Steuerfall so einzigartig ist und so schwer zu bewältigen sein soll, dann stellt sich irgendwann mal die Frage, wo eigentlich die politische Verantwortung eines Finanzministers für die Vorgänge beginnt, die in seinem Ministerium ablaufen. Das ist doch ein ganz normaler Vorgang. Wir haben immer bis zur Amtsebene die Grafs und deren Steueranwälte kommen lassen, aber der arme Mayer-Vorfelder hat nichts davon gewußt, obwohl der Beamte Vermerke gemacht hatte, auch die Hausspitze sei über diesen Fall zu informieren. Ich bin der Meinung, daß dieser Halbtagsfinanzminister — man muß das Kind auch einmal beim Namen nennen —, der sich um alles mögliche kümmert, nur nicht um das Finanzministerium, auch mal zur politischen Verantwortung für diese Privilegien befragt wird.

(Unruhe)

(Kuhn)

Ich finde, folgendes geht nicht: Man stellt zwar hier zwischen den Zeilen — Herr Müller hat es ja in der „Schwäbischen Zeitung“ zugegeben — fest, daß es immer wieder Privilegien und eine unendliche Geschichte von Geduld mit diesem Steuerfall gegeben hat

(Lebhafte Unruhe — Zuruf des Abg. Fleischer CDU — Glocke des Präsidenten)

— aber Herr Fleischer, aber Herr Fleischer —, aber dann sagt man plötzlich: Na ja, politische Verantwortung gibt es natürlich für diese Fehler der Verwaltung nicht.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Ich bitte um Ruhe!

**Abg. Kuhn GRÜNE:** Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, meine ich, Herr Ministerpräsident, daß Sie diese Geschichte nicht so locker über den Wahlkampf kriegen, wie Sie das wollen. Fakt ist, daß wir und daß die SPD und die FDP/DVP

(Abg. Alfred Haas CDU: Und die Reps!)

nicht behaupten, es habe Deckung von oben gegeben. Von meiner Fraktion ist dies übrigens nie behauptet worden. Aber wir werden einiges dafür tun, daß klar wird, daß es hier empfindliche Privilegien gegeben hat und daß der Ministerpräsident dies in seiner heutigen Rede schönzureden versucht hat. Das werden wir draußen bekanntmachen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Abg. Dr. Schlierer.

**Abg. Dr. Schlierer REP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nur einige Punkte aus den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten aufgreifen.

Herr Ministerpräsident, die Frage der Formulierung in solchen Schreiben kann man durchaus immer wieder einmal einer Überprüfung unterziehen. Die Tatsache, daß man sich dann überlegt, ob die eine oder andere Formulierung unter Umständen zu Mißverständnissen Anlaß gibt oder nicht, sehe ich nicht als das große Problem an. Im konkreten Fall haben Sie vergessen, daß es nicht nur um einen Brief oder um die Vermittlung eines Gesprächskontaktes ging, sondern daß es hier um eine Gesamtentwicklung ging, die wir untersucht haben.

(Abg. Haasis CDU: Aber bei dem Vorwurf ging es um den Termin 1986!)

— Nein. Bei diesem Vorwurf ging es ganz konkret um einen Vorgang, der nicht isoliert irgendwo für sich im Raum steht, sondern — das hat ja vorhin beispielsweise der Kollege Schöning noch im Detail ausgeführt — hier ging es darum, welche Folgen das nachher hatte und in welche Gesamtentwicklung dieser Einzelvorgang dann eingebettet ist. Ich glaube, daß man daher der Sache nicht gerecht wird, wenn man jetzt versucht, das Ganze nur auf eine einzelne Detailfrage hin ausweichend darzustellen.

(Beifall bei den Republikanern — Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Nun möchte ich noch einen anderen Punkt kurz aufgreifen, weil mir dieser schon wichtig erscheint. Ihr Zuruf, Herr Ministerpräsident, wohl an die SPD gerichtet: „Ihr seid mir schöne Demokraten“, beweist mir Ihr schlechtes Gedächtnis.

(Abg. Alfred Haas CDU: Da hat er Sie nicht angesprochen! — Abg. Haasis CDU: Da hat er nicht Sie gemeint!)

Offensichtlich haben Sie den 20. Juli des letzten Jahres vergessen.

(Beifall bei den Republikanern)

Da haben Sie sich nämlich wie ein Schneekönig gefreut, daß Sie unsere Stimmen bekamen, als es um die Frage der Landräte ging.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Haasis CDU: Überhaupt nicht!)

Auch da müßte ja dann das Verdikt von der Unappetitlichkeit gelten. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Da müssen Sie ganz, ganz vorsichtig sein. Wir messen Sie jetzt an solchen Sätzen auch bei Ihrem eigenen Verhalten.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Fleischer CDU: Sie haben gekungelt! Sie haben sich abgesprochen!)

Nun möchte ich Ihnen, weil Sie so nett hier aus der Zeitung vorgelesen haben, zur Abwechslung einmal eine andere Zeitung präsentieren. Herr Ministerpräsident, man muß ja nicht nur aus der „Stuttgarter Zeitung“ vorlesen.

(Abg. Sieber CDU: Obwohl die nicht schlecht ist!)

Ich lese Ihnen jetzt mal aus dem „Mannheimer Morgen“ vom 6. Februar 1995 vor. Da heißt es:

Der Fall hat jedenfalls zu einer massiven Verschlechterung des Steuerklimas geführt. Die Verantwortung dafür

— jetzt hören Sie zu! —

darf man aber nicht, wie gestern die Steuerbeamten-gewerkschaft, dem Ausschuß aufbürden. Zu oft streiften die Beamten die Samthandschuhe über, um auf keinen Fall die beliebte Sportlerin in eines der ausländischen Steuerparadiese zu vertreiben. Die Finanzverwaltung hat für Steffi Graf und ihren aufbrausenden Vater das Ermessen stärker strapaziert, als es Mittelständler und Normalverdiener gewohnt sind. Unendliche Geduld mit einem widerborstigen Prominenten ist kein Fall für den Staatsanwalt, aber ein Thema für die Politik.

Sie sehen, man kann es auch ganz anders bewerten.

(Beifall bei den Republikanern)

Deswegen sehe ich überhaupt keinen Anlaß, nur aufgrund der von Ihnen so apostrophierten unabhängigen Bewertung

(Dr. Schlierer)

der „Stuttgarter Zeitung“ anzunehmen, das, was der Ausschuß festgestellt habe, sei nicht Rechtens oder inkorrekt.

Zum Schluß noch einen Satz. Sie haben vorhin ausgeführt, Herr Ministerpräsident, der ganze Ausschuß sei ein „geplantes Ränkespiel“ gewesen,

(Abg. Haasis CDU: Jawohl!)

bei dem die erste und die letzte Sitzung schon festgestanden hätten.

(Abg. Sieber CDU: Freundschaft zwischen Bütikofer und Schlierer! Männerfreundschaft! Ja, dabei bleibe ich!)

Ich empfehle Ihnen, Herr Teufel, unterhalten Sie sich einmal mit Ihren Vertretern aus dem Ausschuß. Diese werden Ihnen sehr schnell darlegen können, daß keiner genau wußte, ob der Ausschuß noch in dieser Legislaturperiode zu einem Ergebnis in der Beweisaufnahme kommt. Das war offen. Da sind auch ganz verschiedene Überlegungen im Raum gestanden, ob man mit Zwischenbericht oder anderen Dingen

(Abg. Haasis CDU: Alles zufällig!)

das Ganze in der Beweisaufnahme noch etwas ausdehnt. Es war dann nachher ein gefundener Konsens innerhalb des Ausschusses, doch so zu terminieren, daß wir hier in der vorletzten Sitzung dieses Landtags über diesen Bericht debattieren können. Da nun so nach dem Motto eine Weltverschwörungstheorie aufzublasen, hier hätten ganz dunkle Kräfte etwas ausgekungelt, diskreditiert das Parlament, weil das diesen Untersuchungsausschuß letzten Endes in ein schlechtes Licht rückt.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Und das finde ich ungeheuerlich.

(Lebhafter Beifall bei den Republikanern)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort erteile ich dem Herrn Finanzminister.

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe die Debatte der letzten zwei Stunden mit großem Interesse verfolgt. Was hier gesagt worden ist, hat mich schon etwas wundergenommen. Insbesondere zwei Dinge haben mich überrascht, nämlich daß erstens gesagt wurde, es sei gar nicht um mich gegangen. Ich habe mir dann überlegt, ob ich überhaupt noch ans Rednerpult muß, wenn es gar nicht um mich gegangen ist.

(Abg. Oettinger CDU: Pure Heuchelei!)

Zweitens hat mich verwundert, daß behauptet wurde, ich selbst sei schuld gewesen, daß dieser Untersuchungsausschuß eingesetzt worden sei,

(Abg. Dr. Geisel SPD: Wer hat denn das behauptet?)

weil ich nämlich nicht das Steuergeheimnis gebrochen hätte.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Wer hat dies behauptet?)

Das stellen Sie fest, obwohl Sie in Beschlußvorschlägen zu dem Ergebnis kommen, daß § 30 der Abgabenordnung geändert werden muß,

(Abg. Alfred Haas CDU: Logisch!)

weil dieser Paragraph nämlich dem einzelnen, der sich verteidigen will, unerträgliche Schranken auferlegt.

(Abg. Bebber SPD: Dann stimmen Sie also nachher bei uns mit?)

Im übrigen ist Ihnen das von allen Sachverständigen im Untersuchungsausschuß bestätigt worden.

Jemand hat gesagt, ich sei am Anfang und am Ende gestanden, Alpha und Omega.

(Unruhe)

Das wird sonst nur bei göttlichen Personen verwendet.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Überheben Sie sich nicht! Das ist fast Blasphemie! Das ist ja blasphemisch!)

Ich möchte Ihnen einmal etwas sagen: Was hier abläuft, ist eine der größten Heucheleien, die ich bislang erlebt habe.

(Beifall bei der CDU — Abg. Brinkmann SPD: Das sagen Sie!)

Ich will Ihnen auch sagen, weshalb.

(Zurufe von der SPD: Das sagt der Richtige! Sie meinen die Rede Teufel!)

Wenn Sie hier jetzt versuchen, darzulegen, es sei Ihnen von Anfang an nur um den Steueroberinspektor im Finanzamt Schwetzingen gegangen,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Wer sagt denn das?)

dann ist das Szenario, das innerhalb der SPD erörtert worden ist,

(Zuruf von der SPD: Was?)

bei günstigem Verlauf des Untersuchungsausschusses heute meinen Rücktritt zu fordern, wohl ein Gerücht gewesen.

(Abg. Sieber CDU: Ein reines Gerücht! — Abg. Weimer SPD: Noch eine Verschwörungstheorie!)

Wenn Sie nun hier in der Diskussion sagen, Sie — —

(Lebhafte Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie in der Diskussion sagen — —

(Abg. Kuhn GRÜNE: Lesen Sie schlechte Romane? — Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE — Abg. Kuhn GRÜNE: Sie lesen schlechte Literatur, Herr Kollege! — Anhaltende Unruhe — Glocke des Präsidenten)

— Ja, ja. — Ich werde Ihnen nachher mit Genehmigung des Präsidenten Zitate vorlesen, auch von Ihnen, Herr Bütikofer. Dann werden Sie sich erinnern, um was es in diesem Ausschuß ging.

(Minister Mayer-Vorfelder)

Wenn Sie nun sagen, es sei schlecht, wenn die CDU oder der Ministerpräsident auf die Mehrheit zu sprechen komme, die gefunden worden ist, um der Steuerverwaltung irgendwo am Zeug flicken zu wollen, muß ich dazu sagen, daß das für mich auch eine unheilige Allianz ist, wenn ich mir überlege, daß sich die SPD auf der einen Seite in der Regierungsverantwortung sonnt und auf der anderen Seite die perfideste Oppositionspolitik betreibt,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Na ja! — Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

insbesondere wenn es um Verleumdungen von Ministern geht, mit denen Ihre Kollegen am Kabinetttisch ständig zusammen sind. Der FDP/DVP in konvulsivischen Zuckungen

(Heiterkeit)

ist jedes Mittel recht.

(Abg. Bebber SPD: Sie haben doch überhaupt keine Hemmungen mehr!)

Und jetzt kommt das Entscheidende für mich, und das ist der Unterschied zu dem, was Herr Schlierer eben gesagt hat:

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Ich habe mit Herrn Schlierer noch nie Berührungängste und Probleme gehabt, einfach deshalb, weil ich mit ihm bei der Bundeswehr, bei den Fallschirmjägern gesprungen bin.

(Heiterkeit bei der SPD — Abg. Sieber CDU: Neuer Untersuchungsausschuß! — Abg. Bebber SPD: Mit einem Schirm! — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Bei Herrn Bütikofer, der sonst immer die Republikaner als den Staatsfeind Nummer eins bezeichnet, der in seinem politischen Werdegang vom KBW herkommt

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Vor acht Jahren! — Abg. Kuhn GRÜNE: „Dem KBW“ muß es heißen!)

— vom KBW, das steht im Handbuch —, ist plötzlich eine Kungelei zwischen Linksaußen und Rechtsaußen zugange. Das Entscheidende ist doch nicht, ob Herr Schlierer so herum oder so herum abgestimmt hat, sondern das Entscheidende ist, daß Sie Herrn Schlierer endlich das gegeben haben, was er seit vier Jahren gesucht hat, nämlich die Nestwärme. Die haben Sie ihm im Untersuchungsausschuß gegeben.

(Beifall bei der CDU — Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Das ist für mich das Schlimme. Herr Schlierer hat in die Kameras hinein gesagt — — Es ist leider manchmal bei manchen Sendeanstalten auch schon so: Wenn von der SPD interveniert wird, darf nicht mehr gesendet werden.

(Heiterkeit bei der SPD — Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE — Abg. Weimer SPD: Narrhallamarsch! — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

— Herr Weimer, so weit sind wir.

(Anhaltende Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Darf ich um Ruhe bitten!

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Herr Schlierer hat in die Kameras hinein gesagt:

Selbstverständlich hat es Absprachen und Besprechungen mit den anderen Vertretern der Oppositionsseite und mit der SPD gegeben.

Deshalb können Sie, Herr Geisel, das nicht als ein zufälliges Ergebnis hinstellen; Sie können nicht sagen, daß Herr Schlierer gerade zufällig dahergelaufen kam, um mit Ihnen abzustimmen. So können Sie es ja wirklich nicht darstellen.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Sie waren bei einer Besprechung dabei, Herr Finanzminister! — Abg. Weimer SPD: Das entspricht der Lüge! — Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie wissen, daß das eine bewußte Lüge war! — Abg. Kuhn GRÜNE: Minister Mayer-Vorfelder belügt das Parlament! — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Ich möchte noch einmal sagen: Das Entscheidende an diesem Untersuchungsausschuß ist, was am Anfang stand.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Am Anfang stand das Wort von Ihnen

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

— Herr Kuhn, ich komme gerade auf Sie —, daß es um Wahlkampf geht. Das ist Ihr Wort gewesen, und so ist es natürlich auch aufgezogen worden.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Super!)

Wenn nun gesagt wird, ich sei da mehr oder weniger durch Zufall reingekommen, möchte ich Ihnen mit der Genehmigung des Präsidenten einige Zitate vorlesen.

Herr Kuhn hat am 15. Oktober 1995 gesagt, ich hätte als CDU-Politiker verhindern wollen, daß das Landeskind Steffi Graf US-Amerikanerin wird, und mich deshalb in den Fall reingehängt.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das ist kein Zitat gewesen, das letzte! — Lachen bei der SPD und den GRÜNEN — Lebhaftige Unruhe — Glocke des Präsidenten)

— Das letzte nicht, das ist doch die logische Schlußfolgerung.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN — Abg. Kuhn GRÜNE: Wenn es Ihnen nicht einmal zum Zitat reicht, wie wollen Sie dann Finanzminister sein? — Anhaltende lebhaftige Unruhe — Glocke des Präsidenten)

— Es kommt noch besser.

Herr Bütikofer hat gesagt — —

(Anhaltende Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Ich bitte um Ruhe!

(Glocke des Präsidenten)

Das Wort hat der Herr Finanzminister.

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Herr Bütikofer hat zum Persilschein des Rechnungshofpräsidenten gesagt, Persilscheine auszuteilen beeindrucke ihn wenig. Das sei wenig überzeugend.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist noch so!)

Daß eine vermutete politische Einflußnahme in den Akten stehe, sei eine Annahme von Waisenknaben. Was wollen Sie denn damit sagen, Herr Bütikofer?

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Daß es so ist!)

Unter Hinweis auf die Politiker Mayer-Vorfelder und Lothar Späth sagte Bütikofer am 27. Oktober 1995,

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

für ihn sei jetzt klar, daß hier nicht nur von den Behörden geschlampt wurde, sondern die Regeln zugunsten der Grafs verzerrt wurden.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ja!)

Das passe für ihn in ein Klima der Begünstigung, in dem der damalige Regierungschef Späth die Steuerprüfer des Landes aufgefordert habe: Prüfet nicht so genau.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das ist alles indirekt! Wo soll das Zitat sein? Aber wenn die Gänsefüßchen kommen, ist das Zitat herum!)

— Ein Zitat, ja, „Die Woche“ vom 27. Oktober.

Dann kommt „Sonntag Aktuell“ vom 19. November. Hier erklärt Bütikofer, der damalige Kultusminister Mayer-Vorfelder habe persönlich politischen Einfluß zugunsten der Seite Graf genommen. Er wiederholt das am 26. November.

Herr Kuhn sagte am 30. August 1995:

Die Tatsache, daß die Firma Graf in den letzten zwölf Jahren ein Einkommen von 177 Millionen DM erwirtschaftet hat, aber nur 10 Millionen DM Steuern gezahlt hat,

— nur in Parenthese: die beiden Zahlen sind falsch; Sie haben sie nur vom „Spiegel“ übernommen —

läßt den Eindruck entstehen, daß in Baden-Württemberg die Verfahren für die Steuerveranlagung und Steuerprüfung im Bereich hoher Einkommen unzureichend und lückenhaft sind.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Stimmt!)

... Es könne nicht sein, daß Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen mit großer Effizienz zur Kasse gebeten werden, während größere Fische dazu animiert werden, den Staat zu betrügen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Stimmt! — Zurufe von der CDU: Unerhört! — Gegenruf des Abg. Weimer SPD: Wieso unerhört? Stimmt doch!)

Kuhn, 3. September 1995:

Steffi wurde vom Finanzamt wie ein Nationalheiligtum behandelt. Eine Gleichbehandlung hat nicht stattgefunden.

Bebber, 4. September 1995:

(Abg. Kuhn GRÜNE: Was soll das heißen?: „Bebber“!)

Die Burschen

— gemeint sind die Finanzbeamten —

haben alle vorausseilend gehandelt, um sich das Wohlwollen ihres Dienstherrn zu sichern.

(Zurufe von der CDU: Pfui!)

Kiesecker, 6. September 1995, „Stuttgarter Zeitung“:

Es ist das allgemeine Wohlwollen, das nach unten durchsickert und im vorausseilenden Gehorsam umgesetzt wird ... Ein Ministerialdirektor wisse doch genau, was sein Herr und Meister denke.

(Abg. Oettinger CDU: Unglaublich!)

Danach werde dies zum allgemeinen Gedankengut einer Mittelbehörde wie der zuständigen Oberfinanzdirektion Karlsruhe, bis es eben vom Finanzamt Schwetzingen verinnerlicht werde.

Kuhn, 8. September 1995:

Daß es einen Fehler gegeben hat, ist unstrittig.

Puchta, 14. September 1995:

Irgendwo muß es diesen vorausseilenden Gehorsam gegeben haben, wenn der Minister nicht selbst entschieden hat.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Merken Sie etwas? Ich habe immer recht behalten!)

Es ist ja nicht mehr strittig, ob die Familie Graf bevorzugt wurde, sondern wir müssen die Frage stellen, warum Höchstverdiener in Baden-Württemberg bevorzugt werden im Vergleich zu Normalsteuerzahlern.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Das hat der Untersuchungsausschuß herausgebracht!)

Puchta, 16. September 1995:

Mayer-Vorfelder lenke nur vom eklatanten Versagen der baden-württembergischen Finanzverwaltung ab.

Es ist gar nicht mehr die Frage, ob die Finanzverwaltung sich falsch verhalten hat, sondern ob dies der einzige Fall ist oder ob in Baden-Württemberg privilegierte Leute anders bevorzugt werden vom Finanzamt.

(Minister Mayer-Vorfelder)

(Abg. Weimer SPD: Gute Frage! — Abg. Dr. Caroli SPD: Die Frage ist sehr berechtigt! — Gegenrufe von der CDU)

Wir wollen wissen, wer die Verantwortung hat, daß in Baden-Württemberg Großverdiener begünstigt werden.

(Abg. Weimer SPD: Das sind berechtigte Fragen vieler Bürger! — Gegenruf des Abg. Fleischer CDU — Weitere Zurufe von der CDU)

Puchta antwortete am 27. September 1995 auf die Frage, ob er Inkompetenz oder Vorzugsbehandlung einer gehätschelten Sportlerin vermute:

Nun, Sie haben in der Tat beide Möglichkeiten erwähnt. Für uns kommt es nun darauf an, herauszufinden, welche dieser beiden Möglichkeiten die zutreffende ist.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Richtig! — Abg. Weimer SPD: Korrekt!)

Ich bleibe dabei,

— Puchta am 28. September —

daß es auf irgendeiner Ebene — noch einmal: Finanzamt Schwetzingen, Oberfinanzdirektion Karlsruhe oder Ministerium —, milde ausgedrückt, zu großen Schlamereien gekommen ist. Dabei bleibe ich.

(Abg. Weimer SPD: Sehr gut! Das ist das Ergebnis! — Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

So geht das weiter, meine Damen und Herren.

Dann nennt es Herr Kuhn am 26. September unerträglich, daß sich der Finanzminister hinter dem Steuergeheimnis verstecke, obgleich offenkundig sei, daß die Steuerverwaltung nicht korrekt gehandelt habe.

Kiesecker, 29. September 1995:

Wer so wenig zur Sache sagt wie Sie,

— damit meint er mich —

beruft sich auf das Steuergeheimnis deshalb, weil er aus anderen Gründen nicht mehr sagen will.

(Zuruf des Abg. Dr. Geisel SPD)

Weshalb sage ich das alles?

(Abg. Weimer SPD: Ja!)

Und weshalb zitiere ich auch noch einmal Herrn Bütikofer mit dem, was er am 28. September im Finanzausschuß gesagt hat?:

In Wirklichkeit handelt es sich hier um eine Vertuschungsstrategie.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Ich sage das deshalb, weil Sie mit diesen Äußerungen, die Sie ohne jede Nachprüfung gemacht haben, in denen Sie die Vorverurteilung ausgesprochen haben — sowohl, was meine

Person anlangt, als auch, was die Finanzverwaltung anlangt —, geradezu genötigt waren, den Untersuchungsausschuß einzusetzen.

(Abg. Alfred Haas CDU: So ist es! — Abg. Kuhn GRÜNE: Freie Erfindung! — Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie wissen das alles viel besser!)

Das Schlimme dabei ist, daß Sie nun hinterher, nachdem alle Ihre Vorwürfe in sich zusammengefallen sind, in einer Allianz versuchen, zu retten, was noch zu retten ist, indem Sie sich nun als Obersachbearbeiter aufspielen und in Details, in kompliziertesten Steuerakten herumfieseln. Da hat der Vorsitzende der Steuer-Gewerkschaft schon das Richtige gesagt: Sie fieseln in diesen Dingen herum, obwohl Sie nicht sachkundig sind, was das Steuerverfahren als solches anlangt.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Denken Sie einmal nach, was ein Untersuchungsausschuß ist! — Abg. Bebber SPD: Alle Untersuchungsausschüsse fieseln!)

Sie haben die Vorwürfe vorformuliert festgestellt — so, wie ich es eben zitiert habe — und haben daraus die Vorwürfe abgeleitet. Sie haben zunächst gesagt, das sei ein Verstecken hinter dem Steuergeheimnis. Darin sind Sie durch die Sachverständigen widerlegt. Im übrigen sagen Sie selber, daß das geändert werden muß. Insofern widerlegen Sie sich ja selber.

Eine Deckung von oben behauptet heute niemand mehr; das war der Hauptvorwurf, der erhoben worden ist. Das Wort vom vorausseilenden Gehorsam nimmt hier niemand mehr in den Mund. Wer will es, mit Ausnahme des Herrn Bütikofer, der immer vom allgegenwärtigen Geist des Kultusministers, der überall, in allen Amtsstuben herumschwebt, redet, auch noch tun? Das ist ja schon interessant.

Das Ministerium habe schlapp in den Seilen geangen — dafür gibt es keinerlei Anhaltspunkt, das wird nicht mehr aufrechterhalten. Ein weiterer Hauptvorwurf, das Erpressungsgeld sei als Betriebsausgabe anerkannt worden, ist eindeutig widerlegt worden. Die Behauptung einer tatsächlichen Verständigung ist widerlegt worden, und die Betriebsausgabenpauschale von 35 % ist durch die Steuerfahndung mit Prozentsätzen zwischen 32 % und 37 % belegt.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ist doch nicht wahr! Stimmt nicht! Ach was!)

— Herr Bütikofer, schauen Sie, wenn man Ihre verquaste Stellungnahme liest, dann merkt man schon, wie schwierig es für Sie geworden ist, obwohl ich Sie als den sicherlich fleißigsten Menschen im Untersuchungsausschuß anerkenne.

(Lachen bei der SPD)

Sie hatten ja immer eine ganze Flüsterstafette hinter sich; er hat vier Mitarbeiter beschäftigt, um da irgend etwas zu finden.

(Lachen bei der SPD)

Sie selber haben doch die größten Schwierigkeiten gehabt, mit Ihrem Wissen, das Sie ex post haben, zu versuchen, einen Vorwurf geltend zu machen.

(Minister Mayer-Vorfelder)

Meine Damen und Herren, ich habe damals gesagt, und zwar zu Beginn: Was Sie vorbringen, das sind ehrverletzende Behauptungen, nicht nur gegenüber mir. Als Politiker mußst du es gewohnt sein, und du mußt dich damit abfinden, daß man dich angreift, daß man dich verdächtigt, auch vielleicht sogar – weil das bei Ihnen Usus geworden ist –, daß man einen verleumdet. Aber ich habe damals gesagt, es sei eine Ehrverletzung – und die Zitate belegen das – für die gesamte Belegschaft der Steuerverwaltung, wenn man ihr sage, daß sie vorausseilenden Gehorsam angewendet habe; denn das heiße nichts anderes, als daß sie das Gesetz breche,

(Abg. Alfred Haas CDU: Jawohl!)

nur weil sie vermute, daß der Minister eine gewisse Nähe zum Sport habe.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Diese pauschale Beleidigung habe ich auf das schärfste zurückgewiesen, und ich tue das auch heute.

Ich sage noch einmal: Wenn Sie Charakter hätten, würden Sie sich entschuldigen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: So ist es!)

Es ist vollkommen klar: Nachdem Sie sich, bevor der Untersuchungsausschuß eingesetzt war, so weit hinausgehängt hatten, müssen Sie natürlich Versuche unternehmen, irgend etwas aufrechterhalten zu können. Schlimm finde ich, daß alle anderen einen solchen Bericht des Herrn Bütikofer unterschrieben haben. Das finde ich erbärmlich,

(Abg. Bebber SPD: Wenn Sie von Moral reden, ist das ungeheuer überzeugend!)

weil darin nichts anderes steht als Pauschalverurteilungen und Pauschalverdächtigungen. Wenn Sie, Herr Bütikofer, den Mut hätten, dann würden Sie sagen: Der Beamte A oder der Beamte B

(Zurufe von der CDU: Ja, jawohl!)

hat privilegiert oder hat eine Vorzugsbehandlung durchgeführt. Dann hätte sich dieser nämlich der Beihilfe zur Steuerhinterziehung schuldig gemacht. Das trauen Sie sich aber nicht,

(Abg. Kurz CDU: Aber das unterstellt er!)

und Sie trauen es sich deshalb nicht,

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

weil in dem Bericht, der einmütig verabschiedet worden ist, ein Anhaltspunkt für diese Verdächtigungen überhaupt nicht festzustellen ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es müßte Sie schon – aber ich habe das wiederholt gesagt – ein wenig nachdenklich machen, in welcher Art und Weise all diejenigen reagieren, an deren Votum Ihnen sonst doch sehr viel gelegen ist: Der Rechnungshof, der keine gravierenden Fehler festgestellt hat,

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sagen Sie doch einmal, welche Akten der hatte! Sie wissen doch, daß Sie einen falschen Eindruck erwecken!)

den Sie, wenn Sie ihn benützen können, doch jederzeit benützen, die Steuer-Gewerkschaft, an deren Busen Herr Bütikofer stets und ständig gelegen ist,

(Heiterkeit bei der CDU und der SPD)

die Steuerberaterkammern in diesem Land, die das, was in diesem Untersuchungsausschuß beschlossen worden ist, einmütig als falsch und ungerecht bezeichnen.

Die Schlußfolgerungen, die Sie dann ziehen, sind für mich auch etwas Köstliches. Sie ziehen Schlußfolgerungen, die gar keinen Bezug zum Untersuchungsausschuß haben, zumindest nicht nach dem Bericht des Herrn Bütikofer. Sie sagen, die Außensteuerreferate müßten verstärkt werden. Gleichzeitig sagt Herr Bütikofer aber, es sei gar nicht kompliziert gewesen, denn nur zweimal seien Steuerrechtsfragen im Untersuchungsausschuß überhaupt aufgeworfen worden. Wie man dann zu dieser großen Schlußfolgerung kommt, ist mir unverständlich. Entweder stimmt das eine nicht, oder es stimmt das andere nicht.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Oder Sie haben sich keine Gedanken darüber gemacht!)

Dann sagen Sie als Schlußfolgerung aus dem Untersuchungsausschuß, die Steuerfahndung und die Betriebsprüfung müßten verstärkt werden, obwohl in diesem Untersuchungsausschuß niemand, keiner der rund 40 Beamten, die von Ihnen verhört worden sind – „verhört“ sage ich bewußt, nicht angehört; es hat nur noch die Lampe gefehlt, die ihnen ins Gesicht strahlen sollte –

(Abg. Fleischer CDU: So war es! – Mißfallensäußerungen bei der SPD – Lebhaftes Zurufe von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP)

– Ich kann Ihnen nur sagen: Sie waren nicht dort. Ich war dort. Mit mir machen Sie das nicht; da müssen Sie früher aufstehen; das ist klar. Aber wenn Sie eine Sachgebietsleiterin des Finanzamts Schwetzingen sieben Stunden verhören, bis sie psychisch am Ende ist, dann können Sie darauf stolz sein, Herr Bütikofer, was Sie da angerichtet haben. Deshalb bleibe ich bei dem, was ich gesagt habe: Keiner der 40 –

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wieder eine Lüge von Ihnen! Sie werden ständig unverschämter! Sie sind ein unverschämter Lügner! – Große Unruhe bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Abg. Bütikofer, da muß ich Ihnen einen Ordnungsruf erteilen. Das geht nicht. Ich nehme an, daß Sie sich dafür entschuldigen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Den akzeptiere ich! – Abg. Bebber SPD: Recht hat er! – Abg. Seimetz CDU: Der Bebber hat geschrien: „Recht hat er!“ Das ist genauso unverschämter! – Glocke des Präsidenten)

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Wenn keiner der rund 40 Beamten und Beamtinnen, die gehört worden sind, Ausführungen dazu gemacht hat, daß irgendeine Verzögerung des Verfahrens damit zusammenhinge, daß bei der Betriebsprüfung oder bei der Steuerfahndung Mangel an Manpower bestanden hätte — das hat niemand behauptet —, dann frage ich mich, wie Sie darauf kommen, zu sagen, aus dem Untersuchungsausschuß folge, daß die Betriebsprüfung verstärkt werden müsse. Das ist eine allgemeine Forderung, die im Finanzausschuß schon sechsmal beschlossen worden ist. Dafür brauchen Sie doch keinen Untersuchungsausschuß.

(Abg. Weimer SPD: Jetzt zur Sache!)

Wenn Sie die Neuregelung des § 30 fordern, dann lassen Sie doch endlich die Behauptung weg, daß ich mich hinter dem Steuergeheimnis versteckt hätte bzw. daß ich dann, wenn ich das Steuergeheimnis nicht so gesehen hätte, wie ich es gesehen habe und wie die Sachverständigen es auch sehen, den Untersuchungsausschuß hätte vermeiden können.

Was Sie dann noch sagen, ist zum Teil eben auch originär falsch, wenn Sie schlußfolgern, daß bei tatsächlicher Verständigung eine Verordnung wie in anderen Ländern gemacht werden solle. Die gibt es in keinem anderen Land, aber es gibt Richtlinien, in denen diese Frage genau geregelt ist, deren Richtigkeit Sie bestreiten.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Aber bei Ihnen nicht!)

Ich möchte zu einem Punkt noch etwas sagen, weil er für mich wichtig ist, auch wenn Herr Kuhn vorhin noch einmal herausgeturnt ist. Schauen Sie, ich persönlich habe in der ersten öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses hier gesagt, daß ich mit dem Herrn Graf zwei Kontakte gehabt habe: den ersten 1986 als Kultusminister, als er mit seiner Tochter bei einer Sportlerehrung bei mir war. Ich habe in der Finanzausschußsitzung gesagt, daß er mir steuerrechtliche Fragen gestellt habe und ich ihm gesagt habe, daß ich sie nicht beantworten könne, weil ich dafür nicht kompetent sei, und ihm auf seine Bitte erwidert habe, daß ich ihm einen Termin im Finanzministerium vermitteln würde. Das hat mein Vorkammermann getan, und das hat es getan — das ist das Entscheidende — ohne irgendeinen Zusatz. Deshalb ist es eben unrichtig, aber Sie wiederholen es immer wieder, Herr Bütikofer.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Was?)

Ich habe nicht einmal „verständnisvoll“ gesagt. Ich habe gar nichts gesagt, sondern es ist lediglich ein Termin vermittelt worden. Was Sie vorhin mit Ihrer Frage an den Ministerpräsidenten behauptet haben, das ist die Unwahrheit. Sie kennen jeden Faszikel dieser Akte und wissen genau, daß das nichts anderes als die Behauptung eines Steuerberaters war, der dort aufgetreten ist.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Deswegen ist das, was Sie tun, schlicht und ergreifend perfide.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe gesagt, daß der zweite Kontakt nach der Beschlagnahme bei Herrn Graf stattgefunden hat. Er hat angerufen

und ist durchgestellt worden. Auch da sagen Sie in Ihrem Bericht einfach die Unwahrheit. Ich habe in öffentlicher Finanzausschußsitzung nie gesagt — das kann im Protokoll nachgeprüft werden —, daß, wenn der Herr Kiesecker einmal so bedeutend ist wie der Herr Graf, er dann durchgestellt wird. Das stimmt halt nicht. Lesen Sie das Protokoll nach.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Lesen Sie mal, was Sie gesagt haben!)

Da steht drin: Wenn der Herr Kiesecker einmal in die gleiche Position kommt wie der Herr Graf jetzt, dann wird er auch durchgestellt. Das habe ich gesagt. Daraus leiten Sie eine Vorzugsbehandlung ab. Das ist ja abenteuerlich.

Nun sagen Sie — und das war die Kontroverse, die Sie mit dem Ministerpräsidenten gerade noch einmal in einer Redeunde ausgetragen haben —, wenn man etwas vermittele, dann sei dies natürlich schon Einflußnahme. Sie halten mir vor, daß ich bei verschiedenen Abgeordneten etwas Schlimmes getan hätte, indem ich im Untersuchungsausschuß verschiedene Schreiben angesprochen habe, die mir Abgeordnete schicken.

Ich werde Ihnen die Schreiben noch einmal vorhalten. Es schreibt mir der Herr Puchta,

(Abg. Seimetz CDU: Gibt's den überhaupt noch?)

er bitte um schnellstmögliche Bearbeitung.

(Abg. Sieber CDU: Noch dazu! — Abg. Wieser CDU: Hoi, hoi! In Befehlsform!)

Ich sage Ihnen gleich, weshalb ich das anspreche. Er bittet um schnellstmögliche Bearbeitung, wendet sich aber an mich als Minister und nicht an das Finanzamt.

Der Herr Bebbler wendet sich gleich unmittelbar an den zuständigen Referatsleiter,

(Abg. Schmiedel SPD: Halt! Die volle Protokollnummer! Wofür denn?)

ob das Finanzamt von einer Rückforderung der Investitionszulage nicht absehen könne.

(Oh-Rufe von der CDU)

„Nach meiner Einschätzung sollte im Kompromißwege ein Ausweg zu finden sein.“

(Abg. Seimetz CDU: Der scheinheilige Bebbler!)

Herr Abg. Geisel, dem ich das gar nicht vorgehalten habe,

(Zuruf von der CDU: Er kommt gerade recht!)

auch er wendet sich an mich — er wendet sich nicht an das Finanzamt, sondern an mich — und bittet, die Rückgewähr der entzogenen Steuervergünstigungen wiederherzustellen. Er hat sogar recht gehabt.

(Abg. Wettstein SPD: Sie sind doch als Minister unser Ansprechpartner!)

(Minister Mayer-Vorfelder)

Herr Abg. Zeller, der sich so aufgeregt hat, bittet um wohlwollende Prüfung und fragt, ob nicht doch eine steuerliche Sonderbehandlung durchgeführt werden könne.

(Oh-Rufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Und so geht es weiter.

Auch Herr Bütikofer – –

(Große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Darf ich um Ruhe bitten. Ich frage den Minister, ob er eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller zuläßt.

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Jawohl.

**Präsident Dr. Hopmeier:** Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Zeller SPD:** Herr Mayer-Vorfelder, sind Sie bereit, mein Schreiben in Gänze vorzulesen, ...

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Ich habe es jetzt nicht da, aber ich lese es in Gänze vor.

**Abg. Zeller SPD:** ... damit klar wird, daß es hier um eine steuerliche Bewertung geht, daß das Finanzamt Biberach bereits eine solche Bewertung vorgenommen hatte und Sie im nachhinein dieser Bewertung nicht recht gegeben haben? Sind Sie bereit, das vorzulesen ...

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Gerne.

**Abg. Zeller SPD:** ... und zuzugestehen, daß es hier um einen gemeinnützigen Verein geht?

(Lachen bei der CDU)

Das, was Sie machen, ist nichts anderes, als Abgeordnete in Verruf zu bringen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Nein. Jetzt kommt es. Es geht noch weiter. Ich gebe Ihnen gleich die Antwort.

(Abg. Seimetz CDU: Der begreift es nicht besser!)

Auch der Herr Bütikofer – das habe ich ihm da vorgehalten – –

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Geisel?

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Ich lasse die Frage gleich zu, wenn ich diesen Gedanken zu Ende geführt habe. Sonst geht dieser Gedanke unter.

Ich möchte Sie bitten, zu prüfen, ob durch eine flexible Bearbeitung dieses Problemfalls ein Entgegenkommen des Finanzamts möglich ist.

Weshalb sage ich das? Nicht, weil Herr Zeller – –

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Nein, nein. Herr Zeller, ich kann Ihnen das Schreiben vorlesen. Das, was Sie sagen, ist auch richtig. Dem ist auch entsprochen worden. Darum geht es doch gar nicht.

(Abg. Maurer SPD: Ach so!)

Vielmehr geht es um folgendes – das habe ich im Untersuchungsausschuß gesagt; nur wird das hier verschwiegen –: Ich halte es für selbstverständlich, daß sich Abgeordnete an mich wenden und daß sie gegenüber ihren Mandanten auch noch Worte wie „Sonderbehandlung“ wählen, um vor ihnen Eindruck zu machen. Ich sehe das nicht als eine Einflußnahme oder als eine Aufforderung an, gegen Gesetz und Recht vorzugehen.

(Zurufe von der SPD)

Deshalb ist es schon ganz wichtig, festzustellen: Dort, wo Sie schreiben, ist es keine Einflußnahme, und dort, wo ich einen Termin vermittele,

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

ist es eine Einflußnahme.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Wenn Sie das in den Beschlußempfehlungen zu Ende führen und zu Ende denken, dann werden Sie Ihre Schreiben zukünftig unmittelbar an das Finanzamt richten müssen, weil es zum Teil überhaupt keine komplizierten Steuerfragen sind. Denn nur in solchen dürfte das Finanzministerium – –

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Ich sage Ihnen doch: Das, was Sie hier machen, ist für mich ein Witz,

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

weil Sie selbst, wenn Sie das gleiche tun, eine ganz andere Bewertung vornehmen, als wenn es der Minister tut.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Das ist unverschämt, was Sie machen!)

Jetzt, Herr Geisel, dürfen Sie Ihre Zwischenfrage stellen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Abg. Dr. Geisel SPD:** Herr Minister, ich war eben 2 Minuten außerhalb des Saales. Ich habe gehört, daß Sie einen Fall von mir zitiert hätten. Dürfte ich darum bitten, dies zu wiederholen, damit ich mich nachher dazu möglicherweise in einer persönlichen Erklärung äußern kann.

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Ja. Sie brauchen sich jetzt gar nicht so aufzuregen.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Ich rege mich überhaupt nicht auf! – Abg. Weimer SPD: Hier ist im Moment nur einer aufgeregt! – Gegenrufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Ich darf um Ruhe bitten.

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Ich habe Ihnen das ja schon im Untersuchungsausschuß gesagt. Ich habe hier sogar noch hinzugefügt, daß Sie

(Abg. Kuhn GRÜNE: Hoffentlich finden Sie es wieder!)

mit Ihrem Anliegen auch richtig gelegen hätten und daß Ihrem Anliegen entsprochen worden sei.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Maurer: Vorlesen!)

Herr Abg. Geisel, habe ich gesagt, hat mit Schreiben vom 5. Oktober

(Abg. Kuhn GRÜNE: Wann? Welches Jahr?)

1994 einen Steuerfall aufgegriffen, in dem er darum bittet, die Rückgewähr der entzogenen Steuervergünstigung wiederherzustellen. Ich finde daran — deshalb habe ich eben die Erläuterung gegeben — überhaupt nichts Schlimmes.

(Zurufe von der SPD)

Das habe ich auch im Untersuchungsausschuß gesagt.

(Abg. Wettstein SPD: Warum lesen Sie es dann vor?)

Ihr Petition war sogar — das habe ich vorhin noch hinzugefügt — gerechtfertigt, und es ist ihm auch entsprochen worden.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Und was ist jetzt an der Sache dran? — Lachen bei der CDU — Glocke des Präsidenten)

— Ja, deshalb frage ich. Das wollte ich doch von Ihnen hören, Herr Geisel.

(Große Unruhe und Zurufe — Glocke des Präsidenten)

Sie spielen sich hier in allen Fällen als der Saubermann der Nation auf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Abg. Brinkmann SPD: Unverschämt!)

Jetzt fragen Sie zu Recht: Was ist da dabei? Ich sage: Es ist nichts dabei. Aber wenn ich es mache, ist es eine Einflußnahme, wenn ein Mehrheitsvotum — — Genau das wollte ich hören.

(Lebhafter Beifall bei der CDU — Abg. Kuhn GRÜNE: Das ist ungeheuer! — Abg. Köder SPD: Das ist ein Skandal, was Sie hier bringen!)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Geisel?

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Das ist aber die letzte, Herr Geisel.

**Abg. Dr. Geisel SPD:** Herr Minister, sind Sie bereit, dem Hohen Haus mitzuteilen, daß ich mich in einem Fall an Sie gewandt habe, wo sich ein Steuerbürger zwei Jahre vorher an das Finanzministerium gewandt hat — ohne Erfolg —,

daß er zu mir gekommen ist, mich gebeten hat, mich an Sie zu wenden, daß ich . . .

(Lebhafte Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Herr Geisel, das ist doch — —

(Anhaltende Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Abg. Dr. Geisel SPD:** . . . zweimal mahnen mußte. . . .

(Anhaltende Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Ja, alles richtig.

**Präsident Dr. Hopmeier:** Ich darf um Ruhe bitten. Das Wort hat Herr Abg. Dr. Geisel.

**Abg. Dr. Geisel SPD:** . . . bevor ich überhaupt eine Antwort bekommen habe, daß Sie auf meine Veranlassung hin das Finanzamt angewiesen haben, . . .

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Ja, ist alles in Ordnung.

**Abg. Dr. Geisel SPD:** . . . das wieder zurückzuerstatten, was ihm zuvor zu Unrecht abgezogen wurde, und daß die Rückerstattung auch erfolgt ist?

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Alles in Ordnung. Auch wenn Ihr Blutdruck jetzt bei 240 liegt, ist alles in Ordnung.

**Abg. Dr. Geisel SPD:** Herr Minister, sehen Sie nicht den Unterschied darin, daß meine Intervention dazu führen sollte, einem ungerecht behandelten Steuerbürger zu seinem Recht zu verhelfen, und daß das mit dem Fall Graf überhaupt nichts zu tun hat?

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Woher wissen Sie das im vorhinein, wenn Sie kein Sachverständiger sind?

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Ich sage nur: Der Unterschied liegt darin, daß Sie Herr Geisel sind und ich Herr Mayer-Vorfelder bin. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

**Finanzminister Mayer-Vorfelder:** Deshalb, meine Damen und Herren, lassen Sie mich am Schluß noch folgendes sagen: Ich bleibe dabei, daß der Finanzverwaltung Unrecht — —

(Unruhe — Glocke des Präsidenten — Abg. Drexler SPD: Ungeheuerlich! — Abg. Dr. Geisel SPD: Das ist ungeheuerlich!)

— Ja, das ist ungeheuerlich. Das, was Sie über Monate hinweg abgezogen haben, ist ungeheuerlich. Da haben Sie recht. Das kann ich nur unterstreichen, was Sie gesagt haben.

(Minister Mayer-Vorfelder)

(Abg. Dr. Geisel SPD: Was habe ich denn gesagt?  
— Heiterkeit — Glocke des Präsidenten)

— Sie haben gesagt, daß es ungeheuerlich ist.

Meine Damen und Herren, ich bleibe also dabei,

(Glocke des Präsidenten)

daß der Steuerverwaltung grobes Unrecht widerfahren ist. Deshalb habe ich alle 81 Finanzamtsvorsteher beieinander gehabt

(Glocke des Präsidenten)

und sie darum gebeten, im Blick auf das, was dieser Untersuchungsausschuß angerichtet hat, auch im Blick auf die Steuermoral der Bevölkerung Schadensbegrenzung zu betreiben und nicht von dem Weg abzugehen, daß bei Ermessensentscheidungen auch die Gesichtspunkte des Steuerpflichtigen mit Eingang finden müssen.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Ich habe, meine Damen und Herren, alle 19 000 Steuerbeamten angeschrieben und ihnen gesagt, daß ich hinter ihnen stehe und daß ich diese Verleumdung ihnen gegenüber hier zurückweisen werde.

(Abg. Drexler SPD: Selber zahlen!)

Das tue ich noch einmal.

(Beifall bei der CDU)

Ich fordere Sie auf, Roß und Reiter zu nennen oder sich zu entschuldigen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das Wort nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Maurer.

(Oh-Rufe von der CDU — Glocke des Präsidenten)

**Abg. Maurer SPD:** Ich bin richtig gerührt von diesem Auftritt, den ich gerade gesehen habe, tief gerührt und tief beeindruckt. Wissen Sie, wenn ich nicht solche Inszenierungen schon erlebt hätte, Herr Mayer-Vorfelder, würde ich sagen, hier ist ein neues Märchen dargeboten worden: Der große böse Wolf verwandelt sich ins Rotkäppchen und beklagt sich darüber, daß er von den sieben Geißlein gefressen werden sollte.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Eine tolle Nummer, kann ich nur sagen. Ich habe mir vorhin einen Moment lang überlegt, ob ich mich nach meiner Rede beim Kollegen Ulrich Müller per Handschlag bedanken sollte. Aber ich will ihm das nicht antun. Das wäre eine Parallele gewesen zu dem Handschlag, den wir vorhin gesehen haben — ein schönes Stück.

Wissen Sie, Sie überziehen, und das ist das Problem.

(Abg. Haasis CDU: Wer überzieht?)

Sie überziehen Ihre Theatralik und die Schau, die hier abgelaufen ist, so maßlos, daß Sie sich keinen Gefallen tun.

(Abg. Alfred Haas CDU: Meinen Sie den Vizepräsidenten?)

Ich habe mich, das wissen Sie, vor und hinter Kameras, in Hintergründen und bei allen möglichen Gelegenheiten sehr zurückgehalten.

(Zuruf von der CDU)

— Übertragen Sie nicht Ihre Wadenbeißerfunktion auf andere. Ich lasse Ihnen Ihre Rolle, wenn das bei Ihnen so ist. Aber gehen Sie nicht davon aus, daß dieselbe Arbeitsteiligkeit, in der Sie sich bewegen, auch bei uns gilt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe mich sehr zurückgehalten. Nachher sage ich Ihnen auch noch etwas zum Verständnis von Untersuchungsausschüssen, weil Sie das offensichtlich auch nicht kapiert haben. Ich befinde mich in dem Zustand eines nicht übermäßig Informierten, der diese Debatte auf sich wirken läßt. Deswegen werde ich auch erhebliche Teile der Beweiswürdigung noch meinem Kollegen Bebbler überlassen.

(Unruhe bei der CDU — Zuruf von der CDU: Er erspart uns das Mittagessen!)

— Ja, natürlich.

Ich möchte Ihnen nur folgendes sagen. Zunächst zum Auftritt des Herrn Ministerpräsidenten. Herr Ministerpräsident, ich finde es außerordentlich bemerkenswert, daß Sie heute morgen in einer Debatte, in der Ihre Verantwortung als Ministerpräsident dieses Landes direkt angesprochen war, gekniffen haben

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Zurufe von der SPD: So ist es!)

— das finde ich sehr bemerkenswert — und sich anschließend, weil Sie offensichtlich geglaubt haben, Sie hätten irgendwelche guten Karten, hier in die Rolle des Hauptuntersuchungsrichters in dieser Debatte begeben haben. Aber so sind Sie halt nun einmal; wir nehmen das zur Kenntnis.

(Heiterkeit des Abg. Brinkmann SPD)

Zweitens habe ich gelernt, daß Sie nur noch eine Zeitung lesen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich empfehle Ihnen einen breiten Überblick über andere Blätter,

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie lassen lesen!)

weil Sie dann zu dem Ergebnis kommen, daß man auf diesen Fall, den wir hier besprechen, eine ganz andere Sicht als die von Ihnen zitierte haben kann.

(Abg. Weimer SPD: Gott sei Dank! So ist es!)

Informieren Sie sich also breit, und überprüfen Sie dann Ihr Urteil.

(Maurer)

Drittens habe ich hier eine Stellungnahme des hier schon oft zitierten Herrn Ullrich, eine Presseerklärung anlässlich der Informationsveranstaltung für Finanzamtsvorsteher am 15. Januar. Da lese ich:

Vom Begriff des maßvollen Gesetzesvollzugs

— der soll ja eine Rolle gespielt haben in diesem Fall, der maßvolle Gesetzesvollzug —

sollten wir uns trennen. Der Begriff ist Quelle von subtilen Mißverständnissen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

— Jetzt hören Sie mir doch einmal zu.

Das deckt sich, wenn ich das richtig sehe, im Tenor mit einer der Empfehlungen, die hier von der Mehrheit des Untersuchungsausschusses gegeben wurden.

Weiter heißt es:

Die Steuermoral, die nicht nur unter den Machenschaften eines Peter Graf . . . muß wieder glaubwürdig werden. Dazu werden auch die zu erwartenden Strafen beitragen. Das Steuergeheimnis muß neu definiert werden.

Das ist, meine ich, auch eine Empfehlung, um die es hier im konkreten Fall geht und der Sie sich anschließen sollten.

Weitere Forderung:

Der Außendienst muß weiter verstärkt werden.

Auch das ist, wie ich meine, eine Empfehlung, der Sie sich vielleicht anschließen sollten.

Schließlich wird verlangt:

Auch die Steuerfahndung muß weiter verstärkt werden.

Auch eine Empfehlung, der Sie sich hier anschließen sollten. Sie legen ja so großen Wert auf die Stellungnahme des Herrn Ullrich und der Steuer-Gewerkschaft.

Das Interessante ist, daß der Herr Ullrich Erklärungen abgegeben hat, von denen Sie immer nur die Überschriften zitieren, nicht aber die Inhalte seiner Empfehlungen. Vielleicht bequemen Sie sich dazu, bei den Abstimmungen den Inhalten seiner Empfehlungen zu folgen.

(Beifall bei der SPD)

Nun, Herr Mayer-Vorfelder, zu dem, was Sie gerade veranstaltet haben. Ich bin ziemlich sicher, daß niemand mehr in einer großen Versuchung ist, Ihnen in irgendwelchen Angelegenheiten noch Briefe zu schreiben.

(Abg. Wettstein SPD: Er ist auch nicht mehr lange Finanzminister!)

Sie haben sehr trickreich versucht, von der Gesamtproblematik und den Gesamtvorgängen dieses Falls abzulenken.

(Abg. Alfred Haas CDU: Er hat aufgeklärt!)

Nun empfehle ich — ich will jetzt gar nicht sagen: allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern; die glauben das sowieso nicht — allen Handwerksmeistern in Baden-Württem-

berg einen Großversuch, und zwar einen Großversuch nach dem Muster des Falls, der hier untersucht worden ist.

(Abg. Bebbler SPD: Ein Jahr keine Steuern zahlen!)

Ich empfehle, zu schauen, ob es ihnen gelingt, über die Frage, wie sie ihre Steuerverhältnisse optimal organisieren können, beraten zu werden, ob sie dann zwei Besprechungen dazu erhalten und ob sie da fachkundig beraten werden, und zwar im Finanzministerium,

(Abg. Bebbler SPD: Ganz oben! — Abg. Kuhn GRÜNE: Im Finanzministerium!)

ganz oben auf Abteilungsleiterebene. Ich empfehle allen Handwerksmeistern in Baden-Württemberg diesen Großversuch.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich empfehle allen Handwerksmeistern in Baden-Württemberg auch, nach dem Muster des Falls Graf keine Steuererklärungen abzugeben und zu sehen

(Zurufe von der CDU)

— nein, wir reden über die ganze lange Zeit vorher —, was mit ihnen passiert. Ich halte mit Ihnen jede Wette: Keiner, der sich an diesem Großversuch beteiligen wird, wird es erleben, daß es ihm über neun Jahre hinweg wohlergeht. Keiner wird das erleben. Keiner!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie schweigen, weil Sie wissen, daß es so ist, daß man dann natürlich geschätzt wird und daß natürlich vollstreckt wird,

(Abg. Fleischer CDU: Also!)

und zwar bei lächerlichsten Beträgen vollstreckt wird. Das ist die Realität. Das weiß auch die Bevölkerung dieses Landes. Veranstalten Sie also hier keine Märchenstunden zu der Frage von Briefen, die Abgeordnete geschrieben haben, sondern nennen Sie einen Fall, wo durch Intervention eines von uns neun Jahre lang so etwas abgelaufen ist. Das wäre ein vergleichbarer Tatbestand.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der Republikaner — Abg. Fleischer CDU: Sie haben überhaupt keine Ahnung! Ein Ignorant!)

Ich rede über Realitäten.

(Abg. Fleischer CDU: Nein! Über einen üblen Popanz, auf den Sie einschlagen! Das ist das letzte, was Sie noch können!)

— O doch! Ich rede über das, was hier tatsächlich abgelaufen ist, lieber Herr Fleischer.

(Abg. Fleischer CDU: Ein niveauloser Ignorant ist das!)

Ich empfehle diesen Großversuch, Herr Ministerpräsident. Wenn Sie dann —

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Abg. Maurer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Müller?

(Abg. Dr. Caroli und Abg. Weimer SPD: Nein!)

**Abg. Maurer SPD:** Nein, ich bin jetzt vergrätzt, weil Herr Mayer-Vorfelder dreimal Versuche von mir, ihm wichtige Fragen zu stellen, abgelehnt hat.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Christlich! Auge um Auge, Zahn um Zahn!)

Ich bin jetzt verärgert, Herr Kollege Müller. Sie müssen das erdulden. Ich habe heute keine Lust auf Zwischenfragen, weil ich mich über den geärgert habe.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

— Ja, ich bin da entwaffnend offen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Sind Sie für Sippenhaft?)

Das ist eine menschliche Regung, die ich mir jetzt leiste.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Herr Müller, faxen Sie einmal!)

Herr Ministerpräsident, ich habe Ihren weihevollen Worten zu dem Thema „Gleichheit vor Recht und Gesetz“ gelauscht, zu denen ich auch geklatscht habe, weil ich diese so unterschreibe. Das Problem, Herr Ministerpräsident, ist aber genau das, was ich hier beschrieben habe: das Verhalten der Steuerverwaltung über diese neun Jahre hinweg. Weil kein Mensch in diesem Land glauben kann und glaubt, daß es ihm bei einem Großversuch ebenso ergehen würde, deswegen glauben die Leute nicht, daß sie vor Recht und Gesetz gleich behandelt werden. Aufgrund der realen Erfahrung glauben sie das nicht. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD — Abg. Drexler SPD: Und der Ministerpräsident hat es verteidigt! — Ministerpräsident Teufel: Landen Ihre Großversuche auch im Gefängnis?)

— Wissen Sie, unsere — —

(Abg. Schmiedel SPD: Der Abgeordnete soll sich heruntersetzen! — Abg. Mühlbeyer CDU: Wollen Sie Handwerker durch den Großversuch ins Gefängnis bringen? — Oh-Rufe von der SPD)

— Herr Kollege Mühlbeyer, auch die Frage mit dem Gefängnis kann ich Ihnen beantworten. Ich bin ziemlich sicher, daß jemand, der diesen Großversuch machen würde, wesentlich schneller im Gefängnis landen würde — das ist der Unterschied zu dem realen Fall —, wesentlich früher und wesentlich schneller, Herr Kollege Mühlbeyer.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Das wollen Sie! — Abg. Fleischer CDU: Das ist schon wieder ein Vorwurf an die Finanzverwaltung!)

— Nein. Ich vermute das.

Jetzt ein Letztes zu dem Stichwort — —

(Abg. Fleischer CDU: Es bleibt halt nichts mehr übrig!)

Jetzt haben Sie eine so große Schau aufgeführt. Jetzt etwas zu dem Thema „Untersuchungsausschuß“ und zu dem Thema „schöne Demokraten“, Herr Ministerpräsident.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie sind ein schöner Demokrat! — Abg. Dr. Caroli SPD: Ja, das ist richtig! Ihr seid mir schöne Demokraten!)

Es ist das Wesen eines Untersuchungsausschusses, daß er nach der Zusammensetzung des Parlaments besetzt wird. Es ist das Wesen eines Untersuchungsausschusses, daß es nicht gut wäre, ein Urteil über Zustände, das ja von einem Untersuchungsausschuß erwartet wird, und Verbesserungsvorschläge etwa an Koalitionsabsprachen und Koalitionsräson zu binden.

(Abg. Oettinger CDU: Unstreitig!)

— Ich will das nur geklärt haben.

(Abg. Sieber CDU: Alles unstreitig! Bis jetzt alles unstreitig! — Gegenruf des Abg. Weimer SPD: Zuhören!)

Es ist das Wesen eines Untersuchungsausschusses, daß seine Mitglieder am Ende mit Mehrheit über ein Votum befinden.

(Abg. Sieber CDU: Auch klar! — Abg. Alfred Haas CDU: Kungeln!)

— Dazu sage ich Ihnen noch eines an die Adresse von Herrn Mayer-Vorfelder: Sie treten mir den Beweis an, daß es Absprachen gegeben habe zwischen Mitgliedern meiner Fraktion und dem Herrn Schlierer,

(Abg. Ulrich Müller CDU: Das habe ich gesehen, persönlich gesehen! Persönlich gesehen!)

oder Sie entschuldigen sich von diesem Pult aus. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Salomon GRÜNE — Abg. Sieber CDU: Fragen Sie mal den Herrn Kollegen Bebbel! Der weiß da Bescheid, Herr Maurer! Der weiß da bestens Bescheid, Herr Maurer!)

— Ach, Herr Sieber.

Jetzt wieder zurück zu dem Wesen eines Untersuchungsausschusses.

(Abg. Sieber CDU: Fragen Sie einmal den Herrn Kollegen Bebbel!)

Sie glauben doch nicht im Ernst, Herr Ministerpräsident Teufel, daß man auf die Verabschiedung von Empfehlungen aufgrund von festgestellten Mißständen und eigenen Überzeugungen verzichten sollte, bloß weil das Volk von Baden-Württemberg in einem großen Anfall von politischer Dummheit die Republikaner in den Landtag und damit in den Untersuchungsausschuß geschickt hat.

(Abg. Sieber CDU: Das ist nicht der Punkt!)

(Maurer)

— Gut, dann halten wir das auch fest.

(Abg. Sieber CDU: Das ist nicht der Punkt! Aber zwischen einer Absprache und dem, was Sie sagen, ist ein Riesenunterschied! — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Ich darf um Ruhe bitten.

Abg. Maurer SPD: Jetzt ein Letztes: Beweisen Sie Ihre Behauptung mit den Absprachen.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD — Anhaltende Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Beweisen Sie sie. Kommen Sie heraus, und beweisen Sie sie. Ich weise das zurück.

(Unruhe)

Ich erlaube mir, das zurückzuweisen.

(Zuruf des Abg. Brinkmann SPD — Gegenruf von der CDU: Nur Herr Bebbler! Außer Herrn Bebbler war niemand dabei! — Große Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Jetzt zu dem letzten Thema, zum Thema „schöne Demokraten“. Es geht natürlich nicht, Herr Ministerpräsident, daß man damals beim Thema Pfingstmontag sehr trickreich eine Abstimmungsfolge eingeplant hatte,

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

bei der die Republikaner von der Mathematik her ein erhebliches Gewicht hatten — und man hat sich dann gefreut, daß man am Ende gewonnen hat; falsch gefreut natürlich, wie sich nachher herausgestellt hat, das war ein großer Fehler, es hat Sie aber unsäglich gefreut; ich sehe Sie noch alle vor mir, wie Sie triumphierend aus diesem Saal gegangen sind;

(Hört, hört! bei der SPD)

Sie haben gesagt: es war ein Mist, aber wir haben es den Roten mal wieder gezeigt; ich habe das alles noch in Erinnerung —, es geht natürlich nicht, daß man bei der Vereinbarkeit von Amt und Mandat von Bürgermeistern und Landräten die Mehrheit freudestrahlend und mit den Reps entgegennimmt und dann hier über „schöne Demokraten“ redet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen eines:

(Zurufe der Abg. Fleischer und Wieser CDU — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Ich darf um Ruhe bitten!

Abg. Maurer SPD: Ich sage Ihnen: Ich habe Ihnen aus gutem Grund vorhin gesagt — und das bestätigt jetzt Ihr Zwischenruf —, daß Untersuchungsausschüsse kein Fall von Koalitionsvereinbarungen sind.

(Abg. Wettstein SPD: Das ist die Heuchelei, die den Ministerpräsidenten auszeichnet!)

Ich sage Ihnen: Wer so etwas macht, wer sich selber gefreut hat und das dann so zelebriert, für den gilt etwas, was ich schon einmal gesagt habe, Herr Ministerpräsident:

(Abg. Weimer SPD: Scheinheilig! — Abg. Wettstein SPD: Heuchelei!)

Die Grenze zwischen heilig und scheinheilig ist schmal; Sie haben sie deutlich überschritten.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Präsident Dr. Hopmeier: Nach § 82 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Oettinger das Wort.

(Abg. Weimer SPD: Er wird es nicht mehr herausreißen! Das wird schwierig!)

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion bekennt sich ausdrücklich zum Instrument des Untersuchungsausschusses.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte, damit hier kein falscher Eindruck aufkommt, deutlich sagen:

(Abg. Brinkmann SPD: Schauen Sie einmal in die Landesverfassung!)

Wir glauben, daß es in unserer Geschäftsordnung und in der parlamentarischen Arbeit des Landtags — —

(Anhaltende Unruhe und Zurufe, u. a. der Abg. Birgitt Bender GRÜNE — Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Darf ich um Ruhe bitten!

Abg. Oettinger CDU: Frau Bender, Herr Kollege Kuhn hat Sie gebeten, nicht wie im Wirtshaus oder im Festzelt zu argumentieren.

(Anhaltende Unruhe)

Wir bekennen uns nachdrücklich zu dem Instrument, das als schärfste Waffe dem Landtag die Möglichkeit gibt, Regierungs- und Verwaltungstätigkeit zu kontrollieren. Deswegen haben wir auch diesen Untersuchungsausschuß akzeptiert, und meine Kollegen haben in demselben durch aktive Mitarbeit

(Abg. Kuhn GRÜNE: Was heißt „akzeptiert“? — Abg. Walter GRÜNE: Das ist hanebüchen!)

Antworten auf von Ihnen gestellte Fragen sowie Entkräftigung der von Ihnen erhobenen Vorwürfe erreicht.

(Abg. Brinkmann SPD: Die Verfassung braucht nicht von Ihnen akzeptiert zu werden!)

Zweitens prüfe ein jeder, was wir aus den letzten Ausschüssen, die untersuchen sollten, ableiten müssen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist wahr!)

(Oettinger)

Ich habe die Vermutung, daß manche von Ihnen mit dem Instrument etwas leichtfertig umgehen und daß Sie, bevor Sie einen Untersuchungsausschuß beantragt haben, Ihrer Sorgfaltspflicht nicht gerecht geworden sind. Dies gilt zumindest für diese Wahlperiode. Das gilt für das Ergebnis im Abhörausschuß. Das gilt für das Ergebnis, das wir morgen beim Kernkraftwerk Obrigheim bekommen werden. Das gilt wohl auch für diesen Ausschuß, der nicht annähernd das erbracht hat, was er mit Vorwürfen, die gemacht worden sind, hätte belegen sollen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Er hätte klären sollen, nicht belegen!)

Was waren denn die Vorhaltungen im September letzten Jahres gewesen? Es war einmal der Vorwurf, im Fall Graf habe es Deckung von ganz oben gegeben. Dieser Vorwurf ist in sich zusammengebrochen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Jetzt nicht wiederholen! Das haben wir alles schon gehört!)

— Man kann Ihnen die Wahrheit auch in der Wiederholung nicht ersparen.

Ein zweiter Vorwurf war, die Bonner Finanzbeamten hätten gedrängt, aber das Finanzministerium in Stuttgart habe nur schlappes Interesse am ganzen Fall gezeigt. Auch dies ist eindeutig widerlegt worden.

Drittens — das ist in Wahrheit der gemeinste Vorwurf, nämlich der Vorwurf gegen die Beamten der Verwaltung — wurde gesagt, es habe in Stuttgart, in Karlsruhe und in Schwetzingen einen vorauseilenden Gehorsam gegeben. Dieser Vorwurf steht noch immer hier im Raum.

Nachdem Sie das Ziel, das Sie treffen wollten, nämlich den Finanzminister, den einzigen, der für die Wahl von Interesse gewesen wäre, weit verfehlt haben, nachdem Ihr Rohrkrepierer sichtbar geworden ist,

(Zuruf von der SPD: Wo denn?)

müssen Sie sich jetzt im Grunde genommen an den Beamten des Landes ergehen, die sich nicht wehren können, denen gegenüber wir jedoch in Wahrheit gemeinsam eine Fürsorgepflicht haben.

(Beifall bei der CDU)

Die Frage des Kollegen Geisel von vorhin war verräterisch: Was ist jetzt an der Sache dran? An der Sache ist nichts dran.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Abg. Dr. Geisel SPD: Herr Kollege Oettinger!)

An der Sache hat sich gezeigt, daß die Vorwürfe nicht berechtigt waren und daß man keinen Untersuchungsausschuß und kein derartiges Getöse und keine derartige klammheimliche Strategie gebraucht hätte, um die Fragen, die gestellt worden sind, beantwortet zu bekommen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Dr. Geisel SPD: Herr Kollege Oettinger, jetzt drehen Sie doch bitte nicht die Sache herum! Das war doch in einem ganz an-

deren Zusammenhang, als ich das gesagt habe! Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!)

— Herr Geisel, Ihnen wünsche ich einen besseren Abgang als den heutigen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Bebbler SPD: Das ist doch erlogen! — Abg. Dr. Geisel SPD: Wenn man sich in diesem Haus nicht mehr gegen solche Vorwürfe wehren kann, dann ist es weit gekommen!)

Herr Maurer hat die Behauptung erhoben, kein anderer Steuerpflichtiger in Baden-Württemberg, konkret: kein Handwerksmeister in Baden-Württemberg, hätte eine solche Begünstigung erhalten wie die Firma Graf. Der Vorwurf ist mir wichtig, denn der wird von jemandem vorgetragen, der bisher als einziger stolz darauf gewesen war, sich mit dem Fall nicht befaßt zu haben. Wer sich ein halbes Jahr nicht um die Sache kümmert, ist in besonderem Maß gut beraten, hier mit Vorsicht zu argumentieren.

(Beifall bei der CDU — Abg. Drexler SPD: Stimmt das jetzt, oder stimmt es nicht?)

Herr Kollege Maurer sagt, daß der Grundsatz der Gleichbehandlung der Steuerbürger elementar verletzt worden sei.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist eine Aufforderung zur Steuerhinterziehung! — Zuruf von der SPD: Vollstreckung!)

Dies muß doch einige im Land hellhörig machen.

Ich spreche den Innenminister an, der für die Polizeibeamten Verantwortung trägt. Ich spreche die Justiz im Land und die Staatsanwaltschaft an. Ist Ihnen entgangen, daß die zuständige Staatsanwaltschaft in voller Kenntnis aller Akten, die sie seit über einem Jahr bearbeitet, bislang und abschließend keinerlei Anlaß sieht, bei irgendeinem Bediensteten des Landes Baden-Württemberg Strafrechtliches zu vermuten?

(Beifall bei der CDU)

Dann ist aber auch Ihr Vorwurf eine Frechheit und fällt in sich zusammen.

Entweder — Kollege Kuhn, Sie mögen mir widersprechen — ist der Grundsatz der Gleichbehandlung verletzt, dann ist der Vorwurf der Untreue und der Begünstigung im Amt zu erheben, oder aber die Gleichbehandlung ist eingehalten, dann argumentieren Sie am letzten Tag hier nicht so wie Herr Kollege Maurer.

(Beifall bei der CDU — Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE — Abg. Schmiedel SPD: Ach was! — Abg. Kuhn GRÜNE: Quatsch!)

Was bleibt, sind zwei Verfahren und eine bedenkliche Entwicklung.

Zwei Verfahren: Erstens das Verfahren der Staatsanwaltschaft im großen. Das Verfahren gegen Herrn Graf wird vor Gericht kommen. Ich habe die feste Überzeugung, daß wir erleben werden, daß Herr Graf vor Gericht als Betrüger überführt und einer gerechten Strafe zugeführt wird. Der

(Oettinger)

Rechtsstaat hat hier seine Arbeit geleistet und auch die Gleichberechtigung der Steuerpflichtigen herbeigeführt.

Das zweite, das kleine Verfahren hat bislang heute niemand genannt: das Ermittlungsverfahren gegen den Zeugen Haug.

(Abg. Fleischer CDU: Eben!)

Der Zeuge war Ihr Zeuge. Der Zeuge hat gelogen. Der Zeuge hat die Unwahrheit gesagt, und der Zeuge wird deshalb zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

(Beifall bei der CDU)

Es bleibt eine bedenkliche Entwicklung.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

die ich heute in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ — Mittwoch, 7. Februar — lese:

Schlierer bekannte, daß die CDU die einzige Partei gewesen sei, mit der die Republikaner im Ausschuß keinen Kontakt aufgenommen hätten.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt Kollegen von mir, die nachweisen können, wie der Kollege Bebbler die Mehrheit im Ausschuß von Grün bis Braun sicherzustellen mußte.

(Abg. Deuschle REP: Blau, nicht braun! Sonst stimmt es!)

Deswegen muß hier deutlich gemacht werden: Die Christlich Demokratische Union hat über vier Jahre hinweg — wir haben morgen die letzte Sitzung des Landtags — die formale Höflichkeit gewahrt, aber inhaltlich-materiell kein einziges Mal

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht! — Weitere Zurufe von der SPD)

das Vorgehen hier im Landtag abgesprochen und abgestimmt

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD — Abg. Schmiedel SPD: Pfingstmontag! — Abg. Kuhn GRÜNE: Das ist eine Unterstellung! — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

und ist nie gemeinsam mit den Republikanern vorgegangen.

(Anhaltende Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Ich bitte um Ruhe.

**Abg. Oettinger CDU:** Jetzt möchte ich das Ganze hier auch einmal staatspolitisch beleuchten.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Können Sie das überhaupt?)

Ich habe die dringliche Frage an die Kollegen, die hier im Landtag sind: Sehen wir nicht die Gefahr beim Thema europäische Währung, beim Thema Verdrossenheit beim Steuerpflichtigen, beim Thema Aussiedlerintegration in Deutschland?

(Abg. Wieser CDU: So ist es!)

Sehen wir nicht die Gefahr, daß Sie Geister rufen, die Sie nicht mehr loswerden,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN — Zurufe von der CDU — Unruhe)

daß Sie Wahlkampf führen, der nicht Ihnen hilft, sondern im Ergebnis einer anderen, einer radikalen Kraft das Tor der Politik offenhalten soll?

(Lebhafte Zurufe, u. a. Abg. Wettstein SPD: Im Geisterrufen sind Sie kompetent! — Anhaltende Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten!

**Abg. Oettinger CDU:** Ich unterstelle Ihnen keinen Vorsatz.

(Abg. Schmiedel SPD: Der mit dem Schlierer zusammen Fallschirm springt, ja!)

Aber ich will Sie warnen: Wir werden Sie in den nächsten Wochen beobachten, wie Sie Wahlkampf führen.

(Zurufe von der SPD: Sehr schön! — Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wir Sie auch!)

Wir wollen Ihnen dringend raten — ich sage das auch selbstkritisch aus unserer Erfahrung —: Tun wir alles, damit nicht die einzige Gruppe, die von Ihrem Handeln profitieren kann, die Gruppe ist, die in Wahrheit dem Landtag von Baden-Württemberg nicht mehr gebührt.

(Beifall bei der CDU — Abg. Wettstein SPD: Sie meinen, wir sollen es nicht so machen wie die CDU vor vier Jahren!)

Dann ein letzter Punkt. Ihr Mehrheitsvotum — ich zitiere wörtlich — und Ihre Empfehlung an den Landtag lautet wie folgt:

Eine fortgesetzte Vorzugsbehandlung der Steuerpflichtigen Graf durch Entscheidungen der Finanzverwaltung ist nach den Feststellungen des Ausschusses unbestreitbar ... Dabei wurden Frau Graf empfindliche Privilegien zugestanden.

Weiter wird gesagt, es habe sich ergeben, daß schwere Fehler eine Vorzugsbehandlung darstellten.

Dem widerspricht unter anderem ein Stadtrat der SPD, der Zeuge Dr. Heger. Dies hat Sie aber nicht davon abbringen können, diese Behauptung — Vorzugsbehandlung der Familie Graf — bis zum Schluß mit 6 : 5 Stimmen zu erheben und damit in Wahrheit ein Vorgehen von Beamten — wo auch immer; Sie nennen keinen konkret — in Stuttgart, in Karlsruhe oder in Schwetzingen zu unterstellen, welches mit dem Dienstrecht und mit dem Strafrecht nicht zu vereinbaren wäre. Dies stellt einen ungerechten und nicht beweisbaren bössartigen Vorwurf dar.

(Beifall bei der CDU)

(Oettinger)

Meine Damen und Herren, der Landtag ist gegenüber den Beamten des Landes fürsorgepflichtig. Deswegen beantragen wir folgendes — Sie können dazu mit Ja oder Nein votieren —:

Der Landtag wolle beschließen, festzustellen:

Kein Bediensteter der Steuerverwaltung hat im Besteuerungsverfahren Graf zu dienstaufsichtlichen, geschweige denn strafrechtlichen Maßnahmen Anlaß gegeben.

Wenn Sie unserer Meinung sind, dann stimmen Sie bitte zu. Wenn Sie anderer Meinung sind, stimmen Sie bitte mit Nein, aber dann nennen Sie bitte auch die Namen und Vornamen der betreffenden Bediensteten, und teilen Sie mit, wo diese erreichbar sind, damit die zuständige Staatsanwaltschaft in Baden-Württemberg von Ihnen erfährt, gegen wen sie nach Ihrer Auffassung vorgehen sollte.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ganz zum Schluß: Ich will der Arbeitsintensität der Mitglieder des Ausschusses und der klugen Moderation durch den Vorsitzenden hier meinen Respekt und Dank zum Ausdruck bringen. Ich will Ihnen abschließend auch sagen: Wir als CDU können bequem damit leben, bei diesem Punkt in der Minderheit zu sein. Wir werden deshalb nachher auch nicht um irgendeine Stimme buhlen. Wir akzeptieren es, wenn Sie mit Mehrheit gegen uns kungeln und votieren, denn ich habe die feste Überzeugung, daß der Leitartikel, der Ihnen so mißfällt, der Leitartikel der größten Zeitung in Baden-Württemberg, in etwa auch die Meinung darstellt, die die Mehrheitsmeinung der Bürger im Lande geworden ist

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist ein Irrtum!)

und die die Mehrheitsmeinung auch bei der Presse in Land und Bund geworden ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Deswegen geht es uns nicht um Mehrheit oder Minderheit. Gegen die Wahrheit kann man auch mit Mehrheit nicht obsiegen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Hopmeier:** In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Bepber das Wort. Die Fraktion der SPD hat noch 5 Minuten Redezeit; das ist also völlig in Ordnung.

**Abg. Bepber SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon nicht mehr zu bewundern, mit welchem hasardeurischen Mut der Fraktionsvorsitzende hier jemanden als Straftäter bezeichnet. Woher wissen Sie, welcher Zeuge im Untersuchungsausschuß die Wahrheit und welcher nicht die Wahrheit gesagt hat, Haug oder Metzmaier?

(Abg. Fleischer CDU: Das ergibt der Urkundenbeweis!)

Ich würde es nie wagen, zu behaupten, der eine oder der andere habe die Wahrheit oder die Unwahrheit gesagt.

(Abg. Oettinger CDU: Aus den Akten! — Abg. Fleischer CDU: Die Schlüssigkeit!)

Sie haben hier einen als Straftäter bezeichnet. Woher haben Sie die Erkenntnis, daß der eine die Wahrheit gesagt hat und der andere die Unwahrheit?

(Beifall bei der SPD — Abg. Ulrich Müller CDU: Aus allen Umständen, aus den Widersprüchen!)

Und Sie, Herr Fraktionsvorsitzender, haben den hasardeurischen Mut, Zusammenarbeit mit Republikanern

(Abg. Sieber CDU: Ja!)

anzuprangern.

(Zuruf von der SPD: Ausgerechnet Herr Fleischer!)

„CDU-Fraktionschef spielt das Spiel der Republikaner mit“ — Schlagzeile in der „Stuttgarter Zeitung“, 13. Mai 1994.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das größte Blatt in Baden-Württemberg!)

— Richtig.

(Abg. Sieber CDU: Sie merken gar nicht mehr, daß das etwas völlig anderes ist, was Sie da zitieren!)

— Herr Sieber, Sie labern so oft dazwischen. Halten Sie sich doch mal zurück.

(Abg. Sieber CDU: Nein, ich ärgere mich jetzt!)

Herr Fraktionsvorsitzender, es war doch die Landräteabstimmung, bei der Sie mit den Stimmen der Republikaner die Mehrheit hier erhalten haben.

(Abg. Fleischer CDU: Aber nicht abgemacht!)

Und ich sage Ihnen: So, wie Sie damals

(Abg. Sieber CDU: Da gab es keine Absprache!)

die Mehrheit für diese Abstimmung gefunden haben, so haben wir im Ausschuß die Abstimmungsmehrheit gefunden —

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie haben sie gesucht!)

nicht anders, genau so, und wer etwas anderes sagt, Herr Fleischer, der lügt.

(Beifall bei der SPD — Abg. Kurz CDU: Vertragsbruch! — Zuruf des Abg. Seimetz CDU — Abg. Wettstein SPD: Wer etwas anderes sagt, ist ein Verleumder!)

Ich möchte auf einen konkreten Vorgang zurückkommen, weil er immerzu verquer dargestellt wird und weil viele Dinge dabei außer acht gelassen werden. Wir finden es nicht in Ordnung, daß Graf im Finanzministerium beraten worden ist,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Wir sind froh, wenn wir vom Finanzamt beraten werden!)

(Bebber)

und zwar im Detail über die steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten. Es war dabei vom Holland-Modell die Rede, es war dabei von Verträgen, die Graf und seine Tochter entsprechend gestalten müssen, die Rede, damit später das Finanzamt eine 25prozentige Betriebskostenpauschale anerkennen kann. Es ist bis ins Detail beraten worden, und das halten wir für falsch und für eine Bevorzugung, die durch nichts zu rechtfertigen ist. Das gilt insbesondere deshalb, weil man zu diesem Zeitpunkt, als die Beratung stattfand, wußte, daß Graf seit über einem Jahr gemahnt wurde, eine Vermögensteuererklärung abzugeben. Es wurde schon mit einer Steuerschätzung gedroht, und man wußte zu diesem Zeitpunkt, als man Graf beraten hat, daß er nie eine Buchhaltung geführt hat. Mit Steuerschuldnern, die sich so verhalten, darf man auf keinen Fall im Finanzministerium in dieser Weise verhandeln; das darf nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Man hat weiterverhandelt, und zwar geduldig weiterverhandelt, obwohl man später definitiv wußte, daß man von Graf bezüglich der Verträge, die abgeschlossen worden sind, und bezüglich der Einnahmen, die erzielt worden sind, angelogen worden ist. Was einem normalen Steuerzahler in einer solchen Situation passiert wäre, brauche ich überhaupt nicht zu erzählen. Ich verstehe nicht, Herr Finanzminister, wieso Sie nicht bereit sind, mit uns zusammenzuarbeiten, um solche Vorgänge für die Zukunft zu verhindern.

Ich darf Ihnen aus dem Schreiben des Herrn Ullrich zitieren, der erklärt:

Richtig liegt der Untersuchungsausschuß mit seiner Feststellung, das Ministerium sei mit zu vielen Einzelfällen befaßt.

Das ist bezogen auf den Fall Graf.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Hört, hört!)

Es steht dann auch drin, daß es richtig sei, wenn wir Konsequenzen zögen in der Weise, wie wir es getan haben, nämlich daß wir fordern, von dem Begriff „maßvoller Gesetzesvollzug“ abzugehen, um Mißverständnisse zu vermeiden.

Daß der § 30 der Abgabenordnung — Steuergeheimnis — neu gefaßt werden soll, wie wir es in der Beschlußempfehlung fordern, ist richtig. Wir werden nachher darüber getrennt abstimmen lassen, und zwar namentlich abstimmen lassen, damit Sie sich zu dem bekennen können, was Sie hier erzählen.

Ich darf Ihnen noch einen Vorgang nennen, damit Sie merken, weshalb wir auch mehr Betriebsprüfer und weshalb wir mehr Steuerfahnder haben wollen. Nach Auffassung des Finanzamts hätte die OFD die Entscheidung treffen müssen, ob die Steuerfahndung losgeschickt wird oder nicht. Nach Auffassung der OFD hätte das Finanzamt diese Entscheidung treffen müssen. Als 1993 vom Finanzministerium nachgefragt wurde, warum durch das Finanzamt oder die OFD keine steuerstrafrechtlichen Maßnahmen eingeleitet worden seien, wurde vom Finanzamt an die OFD und von dort ans Ministerium zurückgeschrieben

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP betritt den Saal, verläßt ihn aber gleich wieder zusammen mit Abg. Pfi-

ster FDP/DVP. — Abg. Kurz CDU: Der kann das Wort nicht mehr kriegen! — Unruhe bei der CDU — Abg. Schmiedel SPD zur CDU: Was ist denn das für ein Ameisenhaufen bei euch?)

— was ist hier denn los?; das ist ja unmöglich, das ist ja der reinste Zirkus —, daß zu bedenken sei, daß diese Maßnahmen bislang nicht ergriffen worden seien, weil das Graf-Modell 1987 im Finanzministerium besprochen worden sei. Das heißt, die Beamten waren gewissermaßen gehemmt, so vorzugehen, wie sie möglicherweise ohne dieses Gespräch im Finanzministerium vorgegangen wären. Sie haben Rücksicht genommen. Dazu steht in dem Schreiben der Steuer-Gewerkschaft, daß die Beamten unter der Furcht gestanden seien, in dem öffentlichkeitsträchtigen Fall Graf einen Fehler begehen zu können. Das läßt Rückschlüsse darauf zu, daß man auf der Beamtenseite im Rahmen des Ermessensspielraums vorsichtig und zurückhaltend gehandelt hat — nicht rechtswidrig, das hat niemals irgend jemand von uns behauptet, sondern zurückhaltend gehandelt hat —, weil eben eine solche Besprechung im Finanzministerium stattgefunden hat und weil das Finanzministerium in den Folgejahren permanent in die Beratung und in die Abklärung mit den Grafen und deren Rechtsvertretern eingeschaltet war.

Ich weiß, meine Redezeit ist um.

(Abg. Kurz CDU: Schon lange!)

Ich habe es bereits angekündigt: Wir werden über Abschnitt IV der Beschlußempfehlung, in dem es um die Änderung des § 30 der Abgabenordnung geht, getrennt und namentlich abstimmen lassen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Ist das ein Antrag, Herr Abg. Bebber?

**Abg. Bebber SPD:** Ja.

**Präsident Dr. Hopmeier:** Dann frage ich, ob er die erforderliche Mehrheit hat. —

(Abg. Wettstein SPD: Aber natürlich!)

Okay.

Wortmeldungen habe ich nicht mehr, mit Ausnahme der Wortmeldungen von fünf Kollegen, die eine persönliche Erklärung abgeben wollen.

(Zurufe von der CDU: Oje!)

Zunächst Herr Abg. Bütikofer. Aber bitte ausdrücklich eine persönliche Erklärung.

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da mir bekannt ist, daß persönliche Erklärungen generell nicht dazu da sind, falsche Behauptungen zurückzuweisen oder die Debatte fortzusetzen, kann ich auf vieles, was der Finanzminister gesagt hat und was eine Antwort verdienen würde, nicht antworten.

Aber ich will, wie es die Geschäftsordnung vorsieht, meine persönliche Erklärung dazu nutzen, persönliche Angriffe auf

(Bütikofer)

mich, die insbesondere der Finanzminister, aber auch andere Kollegen hier abgelassen haben, zurückzuweisen.

Ich habe es zusammengeschrieben. Wenn diese Beschuldigungen stimmen würden, hätte ich also im Untersuchungsausschuß eine Guillotine betrieben. Wahrscheinlich ist das der Grund, warum Herr Fleischer den Kopf verloren hat.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Des weiteren hätte ich an einer Dampfwalze mitgewirkt — das hat allenfalls angesichts meiner Physis, aber keine politische Plausibilität. Wenn ich mir die vorgelesenen Zitate anschau, wäre ich Teil einer Verschwörung gewesen, deren Haupt Herr Puchta gewesen sei, der aber an den ganzen Verhandlungen nicht beteiligt war. „Perfide“ ist schon kleine Münze. Ich wäre weder ehrlich, noch hätte ich irgendeinen Charakter noch Mut, und außerdem wäre ich ein Folternecht.

Und dann soll ich mich für das Ganze entschuldigen?

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Herr Finanzminister hat von semantischen Tricks gesprochen, und es geht hier genau um einen solchen semantischen Trick, den er gegen mich anwendet und den ich zurückweise. Allein die Forderung, jemand solle sich entschuldigen, verfolgt jenseits irgendeines Inhalts nur den Zweck, zu identifizieren, wer der böse Bube ist. Der, von dem man die Entschuldigung fordert, ist dann offensichtlich der, auf den man losgehen muß. Da soll einiges verdreht werden.

(Abg. Rebhan CDU: Eine schwache Argumentation!)

Ich eigne mich nicht für dieses scheinheilige Spiel. Der Satz müßte noch genannt werden, für den ich mich zu entschuldigen hätte.

Ich entschuldige mich ausdrücklich nicht dafür, daß ich offenkundig ein Lieblingsfeind des Finanzministers und nach Meinung der FAZ einer seiner scharfen Kritiker geworden bin. Ich denke, es wäre besser, er hätte mehr davon.

(Abg. Rebhan CDU: Nicht ablenken!)

Ich entschuldige mich schon gar nicht für irgend etwas bei einem Minister, der auch noch mit seiner Forderung nach Entschuldigung politisch taktiert. Denn er hat Entschuldigungen ausschließlich von Kollegen der SPD und der Grünen verlangt. Nicht verlangt hat er eine Entschuldigung dafür, daß Herr Döring beim Dreikönigsparteitag öffentlich gesagt hat, das sei ein Finanzminister, von dem man noch nicht einmal einen gebrauchten Tennisschläger kaufe.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, das zeigt doch, was für ein durchtriebenes, scheinheiliges Spiel hier gespielt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsident Dr. Hopmeier: Zu einer persönlichen Erklärung erhält Herr Abg. Kiesecker das Wort.

Abg. Kiesecker SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch der Herr Ministerpräsident verlangt Entschuldigungen. Ich habe die Ehre gehabt, dabei auch genannt zu werden, was mich sehr gefreut hat.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Der Herr Finanzminister hat das auf seine Art und Weise aufgenommen. Von ihm genannt zu werden ist weniger ehrend. Herr Mayer-Vorfelder, Sie haben die Äußerungen zitiert, für die ich mich entschuldigen soll. Sie können Äußerungen, die ich gemacht oder nicht gemacht habe, kritisch angehen und beantworten. Zu entschuldigen habe ich mich dafür bei Ihnen nicht.

(Abg. Seimetz CDU: Gut, daß es alle draußen hören! — Abg. Kurz CDU: Und bei der Finanzverwaltung? — Abg. Alfred Haas CDU: Bei den Beamten sollen Sie sich dafür entschuldigen!)

Dann muß ich mich fragen, ob ich mich dafür entschuldigen soll, daß Sie mich seit Monaten in diesem Haus, im Finanzausschuß, im Plenum — hier kann ich mich wehren —, aber noch schlimmer, gemeiner draußen im Land bei Aufritten als Minister in einer Art und Weise beleidigen, die ungehörig ist.

(Beifall bei der SPD)

Mich dafür entschuldigen? Ich sage Ihnen: Ich habe Charakter; dies tue ich nicht.

(Abg. Alfred Haas CDU: Eigenlob stinkt, Herr Kiesecker!)

Dann bleibt die neue Front der Steuerbeamten, die Sie zu Ihrer Deckung aufgebaut haben.

(Oh-Rufe von der CDU — Abg. Kurz CDU: O Gott! — Abg. Wieser CDU: Jetzt entschuldigen Sie sich aber bitte!)

Das ist so durchsichtig wie irgendwas. Ich habe, Herr Finanzminister, damit überhaupt kein Problem. Es ist heute viel vorgelesen und zitiert worden. Wir erhalten Briefe. Ich erhalte auch Briefe. Einen habe ich immer dabei.

(Heiterkeit — Abg. Kurz CDU: Vorsorglich!)

Der Brief trägt das Datum vom 18. Dezember 1995:

(Abg. Seimetz CDU: Seither hat er keinen mehr bekommen!)

Herrn Horst Kiesecker, MdL

Sehr geehrter Herr Kiesecker!

Präsident Dr. Hopmeier: Herr Abg. Kiesecker, eine persönliche Erklärung.

Abg. Kiesecker SPD: Ich zitiere einen Satz. Er paßt genau hierher.

Präsident Dr. Hopmeier: Eine persönliche Erklärung wollten Sie abgeben.

**Abg. Kiesecker SPD:** Einen Satz. Das ist eine persönliche Erklärung.

In Sachen „Arthur Andersen“ wie auch im Fall Graf war uns Ihre sachverständige Hilfe sehr wertvoll.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ullrich

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN — Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Zu einer persönlichen Erklärung erteile ich Herrn Abg. Müller das Wort.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Ein schwerer Gang! — Zuruf des Abg. Weimer SPD)

**Abg. Ulrich Müller CDU:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Ich war heute im Laufe des Tages mehrfach Gegenstand mich etwas verwirrender Komplimente mehrerer Fraktionen.

(Heiterkeit — Abg. Kuhn GRÜNE: Das hat Sie in der Karriere um Jahre zurückgeworfen! Das sage ich Ihnen!)

Das hat vielleicht zu einer gewissen erhöhten Glaubwürdigkeit auch in Ihren Reihen geführt. In den eigenen Reihen besitze ich sie ohnehin. Auf der Basis dieser erhöhten Glaubwürdigkeit möchte ich jetzt einige Bemerkungen machen.

**Präsident Dr. Hopmeier:** Eine persönliche Erklärung.

**Abg. Ulrich Müller CDU:** Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben. So ist es, in der Tat. Zu Zwischenfragen hat es ja offensichtlich nicht gereicht. Die haben Sie mir nicht erlaubt, obwohl ich mich dreimal gemeldet habe. Vielleicht war es nicht nur eine Art von Glaubwürdigkeit, die Sie mir bescheinigen, sondern auch ein gewisser Respekt vor den Fragen, die Sie nicht zulassen wollten.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD — Oh-Rufe von der SPD — Abg. Kuhn GRÜNE: Das ist ja nicht sehr persönlich!)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Bitte eine persönliche Erklärung.

**Abg. Ulrich Müller CDU:** Erstens: Alle Mitglieder der CDU-Fraktion,

(Abg. Maurer SPD: Zuviel gelobt! — Abg. Kuhn GRÜNE: Der Kopf ist weg!)

ob ich, ob andere, hatten ein großes und ein gleiches Interesse an der Aufklärung der Vorwürfe, um die es hier gegangen ist, ganz einfach deswegen, weil wir im Zentrum Ihrer Vorwürfe gestanden sind.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Sie selbst?)

Zweitens: Das Zitat, das Sie von mir gebracht haben, mir ginge das Messer im Sack auf, wenn ich manche Dinge sehen würde, hat sich auf eine ganz bestimmte Passage bezogen.

(Lachen des Abg. Dr. Caroli SPD — Abg. Kuhn GRÜNE: Haben Sie ein Messer im Sack?)

nämlich auf die Verzögerungstaktik, nicht auf irgendwelche Privilegierungen. Herr Kuhn, Sie kennen meine Pressegespräche nicht.

(Abg. Wettstein SPD: Wie hat sich das offene Messer ausgewirkt?)

Ich habe nicht irgendwelche Privilegierungen kritisiert. Ich habe vielmehr die Verzögerungstaktik von Herrn Eckardt kritisiert und gesagt, das hätte ich mir als Finanzbeamter nicht gefallen lassen. Das war die einzige Aussage, die Sie dann so umgemünzt haben. Sie haben also ein falsches Zitat gebracht.

Drittens: Die Rede, die unser Obmann gehalten hat

(Abg. Kuhn GRÜNE: Welcher Obmann?)

— Gundolf Fleischer, unser Obmann im Untersuchungsausschuß —, ...

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist keine persönliche Erklärung!)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Bitte nur eine persönliche Erklärung.

**Abg. Ulrich Müller CDU:** ... ist genau die Rede, die auch ich gehalten hätte. Sie ist mit mir inhaltlich besprochen worden. Wir haben uns untereinander abgesprochen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir

(Abg. Kuhn GRÜNE: Sehr persönlich!)

in allem, was hier gesagt worden ist, völlig übereinstimmen.

Im übrigen ist die Frage gestellt worden: Wo sind die Kontakte zwischen den Republikanern — —

**Präsident Dr. Hopmeier:** Nein, nein. Das ist keine persönliche Erklärung, Herr Abg. Müller. Tut mir leid.

(Abg. Seimetz CDU: Wie war das bei Herrn Kiesecker?)

**Abg. Ulrich Müller CDU:** Ich stehe genauso wie jedes andere Mitglied der CDU-Fraktion hinter unseren Beschlussempfehlungen. Ich stehe hinter den Vorwürfen, die wir in bezug auf die Verbindung zwischen Rot und Braun erhoben haben. Ich stehe hinter den Vorwürfen, die wir in bezug auf Herrn Haug erhoben haben.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Ich stehe hinter der Steuerverwaltung, und ich stehe selbstverständlich hinter unserem Finanzminister.

(Beifall bei der CDU und demonstrativer Beifall des Abg. Bütikofer GRÜNE — Abg. Kuhn GRÜNE: Sie stehen hinter allem! — Abg. Drexler SPD: Den Ministerpräsidenten haben Sie vergessen!)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Zu einer persönlichen Erklärung erteile ich Herrn Abg. Zeller das Wort.

**Abg. Zeller SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Finanzminister hat aus einem Schreiben, das ich an ihn gerichtet habe, zitiert. Obwohl ich ihn gebeten habe, dieses Schreiben hier vorzulesen, hat er es nicht getan – wahrscheinlich wohlweislich, weil dann nämlich klargeworden wäre, worum es gegangen ist.

Ich halte Ihre Vorgehensweise, Herr Finanzminister Mayer-Vorfelder, nicht nur für unfair, sondern auch für ungeheuerlich, weil Sie mich nämlich in Verbindung mit dem Fall Graf bringen wollten. Das war Ihre wahre Absicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage Ihnen zum Inhalt: Sie wollten draußen den Eindruck erwecken, daß das, was ich begehre, so etwas Dubioses sei wie der Fall Graf. Das ist das, was ich Ihnen vorwerfe.

(Unruhe bei der CDU)

Ich sage Ihnen, worum es geht: um einen gemeinnützigen Verein, der arbeitslose jugendliche Förderschüler aufgenommen hat.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Das ist keine persönliche Erklärung, Herr Kollege.

**Abg. Zeller SPD:** Das ist der Inhalt dieses Schreibens. Und dieses Schreiben habe ich dem Finanzminister geschickt und ihn gebeten,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

die Inhalte, die Festlegungen, das, was das Finanzamt Biberach hier festgestellt hat – –

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Kollege Zeller, bitte eine persönliche Erklärung. Sie haben das ja alles schon einmal dargestellt.

**Abg. Zeller SPD:** Das ist eine persönliche Erklärung. Um dieses Schreiben geht es. Das habe ich an den Herrn Finanzminister geschickt. Und dieses Schreiben beehrte – –

**Präsident Dr. Hopmeier:** Herr Kollege, das ist keine persönliche Erklärung.

**Abg. Zeller SPD:** Natürlich ist das eine persönliche Erklärung.

**Präsident Dr. Hopmeier:** Nein.

**Abg. Zeller SPD:** Natürlich. Ja, was soll es denn sonst sein? Deswegen bin ich doch angegriffen worden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

In diesem Schreiben habe ich um eine Überprüfung dahingehend gebeten, daß dieser Verein die Gemeinnützigkeit zugesprochen bekommt. Im nachhinein hat sich gezeigt, daß ich recht bekommen habe.

(Abg. Alfred Haas CDU: Jawohl! Bravo!)

Das, was Sie hier abgezogen haben, war der Versuch, mein Bemühen mit dem Fall Graf zu verbinden. Und das ist das Ungeheuerliche, das ich Ihnen vorwerfe.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Zu einer persönlichen Erklärung erteile ich Herrn Abg. Dr. Puchta das Wort.

(Widerspruch bei der CDU)

**Abg. Dr. Puchta SPD:** Herr Fleischer, Sie haben von staatspolitischer Verantwortung gesprochen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Darf ich um Ruhe bitten.

**Abg. Dr. Puchta SPD:** Der Herr Ministerpräsident und Herr Mayer-Vorfelder haben eine Entschuldigung verlangt. Ich sage Ihnen: Ich habe einen Fehler gemacht, indem ich noch an einen Rest von Ernsthaftigkeit bei Herrn Mayer-Vorfelder geglaubt habe. Ich habe ihm am 19. Januar 1996 folgenden Brief geschrieben:

Sehr geehrter Herr Finanzminister! Sie ziehen landauf, landab durch die Finanzämter und diskriminieren mich wegen der Steueraffäre Graf. Auch in den Zeitungen habe ich nun wiederholt gelesen, daß Sie von mir eine Entschuldigung verlangen. Ich frage Sie hiermit und bitte um eine Antwort: Erstens: Wofür erwarten Sie ganz konkret eine Entschuldigung von mir?

(Abg. Seimetz CDU: Es wird Zeit! – Abg. Alfred Haas CDU: Frühstückfernsehen! Unverschämtheit!)

Für welche von mir auch wirklich gemachte und nicht aus dem Zusammenhang gerissene Aussage erwarten Sie eine Entschuldigung? Zweitens: Haben Sie auch Herrn Oettinger zu einer Entschuldigung aufgefordert und, falls nein, warum nicht, für seine folgende Aussage?:

Ich zitiere im Gegensatz zu Ihnen, Herr Finanzminister, Oettingers Aussage wörtlich:

Bei uns hätten die schon nach zwei Jahren Druck gemacht. Das Finanzamt hatte da den Finger nicht drauf.

Meine Damen und Herren, bis zum heutigen Tag habe ich keine Antwort vom Finanzminister bekommen. Das halte ich für ein durchschaubares Manöver. Wie gesagt, von Ihnen erwarte ich nicht mehr. Aber, Herr Ministerpräsident, daß Sie sich vorhin auch angeschlossen haben, ohne wirklich Roß und Reiter zu nennen, eine solche pharisäerhafte Haltung hätte ich von Ihnen nicht erwartet.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir für die Aussprache nicht mehr vor. Wir haben nur noch über die Beschlußempfehlung des Untersuchungsausschusses abzustimmen. Sie finden sie – –

Herr Kollege Schöning, ich hatte bisher keine Wortmeldung von Ihnen.

**Abg. Schöning FDP/DVP:** Nein, ich hatte eine Wortmeldung abgegeben, um einen Änderungsantrag mündlich einzubringen. Der Landtagsdirektor hatte gesagt, dies sei möglich. Jetzt eben wird mir vom Präsidenten gesagt, dies sei nicht möglich. Es ist ein Änderungsantrag zu dem von der CDU vor kurzem vorgelegten Antrag.

**Präsident Dr. Hopmeier:** Er liegt aber nicht vor, Herr Kollege.

**Abg. Schöning FDP/DVP:** Er liegt Ihnen vor, Herr Präsident. Es ist der Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 11/7115. Er ist erst vor kurzem ausgeteilt worden. Es war uns in der Kürze der Zeit nicht möglich, dazu einen schriftlichen Änderungsantrag einzureichen und vervielfältigen zu lassen. Aber er liegt dem Präsidenten vor.

**Präsident Dr. Hopmeier:** Jetzt habe ich ihn.

**Abg. Schöning FDP/DVP:** Ich habe keinen weiteren Wunsch, als den Antrag hier noch kurz vortragen zu dürfen. Ich will dazu nicht mehr reden. Ist das gestattet?

**Präsident Dr. Hopmeier:** Ja.

**Abg. Schöning FDP/DVP:** Ich beantrage namens meiner Fraktion und, wie ich denke, auch im Namen anderer Fraktionen, den Antrag wie folgt zu fassen –

(Widerspruch bei der CDU – Lebhafter Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Nach der Geschäftsordnung müßte ich den ja jetzt vorlesen. Ich habe aber nichts dagegen, daß Sie mir die Arbeit abnehmen.

(Abg. Maurer SPD: Vielen Dank, Herr Hopmeier!)

**Abg. Schöning FDP/DVP:** Ich beantrage im Namen meiner Fraktion – den Rest lasse ich weg –, den Antrag wie folgt zu fassen:

Der Untersuchungsausschuß hat keinen Hinweis dafür ergeben, daß sich ein Bediensteter der Steuerverwaltung im Besteuerungsverfahren Graf so verhalten hat, daß es zu dienstaufsichtlichen, geschweige denn strafrechtlichen Maßnahmen kommen müßte.

In dieser Fassung, Herr Präsident, meine Damen und Herren, sind wir bereit, diesem Antrag zuzustimmen. Ich weise allerdings darauf hin, daß die Begründung des Antrags in der Fassung, wie die CDU ihn vorgelegt hat, eine Unterstellung enthält, nämlich die Unterstellung, es bestünde ein zwingender Zusammenhang zwischen dem Vorwurf der Vorzugsbehandlung und strafrechtlich relevantem Handeln. Dieser zwingende Zusammenhang ist nicht gegeben. Insofern können wir dem Antrag, wie ich ihn jetzt vorgelegt habe, zustimmen, nicht aber der Begründung der CDU, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Ich darf noch fragen, Herr Abg. Schöning, ob das ein Änderungsantrag ist.

(Zurufe: Ja! – Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

– Herr Abg. Oettinger, Sie haben das Wort. – Sie haben doch ums Wort gebeten?

(Abg. Oettinger CDU: Ich wollte ihn fragen! Sie waren zu schnell! – Gegenruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

– Ah, ja, Herr Abg. Schöning, wenn Sie die Freundlichkeit hätten, hierherzukommen, um die Frage des Herrn Abg. Oettinger zu beantworten.

(Abg. Schöning FDP/DVP: Herr Kollege, bitte!)

**Abg. Oettinger CDU:** Kollege Schöning, wollen Sie damit behaupten, daß Vorzugsbehandlung und Privilegien dienstrechtlich und strafrechtlich nicht relevant sind?

**Abg. Schöning FDP/DVP:** Ich will Ihnen an einer Reihe von Beispielen deutlich machen, Herr Kollege Oettinger, was nicht nur möglich ist, sondern was stattgefunden hat. Wenn in einer Vielzahl von Fällen Kommunikation nicht stattfindet oder nicht so abläuft, wie man es sich vorstellt, wenn in einer Vielzahl von Fällen überlange gezögert wird, wenn in einer ganzen Reihe von Fällen in einer Art und Weise vom Ermessen Gebrauch gemacht wird, wie es jedenfalls die Mehrheit des Ausschusses nicht für richtig findet, dann kann dies sehr wohl im Gesamtergebnis zu folgender Schlußfolgerung führen: Es hat sich eine Vorzugsbehandlung ergeben, ohne daß jeder einzelne dieser Fälle strafrechtlich relevant wäre, Herr Kollege. So ist es.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Meine Damen und Herren, jetzt liegen wirklich wohl keine Wortmeldungen mehr vor. Ich schaue noch einmal vorsichtig in die Runde. – Dann haben wir jetzt in der Tat nur noch über die Beschlußempfehlung des Untersuchungsausschusses und über die Entschließungsanträge zu befinden.

Ich lasse abstimmen über den Fünften Teil der Beschlußempfehlung Drucksache 11/7100, Seite 281 des Berichts, und zwar abschnittsweise.

Ich rufe Abschnitt I zur Abstimmung auf. Hier geht es um die Kenntnisnahme von dem Bericht. – Ich darf wohl ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen.

Zur Abstimmung aufgerufen ist Abschnitt II. Wer Abschnitt II zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dieser Abschnitt ist mit einer erheblichen Zahl von Gegenstimmen angenommen worden.

Nun rufe ich Abschnitt III zur Abstimmung auf. Wer stimmt diesem zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Bei einer Enthaltung und vielen Gegenstimmen ist dieser Abschnitt angenommen worden.

Dann rufe ich Abschnitt IV auf. Wer stimmt dem Abschnitt IV zu?

(Zurufe von der SPD: Namentliche Abstimmung!)

(Präsident Dr. Hopmeier)

— Entschuldigung. Jawohl. Das habe ich eben gemerkt. Hierzu ist ja namentliche Abstimmung beantragt worden. Wer also Abschnitt IV der Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer ihn ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten. Wer sich enthalten möchte, stimme mit „Enthaltung“. Ich bitte die Frau Schriftführerin, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben G.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wie folgt bekannt:

An der Abstimmung haben sich 137 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 78 Abgeordnete gestimmt,

mit Nein 1 Abgeordneter;

58 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Damit ist Abschnitt IV der Beschlußempfehlung des Untersuchungsausschusses angenommen.

\*

Mit Ja haben gestimmt:

Bebber, Birgitt Bender, Birzele, Brechtken, Carla Bregenzer, Brinkmann, Buchter, Bühler, Bütikofer, Dr. Caroli, Daffinger, Deuschle, Dr. Döring, Drautz, Drexler, Dr. Eckert, Gaßmann, Dr. Geisel, Göschel, Goll, Gustav-Adolf Haas, Hackl, Heiler, Herbricht, Hund, Jacob, Kiel, Kielburger, Kiesecker, Kiesswetter, Birgit Kipfer, Köder, König, Krieg, Krisch, Kuhn, Eberhard Lorenz, Maurer, Mogg, Dr. Walter Müller, Nagel, Pfister, Dr. Puchta, Rapp, Redling, Reimann, Reinelt, Renz, Dr. Salomon, Schaal, Dr. Scharf, Dr. Schlierer, Schmiedel, Monika Schnaitmann, Schöffler, Schöning, Schrempf, Seltenreich, Helga Solinger, Gerhard Stolz, Teßmer, Trageiser, Troll, Helga Ulmer, Brigitte Unger-Soyka, Veigel, Walter, Weimer, Dr. Weingärtner, Weinmann, Wettstein, Weyrosta, Wilhelm, Brigitte Wimmer, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit Nein hat gestimmt:

Rempfel.

Der Stimme enthalten haben sich:

Amann, Baumhauer, Behringer, Ingrid Blank, Bloemecke, Döpfer, Dreier, Fleischer, Alfred Haas, Haasis, Hauk, Heinz, Dr. Hopmeier, Keitel, Dr. Klunzinger, Köberle, Kurz, Ursula Lazarus, Leicht, List, Hans Lorenz, Dr. Maus, Dr. Mauz, Mayer-Vorfelder, Meyer, Mühlbeyer, Ulrich Müller, Östreicher, Oettinger, Dr. Ohnewald, Rau, Rebhan, Rech, Reddemann, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Ruder, Rückert, Dr. Schäuble, Schaufler, Scheffold, Schöttle, Dr. Marianne Schultz-Hector, Rosely Schweizer, Seimetz, Sieber, Stächele, Strathaus, Straub, Teufel, Tölg, von Trotha, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wabro, Weiser, Wieser, Zimmermann.

\*

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt nur noch über —

(Abg. Stächele CDU meldet sich zu Wort.)

— Eine Erklärung zur Abstimmung hierzu? — Jawohl, zur namentlichen Abstimmung. Herr Abg. Stächele erhält das Wort für eine Erklärung zur Abstimmung.

**Abg. Stächele CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gebe eine Erklärung für meine Fraktion zur soeben stattgefundenen Abstimmung ab.

Wir sind uns ja im Ziel der Änderung der Abgabenordnung einig.

(Unruhe — Abg. Bütikofer GRÜNE: Deswegen stimmen wir auch nicht zu!)

— Wir sind uns im Ziel einig; hören Sie erst einmal zu. — Aber es ist einfach unrichtig, einen Gesetzestext für diese Bundesregelung vorzuformulieren. Es wäre sinnvoller gewesen, wie wir vorgeschlagen haben, nur die Zielsetzung für eine entsprechende Bundesratsinitiative zu formulieren. Das hat uns konsequenterweise veranlaßt, uns der Stimme zu enthalten.

**Präsident Dr. Hopmeier:** Jetzt kommen wir noch zu den beiden Anträgen, das heißt dem Entschließungsantrag der CDU und dem Änderungsantrag der FDP/DVP. Der Antrag der FDP/DVP weicht von dem Entschließungsantrag ab und muß zunächst zur Abstimmung gestellt werden.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einer Enthaltung einstimmig angenommen. Dann steht wohl der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU nicht mehr zur Debatte.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Zu einer Erklärung zur Abstimmung Herr Abg. Oettinger.

**Abg. Oettinger CDU:** Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Darf ich um Ruhe bitten.

**Abg. Oettinger CDU:** Die CDU-Fraktion hat dem Antrag der FDP/DVP selbstverständlich zugestimmt.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Er ist materiell derselbe wie unser Antrag. Er stellt nämlich das fest, was wir mit unserem Antrag auch feststellen lassen wollten.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Da gibt es einen Unterschied! — Abg. Schöning FDP/DVP: Das stimmt nicht ganz!)

daß bei keinem Finanzbeamten, bei keinem Bediensteten der Verwaltung Baden-Württembergs nach den Erkenntnissen und Erhebungen, die der Untersuchungsausschuß getroffen

(Oettinger)

hat, Anlaß zu dienstrechtlichen oder strafrechtlichen Maßnahmen besteht. Insofern ist er unserer Meinung.

Aber, Herr Kollege Schöning, Sie stehen damit in einem Widerspruch.

(Abg. Schöning FDP/DVP: Nein! — Abg. Wettstein SPD: Das ist keine Erklärung zur Abstimmung!)

Sie haben soeben mit Ihrem Antrag unsere Überzeugung angenommen, daß keine strafrechtlichen und dienstrechtlichen Maßnahmen zu ergreifen sind. Sie haben aber trotzdem im Mehrheitsvotum — ich zitiere wörtlich — folgendes Schwerwiegende behauptet:

Dabei wurden Frau Graf empfindliche Privilegien zugestanden. Es hat schwere Fehler gegeben, die eine Vorzugsbehandlung darstellen und das Bild des Falles prägen.

(Abg. Schöning FDP/DVP: Ja! — Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Ich kann nur sagen: Wenn es schwere Fehler gegeben hätte, wenn es empfindliche Privilegien gegeben hätte, wenn es eine erhebliche Vorzugsbehandlung gegeben hätte, wäre exakt dieses der notwendige Anlaß für dienstrechtliche oder gar strafrechtliche Maßnahmen.

(Zuruf des Abg. Schöning FDP/DVP)

Sie haben gerade zur letzten Stunde noch die Kurve gekriegt.

(Beifall bei der CDU — Abg. Schöning FDP/DVP: Nein, nein! — Abg. Maurer SPD: Drei Punkte, durchgefallen!)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Zu einer Erklärung zur Abstimmung erteile ich Herrn Abg. Bütikofer das Wort.

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Abstimmungsverhalten möchte ich folgendes erklären: Ich habe dem Antrag der CDU-Fraktion in der vom Kollegen Schöning vorgetragenen Fassung, die meines Erachtens deswegen vorzuziehen war, weil sie nur das behauptet, was man füglich behaupten kann, deswegen gerne zugestimmt, weil Entgegenstehendes weder jemals von mir oder einem anderen Mitglied meiner Fraktion behauptet

(Abg. Fleischer CDU: Im Schlußbericht! Dringend behauptet!)

noch im Votum des Untersuchungsausschusses dargelegt worden ist.

Wenn das, Herr Kollege Oettinger, wofür Sie jetzt ein einstimmiges Votum des Landtags — bis auf einen Abgeordneten ganz hinten — bekommen haben, alles gewesen ist, was Sie am Votum der Mehrheit des Untersuchungsausschusses zu bemängeln bzw. zu ergänzen hatten, hätten Sie das bereits in der Schlußsitzung des Ausschusses beantragen und dort schon ein einstimmiges Votum erhalten können.

(Abg. Fleischer CDU: Sie haben es uns ja abgelehnt!)

Wer werten möchte, was hier mit diesem Antrag stattgefunden hat, Herr Oettinger, muß vergleichen, was Sie hier zur Abstimmung gebracht haben und was dort zur Abstimmung gestellt worden war. Sie haben hier den Rückzug angetreten.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der FDP/DVP — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

**Präsident Dr. Hopmeier:** Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Beratung. Ich möchte aber am Schluß der Beratung allen Mitgliedern des Untersuchungsausschusses, insbesondere dem Vorsitzenden Peter Straub, im Namen des ganzen Hauses ganz herzlichen Dank sagen. Meine Damen und Herren, der Untersuchungsausschuß hat in kürzester Zeit ein großes Stück Arbeit leisten müssen, das mit vielen Abendsitzungen verbunden war. Dafür noch einmal herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren, ehe ich die Sitzung für die Spätnachmittagspause unterbreche, darf ich Ihnen noch folgendes mitteilen: Der Innenausschuß setzt die Sitzung von heute morgen zu Beginn der Mittagspause im Ebert-Saal fort: Beratung des Feuerwehrgesetzes.

Nun unterbreche ich die Sitzung bis 16.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 15.35 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 16.30 Uhr)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Dame, meine Herren! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion Die Republikaner und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums — Arbeitsplatzverlagerungen — Drucksache 11/6703**

Das Präsidium hat folgendes festgelegt: Zur Begründung dieses Antrags soll eine Redezeit von 5 Minuten gelten, und in der Aussprache sind gestaffelte Redezeiten mit einer Grundredezeit von 5 Minuten je Fraktion vorgesehen.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat in ihrer Stellungnahme eingeräumt, daß sich auf der Basis von Ende 1993 der Beschäftigungsstand infolge von Direktinvestitionen aus Baden-Württemberg im Ausland auf 431 000 Personen mit Schwerpunkt im verarbeitenden Gewerbe und bei den Dienstleistungen beläuft. Dagegenzurechnen wäre der Beschäftigungsstand bei ausländischen Investitionen in Baden-Württemberg von 318 000 Personen. Netto hätten wir dann ein Minus von 113 000 Personen.

Ferner teilt die Landesregierung mit, daß im Zeitraum zwischen 1992 und 1994 baden-württembergische Unternehmen zirka 9 Milliarden DM im Ausland investiert haben, während von dort nur 6 Milliarden DM in unser Bundesland geflossen sind.

(Deuschle)

Für das gesamte Bundesgebiet sind die Zahlen weit alarmierender. Während über 66 Milliarden DM aus Deutschland im Ausland investiert wurden, beliefen sich die ausländischen Direktinvestitionen im Bundesgebiet nur auf knapp 14 Milliarden DM.

Auf die Konsequenzen dieser Entwicklung hat vor geraumer Zeit der Chef des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, hingewiesen mit der Aussage, daß Deutschland innerhalb der letzten dreieinhalb Jahre über 380 000 Industriearbeitsplätze ins Ausland verloren habe. Dieser Prozeß wird sich leider auch in diesem Jahr fortsetzen.

Die Landesregierung nennt als Gründe in ihrer Stellungnahme die hohe Steuer- und Abgabenlast sowie das zu teure Sozialsystem und verweist auf die mit über 50 % viel zu hohe Abgabenquote in der Bundesrepublik. Diese Fakten sind doch, meine Damen und Herren, nicht vom Himmel gefallen. Dafür tragen doch CDU, SPD und FDP — ob nun über den Bundestag oder den Bundesrat — die Hauptverantwortung.

(Beifall bei den Republikanern)

Und sie müssen es sich doch mit anrechnen lassen, wenn der Chefvolkswirt der Deutschen Bundesbank, Professor Issing, hinsichtlich der Überschreitung der Obergrenze des Haushaltsdefizits und der gesteckten Grenze der Staatsverschuldung von 60 % der Wirtschaftsleistung, also hinsichtlich der Nichterfüllung wesentlicher Maastricht-Kriterien, zum Ergebnis kommt — ich zitiere —: „Die Bundesrepublik ist in schlechte Gesellschaft geraten.“

Allein in der Region Stuttgart hat jedes zehnte Unternehmen angekündigt, in diesem Jahr Personal abzubauen. Dagegen will nur jeder siebte Betrieb in seine Erweiterung vor Ort investieren. Äußerst fatal für Baden-Württemberg wird es dann, wenn nach den Autoherstellern auch die für unser Bundesland so wichtigen Autozulieferer Fertigungen im Inland ab- und im Ausland aufbauen. Nach den Worten der Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie, Erika Emmerich, planen dies immerhin die Hälfte der Betriebe binnen der nächsten vier Jahre.

Meine Damen und Herren, es darf nicht länger nur geredet werden. Es müssen nun endlich Konsequenzen gezogen werden.

Erstens: Die Lohnnebenkosten sind dem Standard unserer Nachbarländer in Europa anzupassen. Läßt es sich im übrigen eigentlich gegenüber unserer Bevölkerung noch vertreten, daß Deutschland der Hauptzahlmeister der EU ist und zwölfmal soviel wie Frankreich bezahlt?

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Rapp REP:  
Nein!)

Laut „Spiegel“ — und der ist sicher keine republikanerfreundliche Zeitschrift — wächst der deutsche Netto-EU-Beitrag von heute 21,4 Milliarden DM bis auf etwa 45 Milliarden DM im Jahr 1999. Wir Republikaner fordern, daß unsere Zahlungen an die EU den Zahlungen der anderen EU-Mitglieder anzugleichen sind, bezogen auf die jeweilige Wirtschaftskraft.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Pfister FDP/DVP: Dann ist das Problem gelöst, oder wie?)

— Eines der Probleme wäre gelöst.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Damit ist doch das Problem nicht gelöst!)

— Doch, Herr Kollege Pfister, damit ist schon ein Problem gelöst. Diese Milliarden, die wir immer in den EU-Topf zahlen, fehlen natürlich hier, und deshalb müssen wir hier eventuell auch Eingriffe im staatlichen Sektor und im sozialen Bereich vornehmen, und das lehnen wir ja konsequent ab.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Rapp REP:  
Recht hat er!)

Ferner muß der Staatsanteil am Sozialprodukt gesenkt werden. Es ist zum Beispiel nicht einzusehen, warum wir uns in Deutschland 16 Landesregierungen und 16 Landesparlamente mit ihren Behördenapparaten leisten. Das Bundesgebiet muß neu gegliedert werden. Der Föderalismus muß auf eine neue Grundlage gestellt werden.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Renz GRÜNE: Das bringt Arbeitsplätze!)

Viertens: Es ist dem Bürger in unserem Land, in Baden-Württemberg, auch nicht länger zu vermitteln, daß Baden-Württemberg allein über den Länderfinanzausgleich in den Jahren 1980 bis 1994 4,85 Milliarden DM — ich wiederhole: 4,85 Milliarden DM — an das Saarland Oskar Lafontaines bezahlt. Das können wir uns auch nicht mehr leisten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern — Beifall des Abg. Kurz CDU — Abg. Wettstein SPD: Das Saarland nach Frankreich geben, dann ist das Problem gelöst!)

Fünftens: Die Steuerpolitik muß mit dem Ziel einer höheren Ersparnisbildung umgebaut werden. Die steuerliche Belastung von Arbeit ist zu reduzieren; die Kapitalbildung muß verbessert werden.

Sechstens: Es darf nicht länger sein, daß deutsche Bauarbeiter entlassen und durch Arbeitnehmer von Subunternehmen zum Beispiel aus England oder Portugal ersetzt werden, meine Damen und Herren.

In Baden-Württemberg gibt es derzeit laut IG Bau und den Bauarbeitgebern 14 000 Bauarbeiter und 7 300 Kurzarbeiter am Bau. Bekannte mittelständische Baufirmen sind dem wirtschaftlichen Druck dieser Subunternehmen nicht mehr gewachsen. Die „Stuttgarter Zeitung“ sprach vor einigen Tagen unter Bezug auf die Konkurse der Firmen Wolfer und Czech von einer großen Krise im Stuttgarter Baugewerbe.

Wir Republikaner sind solidarisch mit den Bauarbeitern und fordern, daß alle bestehenden Werkvertragsverhältnisse sowie Arbeitsverhältnisse billiger EU-Kontingent-Arbeitskräfte zu beenden sind und keine neuen mehr abgeschlossen werden dürfen.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Kurz CDU:  
Ja, ja!)

(Deuschle)

Herr Kurz, wir sind für eine konsequente Umsetzung dieser Entsenderichtlinie

(Abg. Wettstein SPD: Haben Sie die Tagesordnung richtig gelesen?)

und fordern auch eine Ausweitung des Entsendegesetzes auf das Baunebengewerbe.

(Beifall bei den Republikanern — Zuruf von den GRÜNEN: Haben Sie eine Tagesordnung gelesen? — Zuruf von der SPD: Der hat die falsche Rede erwischt!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kurz.

Abg. Kurz CDU: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Es ist mir völlig neu, daß das Saarland im Ausland liegt.

(Abg. Deuschle REP: Das hat doch niemand gesagt!)

Das Thema ist die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Verehrter Herr Deuschle, Sie sprachen in diesem Zusammenhang Transferleistungen ins Saarland an. Mir ist es völlig neu, daß das Saarland im Ausland liegt.

(Abg. Wettstein SPD: Der will es zu Frankreich abschieben!)

— Anscheinend; aber ich meine, wir sollten hier wirklich beim Thema bleiben.

Herr Deuschle, natürlich hat diese Koalition im Bund und natürlich haben auch wir alle gemeinsam die Verantwortung dafür, wie die öffentlichen Finanzen aussehen und in welcher Weise wir diese Haushalte finanzieren. Aber Sie dürfen einen Sachverhalt nicht übersehen und müssen diesen auch heute noch in den Mittelpunkt der Betrachtungen rücken, und das ist die deutsche Einheit. Bund, Länder, Gemeinden und alle Bürger sind in die Solidarität dieser großen Aufgabe eingebunden. Für 40 Jahre Mißwirtschaft, sozialistische Mißwirtschaft,

(Abg. List CDU: So ist es!)

mußten und müssen wir gemeinsam einen ganz erheblichen Anteil unseres Volksvermögens und unseres Volkseinkommens zur Verfügung stellen. In den letzten fünf Jahren waren es 850 Milliarden DM an Transferleistungen. Stellen Sie sich vor, wir hätten diese 850 Milliarden DM bei uns in den alten Ländern — wir hätten hier ja wirklich die blühendsten Landschaften. Aber wir sind froh, daß wir die deutsche Einheit haben, und wir stehen zur deutschen Einheit und auch zu jeder Art von Verpflichtung, die sich aus dieser deutschen Einheit ergibt.

(Beifall bei der CDU — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Kurz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Krisch? — Bitte.

Abg. Krisch REP: Herr Deuschle hat in seiner Rede im wesentlichen auf die Zahlungen an die EU abgehoben. Was haben die Zahlungen aus der Bundesrepublik, aus Deutsch-

land, an die EU mit der Wiedervereinigung zu tun, Herr Kurz? Sind Sie nicht am Thema vorbei?

(Beifall bei den Republikanern — Zuruf von der CDU: Der Herr Deuschle war am Thema vorbei!)

Abg. Kurz CDU: Herr Krisch, er hat expressis verbis erklärt, wir wären für den Zustand der Haushalte und Finanzen verantwortlich.

(Abg. Deuschle REP: Das ist auch richtig!)

Es gibt doch einen inneren Zusammenhang zwischen der Finanzierung von 40 Jahren sozialistischer Mißwirtschaft und dem Zustand der Haushalte in Bund, Ländern und Gemeinden. Diesen Zusammenhang können Sie doch hier nicht wegdiskutieren.

Unabhängig davon, meine Damen, meine Herren, ist es richtig, und Oskar Fehrenbach hat dies auch kürzlich in der „Stuttgarter Zeitung“ sehr deutlich dargelegt: Wir sind zu teuer, zu bürokratisch und zu immobil. Der Zusammenhang zwischen Kosten der Arbeit und Arbeitsplatzsicherung ist unauflöslich. Dies haben jetzt Gott sei Dank auch die Gewerkschaften erkannt. Es laufen jetzt ja auch die Gespräche für ein Bündnis für Arbeit. Ich glaube, daß dies die ersten Ansatzpunkte sind, um diese schwierige Situation zu überwinden.

Es ist doch auch notwendig, darauf hinzuweisen, daß sich unsere Industrie in einem globalen Wettbewerb befindet. Dieser globale Wettbewerb ist ein Wettbewerb von ganz anderer Qualität. Daher müssen sich unsere Unternehmen auch im Interesse der Erhaltung von Arbeitsplätzen jetzt bei uns im Bundesgebiet darauf einrichten. Daher müssen sie, um im Wettbewerb bestehen zu können, die Kostenvorteile, die das Ausland bietet, in den Preis für die eigenen Produkte integrieren.

Japan hat uns dies im pazifischen Raum ja längst vorge-macht. Japan hat Kostenstrukturen unterschiedlicher Länder zusammengefaßt und ist damit etwa im Bereich der Unterhaltungselektronik führend geworden.

Strategisch geschieht dies durch Gründung von Niederlassungen im Ausland, durch Produktionsverlagerungen, durch Investitionen im Ausland, durch Zukauf von Vorprodukten oder durch Einbeziehung von Lohnfertigung. Mehr denn je ist die Präsenz im Zielland des Exports notwendig. Die Kunden verlangen Qualität, Service und schnelle Lieferung.

Angesichts der problematischen Währungsdisparitäten und oftmals künstlichen Handelshemmnisse müssen die Auslandsmärkte durch eigene Investitionen erschlossen und es muß auch vor Ort für den dortigen Markt produziert werden. Nur so sind neue Märkte dauerhaft zu erschließen.

Voraussetzung für jede Dynamik im Export sind stabile Wechselkurse. Die Schwäche des Dollars, aber auch die zu geringe Bewertung der Lira und des britischen Pfunds machen unserer Exportwirtschaft mehr und mehr zu schaffen. Die großen Anstrengungen der deutschen Wirtschaft zur Kostensenkung werden durch die Währungsveränderungen weitgehend wieder aufgeessen. Allein durch die Vergrößerung der Disparität im Jahre 1994 sanken die Lohnstückkosten gegenüber den deutschen Anbietern in Großbritannien

(Kurz)

um 9,4 %, in den USA um 16,4 % und in Italien um 19,3 %. Im Jahre 1995 hat sich dieses Verhältnis zugunsten etwa der Lira sogar noch verschlechtert mit der Folge, daß in Italien Güter und Dienstleistungen günstiger angeboten werden können.

Dies hat natürlich bei uns den Prozeß der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland beschleunigt.

(Abg. Rapp REP: Das ist aber ein Trost für die Arbeitslosen!)

Daher möchte ich gerade an Sie als Republikaner appellieren, Ihre eigene Position bezüglich der Europäischen Währungsunion zu überprüfen. Wir können den Handel nämlich nur dann günstig beeinflussen, wenn wir eine Parität der Währung haben, die den Wettbewerb nicht beeinträchtigt. Wir brauchen gleiche Chancen im Wettbewerb, und die müssen wir auch durch eine Europäische Währungsunion garantieren.

(Abg. Rapp REP: Wir haben dann doch trotzdem ein Lohngefälle!)

Ich appelliere an Sie, gerade in dem Punkt nicht Emotionen zu wecken oder populistischen Äußerungen nachzugehen, denn unsere Wirtschaft ist inhaltlich und insgesamt darauf angewiesen, daß der große und bedeutende Binnenmarkt „Europa“ durch eine gemeinsame Währung im globalen Wettbewerb der Standorte seine attraktive Position behält.

Wir haben in Baden-Württemberg alle guten Voraussetzungen. Die Grundlagenforschung in Baden-Württemberg ist beispielhaft. Unser mustergültiges Bildungs- und Ausbildungssystem, um das uns andere Länder beneiden, bringt gut motivierte und hochqualifizierte Wissenschaftler, Ingenieure und Facharbeiter hervor. Kein Land gibt, gemessen am Bruttosozialprodukt, prozentual für Forschung und Entwicklung mehr aus als wir hier in Baden-Württemberg.

Ich möchte vielleicht noch auf einen Punkt kommen, den Sie angesprochen haben, nämlich darauf, daß wir uns möglichst wieder abschotten sollten, möglichst die Mauer oder etwas Ähnliches wieder aufrichten sollten — hegemoniale Bestrebungen. Dies wäre ein verhängnisvoller Weg.

(Abg. Deuschle REP: Ach!)

Ich muß immer wieder darauf hinweisen, daß gerade den Ländern, mit denen wir sehr intensiv zusammenarbeiten, auch den osteuropäischen und mitteleuropäischen Ländern, von denen wir in den letzten Jahren zunehmend Güter und Dienstleistungen abgenommen haben, Kaufkraft erwachsen ist und die Nachfrage nach hochqualifizierten Gütern der Anlage- und Investitionsindustrie entstanden ist.

(Abg. Deuschle REP: Vielleicht! Mit einem Fragezeichen!)

— Herr Deuschle, ich muß Sie in diesem Punkt vielleicht noch aufklären. Herr Präsident, ich sehe, die Redezeit ist zu Ende. Aber dies darf ich sicherlich noch tun.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte sehr.

Abg. Kurz CDU: In die Länder Ungarn, Tschechien, Slowenien und Polen haben wir 1994 Waren und Dienstleistungen für 6 Milliarden DM exportiert und aus diesen Ländern nur für 4 Milliarden DM importiert.

(Abg. Renz GRÜNE: Das ist klar!)

Sie sehen also schon, daß wir hier auf einem richtigen Pfad sind.

Wir müssen alle Seiten betrachten. Im Augenblick sind wir in einer schwierigen strukturellen Krise. Aber mittel- und langfristig werden wir durch diese europäische Zusammenarbeit auch mit den Ländern Osteuropas sicherlich ein Fundament erreichen, das die Zukunft für uns und unsere Kinder sichert und bei uns wieder Arbeitsplätze schafft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Abg. Renz GRÜNE: Und den Frieden!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wettstein.

Abg. Wettstein SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Tatsache, daß Herr Deuschle zu dem Thema Arbeitsplatzverlagerung gar nicht gesprochen hat,

(Abg. Deuschle REP: Dann haben Sie mich nicht verstanden!)

läßt offenbar darauf schließen, daß die Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag der Republikaner so überzeugend war, daß er es vorgezogen hat, über dieses Thema hier gar nicht mehr zu reden.

Das Thema Arbeitsplatzverlagerung ist jedoch ein sehr ernstes Thema. Nicht die Tatsache, daß deutsche Unternehmen im Ausland investieren, sondern daß der Saldo zwischen den Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland und den Investitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland negativ ist, ist ein ernstes Thema.

Bei diesem Punkt zeigt es sich jedoch, daß in Baden-Württemberg die Situation im Vergleich zu anderen Bundesländern noch bestens ist.

(Abg. Deuschle REP: Das habe ich ja ausdrücklich gesagt!)

44,1 % aller Investitionen von ausländischen Unternehmen in Deutschland kommen nach Baden-Württemberg.

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

Im übrigen ist es natürlich ein Zeichen einer entwickelten Volkswirtschaft, wenn seine Unternehmen im Ausland investieren. Denken wir nur einmal zurück an die Nachkriegszeit. Damals war es die hochentwickelte Volkswirtschaft USA, die in der völlig darniederliegenden Volkswirtschaft Deutschland investiert hat. Gerade die Nachkriegszeit hat ja gezeigt, daß damit für die USA dann auch ein neuer Markt geschaffen worden ist. Herr Kollege Kurz hat das schon angesprochen; ich kann es nur unterstreichen.

Außerdem müssen wir natürlich berücksichtigen, daß eine ganze Reihe von Unternehmen geltend machen: Wir müssen

(Wettstein)

in andere Weltregionen. Wir müssen dort Niederlassungen gründen, damit wir den dortigen Markt erobern können.

Ich hatte kürzlich ein Gespräch mit Unternehmern, die Niederlassungen in Brasilien haben. Diese sagen: Es ist völlig unmöglich, allein von Europa aus den amerikanischen Markt zu erobern; deshalb müssen wir nach Brasilien.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das hätten sie zum Teil schon viel früher tun sollen, wenn ich an die asiatischen Märkte denke!)

– Natürlich. Manchmal wurden da schon Märkte verschlafen, und man fängt erst jetzt an, ins Ausland zu gehen.

Das Thema Mischkalkulation hat Herr Kollege Kurz am Beispiel Ungarns und Tschechiens schon angeführt. Der Wirtschaftsminister nimmt doch bei jeder Reise in diese Länder mittelständische Unternehmer mit, damit sie die Möglichkeit haben, dort Kooperationspartner zu finden, um einzelne Produktionen ins Ausland verlagern zu können, damit sie zu einer Mischkalkulation kommen und hier die Arbeitsplätze bewahren können. Sie, die Republikaner, haben überhaupt nicht begriffen, daß durch Investitionen im Ausland deutsche Unternehmen in der Lage sind, Arbeitsplätze bei uns zu sichern.

Ein anderes Beispiel: Ich habe mich kürzlich davon überzeugen können, daß bei Mercedes-Benz Istanbul

(Abg. Deuschle REP: Ja, kenne ich!)

70 % der Einzelteile für den dort gefertigten Bus in Deutschland produziert und dorthin verkauft werden. Ein Großteil kommt vom Mercedes-Benz-Werk in Mannheim. Das heißt, in Istanbul werden Arbeitsplätze von Mannheim gesichert. Darauf lege ich großen Wert.

(Abg. Kurz CDU: Umgekehrt auch!)

– Natürlich, umgekehrt auch.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

– Warten Sie einmal ab. Ich komme ja noch auf den Hauptvorschlag der Partei der Republikaner, nämlich bei Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen eine Strafsteuer einzuführen.

(Abg. Trageiser REP: So steht es gar nicht drin!)

– Meine Damen und Herren, die Sache sieht doch so aus: Es gab am 3. Oktober 1995 eine Rede des Vorsitzenden des Landesverbands Baden-Württemberg, des stellvertretenden Bundesvorsitzenden,

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Christian Käs. Da heißt es: „Wir fordern daher“ – dann kommen einige Spiegelstriche; danach geht es weiter – „eine Strafsteuer bei Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen.“

(Abg. Pfister FDP/DVP zu den Republikanern: Ist das wahr? Da müssen Sie sich aber distanzieren! – Zurufe der Abg. Deuschle REP, Renz GRÜNE und Meyer CDU)

– Das ist ein wörtliches Zitat, natürlich. – Meine Damen und Herren, wenn man von „Strafsteuer“ spricht, bedeutet das doch – das ist ja der Sinn einer Strafe –, daß man bewirken will, daß das gar nicht geschieht. Das heißt, man will verhindern, daß Auslandsinvestitionen entstehen. Das bedeutet, daß deutsche Unternehmen nicht mehr im Ausland investieren sollen; sie sollen in die Grenzen Deutschlands eingeschlossen werden. Und das fordert man beim Exportland Nummer eins!

Das bedeutet zweitens, daß die Mischkalkulation, die der Kollege Kurz und ich angeführt haben, nicht mehr möglich sein wird. Das bedeutet andererseits, daß die Unternehmen hier dann ganz das Feld räumen und rausgehen, wenn Sie mit Ihrer Strafsteuer kommen, oder der Standort Deutschland wird teurer, und sie gehen ein.

Im übrigen ist es auch interessant, daß dann die ausländischen Unternehmen die einzigen wären, die bei uns diese Strafsteuer nicht zahlen müßten. Sie ist ja nur für die deutschen vorgesehen, wie Herr Käs sagt. Also ein absurder Vorschlag. Aber man sieht, es ist für die Republikaner nichts zu billig und nichts zu absurd, um Wähler, von denen sie der Auffassung sind, daß sie mit dem Bauch und nicht mit dem Kopf abstimmen, zu angeln.

Wenn diese Strafsteuer durchginge, wäre das ein erheblicher Standortnachteil für Deutschland und für Baden-Württemberg. Es kommt jedoch darauf an, daß wir hier den Standort Baden-Württemberg und den Standort Deutschland stärken und ihn nicht noch schwächen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Renz.

(Abg. Kurz CDU: Das war nicht despektierlich gemeint!)

Abg. Renz GRÜNE: Nein, das habe ich schon verstanden, Herr Kurz.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sicherlich sollte niemand die Schwierigkeiten unterschätzen, die bei uns gerade im Bereich der Beschäftigung seit der Öffnung der Grenzen und der zunehmenden Globalisierung der Märkte vermehrt aufgetreten sind.

Ich muß aber gleich am Anfang sagen: Es ist eine unzulässige Vereinfachung des Problems, wenn suggeriert wird, wie es auch aus dem Antrag der Republikaner hervorgeht, die Landesregierung könnte Unternehmen daran hindern, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern. Im Grunde liebäugeln Sie da aus meiner Sicht zwischen den Zeilen fast schon wieder mit einer anderen Ordnungspolitik. Wenn Sie es so meinen, müßten Sie es aber auch sagen. Das ist an dem Steuerbeispiel im Grunde auch schon wieder in dieser Richtung angeklungen.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Die Industrieländer können doch nicht in dem Moment, in dem die Schwellenländer von der Industrialisierung profitieren, einfach die „Schotten dichtmachen“. Sie könnten das nicht einmal, wenn sie es selbst wollten.

(Renz)

Baden-Württemberg — das wurde schon gesagt — lebt ja zu einem Großteil vom Export. Deshalb gibt es für uns ja auch Chancen in dieser Sache. Das Stichwort „Internationale Mischkalkulationen“ wurde genannt. Auch die Tatsache, daß die Kaufkraft in den Schwellenländern, in diesen benachbarten Ländern steigt, ist ein Beispiel dafür.

Es gibt aber aus unserer Sicht auch einen anderen wichtigen Bereich, dem wir uns zukünftig verstärkt zuwenden müssen, gerade wenn es darum geht, die Beschäftigungsprobleme in eine neue, bessere Richtung, als sie in den letzten Jahren eingeschlagen wurde, zu lenken. Da geht es darum, daß die regionalen Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden, daß sich — im Grunde als Pendant zu der weltweiten Entwicklung — bei uns wieder regionale Verflechtungen und Möglichkeiten auf tun. Darin sehen wir eine ganz beträchtliche Chance für die Zukunft.

Ich will Ihnen einige Beispiele nennen, die dies verdeutlichen:

Ein Beispiel — es wurde heute vormittag schon angesprochen —: Wir sagen: Allein aus ökologischen Gründen ist es erforderlich, daß wir die Energieversorgung umstellen, Schwerpunkt regenerative Energien, dezentrale Systeme. Wer installiert denn diese Anlagen? Wer installiert die Solaranlagen? Wer installiert die Kollektoren? Das ist doch das Handwerk, das sind kleine Betriebe, das sind die Betriebe, die in der Region Beschäftigung bringen. Das ist so ein Beispiel, wo eben die regionalen Wirtschaftskreisläufe ganz massiv gestärkt werden können.

Ein anderes Beispiel: die Diskussion in der Getränkeindustrie über die PET-Flaschen. Da wird natürlich eine verstärkte Konzentration eingeleitet. Auf wessen Kosten geht diese? Sie geht genau auf Kosten dieser kleineren, dieser mittelständischen Getränkebetriebe. Bei denen aber findet Beschäftigung statt. Ganz wichtig ist, daß diese Art von Beschäftigung international konkurrenzlos ist. Sie kann nur hier stattfinden.

Ein weiteres Beispiel: Die ökologische Wirtschaftspolitik sagt, wir brauchen langlebige Produkte. Das bedeutet, wir brauchen Produkte, die auch reparaturfreundlich sind, also keine Wegwerfprodukte sind. Wo wird repariert? In kleinen Betrieben und beim Handwerk. Was sind das für Arbeitsplätze? Es wären konkurrenzlose Arbeitsplätze, was die Verlagerung anbelangt.

Ein letztes Beispiel — die Liste ließe sich noch weiter fortsetzen, was ich aber aus Zeitgründen nicht tun kann —: Die Grundposition, die wir immer wieder fordern, die aber heute morgen leider Gottes vom Finanzminister schon wieder auf eine peinliche Art und Weise ins Lächerliche gezogen wurde: die ökologische Steuerreform. Es ist doch völlig klar: Wenn die Transportkosten die Wahrheit, auch die ökologische Wahrheit, abbilden würden, dann wäre dieser gesamte Umstrukturierungsprozeß, der da international abläuft, ganz anders abzufedern. Es wäre auch möglich, daß sich diese internationale Arbeitsteilung neu und anhand anderer Kriterien kristallisiert.

Anhand dieser Beispiele will ich zeigen, daß eine ökologische Modernisierung gerade auch deshalb so große Chancen für die Beschäftigung der Zukunft bietet, weil sie uns helfen

würde, die regionalen Kreisläufe, die regionale Wirtschaft zu stärken. Die Voraussetzung, die die Politik dafür bringen muß, ist eben, daß endlich die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist ja bei leibe kein Vergnügen mehr, ist ja nichts Nebensächliches mehr. Es muß endlich gehandelt werden.

Lassen Sie mich zum Schluß noch eine Bemerkung zu der Drucksache 11/6703 der Republikaner machen. Es ist ja wieder einmal — wie so oft — ein reiner Berichts Antrag: viele Fragen und keine Lösungen. Auch bei der Rede war es ja so — meine Vorredner haben es schon angedeutet —, daß sie im Grunde das Thema verfehlt haben. Problemlösungen konnte ich jedenfalls keine entdecken.

Dieses Mal — das wollte ich doch noch angeführt wissen, Herr Präsident — schlagen sie im Grunde diesem Faß sogar noch den Boden aus. In der Begründung zu diesem Fragenkatalog in der Drucksache beklagen sie doch tatsächlich den Mangel an Rationalisierungsinvestitionen bei der heimischen Wirtschaft; lesen Sie dazu den letzten Satz Ihrer Begründung nach. Sie haben also offenbar überhaupt nicht kapiert, daß Rationalisierung auf dem heimischen Arbeitsmarkt genau dieselben Auswirkungen hat wie eine Verlagerung der Produktion in andere Regionen. Sie kritisieren die Verlagerung von Arbeitsplätzen in andere Regionen Europas.

(Abg. Deuschle REP: Nein! Das sehen Sie völlig falsch!)

und daheim bedauern sie, daß nicht genug in den Abbau von Arbeitsplätzen investiert wird.

Meine Damen und Herren, so etwas ist aus meiner Sicht einer seriösen Debatte wirklich nicht mehr zugänglich. Ich kann nur sagen — dies ist die letzte Sitzungsrunde dieses Landtags —, ich hoffe, daß es in der nächsten Legislatur diesem Parlament erspart bleibt, auf so einem Niveau diskutieren zu müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. Rapp REP: Ihnen bleibt es erspart!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wurde zu Recht darauf hingewiesen, daß in den vergangenen Jahren deutsche Investoren in weit erheblicherem Umfang im Ausland investiert haben, als es umgekehrt der Fall war. Es ist auch richtig, daß es zu Arbeitsplatzverlagerungen gekommen ist, und zwar mit einer negativen Bilanz. Ich möchte zwei Hauptgründe nennen; Herr Kollege Kurz, Sie haben ja schon einige angesprochen.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß die Wirtschaftspolitik insgesamt wesentlich stärker globalisiert worden ist, als dies etwa vor 15 Jahren der Fall gewesen ist. Das hat schon vor Jahren begonnen, hat sich aber verstärkt fortgesetzt, was Sie daran sehen, daß wir jetzt ausländische Investitionsorte nicht mehr nur in Malaysia oder in Südkorea haben, sondern daß diese Investitionsorte jetzt unmittelbar vor unserer Haustüre liegen, eine Flugstunde von Stuttgart entfernt, nämlich in Tschechien und in anderen osteuropäischen Län-

(Pfister)

dern. Diese Globalisierung der Wirtschaft und die verschlechterten Standortbedingungen muß man also sehen.

Wer es noch nicht begriffen hat: Für mich war die deutlichste Warnung, als ich feststellen mußte, daß ein Unternehmen wie Daimler-Benz sein Swatch-Auto eben nicht in Baden-Württemberg, nicht in Deutschland, sondern in Frankreich produziert. Das war für mich die letzte Warnung, um zu begreifen, welche Probleme wir mit unserem Standort Baden-Württemberg und Deutschland haben.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Die Konsequenz daraus darf nun nicht sein, daß wir uns gegen diese Globalisierung wehren. Das ist ja völlig ausgeschlossen; das wäre ein Kampf gegen Windmühlen.

(Abg. Deuschle REP: Warum nicht?)

– Herr Deuschle, wissen Sie: Zwischen den Zeilen kann man ja bei Ihnen schon herauslesen, daß Ihre Strategie darin besteht, Deutschland einfach abzuschotten gegenüber dem Rest der Welt.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Davor kann ich nur warnen, meine Damen und Herren, und zwar auch im Hinblick auf unsere Exporte, auf die wir dringend angewiesen sind. Jeder zweite bis dritte Arbeitsplatz ist vom Export abhängig, gerade in Baden-Württemberg. Eine solche Abschottung wäre auch gar nicht wünschenswert, und zwar einfach deshalb, weil wir durch Investitionen im Ausland auch dazu beitragen, daß neue Märkte für unsere heimische Wirtschaft erschlossen werden können.

(Beifall des Abg. Schöning FDP/DVP)

Das möchte ich anhand eines Beispiels, eines Betriebs aus meinem Wahlkreis, belegen. Dieser Betrieb hat bereits im Jahr 1975 Arbeitsplätze nach Malaysia ausgelagert. Da ist es kurzfristig zu Einbrüchen bei der Zahl der Arbeitsplätze gekommen, aber heute haben wir die Situation, daß wir trotz oder vielleicht gerade wegen dieser Auslagerung mehr Arbeitsplätze denn je in diesem Unternehmen haben.

Nein, die Konsequenz, Herr Deuschle, kann nicht sein, daß wir uns in diesem Zusammenhang über Neustrukturierung von Föderalismus unterhalten oder auf die EU einprägen. Die Konsequenz kann vielmehr nur heißen: Was können und was müssen wir tun, um insbesondere den Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern und zu verbessern?

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Pfister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Herbricht?

Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, wenn's schnell geht.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte schön.

Abg. Herbricht REP: Herr Kollege, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß Exporte eben auch keine Einbahnstraße sein dürfen, wie es zum Beispiel bei Japan der Fall ist, das mit tausend Tricks und Hindernissen den Export nach Japan erschwert? Sie kennen ja alle die Schwierigkeiten im Handel zwischen den USA, Japan und Europa.

Der Protektionismus ist ja durchaus nicht aus der Welt geschafft, sondern herrscht in massivem Maß.

(Abg. Deuschle REP: Völlig richtig!)

Abg. Pfister FDP/DVP: Dazu kann ich nur sagen: Eine offene Weltwirtschaftspolitik muß davon ausgehen, daß wir in der Zukunft nicht mehr Protektionismus, sondern weniger Protektionismus haben.

Es geht um die Standortbedingungen, meine Damen und Herren. Dazu ist heute morgen viel gesagt worden. Ich brauche das gar nicht zu wiederholen. Die Steuerpolitik ist angesprochen worden, insbesondere die Abschaffung von Substanzsteuern, die Absenkung von direkten Steuern. Das Wechselkursrisiko spielt ja eine große Rolle. Das sage ich den versammelten Euroskeptikern hier im Saal. Die Tarifpartner haben eine entsprechende Verantwortung; auch das ist klar. Wir müssen Investitionshemmnisse und Überbürokratisierungen abbauen. Wir brauchen flexiblere Arbeitszeiten und längere Maschinenlaufzeiten.

Ganz besonders wichtig für mich ist aber, meine Damen und Herren, daß wir die Investitions- und Innovationsbremse lockern, die wir nach wie vor noch stark angezogen haben. Denn allein über die Tarifpolitik und allein über bessere Standortbedingungen werden wir nicht dazu kommen, daß wir dieses Verhältnis von 44 DM Stundenlohn in Deutschland einschließlich der Lohnnebenkosten zu 7 DM Stundenlohn etwa in Tschechien wieder ins Lot bringen. Allein darüber wird es nicht machbar sein. Wenn dem aber so ist, meine Damen und Herren, dann müssen wir uns bemühen, in Baden-Württemberg auch neue, hochtechnologische Produkte herzustellen, die die anderen nicht herstellen können.

Der Umweltbereich ist ein hervorragendes Beispiel dafür. Umwelttechnologien, meine Damen und Herren, verbessern nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen, sondern können auch ein Exportschlager sein. Das muß man wissen. Um die Innovationsbereitschaft auf dem Gebiet der Gentechnologie ist es in Baden-Württemberg und in Deutschland nicht gut bestellt, solange noch Hunderte und Tausende von jungen Ingenieuren jedes Jahr ins Ausland, zum Beispiel nach Amerika, auswandern müssen, um dort ihrer Tätigkeit nachzugehen.

(Beifall des Abg. Schöning FDP/DVP)

Wir brauchen also eine verbesserte Forschungsinfrastruktur, wir brauchen ein besseres Klima für Technologiepolitik, wir brauchen eine Verbesserung des Technologietransfers, um die Produkte auch wettbewerbsfähig auf den Markt bringen zu können. Wir brauchen vor allen Dingen eine Existenzgründungsoffensive, insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft, um auf diese Art und Weise zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, gerade in der mittelständischen Wirtschaft, die ihre Flexibilität und ihre Innovationsbereitschaft und -fähigkeit in besonderer Weise immer wieder, auch in Krisenzeiten, unter Beweis gestellt hat.

Vor allem brauchen wir aber eines: Wir brauchen für diese Existenzgründungsoffensive gerade im Bereich der neuen Technologien wesentlich mehr Risikokapital, das auf der einen Seite natürlich von den Kreditinstituten kommen muß,

(Pfister)

das aber auch vom Land Baden-Württemberg kommen muß. Ich empfinde es als ein Mißverhältnis, wenn wir im Land Baden-Württemberg einen Risikokapitalfonds für solche neuen Existenzgründungen in einer Größenordnung von 60 bis 70 Millionen DM haben, dagegen aber einen Fonds in einer Größenordnung von nur knapp 1 Milliarde DM zur Betreuung von kränkelnden Firmen. Auch dieses Risikokapital muß besser gefördert werden. Es muß so sein, meine Damen und Herren, daß in der Zukunft ein Kredit nicht nur für einen schlechten Bauplatz, sondern auch für eine gute Idee möglich gemacht werden muß.

(Beifall des Abg. Schöning FDP/DVP — Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abg. Pfister, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

**Abg. Pfister FDP/DVP:** Ich komme zum Schluß und sage an die Adresse der Republikaner: Ihr Patentrezept — das hat man aus der Debatte herausgehört —, uns einfach abzuschotten gegenüber dem Rest der Welt, wäre tödlich, auch für weitere Arbeitsplätze. Worauf es ankommt, ist, daß Deutschland und Baden-Württemberg sich diesem Wettbewerb stellen. Sie müssen sich diesem Wettbewerb stellen,

(Abg. Deuschle REP: Kein Entweder-Oder!)

und dazu muß dieses Land in der Zukunft noch fitter gemacht werden, als es heute schon ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Brechtken vom Wirtschaftsministerium.

**Staatssekretär Brechtken:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich aufgrund der Debatte ein paar Vorbemerkungen machen. Ich wiederhole es noch einmal — das habe ich Ihnen schon mehrfach gesagt —: Sie sollten jetzt nicht ständig die gleichen Themen variieren. Ich habe mich nämlich immer gefragt: Worauf wollen Sie jetzt eigentlich hinaus?

In Ihrer Rede kam dann wieder: Transferleistungen in die Europäische Union. Da sage ich ganz offen: Da gibt es ein paar Bereiche, wo ich politisch einen Revisionsbedarf sehe.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber das ist nicht das Thema heute! — Gegenruf des Abg. Deuschle REP: Doch!)

Sie kommen dann zum Ergebnis, daß dies für uns ein Nachteil sei. Begreifen Sie doch endlich: Ein Drittel des volkswirtschaftlichen Einkommens der Bundesrepublik Deutschland geht in den Export, und vom Gesamtexport gehen zwei Drittel nach Europa. Die offenen Grenzen und der Gemeinsame Binnenmarkt in Europa sind für uns im Vergleich mit allen anderen europäischen Ländern der größte Vorteil. Dies ist die schlichte Wahrheit. Das heißt nicht, daß nicht das eine oder andere politisch diskutiert und verändert werden muß.

(Abg. Deuschle REP: Thema!)

Nur sollten Sie den Leuten nicht vorgaukeln, für uns könne mit geschlossenen Grenzen, raus aus der EU oder runter mit der EU oder kleiner fahren auch nur ein einziger Arbeitsplatz gewonnen werden.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Wir verlieren auf diese Weise Arbeitsplätze. Nehmen Sie das bitte schlicht zur Kenntnis.

(Beifall der Abg. Wettstein SPD und Rückert CDU)

**Zweite Bemerkung:** Jetzt haben Sie den zweiten Versuch gemacht. Es war ja ganz interessant, daß Sie jetzt inländische Argumentationen bringen, zum Beispiel Transferleistungen in andere Bundesländer. Sie haben interessanterweise Zahlen von 1980 bis 1994 genommen,

(Abg. Deuschle REP: Vom CDU-Finanzministerium!)

weil Sie wissen: Selbst wenn Herr Mayer-Vorfelder sie veröffentlicht hätte, werden sie in dem Sinne, in dem Sie sie aufgreifen, nicht besser. Genauso lasse ich mir nicht den Mund verbieten, wenn ich gelegentlich von Ihnen Zustimmung bekomme. Zwei mal zwei ist vier, und wenn Sie das gleiche sagen, ist es für mich nicht fünf. Dessenungeachtet ist es so: Wenn Herr Mayer-Vorfelder etwas sagt, muß es nicht unbedingt immer richtig sein.

(Abg. Kurz CDU: Aber meistens!)

Das gilt in beiden Richtungen. Aber Sie haben typischerweise Zahlen von 1980 bis 1994 genommen, obwohl Sie wissen, daß im Zusammenhang mit dem Solidarpakt der Länderfinanzausgleich völlig verändert worden ist und das, was man die sogenannte Übernivellierung im alten Länderfinanzausgleich genannt hat, längst bereinigt ist und wir mittlerweile längst nicht mehr die Zahlungen leisten, die wir in der Tat vor dieser Änderung des Länderfinanzausgleichs, die ein sehr schwieriger Prozeß war, hatten. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Da hat sich die Welt auch verändert. Sie sollten nachlernen und sich vielleicht auf eine neue Basis stellen.

(Abg. Buchter GRÜNE: Dazu haben die keine Zeit!)

**Dritter Gesichtspunkt: Risikokapital.** Da stimme ich Ihnen völlig zu, Herr Kollege Pfister. Nur sollten Sie jetzt bitte nicht die Frage „Sicherung im Liquiditätshilfefonds für Firmen“ gegen das Risikokapital ausspielen. Wo liegt denn das Problem? Solange es in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund des Steuerrechts, das wir haben, interessant ist, sich in der Werftindustrie Verlustzuweisungen durch Kapitalanlage zu holen, und es keine steuerliche Präferenz der Anlage in Risikokapitalfonds gibt, so lange werden Sie einen deutschen Kapitalanleger nicht dazu bewegen, Risikokapital zu bilden.

(Abg. Wettstein SPD: So ist es!)

Sie müssen also ganz schlicht sagen: Ich muß die Anlage von Risikokapital steuerrechtlich begünstigen, damit der Kapitalanleger seine Entscheidung im Hinblick auf die mögliche Kapitalrendite — durch weniger Steuern — in Richtung

(Staatssekretär Brechtken)

Risikokapital trifft. Dies sollten wir anstreben. Sie haben ja einen gewissen Einfluß in Bonn. Deshalb setze ich auf Sie, daß Sie das hier nicht bloß sagen, sondern versuchen, dies auch umzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will noch etwas zum Stichwort „Deutsche Einheit“ sagen. Natürlich hat sich die Welt nach der deutschen Einheit verändert. Das ist völlig richtig. Nur bitte ich — und ich sage das bewußt in Richtung unserer Exportfähigkeit und auch der Währungsparitäten, wo ich Ihre Analyse teile, Herr Kollege Kurz —, aus der deutschen Einheit eines zu lernen: Wir haben auch handwerkliche Fehler gemacht. Nicht bei der politischen Einheit. Da sind wir uns ja völlig einig. Die war richtig. Da ist meiner Ansicht nach auch in internationalem Zusammenhang sehr viel richtig gemacht worden. Aber bei der Umsetzung, in der Frage, wie man die deutsche Einheit handwerklich umgesetzt hat, sind viele Fehler gemacht worden.

Und jetzt kommt für mich genau der Punkt: Ich lasse mich in der Frage der europäischen Währungsunion nicht als Synonym gegen Europa in die Ecke stellen. Ich bin für Europa, und ich bin am Ende eines Prozesses auch ganz bewußt für die europäische Währung, weil ich die Analyse des eigentlichen Problems der Verwerfungen für unsere Volkswirtschaft genauso sehe, wie Sie es hier mit Beispielen dargestellt haben. Nur: Das ist genau das Problem. Jetzt muß man einmal wirtschaftspolitisch denken und nicht einfach einen begonnenen Weg fortsetzen. Man muß auch einmal sehen, wann die Währungsunion beschlossen worden ist, nämlich zu einem Zeitpunkt, als wir die deutsche Einheit noch nicht hatten und auch die wirtschaftspolitischen Auswirkungen nicht gesehen haben. Die Grundidee der Währungsunion mit diesen Fristen, die wir heute haben, ist im alten Zustand mit dem Eisernen Vorhang und der tatsächlich großen Finanzkraft innerhalb Europas entstanden, wo wir manches mehr geschultert hätten, als wir heute im Hinblick auf die Öffnung nach Osten und die Konkurrenzsituation sowie die Transferleistungen der deutschen Einheit schultern können. Das sollten wir alle erkennen. Das waren alles Entscheidungen 1990 und 1991, wo die realen Probleme der deutschen Einheit nicht so bekannt waren.

Aber heute sollten wir doch begreifen, daß dann, wenn wir bei den Stabilitätskriterien — für die bin ich ja — 1999 eine Währungsunion bekommen, einer unserer Hauptkonkurrenten, nämlich Italien, das Sie ja genannt haben, außerhalb der Währungsunion ist. Was wird das, volkswirtschaftlich gesehen, bedeuten? Es wird zu einem massiven Abwertungsdruck auf die Lira kommen mit der Folge, daß sich die Parität der Lira zu Lasten unserer Volkswirtschaft verschieben wird. Die Exportfähigkeit zum Beispiel im italienischen Maschinenbau — gerade für Baden-Württemberg sehr wichtig — wird sich dramatisch verbessern mit der Folge, daß es bei uns große Arbeitsplatzeinbrüche geben wird. Es ist doch kein Zufall, daß Herr Stoiber, übrigens aus der gleichen politischen Einschätzung der Wirtschaftsstruktur, ähnliche Gedanken hegt. Das ist der entscheidende Punkt. Es geht hier nicht um ein Nein zu Europa. Ich sage ja zu Europa. Ich sage auch ja zu einer gemeinsamen europäischen Währung. Aber man muß sie so einführen, daß dies volkswirtschaftlich

vertretbar ist und unter Einschluß der wichtigsten Währungen zum richtigen Zeitpunkt stattfindet

(Beifall bei der SPD)

und nicht zu einem Zeitpunkt, zu dem dies zu einem Abwertungsdruck und zu einer verhängnisvollen Verschlechterung unserer Wettbewerbsbedingungen führen wird. Das ist für mich in diesem Zusammenhang der entscheidende Punkt.

(Beifall des Abg. Wettstein SPD)

Ich lasse mich dabei auch nicht beirren, wenn ich sozusagen von der falschen Seite Zustimmung bekomme.

(Abg. Deuschle REP: Den richtigen Beifall!)

Ihr ganzer Antrag hat doch bewiesen, daß Sie von volkswirtschaftlichen Zusammenhängen überhaupt nichts verstehen. Lesen Sie doch einmal Ihren eigenen Antrag.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Wenn jemand eine Strafsteuer auf Auslandsinvestitionen verlangt, wie das in Ihrem Programm steht, muß ich sagen, daß Sie sich damit volkswirtschaftlich disqualifiziert haben.

So, jetzt komme ich noch einmal zur Sache zurück. — Eine Zwischenfrage? — Bitte schön.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Kurz.

**Abg. Kurz CDU:** Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, daß heute in Bonn über den Zeitplan für die Währungsunion diskutiert wurde? Dazu hat sich Frau Wieczorek-Zeul, die europapolitische Sprecherin, geäußert und dazu aufgefordert, am Zeitplan festzuhalten. Und sie forderte dann noch einige ergänzende einheitliche Beschäftigungsrichtlinien für eine Sozialunion.

Ich darf nur fragen, aber — —

**Staatssekretär Brechtken:** Wir machen das großzügig, Herr Präsident. Das ist klar.

Zu dem Wahlkreiskollegen — —

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Ich glaube, der Herr Staatssekretär hat verstanden, was Sie zum Ausdruck bringen wollten.

Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Brechtken:** Herr Kurz, ich nehme es als Frage, deshalb bekommen Sie eine klare Antwort.

Ich teile in diesem Punkt die Auffassung der Frau Wieczorek-Zeul nicht.

(Abg. Döpper CDU: Oho!)

Ich bin in diesem Punkt viel näher beim Fraktionsvorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion, der mittlerweile in einer öffentlichen Erklärung einige nachdenkliche Bemerkungen gemacht hat, ob denn der Zeitplan so zu halten ist, wie man ihn sich im Hinblick auf die wirtschaftlichen Veränderungen

(Staatssekretär Brechtken)

vorgenommen hat. Wenn Sie Ihrem Fraktionsvorsitzenden in dieser Richtung folgen, sind wir näher beieinander, und dann sind Sie auf dem richtigen Weg. Dann kommen wir uns in der Sache näher. Insofern habe ich damit keinerlei Probleme.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kurz CDU: Es gibt Übereinstimmung!)

– Nein, nein. Sie müssen sich schon gefallen lassen, daß ich, wenn Sie dieses zitieren, anderes zitiere. Das hat heute morgen schon einmal eine Rolle gespielt – dabei ist auch wörtlich zitiert worden –; das können Sie nachlesen.

(Abg. Döpper CDU: Das wird sowieso erst 1998 entschieden! – Abg. Dr. Caroli SPD: Es geht um die jetzigen vertraglichen Gestaltungen!)

– Lieber Herr Kollege, ich teile Ihre Auffassung, daß wir es wirtschaftspolitisch diskutieren sollten. Ich meine, da sind wir uns alle einig. Wenn wir es wirtschaftspolitisch diskutieren, bin ich überzeugt, daß es tagtäglich mehr sein werden, die es wirtschaftspolitisch analysieren und zu klaren Konsequenzen kommen. Da bin ich ganz beruhigt. Da wird sich die Vernunft durchsetzen.

Wie gesagt, wir sind uns in der Zielrichtung einig. Wir sollten aber nicht wieder die handwerklichen Fehler machen, die wir schon einmal im Zusammenhang mit der deutschen Einheit gemacht haben.

Jetzt zu dem Thema Auslandsinvestitionen noch ein paar Sätze. Es ist vorhin zu Recht gesagt worden – ich will das noch einmal ganz deutlich unterstreichen –, daß Auslandsinvestitionen in dreierlei Zielrichtungen eine Rolle spielen. Erstens spielen sie eine große Rolle in der Frage der Markterschließung, weil ich teils von der Praxis her den Markt gar nicht anders erschließen kann, teils entsprechend rascher auf dem Markt sein muß. Ich muß die Marktinformation haben. Das ist meiner Meinung nach unstrittig und notwendig. Es wäre auch unsinnig, keine Auslandsinvestitionen durchzuführen.

Es gibt einen zweiten Bereich. Ich muß die Auslandsinvestitionen dort durchführen, wo ich den Markt überhaupt nur erschließen kann, Stichwort „local content“. Wenn heute ein großer Hersteller ein Werk errichtet, Beispiel Vietnam, Lkw-Herstellung Daimler, Vertrag 2005, 80 % „local content“ – also örtliche Zulieferung –, heißt dies, daß man letztlich – das wird Daimler machen – die Zulieferer, die man hier hat, auffordert, dort diese Zulieferungsstruktur aufzubauen. Das ist alles notwendig und richtig, sonst verliere ich den Markt insgesamt. Also ist Auslandsinvestition vernünftig. Im übrigen müssen immer auch Deckungsbeiträge für unsere hiesigen Hauptzentralen vorhanden sein. Ohne diese wäre deren wirtschaftliche Situation schlechter. Wir würden Arbeitsplätze verlieren.

Es gibt noch einen dritten Gesichtspunkt, weil Sie hier diese Strafdiskussion führen. Ich nehme das Thema einmal ernst, weil es bei vielen in der Bevölkerung so diskutiert wird. Das wissen Sie, und deshalb versuchen Sie, die Unkenntnis auszunutzen, und meinen, Sie könnten dies auf Ihre Mühlen treiben.

(Abg. Deuschle REP: Oh, oh!)

Ich nehme ein Beispiel aus einer meiner Diskussionen. Sie haben ein Unternehmen mit einem Produkt zu 100 DM. Das Produkt besteht zu 15 DM aus einem Kasten, der relativ einfach herstellbar ist. Darin ist für 85 DM hochwertige Elektronik. Bei meinem Beispiel existieren zwei Konkurrenten auf dem Markt. Der Hauptkonkurrent sagt, er stelle den Kasten in der Slowakei her, und zwar mit wesentlich geringeren Lohnkosten. Von der Qualität her ist dies möglich. Er bekommt den Kasten einschließlich Rücktransport für 5 DM. Die Logik ist: 85 DM hochwertige Elektronik, hier produziert, plus 5 DM Kasten, dann geht er mit seinem Endprodukt für 90 DM auf den Markt. Das hat zur Folge, daß der andere, der mit seinen 100-DM-Produkten hier bleibt, vom Markt fliegt, weil er keine Chance mehr hat. Er muß, volkswirtschaftlich gesehen, diese komparativen Lohnkostenvorteile übernehmen und muß die Produktion verlagern. Somit ist an der Stelle die Verlagerung volkswirtschaftlich geboten, notwendig und vernünftig zur Erhaltung der Arbeitsplätze hier, nämlich diese 85 DM im Zusammenhang mit der Herstellung der hochwertigen Elektronik.

Dann hat einer in der Diskussion genau die Frage gestellt, ob man da nicht eine Strafsteuer oder einen Zoll einführen könne. Dann müßte der Hauptkonkurrent, wenn er die Grenze überschreitet, die 10 DM Differenz bezahlen. Dann wären die Kosten gleich. Darauf habe ich gesagt, daß diese These stimmt, aber nur, wenn man sie für den Einzelfall beschränkt. Denn wenn wir das machen, ziehen andere nach.

Jetzt komme ich wieder auf das zurück, was ich vorhin gesagt habe. Ein Drittel dessen, was wir volkswirtschaftlich produzieren, geht in den Export. Das ist übrigens, bezogen auf den einzelnen Arbeitnehmer, ein Drittel mehr als in Japan. Wir sind nach wie vor Weltmeister im Export. Wir sind, wenn man den Export auf den einzelnen Arbeitnehmer bezieht, die Nummer eins.

Dieses Prinzip, zu Ende gedacht, bedeutet, daß es andere auch machen würden. Damit wären unsere Exportchancen weg. Wir wären die Hauptverlierer einer solchen These. Volkswirtschaftlich ist so etwas somit unsinnig. Es bleibt also dabei, daß es vernünftig und richtig ist, solche Überlegungen anzustellen.

Es ist nicht das Problem, daß unsere Betriebe im Ausland investieren. Das entscheidende Problem besteht darin, daß wir mittlerweile zuwenig Investitionen aus dem Ausland bei uns in der Bundesrepublik haben. Das ist, wie gesagt, völlig richtig. Herr Kollege Wettstein hat es gesagt. Baden-Württemberg hat mit fast 50 % aller Auslandsinvestitionen in der Bundesrepublik einen hohen Anteil. Das ist gut so. Das liegt an den Faktoren, die genannt worden sind. Aber wir müssen dann eben bei uns unsere Wettbewerbsbedingungen verbessern. Da müssen wir runter mit den nominalen Steuersätzen, weil viele internationale Konzerne die nominalen Steuersätze vergleichen, bei gleichzeitigem Zurückfahren von Abschreibungsmöglichkeiten. Dann müssen wir bei uns die Lohnnebenkosten senken.

(Abg. Deuschle REP: Aha! Und wie?)

Aber jetzt sage ich auch einmal etwas an die Kollegen, die hier im Landtag und in Bonn die Regierung tragen: Sie

(Staatssekretär Brechtken)

sprechen immer über den Standort Deutschland und fordern dann, die Lohnnebenkosten dürften nicht sinken. Erst vor kurzem haben sie die entscheidenden Weichen gestellt, indem sie etwa beim Thema Arbeitslosenversicherung, beim Thema Rentenversicherung über vier Prozentpunkte Lohnnebenkosten dadurch hinzugefügt haben, daß sie damals gesagt haben: Die deutsche Einigung wird zu 100 % von den versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern und den Arbeitgebern bezahlt. Als damals andere im Bundestag überlegt haben, ob nicht andere Berufsgruppen hier mitfinanzieren müssen, die heute nicht in der Sozialversicherung sind, haben sie das zurückgewiesen und haben es nicht gemacht. Und dann stellen sie sich anschließend hin — obwohl es Instrumente für mehr Solidarität gegeben hätte — und sagen: „Der Standort Deutschland ist gefährdet.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gelegentlich muß man auch seine eigenen Handlungen so machen, daß sie auch mit der Theorie übereinstimmen.

Also: Die Lohnnebenkosten müssen runter. Völlig einverstanden. Wir müssen flexibler werden. Viele Dinge sind genannt worden, die ich dick unterstreiche.

Wir müssen dafür sorgen, daß keine Strafsteuern im Hinblick auf die Frage der Auslandsinvestitionen eingeführt werden, sondern wir müssen unsere Standortbedingungen verbessern, damit mehr Auslandsinvestitionen zu uns kommen. Ich meine, wir sind in dieser Frage insgesamt auf einem guten Weg, wenn wir all das, was wir in der Theorie entwickeln, auch konsequent umsetzen. Da bitte ich, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das müssen wir schon wirklich konsequent machen.

Jetzt sage ich noch einmal etwas zur Diskussion von heute morgen: Man sollte keine Pakte zu Lasten Dritter schließen, sondern man sollte in seinem eigenen Bereich handeln. Schauen Sie einmal, was wir hier in der großen Koalition — ich sage das ganz bewußt — in der Finanzpolitik und in dieser Frage geleistet haben: Wir haben alles mit Einsparungen weggesteckt. Wir haben die Schulden nicht erhöht; wir haben sie sogar deutlich zurückgeführt. Wenn Sie dies in Bonn machen, dann haben wir die Chance, den Solidaritätszuschlag zu senken. Dann können wir auch die Gewerbesteuer abschaffen und können den Gemeinden einen Ausgleich bieten. Das ist es, was gefordert ist: Entschlossen sparen, und nicht nur theoretisieren und Vorschläge zu Lasten Dritter und anderer machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

(Abg. Kurz CDU: 3 Minuten!)

Abg. Deuschle REP: Das reicht. — Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Debatte wurde bisher noch nicht explizit die Frage gestellt, unter welchen Marktbedingungen unser Sozialstaat noch zu halten ist. Darum geht es ja wohl auch. Der Wissenschaftler Horst Afheldt

(Zuruf des Abg. Renz GRÜNE)

hat dazu in der Januarausgabe des SPD-Mitgliedermagazins „Vorwärts“ — also sicher keiner republikanischen Postille — einige bemerkenswerte Ausführungen gemacht. Afheldt kommt zu dem Ergebnis, Herr Staatssekretär, daß es im ungezügelten Wettbewerb der liberalistischen Wirtschaftsordnung nichts nütze, von einem hundertprozentigen Sozialstaat zu einem 80prozentigen zu werden, was Sie von der SPD ja leider auch wollen. Dieser würde dann im Wettbewerb mit einem 60prozentigen oder einem 40prozentigen Sozialstaat verlieren, und am Ende — so Horst Afheldt — hätten wir, wie er es nennt, den „Asozialstaat“. Unter Bezugnahme auf die wirtschaftlichen Entwicklungen in Asien, vor allem in China, erwartet er für das Jahr 2000 rund 300 Millionen Arbeitslose im Weltmaßstab. Dadurch würde — da hat Afheldt recht — Arbeit weltweit immer billiger. Als Konsequenz zieht der Sozialdemokrat Afheldt daraus die Forderung, zusammen mit Frankreich die europäischen Industrien und Produktionen, zum Beispiel die Autoindustrie, zu schützen. Was also einem Sozialdemokraten, der vielleicht einmal ein bißchen über den Tellerrand hinausdenkt, erlaubt ist, das soll einem Republikaner, der vielleicht ähnliche Gedanken hat, verwehrt werden? So kann das ja nicht gehen.

(Beifall bei den Republikanern — Zurufe der Abg. Döpper CDU und Dr. Puchta SPD)

Ich weiß, meine Damen und Herren, daß viele Marktwirtschaftler mit Ansätzen einer Schutzzollpolitik ordnungspolitisches Bauchweh bekommen. Aber ich warne hier vor zuviel Blauäugigkeit, Herr Kollege Kurz. Die meisten ostasiatischen Staaten, wie Japan und Südkorea, haben bei ihrem wirtschaftlichen Aufbauprozess ihre Inlandsmärkte für ausländische Wettbewerber weitgehend abgeschottet. Das ist auch die Realität. In Japan hat das vor allem das MITI, das dortige Wirtschaftsministerium, organisiert. Man muß natürlich die Frage des „local content“ — ich habe da auch beruflich meine Erfahrungen gemacht — sehr differenziert sehen. Da bin ich gegen jegliche Pauschalbetrachtung. Das ist gar keine Frage.

Nun stellt sich also für uns in Europa und in Deutschland die Frage, ob wir Marktprozesse zulassen dürfen, die fast zwangsläufig zu einer Art Entindustrialisierung führen. Dazu sagen wir Republikaner konsequent nein. Der Prozeß der Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland würde sich dann noch zusätzlich verstärken, wenn die europäische Einheitswährung eingeführt würde.

Wir Republikaner sind sehr erfreut, daß der Herr Wirtschaftsminister in dieser Frage auf unsere Linie eingeschwenkt ist,

(Abg. Kurz CDU: Ha, ha, ha!)

und das begrüßen wir ja auch.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir wollen doch keinem Politiker, Herr Staatssekretär, der den Weg vom Saulus zum Paulus gegangen ist, diese Möglichkeit nicht einräumen. Nun besteht die Möglichkeit, daß Sie von der SPD diese Forderungen von uns übernommen haben, aber wir haben natürlich berechnete Zweifel daran, daß das Ihre ehrliche Meinung ist. Ist das vielleicht nur wahlpolitisches Kalkül?

(Beifall bei den Republikanern)

(Deuschle)

Deshalb fordern wir, weil wir Sie, meine Damen und Herren von der SPD, ja genau kennen: Der Bürger soll entscheiden, ob die D-Mark abgeschafft oder erhalten werden soll.

(Beifall bei den Republikanern — Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Wir fordern für den deutschen Bürger die gleichen Grundrechte wie für die Bürger in Frankreich, Dänemark und Irland. Wir sind dann aber auch überzeugt —

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abgeordneter, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

**Abg. Deuschle REP:** Ich bin in der Endphase, Herr Präsident.

(Heiterkeit bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP — Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP)

Wir sind aber auch überzeugt, meine Damen und Herren, daß der D-Mark-freundliche Bürger Ihre wahltaktischen Spielchen durchschaut und nicht die Kopie SPD, sondern das Original Republikaner wählt.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wettstein. Ich muß Sie allerdings auf die Kürze Ihrer Redezeit hinweisen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Null dreißig Minuten!)

— Ja.

**Abg. Wettstein SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte eigentlich nur eine ganz kurze Feststellung treffen.

Als ich vorhin aus der Rede des Landesvorsitzenden der Partei der Republikaner, Herrn Christian Käs, anlässlich des vierten Republikanertages am 3. Oktober 1995 in Stuttgart zitiert habe — es ging also nicht um eine Rede in irgendeiner Hinterstube eines Wirtshauses, sondern um eine Rede beim Republikanertag —, daß Herr Käs „eine Strafsteuer bei Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen“ fordert, habe ich da einige Bewegungen in Ihren Reihen gesehen, und ich war eigentlich davon überzeugt oder ich hatte gehofft, daß Sie hier ans Rednerpult kommen und sagen: Die Strafsteuer ist eine blöde Sache, die irgendwie mit dem Namen des Landesvorsitzenden zusammenhängt; wir distanzieren uns davon.

Ich stelle nun fest, daß Sie sich nicht davon distanzieren haben, und ich stelle außerdem fest, daß Sie weiter mit dieser absurden Forderung auf Stimmenfang gehen werden.

(Abg. Deuschle REP: Schon recht! — Abg. Redling SPD zu den Republikanern: Wo ist Ihr Beifall? — Beifall bei den Republikanern — Abg. Redling SPD: Ihre Partei unterstützt Sie gar nicht!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Redezeiten sind

auch ausgeschöpft. Ich gehe davon aus, daß dieser Antrag für durch die Aussprache erledigt erklärt werden kann. — Dem wird nicht widersprochen. Es ist so beschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus und Sport — Kienbaum-Gutachten zur Optimierung des Ressourceneinsatzes im Schulbereich — Drucksache 11/6645**

Das Präsidium hat folgendes festgelegt: Zur Begründung des Antrags soll eine Redezeit von 5 Minuten gelten. Dem soll sich eine Aussprache mit einer Redezeit von 5 Minuten je Fraktion anschließen.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Schnaitmann.

**Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch Schuletats verdienen eine genaue ökonomische Durchleuchtung. Wer wollte das bestreiten? Die Frage ist, ob dies eigentlich nicht eine Aufgabe der Schulaufsicht und der Rechnungshöfe wäre.

Aber offensichtlich erhoffen sich die Ministerien von privatwirtschaftlichen Unternehmensberatern mehr Wirkung. Man will sich bei mißlichem Sparen auf die Außendistanz berufen. Die Hauptaufträge ergingen dabei an die Firma Kienbaum, 1991 in Nordrhein-Westfalen, und von dort als Export nach Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen. Unternehmensberater scheinen unter der Hand zu mächtigen Bildungsberatern aufzusteigen.

Eine politische Diskussion dieser fragwürdigen Vorgänge wird unerlässlich — fragwürdig deshalb, weil Wissen und Können, Bildung und Qualifikation, Fördern und schulische Differenzierung, soziale und interkulturelle Erziehung wohl kaum mit Methoden der Ökonomie meßbar sind.

Kienbaum definiert deshalb folgerichtig das Produkt seiner Untersuchung eine Stufe tiefer, nämlich im erteilten Unterricht. Das Produkt gilt als erstellt, wenn der Basisunterricht erfüllt wird.

So sind dann auch die Ergebnisse und Vorschläge des Kienbaum-Gutachtens von eindrucksvoller Banalität. Wer hat nicht schon vorher gewußt, daß Baden-Württemberg bundesweit an der Spitze steht, was den Klassenteiler und die Lehrerdeputate anbelangt? Wer hat nicht schon vorher gewußt, wie viele neue Lehrerstellen etwa für die Erhaltung des Status quo oder für die Verbesserung der Qualität von Schule gebraucht werden? 1,9 Millionen DM ist dieses Ergebnis sicher nicht wert.

Dennoch werden Landesregierungen sogar aufgrund banaler Ergebnisse nervös: In Baden-Württemberg wurde der Bedarf kurzerhand zensiert, Bayern operierte mit falschen, das heißt mit zu niedrigen Schülerzahlen, um das Ausmaß der bildungspolitischen Misere zu kaschieren.

Auch Schuletats verdienen eine genaue ökonomische Durchleuchtung. Das heißt eben auch: Die heiligen Kühe müssen auf den Prüfstand. Aber genau das wird vermieden. So sind die Gutachter in Baden-Württemberg vorsorglich beauftragt

(Monika Schnaitmann)

worden — Zitat —, „die durch das Schulgesetz gesetzten Rahmenbedingungen zu beachten.“

Der Erziehungswissenschaftler Professor Flitner aus Tübingen und der Bildungsökonom Professor Klemm aus Essen haben auf Initiative meiner Fraktion das Kienbaum-Gutachten beurteilt. Sie kommen zu dem Schluß:

Erstens: Durch die einengende Auftragsbeschreibung der Landesregierung werden intelligente Lösungen der Schule ausgeklammert. Wer Kosten berechnen will, muß auch das System im ganzen prüfen.

Zweitens: Deutlich werden die Konsequenzen dieses Denk- und Rechenverbots etwa bei der Vorgabe „gegliedertes Schulsystem“. Für die Erhaltung der sehr kleinen Hauptschulen mit sehr kleinen Lerngruppen zahlen die Länder einen erheblichen Preis. Läge es nicht auf der Hand, in den dünner besiedelten Regionen die verschiedenen Bildungsgänge zusammenzufassen und damit Mittel und Wege zu sparen?

Drittens: Ein weiteres Beispiel systembedingter hoher Kosten ist die immer häufiger angestrebte Doppelqualifikation. Etwa 40 % der Abiturienten wählen nach dem Abitur eine Berufsausbildung außerhalb der Hochschule. Sie durchlaufen damit auch als Verursacher von Kosten ein zweites Mal die Schulen der Sekundarstufe II. Berechnungen haben gezeigt, daß Angebote mit doppelqualifizierenden Abschlüssen durchschnittlich 80 % dessen ausmachen, was ein Nacheinander zweier Ausbildungen verlangt.

Dies alles aber durfte nicht untersucht werden. Die Ergebnisse sind deshalb banal. Kein Wunder, wenn die Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Berichtsantrag hinsichtlich der Konsequenzen der Kienbaum-Untersuchung ebenso banal ist.

Erstens: Auf die Frage, warum eine strukturelle Schulreform nicht Gegenstand des Untersuchungsauftrags war, folgt der Verweis, daß dies eine Frage der Bildungspolitik und -pädagogik sei.

(Abg. Rebhan CDU: Ist doch richtig!)

Natürlich. Aber steht dem eine externe Beurteilung entgegen? Das ist ja gerade die Kritik an den Untersuchungen à la Kienbaum, daß eine pädagogische Evaluation eben nicht erfolgt. Ich frage mich: Woher kommt denn die Angst, sich von externen Experten in die Karten schauen zu lassen? Daß integrative und kooperative Schulsysteme wegen der notwendigen Differenzierung teurer seien als das gegliederte Schulsystem, ist eine dreiste Behauptung bar jeglicher Begründung.

Zweitens: Nicht nur banal, sondern zynisch sind die Antworten, die den Arbeitsplatz Schule, die Klassengröße und innerschulische Unterrichtsformen betreffen. Zitat:

Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, daß der Erfolg unterrichtlicher Arbeit und die Qualität des Unterrichts weniger von äußeren Faktoren wie Größe der Klasse oder Ausstattung der Schule abhängt, sondern vielmehr von der pädagogischen Konsensbildung und der Atmosphäre an einer Schule.

Was aber beeinflußt die Atmosphäre einer Schule? Wanderklassen, zu kleine Klassenräume, die nicht individuell gestaltet werden können, keine Nischen für Rückzug und Stillarbeit bieten, ein Lehrerzimmer, das für pädagogische Diskussionen wenig ansprechend ist, all dies sind sicher Faktoren, die es erschweren, daß für Schüler und Lehrer „die“ Schule zu „unserer“ Schule wird. Und daß der Erfolg freien Arbeitens, von Stillarbeit und der Stärkung der Methodenkompetenz unabhängig sein soll von der Gruppengröße, diese Behauptung ist eine kaum zu überbietende Dreistigkeit gegenüber all denjenigen Lehrerinnen und Lehrern, die tagtäglich mit eben diesen Problemen steigende Schülerzahlen, zunehmende erzieherische Aufgaben und zu kleine Klassenräume zu kämpfen haben. Wollte man die Aussagen des Kultusministeriums ernst nehmen, müßte man ja gerade für diese Entwicklung dankbar sein, weil große Klassen dem Helfersystem, der sozialen Erziehung und der Methodenkompetenz offensichtlich dienlich sind. So etwas können nur Menschen schreiben, die schon lange nicht mehr an Schulen unterrichtet haben.

Drittens: Vielleicht aber muß man diese Aussage des Kultusministeriums sehr ernst nehmen. Denn wenn dies so ist, was hindert dann noch, Gruppen zu vergrößern, sprich den Klassenteiler zu erhöhen? Denn auch die sogenannte kreative und intelligente Ressourcenpolitik, wie es in der gemeinsamen Presseerklärung des Ministerpräsidenten und der Kultusministerin heißt, und die avisierten 2 500 neuen Stellen in fünf Jahren werden eben nicht den zusätzlichen 33 000 Schülerinnen und Schülern pro Jahr bis zum Jahr 2000 gerecht werden. Die Einführung des flächendeckenden zehnten Hauptschuljahres wird im neuen Schuljahr zusätzlich 350 Stellen kosten. Von den ersten 500 Stellen für die ersten 33 000 zusätzlichen Schülerinnen und Schüler bleiben dann also noch 150 Stellen übrig, selbstverständlich unter Haushaltsvorbehalt.

Von bildungspolitischem Aufbruch und Innovationsoffensive ist in der Presseerklärung die Rede, von Entwicklungsperspektiven für morgen. Mit 500 Stellen pro Jahr gegen die 1 600, die das Kultusministerium selber bestätigt, sind dies nichts als Worthülsen. Eine intelligente und kreative Ressourcenpolitik braucht mehr als das krampfhaft verteidigte teure gegliederte Schulsystems, braucht mehr als 500 Stellen pro Jahr, braucht mehr als Projektarbeit und Methodenkompetenz, braucht mehr, als mittelgroße Klassen führbar zu machen. Eine intelligente und kreative Ressourcenpolitik hat keine Angst, das gesamte Schulwesen auf den Prüfstand zu stellen.

Das 1992 erschienene Gutachten der Johannes-Löchner-Stiftung hat deutlich die Ressourcenverschwendung, aber auch Lösungsansätze aufgezeigt, nämlich eine sechsjährige Grundschule, eine neue Mittelschule und integrative Schulformen. Nordrhein-Westfalen ist aufgrund der Erfahrungen des Kienbaum-Gutachtens einen anderen Weg gegangen. Die aus Pädagogik und Wirtschaft zusammengesetzte Bildungskommission hat in ihrer Denkschrift „Zukunft der Bildung — Schule der Zukunft“ wegweisende Empfehlungen ausgesprochen in der Hoffnung, damit eine bundesweite Diskussion anzustoßen. Das baden-württembergische Kultusministerium ist unserer Einladung, zusammen mit dem Philologenverband, der GEW, dem VBE, der Aktion Humane Schule und dem Städtetag die Denkschrift zu diskutie-

(Monika Schnaitmann)

ren, nicht gefolgt. Ja, es fand es nicht einmal für nötig, abzusagen. Blockadementalität und Gesprächsverweigerung sind fürwahr keine Zeichen für einen bildungspolitischen Aufbruch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Rebhan das Wort.

**Abg. Rebhan CDU:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem ja heute in diesem Hause schon eine ungute Atmosphäre geherrscht hat, möchte ich etwas dazu beitragen, daß die Stimmung lockerer wird und Frau Schnaitmann ihre Thesen nicht so todernst vortragen muß.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Helau!)

Deshalb frage ich: Weshalb haben Sie eigentlich diesen Antrag gestellt? Wenn Sie wirklich daran glauben würden, nach der Landtagswahl selber in der Regierung zu sein, dann hätten Sie ja die Möglichkeit, die Dinge anders zu steuern, als sie wohl auch nach Ihrer Vermutung nach der Landtagswahl gesteuert und geleistet werden.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Sehr gute Frage! — Abg. Jacobi GRÜNE: Sagen Sie mal was zur Sache! — Abg. Dr. Caroli SPD: Also, das mit der Atmosphärenverbesserung hat noch nicht geklappt!)

Der Schule und der Schulverwaltung konnte in der derzeitigen Spardiskussion nichts Besseres passieren als die Untersuchung durch Kienbaum. Ich meine, das Ergebnis zeigt, daß es nicht viel zu optimieren gilt, um einen optimalen Ressourceneinsatz an unseren Schulen zu bekommen. Dieses Ergebnis ist, so meine ich, im nachhinein eine Bestätigung dafür, daß die frühere Kultusministerin Frau Dr. Schultzhector ihr Amt und ihr Haus gut geführt hat.

Kürzlich hat der Chefredakteur des „Schwarzwälder Boten“, Jörg Bischoff, in einem Kommentar zur Situation der Schulen folgendes gesagt — Herr Präsident, ich darf mit Ihrer Genehmigung nur einiges zitieren —: . . .

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Sie dürfen immer zitieren.

(Abg. Renz GRÜNE: Dazu braucht man keine Genehmigung!)

**Abg. Rebhan CDU:** . . .

Viel wichtiger sind die Vorschläge der CDU zur Flexibilisierung der Lehrerbeschäftigung. Mit Arbeitszeitkonten, Lehrbeauftragten, einem Sabbatjahr und anderen Projekten versucht das Land zum ersten Mal in der Geschichte der Bildungspolitik, einen Ausweg aus dem Dilemma seiner Arbeitsmarktpolitik nach Beamtenrecht zu finden.

Ich glaube, das sind die eigentlichen Probleme, mit denen sich Schul- und Bildungspolitik in den nächsten Jahren zu beschäftigen hat.

Ich meine, wie es auch immer wieder angeklungen ist — das kann ich als Praktiker auch aus Schulerfahrung sagen —, daß zum Beispiel eine Auflösung der Oberschulämter eben

nicht machbar ist, ohne daß die Schulen auf die Hilfestellung, die sie jetzt beispielsweise im beruflichen Schulwesen erfahren, verzichten müßten. Wo sollten die gute Unterstützung, die Beratung und vieles, was sonst an den Schulen oder an einem staatlichen Schulamte gemacht werden müßte, ansonsten geleistet werden?

Lassen Sie mich noch etwas sagen, was gerade in der heutigen Diskussion immer wieder übersehen wird und wo manche auch gar nicht so gern darangehen, die Dinge beim Namen zu nennen. Ich glaube, wir geben berechtigterweise viel Geld für die Bildungspolitik und für die Hochschulen aus. Wir geben viel Geld zur Beschaffung von Sachmitteln aus. Aber wir müssen bekennen, daß es auch von seiten der Schüler noch etwas zu leisten gilt. Wir haben das Problem, daß Schüler heute teilweise nicht mehr so aufnahmefähig sind, wie man es eigentlich erwarten müßte.

(Abg. Zeller SPD: Wollen Sie Schulgeld einführen?)

— Hören Sie mir zu. — Die Belastungen der Schüler im außerschulischen Bereich sind viel zu groß und beeinträchtigen manchmal auch den Lernerfolg an der Schule.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

— Herr Kollege Pfister, ich habe einmal bei einer Podiumsdiskussion, wo Sie nicht dabei waren, gesagt:

(Abg. Pfister FDP/DVP: Kann nicht sein! Ich bin immer dabei!)

Ich kann mir nicht vorstellen, daß diejenigen Schüler, die morgens schon vor Schulbeginn neben dem Frühstück zwei Stunden ferngesehen haben, für fünf oder sechs Unterrichtsstunden so aufnahmefähig sind, wie sie es sein sollten.

Aber, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, Sie haben Verständnis, wenn ich heute mit ganz wenigen Worten noch etwas sagen möchte, was mich als Bildungspolitiker besonders bewegt und was nicht direkt mit diesem Thema zu tun hat.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Gewissermaßen eine Art Vermächtnis des Josef R.!)

— Ja, so ist es. Herr Kollege Pfister, für Sie und für uns alle gilt: Wir haben uns im Schulausschuß doch viel zu häufig mit Kleinigkeiten und zu sehr mit schulorganisatorischen und Verwaltungsaufgaben beschäftigt, anstatt uns viel mehr um das zu kümmern, was das Schulgesetz und die Landesverfassung in so schönen und zutreffenden Worten beschreiben:

Über die Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten hinaus ist die Schule insbesondere gehalten, die Schüler in Verantwortung vor Gott im Geiste christlicher Nächstenliebe . . . zu erziehen.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Diese Leitlinien und das zugrundeliegende christliche Menschenbild werden auch künftig für eine gute Schulpolitik und für eine gute Erziehung unserer Kinder — auch zum Wohle unserer Gesellschaft — und eben nicht nur für eine Wissensvermittlung vonnöten sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

**Abg. Zeller SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unbestritten ist die Aussage des Kienbaum-Gutachtens, daß die Schülerzahlen von heute 1,442 Millionen auf 1,684 Millionen Kinder im Jahr 2005/6 steigen werden. Erst im Jahr 2015/16 werden wir wieder den heutigen Stand erreicht haben.

Unbestritten ist aber auch, daß wir ein neues Verständnis von Schule brauchen, wie erst jüngst Herr Ernst Mutscheller vom Bildungswerk der Baden-Württembergischen Wirtschaft formulierte.

Unabhängig, meine Damen und Herren, von den steigenden Schülerzahlen brauchen wir also eine innere Schulreform, die diesen Namen auch tatsächlich verdient.

Zusammen mit der Wirtschaft, der GEW und vielen Elternvertretern sind wir der Meinung, daß Schule heute nicht mehr mit den herkömmlichen Inhalten und Strukturen auskommen kann.

Zugegeben: Inzwischen nutzen einige Schulen den vorhandenen Freiraum mehr als früher. Auch das Kultusministerium hat neuerdings die innere Schulreform plötzlich als ein Markenzeichen entdeckt. Nur: Dies geschieht trotzdem vordergründig und halbherzig. Schulen und Schulleiter stoßen sehr schnell an die Grenzen, die erwünschte Spielräume verhindern. Viele Eltern und Lehrer, die mit der SPD auf eine neue Bildungsreform setzen, haben bislang leider den Eindruck gewinnen müssen, die Kultusbürokratie in Baden-Württemberg habe gekreißt und eine Maus geboren.

Bei unserem Koalitionspartner fehlt die Bereitschaft, tatsächlich mit Reformen Ernst zu machen – das gilt vor allem für den Organisationserlaß – und in einem weiteren Schritt natürlich auch das Schulgesetz zu ändern, damit die Schulen wirklich mehr Gestaltungsfreiraum bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Schon heute kann gesagt werden, daß wir das Konzept der teilautonomen Schule brauchen, weil Entscheidungen direkt an der Schule pädagogisch treffgenauer sind, für alle gleichermaßen motivierend wirken und weil dadurch vorhandene Ressourcen effektiver eingesetzt werden können. Der Staat wird auch bei diesem Konzept – und das sage ich gerade in Richtung CDU – seiner verfassungsgemäßen Verantwortung für das Schulwesen voll gerecht. Aber er beschränkt sich eben darauf, Rahmenbedingungen festzulegen, Abschlüsse zu definieren, grundlegende Ziele und Strukturen des Schulwesens vorzugeben und die materiellen und rechtlichen Bedingungen zu beschließen.

Innerhalb dieses Rahmens sollen die Schulen Entscheidungsspielräume erhalten, die eben heute nicht vorhanden sind, sei es nun bei der Gruppenbildung oder bei der zeitlichen Ausgestaltung des Schulalltags, der Schulwoche oder längerer Zeiträume. Kienbaum hat dazu einige brauchbare Ansätze genannt. Aber es bleibt das grundsätzliche Problem, daß reine Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bloß am Erteilen des vorgeschriebenen Unterrichts ausgerichtet sind und keine meßbaren Kriterien für eine gute Schule mit einfließen können.

Zu mehr Freiräumen für die einzelne Schule gehören auch flexible Stundentafeln und Rahmenlehrpläne. Die könnten zum Beispiel nach unserer Vorstellung nur noch 60 % von dem umfassen, was heute vorgeschrieben ist. Die gewonnene Zeit könnte zur Profibildung der Schulen genutzt werden.

Gekniffen haben die Gutachter vor einer Aussage, wie denn das starre und auch sehr teure gegliederte Schulsystem weiterentwickelt werden könnte. Die Gutachter durften vermutlich die äußere Schulentwicklung nicht auf den Prüfstand stellen.

(Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Das dürfen sie doch gar nicht!)

weil dies ideologische Scheuklappen der CDU angekratzt hätte

(Abg. Rebhan CDU: Ei, ei!)

oder weil sogar von unabhängigen Experten, Herr Rebhan, entdeckt worden wäre, daß das Kultusministerium bis heute den Koalitionsauftrag bei der Schulentwicklungsplanung nicht erfüllt hat.

(Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Jawohl! So ist es!)

Noch vor Jahren wurde im übrigen die zweizügige Hauptschule als einzige pädagogisch funktionierende dargestellt. Heute haben wir fast nur noch die einzügige Hauptschule. Und auch von den einzügigen Hauptschulen schwankt mittlerweile eine erschreckliche Zahl am Rande der Tragfähigkeit.

Um breitere Abschlüsse anbieten und Ressourcen besser einsetzen zu können, führt an der Öffnung des starren Schulsystems für kooperative und integrative Schulformen kein Weg vorbei.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Warum machen denn die das nicht?)

In anderen Bundesländern reift diese ganz pragmatische Einsicht ja selbst bei der CDU; ich sage hier nur Saarland.

(Abg. Rebhan CDU: Saarland!)

– Ja, informieren Sie sich mal, was Ihre CDU-Kollegen im Saarland gemacht haben. Dann wäre ich ein bißchen vorsichtiger und würde die Zwischenrufe unterlassen.

(Abg. Rebhan CDU: Wir waren doch schon im Saarland! – Gegenruf des Abg. Bebbler SPD: Aber nur unter Tage!)

Was Sie jetzt beschlossen haben, das ist natürlich etwas anderes, Herr Rebhan. Sie müssen sich informieren.

(Abg. Rebhan CDU: Auch CDU-Leute sind vor einem Irrtum nicht gefeit!)

Meine Damen und Herren, das Kienbaum-Gutachten sagt eindeutig, daß wir aufgrund der steigenden Schülerzahlen zusätzliche Deputate brauchen, und zwar etwa 1 600 pro Jahr.

(Zeller)

Ich habe eben aufgezeigt, daß sowohl durch die innere als auch die äußere Schulreform Ressourcen effektiver eingesetzt und dadurch Deputate geschaffen werden können. Hier sind noch längst nicht alle Ideen ausgeschöpft, die pädagogisch und bildungsökonomisch vertretbar sind. Wir wollen gemeinsam mit den Betroffenen im Sinne einer dialogorientierten Bildungspolitik Maßnahmen zur Sicherung der Schulqualität verabreden. Dazu gehören auch die Einführung eines Sabbatjahres, das jetzt endlich auch vom Ministerium aufgegriffen wird, und die Erprobung neuer Arbeitszeitmodelle für Lehrer nach dem Vorbild Bremens.

Aber trotz aller strukturellen Reformmaßnahmen werden wir nicht umhinkommen, zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen.

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD — Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abgeordneter, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

**Abg. Zeller SPD:** Ich bin gleich am Schluß, Herr Präsident.

Ich sage Ihnen klipp und klar: Die vom Ministerpräsidenten und auch der Kultusministerin vorgeschlagenen 2 500 Stellen für die nächsten fünf Jahre werden nicht ausreichen, um den ohnehin schon zu hohen Klassenteiler zu halten.

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen ist es schon interessant, zu beobachten, welche Versprechungen so kurz vor der Wahl ausgerechnet von der CDU abgegeben werden, die doch bei der Schaffung von weiteren Stellen in dieser Legislaturperiode von der SPD ständig zum Jagen getragen werden mußte.

(Beifall bei der SPD — Abg. Rebhan CDU: Ei, ei, ei!)

Es ist auch die CDU, die die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst wieder auf 40 Stunden pro Woche erhöhen und in der Folge der Lehrerschaft eine zusätzliche Belastung aufbürden wollte.

(Abg. Rebhan CDU: Was sagt die Frau Simonis?  
— Abg. Sieber CDU: Was sagt der Herr Eichel?)

— Ich weiß, das tut weh. Die Wahrheit tut Ihnen weh.

Hinzu kommt, daß Herr Teufel seine Lehrerversprechungen unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt hat. Da es nur um Effekthascherei ging, hätte er ruhig noch einiges draufsatteln können. Denn mit 500 Stellen pro Jahr, sage ich Ihnen, wird er nicht weit kommen.

(Glocke des Präsidenten)

— Ich bin gleich am Ende, Herr Präsident.

Komisch auch, daß das CDU-Wahlprogramm zu den Lehrerstellen keine Zahlen nennt, sondern nur den Rahmen der finanziellen Möglichkeiten aufzeigt. An mangelnder Rechenkunst kann dies ja wohl nicht gelegen haben.

(Zuruf: Doch!)

Jeder weiß, daß wir mehr als 500 Stellen brauchen. Allerdings kann heute kein seriöser Landespolitiker hier hinstehen und verbindlich ankündigen, wieviel wir in der nächsten Legislaturperiode an zusätzlichen Stellen tatsächlich schaffen werden.

(Abg. Sieber CDU: Sie haben 8 000 beschlossen!)

Es ist daher ehrlicher und glaubwürdiger, jetzt keinen billigen Überbietungswettbewerb zu eröffnen, wie ihn die CDU aus wahltaktischen Luftschlossern bauen will.

Für die SPD-Fraktion steht fest — lassen Sie mich dies zum Abschluß sagen —: Priorität hat die Sicherung der Unterrichtsversorgung, und dazu brauchen wir die strukturellen Reformen und zusätzliche Stellen. Daß die SPD bereit und fähig ist, auch bei angespannter Finanzlage Umschichtungen zugunsten der Bildung unserer Kinder durchzusetzen, hat sie in dieser Legislaturperiode bewiesen. Man kann uns in den nächsten Jahren an diesem Anspruch messen.

(Abg. Rebhan CDU: Herr Zeller! — Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abg. Zeller, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rebhan? Ich habe es Herrn Abg. Rebhan zugesagt.

**Abg. Zeller SPD:** Ja.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Rebhan.

**Abg. Rebhan CDU:** Herr Kollege Zeller, wie bewerten Sie die Vorstellungen der beiden SPD-Ministerpräsidenten Frau Simonis und Herr Eichel zu dem Thema Lehrerarbeitszeit? Das würde mich in diesem Zusammenhang interessieren.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Zeller. Aber bitte eine kurze Antwort.

**Abg. Zeller SPD:** Ja, wenn ich gefragt werde, muß ich ja antworten.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Ja.

**Abg. Zeller SPD:** Herr Rebhan, ich würde Ihnen einmal empfehlen, die Rahmenbedingungen der von Ihnen genannten Bundesländer genau zu untersuchen. Ich würde Ihnen empfehlen, einmal nachzuschauen, wie dort der Klassenteiler aussieht und wie dort die Belastung aussieht. Überall ist der Klassenteiler niedriger als in Baden-Württemberg. Wir haben ohnehin schon den höchsten Klassenteiler, und wir haben auch, was die Unterrichtsverpflichtungen angeht, keine so günstigen Voraussetzungen wie die anderen Bundesländer. Deswegen müssen Sie, wenn Sie Vergleiche ziehen, im Grunde genommen die übrigen Rahmenbedingungen einbeziehen, um eine echte Bewertung vornehmen zu können.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. König.

**Abg. König REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer die Überschrift des Grünen-Antrags — Kienbaum-Gutachten zur Optimierung des Ressourceneinsatzes im

(König)

Schulbereich — liest, der erwartet eigentlich eine Auseinandersetzung mit den Ergebnissen dieser Untersuchung. Doch weit gefehlt. Den Grünen geht es hier überhaupt nicht um die Inhalte oder gar die Umsetzbarkeit dieses Gutachtens. Nein, sie mißbrauchen vielmehr dieses Kienbaum-Gutachten dazu, ihr schulpolitisches Hauptziel, nämlich die totale Veränderung unseres gegliederten Schulwesens hin zur Einheitschule, erneut zu verkünden.

(Abg. Zeller SPD: Jetzt legen Sie mal eine neue Platte auf!)

— Herr Zeller, die kommt zum Schluß.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Zur Gesamtschule haben Sie noch nichts gesagt!)

Da wird, und zwar geschickt in Fragen verpackt, einer strukturellen Schulreform durch Zusammenfassung verschiedener Bildungswege bis hin zur Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung das Wort geredet. Gleichzeitig soll uns aber suggeriert werden, daß sich damit eventuell pädagogisch sinnvolle Einsparmöglichkeiten eröffnen würden. Meine Damen und Herren, dies bedeutet Gesamtschule pur. Heuchlerisch soll der Einstieg in diese Massenbildungsanstalten in den dünner besiedelten Regionen erfolgen, also durch die Hintertür übers flache Land.

Auch das Lieblingskind linker Schulpolitik wird wieder aufgetischt: die Schulautonomie. Schrittweise soll diese erfolgen. Begriffe wie „Teilautonomie“, Herr Zeller, oder wie im Grünen-Antrag „Gestaltautonomie“

(Abg. Zeller SPD: Das ist ein Fremdwort! Das verstehen Sie gar nicht! — Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Das können Sie gar nicht schreiben!)

— ich nehme an, daß es sich hier um einen Druckfehler handelt und es „Gestaltungsautonomie“ heißen soll —

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ist dies eigentlich Ihre Abschiedsrede?)

geistern ja seit kurzem durch die Lande.

Meine Damen und Herren, in der heutigen Debatte offenbart sich wieder einmal wie auch schon in früheren deutlich, daß es in diesem Hause zwei grundverschiedene, gegensätzliche bildungs- und schulpolitische Positionen gibt. Da sind einerseits die Reformeiferer, die die völlige Umkrempelung unseres Schulwesens im Sinn haben — sie werden vertreten von der linken Ampelkoalition in diesem Hause, also auch von der FDP/DVP —,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich fühle mich nicht zur Ampel zugehörig!)

und auf der anderen Seite die Vernünftigen, die Besonnenen, die für die Bewahrung, aber auch die Weiterentwicklung unseres bewährten gegliederten Schulsystems eintreten. Dazu gehören auch wir demokratischen Republikaner.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN — Zuruf von den GRÜNEN: Ausländerfeinde! — Abg. Köder SPD: Ein Widerspruch in sich! — Abg.

Dr. Caroli SPD: „Demokratisch“ soll ja wohl ein Witz sein!)

Für mich steht selbstverständlich außer Frage, daß ein Schulwesen nicht statisch verharren darf. Auch unser gutes Schulwesen in Baden-Württemberg bedarf der ständigen inneren Weiterentwicklung und Anpassung an aktuelle Anforderungen von außen.

(Abg. Renz GRÜNE: Das ist ja Reform!)

Stetige Weiterentwicklung und stetige Verbesserungen — dazu ein klares Ja. Denn es ist nichts so gut, als daß es nicht noch besser gemacht werden könnte.

(Abg. Zeller SPD: Ein kluger Satz! — Abg. Gerhard Stolz GRÜNE: Herr König, was sind denn Sie von Beruf?)

Aber wir erteilen jedem Versuch, unser erfolgreiches — ich wiederhole mich da, aber ich wiederhole mich da gern —, unser erfolgreiches gegliedertes Schulsystem auszutauschen gegen eine unübersichtliche Einheitsschule mit einem bißchen Innendifferenzierung zur Geschmacksverbesserung auf dem Etikett, eine deutliche Absage,

(Beifall bei den Republikanern)

einmal aus grundsätzlichen Erwägungen, aber auch vor dem Hintergrund der Stellungnahme des Kultusministeriums, wonach solche Konstrukte nicht nur teurer seien als das gegliederte Schulwesen, sondern obendrein einen erheblichen Verzicht auf Differenzierung und damit auf Qualität bedeuten würden.

(Abg. Gerhard Stolz GRÜNE: Glauben Sie alles, was das Ministerium sagt und schreibt?)

— In diesem Fall glaube ich dem Ministerium wesentlich mehr als Ihnen, Herr Stolz.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Sieber CDU: Da hat er auch recht! Sehr gut! — Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Das ist eine persönliche Beleidigung!)

Meine Damen und Herren, im Interesse und zum Wohl unserer Kinder möchte ich betonen: Mögen uns am 24. März dieses Jahres Gott und die Wähler vor einer linken Mehrheit in diesem Hause verschonen, die uns mit solchen Einheitschulen beglücken will.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Wünscht die FDP/DVP das Wort?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jawohl!)

— Bitte, Herr Abg. Pfister, Sie haben das Wort.

(Abg. Dr. Salomon und Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Letzte Rede!)

Abg. Pfister FDP/DVP: Von wegen letzte Rede, ihr werdet euch alle noch wundern, Kameraden, die ihr hier sitzt.

(Beifall des Abg. Veigel FDP/DVP)

(Pfister)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! An diesem Kienbaum-Gutachten ist von Anfang an viel Kritik geübt worden. Manche wußten ja, wenn ich das ein bißchen überspitzt sagen darf, bereits bei der Auftragserteilung, daß mit diesem Gutachten die Schule, insbesondere die gute Schule, endgültig zu Grabe getragen wird, so nach dem Tenor: Wer sich der Frage der Unterrichtsversorgung unter quantitativen oder gar ökonomischen Gesichtspunkten nähert, kann nichts anderes als ein schulpolitischer Totengräber sein.

So ist es nicht, meine Damen und Herren, und so leicht darf man es sich auch nicht machen. Wir werden noch viel Phantasie brauchen — das sage ich Ihnen —,

(Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

wir werden noch viel Gestaltungskraft brauchen, um die Unterrichtsversorgung in den nächsten Jahren im Lande Baden-Württemberg sicherzustellen. Dazu sind Vorschläge gut und richtig, und auf die will ich jetzt kommen.

(Zuruf des Abg. Gerhard Stolz GRÜNE)

Es gibt in diesem Gutachten sicherlich Punkte, die meines Erachtens entweder banal oder auch kritikwürdig sind. Es ist banal, wenn man glaubt, den sogenannten autonomen Klassenauffülleffekt entdeckt zu haben; denn daß man nicht für jeden zusätzlichen Schüler eine zusätzliche Klasse aufmachen muß,

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

weiß auch ein mittelmäßig begabter Landtagsabgeordneter.

(Abg. Sieber CDU: Jawohl! — Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Das ist klar. Nur: Die konkrete Aussage des Gutachtens, daß der Schülerzahlzuwachs bis zu einem Drittel im bestehenden Klassengefüge, also ohne zusätzliche Klassen untergebracht werden kann, wird behauptet, ist aber eine reine Spekulation.

Nicht in Ordnung ist auch, daß sich dieses Gutachten nicht mit der Frage beschäftigt, daß wir im Land Baden-Württemberg etwa 200 sogenannte Mini-Hauptschulen mit gerade 80 Schülern haben, und daraus nicht Konsequenzen gezogen werden, wonach es zum Beispiel auch den Regionen erlaubt wird, angesichts dieser Tatsache zu Lösungen zu kommen, die auf die Regionen zugeschnitten werden.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Dies fehlt in diesem Gutachten genauso.

Geradezu als eine Zumutung empfinde ich die Tatsache, daß diesem Parlament ein Gutachten zugeleitet worden ist, das eindeutig geschönt war. Da nennt Kienbaum die Zahl von etwa 1 600 rechnerisch notwendigen Stellen für die Zukunft, und diese Aussage wird schlicht und einfach unterschlagen, meine Damen und Herren. Daß Sie, Frau Ministerin, dies zugelassen haben, hat uns sehr enttäuscht. Das ist eigentlich ein dicker Hund. Das hätte nicht sein dürfen.

(Zuruf der Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE)

Dieses Gutachten nennt einige Punkte, die für die bildungspolitische Diskussion in der Zukunft wichtig sein werden. Es ist auch gut, daß diese genannt werden, insbesondere auch im Blick auf die Damen und Herren Finanzpolitiker.

Es wird zum Beispiel festgestellt, daß Baden-Württemberg bereits heute im Ländervergleich die höchsten Klassenteiler hat.

(Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: An diesen Klassenteilern wird auch nichts geändert werden.

Zweitens: Es wird festgestellt, daß der Umfang der Stunden tafeln unserer allgemeinbildenden Schulen im Ländervergleich im unteren Bereich liegt. Es wird festgestellt, daß die Unterrichtsdeputate an der Spitze liegen. Es wird festgestellt, daß die Anrechnungsstunden, die Ermäßigungsstunden im Ländervergleich niedrig sind. Es wird festgestellt, daß zusätzliche Lehrerstellen nicht etwa später zu einem Überhang führen, sondern wir sie aufgrund der Pensionierungswelle problemlos auch wieder abbauen können. Und es wird festgestellt, daß die Schulverwaltung und die Schulen eine wesentlich verbesserte I-und-K-Ausstattung brauchen, um auch vorhandene Ressourcen effektiv einsetzen zu können.

Meine Damen und Herren, dies alles ist nicht sensationell neu. Das will ich zugeben. Aber es ist gut, daß diese Zahlen einmal für jeden auf dem Tisch liegen, damit erkennbar wird, daß die Ausschöpfungsspielräume überhaupt nicht so groß sind, wie zum Teil behauptet wird.

Dieses Kienbaum-Gutachten bestätigt also, daß an den Klassenteilern nicht nach oben gedreht werden darf — und das ist gut so — und daß auch zum Beispiel im Bereich der Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden so gut wie nichts mehr herauszuholen ist.

Es bestätigt auf der anderen Seite den Bedarf von jährlich zusätzlich etwa 1 600 Deputaten, auch wenn diese Zahl in der offiziellen Version nicht mehr vorkommt. 1 600 Deputate!

Jetzt frage ich einmal ernsthaft: Wer in diesem Saal will diese Deputate als volle Stellen finanzieren? Wer dies will und wer dies kann, soll sich hier melden. Niemand will und niemand kann das.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Deshalb ist es gut, daß Vorschläge gemacht worden sind. Darüber sollten wir diskutieren.

Ich will zum Beispiel sehr ernsthaft

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

an die Frage eines flexiblen Arbeitszeitkontos herangehen, übrigens auch mit der Chance, auf diese Art und Weise zu einem Sabbatjahr zu kommen. Eine Chance wird dieses Arbeitszeitkonto allerdings nur haben, wenn es Ihnen, Frau Kultusministerin, gelingt, die Scherben zusammenzulesen, die Ihr Vorgänger in den achtziger Jahren angerichtet hatte. Es wird in Baden-Württemberg nur dann ein Arbeits-

(Pfister)

zeitkonto geben, wenn es Ihnen und uns allen gelingt, das Vertrauen der Lehrerschaft in die Politik wiederherzustellen. Es ist in den vergangenen Jahren sträflichst mit Füßen getreten worden.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sabbatjahrzehnt für Mayer-Vorfelder! — Abg. Rebhan CDU: Eine solche Übertreibung nimmt Ihnen niemand ab! Bleiben Sie doch einmal ernsthaft!)

Aber selbst wenn man diese Maßnahmen alle zusammennimmt, führt kein Weg an zusätzlichen Lehrerstellen vorbei. Dies haben jetzt auch alle Redner gesagt. Ich sage, wer hierfür die Zahl 500 einsetzt, sagt, daß er die Klassenteiler eben nicht unangetastet lassen möchte.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abgeordneter, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

**Abg. Pfister FDP/DVP:** Das gilt nach meiner Überzeugung selbst dann, wenn qualitative Minderungen, die das Gutachten diskutiert, vorgenommen würden, beispielsweise die Eingliederung der Förderklassen in die Grundschule oder auch Eingriffe in die berufsbezogenen Angebote der Hauptschulen.

Meine Damen und Herren, wer zur Hauptschule ja sagt, muß vor allen Dingen auch ja dazu sagen, daß diesen Hauptschulen ihr typisches Profil in Zukunft erhalten bleibt. Es ist ein Generalangriff, Frau Ministerin, gegen die Hauptschulen, wenn ausgerechnet in den Ergänzungsbereichen, im EBA-Bereich, im Bereich des erweiterten Bildungsangebots, im Bereich Arbeit — Wirtschaft — Technik, also in den Bereichen, die für die Hauptschulen typisch sind, gegen Null zurückgefahren wird, was heute tatsächlich der Fall ist. Vor solchen Maßnahmen kann ich nur warnen.

Zusammengefaßt, meine Damen und Herren, sehe ich die Botschaft des Kienbaum-Gutachtens so: Zum ersten müssen wir zum Erhalt des Status quo der Unterrichtsversorgung in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren Lehrerstellen schaffen, nach meiner Überzeugung in einer Größenordnung von 800. 500 reichen nicht aus. Zum zweiten müssen wir darüber hinaus sinnvolle Vorschläge unterbreiten, um vorhandene Ressourcen optimaler einsetzen zu können.

(Abg. Gerhard Stolz GRÜNE: Dafür müssen Sie aber Steuern ausgeben! — Abg. Rebhan CDU: Sinnvolle Vorschläge! Was beinhalten die? — Abg. König REP: Dann machen wir doch ein Zuwanderungsbegrenzungsgesetz, dann kommt es hin!)

Beides muß zusammen gemacht werden. Ich kann nur dazu aufrufen, sinnvolle Vorschläge mit dem Ziel, die Unterrichtsversorgung im Land Baden-Württemberg auch für die Zukunft sicherzustellen, zu unterbreiten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich der Frau Ministerin für Kultus und Sport.

**Ministerin für Kultus und Sport Dr. Annette Schavan:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unternehmensberater

bestimmen in Baden-Württemberg nicht die Leitlinien der Bildungspolitik. Deshalb ist das Gutachten genau so, wie es ist.

(Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Schlecht!)

Es ist keine pädagogische Handlungsanweisung. Es ist kein bildungspolitisches Grundsatzprogramm. Es war auch nicht der Auftrag der Unternehmensberater, uns in irgendeiner Weise Ratschläge für die Entwicklung einer guten Schule oder ein pädagogisches Programm vorzulegen. Sie alle wissen — und Sie alle sind länger im Geschäft als ich, deshalb wissen Sie es eigentlich besser als ich —.

(Abg. Rebhan CDU: Das ist nicht bei allen gesagt! Das kann man nicht bei allen sagen! — Abg. Zeller SPD: Nicht alle! Da drüben sitzen ein paar! Hier nicht! — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

daß dieses Gutachten eines von 14 gewesen ist, die in der Regel mit der Frage verbunden waren, wie viele Stellen man einsparen kann. Es war eigentlich jedem klar, daß es im Schulbereich nicht um die Frage geht, wie viele Stellen eingespart werden können. Es geht allerdings auch nicht um die Frage, wie viele Stellen neu eingerichtet werden sollen — auch das war nicht die Frage an Kienbaum —, sondern die einzige Frage an die Unternehmensberater war, wie sich die Ressourcen, die an unseren Schulen sind, optimal einsetzen lassen und ob sie optimal eingesetzt werden.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

**Ministerin für Kultus und Sport Dr. Annette Schavan:** Bitte schön.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Zeller.

**Abg. Zeller SPD:** Frau Ministerin, können Sie mir dann sagen, warum gerade der wichtige Bereich der Schulentwicklungsplanung von seiten der Gutachter ausgeklammert werden mußte?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Frau Ministerin.

**Ministerin für Kultus und Sport Dr. Annette Schavan:** Weil es darum ging, eine Schullandschaft so, wie sie jetzt existiert, auf den Einsatz der jetzt vorhandenen Ressourcen hin zu überprüfen.

Ich kann nur sagen: Jeder, dem Bildungspolitik am Herzen liegt, kann eigentlich nur positiv über die Ergebnisse, die in diesem Gutachten enthalten sind, gestimmt sein. Sie haben sie ja alle genannt.

(Abg. Sieber CDU: Wenn er etwas davon versteht!)

Am Klassenteiler sollten wir nichts ändern. An der Arbeitszeit sollten wir nichts ändern, an der Unterrichtsstudentenafel auch nicht. Hier liegt ein optimaler Einsatz von Ressourcen in Baden-Württemberg vor. Ich kann nur sagen: Als ich das am Beginn meiner Amtszeit festgestellt habe, habe ich gedacht: Das ist schon einmal eine gute, eine transparente Ausgangsbasis. Denn jeder von uns weiß auch — und in an-

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

deren Reden sagen Sie alle das ja auch —, daß die Schule natürlich nicht aus dieser Verpflichtung, mit Ressourcen optimal umzugehen, ausgenommen ist.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Jetzt komme ich zum zweiten. Jetzt komme ich zu Ihren Strukturfragen und Strukturproblemen. Weil es kein bildungspolitisches Grundsatzprogramm ist und Unternehmensberater keine Bildungspolitik betreiben dürfen, ist doch völlig klar:

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Deshalb gehen sie die Schulstrukturen überhaupt nichts an. Deshalb haben sie Schulstrukturen auch überhaupt nicht zu untersuchen, und deshalb würde ich mich weigern, über Schulstrukturen, über Doppelqualifikationen und über die Frage der Zusammenlegung von Schulen oder von Schulformen unter Ressourcengesichtspunkten zu reden. Genau das dürfen wir nicht tun, weil das bedeutete, daß es um keine politischen Leitlinien von Bildungspolitik mehr ginge, sondern daß ich an die Stelle von politischen Leitlinien einzig ökonomische Gesichtspunkte setzte, die dann ausschließlich handlungsleitend würden.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Herr Zeller, auch Sie wissen, daß ich aus einem Bundesland komme, in dem es ein bißchen mehr Integration gibt als hier. Dort wurde ja auch schon einmal ein Gutachten in Auftrag gegeben, auf das die Landesregierung dann mit einem neuen Gutachten, einer Denkschrift geantwortet hat. Frau Schnaitmann hat sie genannt.

Wenn ich da eben einmal in Klammern sagen darf: Das Kultusministerium hat sich sehr wohl für die Nichtteilnahme an der Diskussionsveranstaltung entschuldigt. Bei Ihnen liegt ein entsprechender Brief vor. Das habe ich geprüft, nachdem Sie mir das im Schulausschuß auch schon einmal vorgeworfen haben. Das stimmt also schon einmal nicht.

(Zuruf der Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE)

Und daß wir daran nicht interessiert seien, ist ja auch Quatsch.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Aber auf ein Gutachten mit einer nächsten Denkschrift zu antworten, finde ich nicht furchtbar phantasievoll. Das ist etwas für Kommissionen, die es ja in dieser Republik zuhauf gibt. Aber daß in dieser Denkschrift, in der vieles steht, über das man bildungspolitisch sprechen kann — da ist vieles drin, etwa im Bereich der Lehrerausbildung, das mit interessanten Perspektiven verbunden ist —, irgend etwas drinsteckt, was ressourcengünstig wäre, was kostengünstig wäre

(Abg. Zeller SPD: Das haben sie ausgeklammert!)

— ah, ja — oder was über Integration zu höherer Qualität von Bildung führte, darüber müßten wir uns erst streiten, und darüber bleiben wir ganz schlicht unterschiedlicher Auffassungen.

Alles, was bisher über integrierte Systeme bekannt ist — und zwar über solche, die Wohnortnähe garantieren und die wirklich einen gleichen Qualitätsstandard halten —, bedeutet höhere Kosten. Das wissen Sie auch.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Wenn Sie sagen, man hätte über Strukturen und über die Zusammenlegung von kleinen Schulen nachdenken müssen, um Mittel und Wege zu sparen, dann kann ich nur sagen: Mit den 800 einzügigen Hauptschulen in Baden-Württemberg sind die kürzesten Schulwege verbunden, die man sich überhaupt denken kann.

Also: Schulstrukturdebatten unter Ressourcengesichtspunkten zu führen, halte ich bildungspolitisch für unverantwortlich. Und gegen die Behauptung, dann könnte man aber wenigstens Geld sparen, spricht das, was in den Gutachten anderer Bundesländer steckt und was uns aus anderen Bundesländern bekannt ist.

(Abg. Zeller SPD: Das stimmt nachweislich nicht so!)

Das Kienbaum-Gutachten ist kein Ersatz für konzeptionelle Planung. Die Frage der Schulstrukturen ist keine Frage, die nach Ressourcenlagen beantwortet werden kann, genauso wenig wie die Frage nach Doppelqualifikationen.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Was die Umsetzung angeht, wissen Sie, daß der Ministerpräsident und ich — Sie haben es ja angesprochen — nicht alleine über Neustellen gesprochen haben. Das wissen Sie ganz genau. Das macht Sie grellig; das kann ich ja verstehen. Das wäre ich an Ihrer Stelle auch.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Aber es ist doch ein Paket, von dem Sie genau wissen, daß jeder Punkt darin nicht aus der Luft gegriffen ist.

Jetzt nehme ich einmal das Beispiel Klassenauffülleffekt. Irgend jemand hat eben gesagt: Das kann man ja einmal behaupten; niemand weiß, ob das stimmt. Natürlich liegen dem Erfahrungen aus Zeiten geringer werdender Schülerzahlen zugrunde, wo es genau den umgekehrten Effekt in genau dem Umfang gegeben hat, der jetzt bei zunehmenden Schülerzahlen angenommen werden kann. Die Zahl 500 ist doch nicht irgendwo aus der Luft gegriffen, sondern hat zu tun mit der Frage: Wie können wir eine Grundlage sichern — die benennen wir dann immer mit Pflichtunterricht —,

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

wie können wir Eltern gewährleisten, daß der Pflichtunterricht Bestand haben wird?

Dann sagen wir drittens: Schule besteht nicht nur aus Pflichtunterricht. Wir haben einen Ergänzungsbereich mit vielen Fördermaßnahmen, mit musisch-kultureller Bildung, mit Dingen, die für Schulleben und Förderung von Kindern und Jugendlichen bedeutsam sind. Also brauchen wir auch eine Antwort darauf, und Sie wissen, daß wir zwei Sonderprogramme angekündigt haben, das Sonderprogramm Lehraufträge an Schulen und das Sonderprogramm Schulassistenten.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Ich habe also konkrete Dinge genannt, ich habe konkrete Taten angekündigt, und Sie reden immer nur davon, daß es mehr Lehrerstellen geben muß und daß es überhaupt endlich Taten geben muß. Die einzigen, die Taten angekündigt und auch gesagt haben, wie sie es finanzieren wollen, sind wir. Das ist so.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Wissen Sie, wie das bisher lief? Da waren in Ihrer Fraktion – nicht Sie – diejenigen, die ständig gebremst haben!)

– Sie müssen jetzt nicht meine Fraktion und mich auseinanderdividieren. Das ist ganz blöd.

(Abg. Zeller SPD: Sie gehören auch dazu! – Weitere Zurufe)

So schlecht ist es ja bis jetzt nicht gelaufen. Wenn Sie nun immer sagen, das sei allein Ihr Anteil gewesen, so halte ich dem entgegen: Das Kultusministerium war bekanntlich immer in der Hand der CDU,

(Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

und insofern verstehe ich, daß Sie im Moment

(Abg. Jacobi GRÜNE: Sie haben die Möglichkeit, etwas zu machen!)

in einer problematischen Situation sind. Aber ich lasse mir auch im Wahlkampf nicht wegreden, daß das Programm, das wir vorgestellt haben – einschließlich der genauso ressourcenrelevanten Frage des Schulhausbaus –, ein detaillierter Katalog gewesen ist, hinter dem übrigens nicht allein die Kultusministerin steht, sondern auch der vielgescholtene Finanzminister und der Ministerpräsident.

Zeigen Sie mir doch mal ein einziges Bundesland, ein einziges, in dem sich Finanzministerium und Kultusministerium und Ministerpräsident in der Frage künftiger und zusätzlicher Ressourcen einig sind – nur ein einziges.

Herr Holzapfel entwickelt statt dessen eine große Vision von einer schönen Schule, die um 9.00 Uhr beginnt, die um 16.00 Uhr aufhört, in der sich alle wohl fühlen, in der Lehrer kochen und Eltern unterrichten.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wissen Sie, das sind Nebelkerzen, und wenn er dann gefragt wird, was er als ersten Schritt tut, damit man das umsetzen kann, dann sagt er ganz schlicht, das sei einmal so laut gedacht und ab dem Jahr 2000 könne man vielleicht darüber reden.

(Abg. Zeller SPD: Sie vergleichen Äpfel mit Birnen!)

Ich gebe, und ich sage es jeden Abend – –

(Abg. Zeller SPD: Das sind Nebelkerzen!)

– Nein, nein, das sind Nebelkerzen.

Jeden Abend sage ich, was nicht möglich ist, aber ich sage auch, was möglich ist und was wir tun.

(Abg. Zeller SPD: Angeblich! – Gegenruf von der CDU: Oje!)

– Das müssen Sie jetzt schon sagen, aber ich muß es ja nicht glauben.

(Abg. Zeller SPD: Die Erfahrung spricht doch für sich! Das wissen wir doch! Die Erfahrung dieser Legislaturperiode!)

– Die Erfahrung lautet, daß in der letzten Legislaturperiode Neustellen geschaffen worden sind.

(Zuruf von der SPD: Aber gegen die CDU! – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Aber doch nur auf Druck!)

Ich sage es noch einmal: Wir haben einen Katalog, aus dem deutlich wird, welches der Stellenwert des Gutachtens ist, welches unsere Vorstellungen sind. Das Ganze mündet unter anderem in der von Ihnen erwähnten inneren Schulreform, von der Sie nun sagen – das könnte mir ja schmeicheln –, daß sie das Kultusministerium erst in letzter Zeit erfunden oder begriffen hat. Aber Sie wissen natürlich auch, daß es die neuen Bildungspläne schon seit längerem gibt und dies der Startschuß für die innere Schulreform war, weil in Baden-Württemberg am Beginn von bildungspolitischen Entwicklungen nicht „Spiegel“-Interviews gegeben, sondern ganz konkrete Schritte unternommen werden, die eine Menge Flexibilität möglich machen, die Sie zu Recht einfordern. Sie werden am Beginn des nächsten Schuljahres erleben,

(Abg. Zeller SPD: Oder nicht mehr!)

wie die Schulen Punkt für Punkt die Spielräume erhalten, die sie brauchen. Und Sie werden mit mir gemeinsam dann erleben, wie es bei jedem Spielraum, der für die Schulen geschaffen wird, soviel Zustimmung wie Ablehnung gibt: denn Sie wissen besser als ich, daß in unseren Schulen keineswegs nur die Frage nach Selbständigkeit und Autonomie gestellt wird, sondern daß das ein Balanceakt ist, daß das in pädagogisch verträglichen Etappen passieren muß, um nicht Konflikte nach unten zu verlagern, die unten nicht gelöst werden können.

Sie werden – darüber haben wir im Schulausschuß auch gesprochen – mit mir nicht über Verwaltungsvorschriften oder den Organisationserlaß streiten müssen. Die Schule wird Stück um Stück Selbständigkeit bekommen – in dem Maße, in dem es pädagogisch verträglich ist, in dem Maße, in dem es für Schulen, die in einem öffentlichen Schulwesen die Vergleichbarkeit der Abschlüsse und die Transparenz der Bildungsgänge nötig haben, möglich ist.

Darüber müssen wir nicht streiten, aber ich wüßte schon einmal ganz gerne über kurz oder lang, wie denn Ihr Angebot, wie Ihr Katalog ist, mit denen die Rahmenbedingungen für die nächsten fünf Jahre gesichert werden können.

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schnaitmann.

**Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Noch einige wenige Anmerkungen.

Herr Rebhan, ich muß mich schon über Ihr parlamentarisches Verständnis wundern, wenn Sie fragen, warum wir diesen Antrag überhaupt gestellt und nicht bis zum 24. März gewartet und dann umgesetzt hätten, was wir wünschten. Ich denke, das ist doch Aufgabe der Opposition, und es ist auch nicht der erste Antrag im Bereich Kienbaum-Gutachten, den wir stellen. Sie werden nach dem 24. März selbst merken, Herr Rebhan, wie die CDU-Fraktion ihrerseits auch versucht, mittels Anträgen in die rotgrüne Regierung einzugreifen; das ist doch völlig logisch.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD — Lachen bei der CDU)

Zweitens: Frau Ministerin, Schulstrukturdebatten und die Überprüfung eines Schulsystems auf Zweigliedrigkeit, Dreigliedrigkeit, ob Kooperation oder Integration, sind von pädagogischen Fragen begleitet. Sie haben keine Stellung bezogen beispielsweise zu der Frage, warum Sie eigentlich gute pädagogische Standards für die Hauptschule, die formuliert worden waren, nämlich Zweizügigkeit und 35 Schüler pro Jahrgang, einfach wegschieben, um die Dreigliedrigkeit hochzuhalten. Darum geht es doch. 80 % der Schulen erfüllen Ihre pädagogischen Standards nicht. Die sind nach wie vor in Kraft, aber Sie schieben sie einfach weg. Das ist die pädagogische Frage. Wie soll denn eine Schulkultur entstehen, wie soll Projektunterricht erfolgen, wenn es keine Parallelklasse und nicht genügend Schüler gibt? Die Frage muß man sich stellen. Dann kommt man vielleicht zu der Lösung, daß durch die Zusammenlegung von Schulen, daß durch neue Mittelschulen eben solche Schulkultur entwickelt wird.

Auch die Frage Binnendifferenzierung oder Projektunterricht wird in dieser Stellungnahme zu nichts anderem als zu einem Instrument, große Klassen zu führen.

Ein dritter und letzter Satz zu dieser Presseerklärung mit den 500 Stellen. Nach wie vor haben Sie keine glaubwürdige Finanzierung vorgetragen.

(Abg. Zeller SPD: Finanzvorbehalt!)

Sie haben zum einen gesagt: unter Haushaltsvorbehalt. Es kann sein, daß im April oder im Mai oder im neuen Schuljahr die Stellen wieder weg sind. Ich habe die Presseerklärung in der ganzen Länge gelesen.

(Abg. Sieber CDU: Ja, und was steht drin?)

Sie reden zum Beispiel von einer Innovationsoffensive, das heißt davon, mit PCs an Schulen zu arbeiten. Aber Sie können doch nicht behaupten, unsere Schulen seien alle on line. Da sind doch Investitionen nötig. Kein Wort, wie das bezahlt werden soll.

(Beifall der Abg. Bütikofer und Krieg GRÜNE — Abg. Sieber CDU: Mit Geld! — Abg. Dr. Caroli SPD: Unseriös, das Ganze!)

Sie haben auch geschrieben, daß die Lehrerfort- und -weiterbildung nachziehen müßte, haben aber keinen einzigen Vorschlag gemacht, wie das finanziert werden soll. Es steht nur die wichtige Aussage drin: unter Haushaltsvorbehalt.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Frau Abg. Schnaitmann, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

**Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE:** Und ein Letztes: Ein nicht angekommene Entschuldigungsschreiben entschuldigt überhaupt nicht, daß man, ohne sich geäußert zu haben, einer Diskussion fernbleibt und einer Fraktion dieses Parlaments nicht einmal zur rechten Zeit eine Antwort gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Redezeiten sind auch ausgeschöpft bzw. überschritten.

Wir haben jetzt noch darüber zu befinden, was mit dem Antrag geschehen soll. Kann er für durch die Aussprache erledigt erklärt werden, Frau Abg. Schnaitmann?

(Abg. Monika Schnaitmann GRÜNE: Ja!)

— Der Antrag ist also für durch die Aussprache erledigt erklärt.

Damit ist auch Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zur Änderung des Landesjugendhilfegesetzes und des Jugendbildungsgesetzes — Drucksache 11/6730**

**Beschlußempfehlung und Bericht des Sozialausschusses — Drucksache 11/7056**

Berichterstatter: Abg. Seltenreich

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat hier eine kurze Allgemeine Aussprache mit einer Redezeit von 5 Minuten je Fraktion vorgesehen. Die Redezeit braucht natürlich nicht ausgeschöpft zu werden.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Wird so gemacht!)

Wem darf ich das Wort erteilen? — Herr Abg. Mühlbeyer, Sie haben das Wort.

**Abg. Mühlbeyer CDU:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Drei Anmerkungen:

Erstens: Mit der Novelle zum Jugendhilfegesetz und Jugendbildungsgesetz werden neuzeitliche Instrumente geschaffen. Wir tun dies in dem Bewußtsein, daß weder das Land noch die örtlichen Träger der Jugendhilfe mehr Mittel zur Verfügung stellen können, haben aber die Hoffnung, daß durch Kooperation und Koordination bei gleichbleibenden Mitteln mehr gemacht werden kann.

Zweitens: Ich verweise im übrigen auf meine inhaltlichen Ausführungen bei der Ersten Beratung dieses Gesetzentwurfs.

Drittens: Die CDU-Fraktion wird der Beschlußempfehlung des Sozialausschusses in der vorgelegten Fassung zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD — Abg. Sieber CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Seltenreich.

**Abg. Seltenreich SPD:** Meine Damen und Herren! So kurz wird es nicht,

(Abg. Meyer CDU: Das haben wir uns gedacht!)

aber auch nicht 5 Minuten lang.

Hier ist es dieselbe Problematik — bei der Ersten Beratung haben wir einiges dazu gesagt —: Wir haben keine finanziellen Spielräume. Deshalb kann auch dieses Gesetz kein großer Wurf sein, so wie es sich manche Jugendverbände und Träger der Jugendhilfe erhofft hatten.

Für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe ist diese Novellierung dennoch wichtig. Unter anderem stärken wir damit die Position der Jugendsozialarbeit, machen Modellvorhaben wie mobile Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten möglich, sichern Investitionen für Jugendwohnheime und erzieherischen Kinder- und Jugendschutz. Wir halten eine regelmäßige Kinder- und Jugendberichterstattung für das zielgerichtete Erkennen und Beseitigen von Engpässen und Defiziten in Zeiten knapper Kassen übrigens für äußerst wichtig.

Wie schon gesagt, können wir die vielen Wünsche der Jugendhilfe zunächst nicht erfüllen. Dennoch ist die SPD für die Stärkung der Jugendverbandsarbeit und die Förderung der offenen Jugendarbeit in der Zukunft.

Vieles konnte auch wegen der mangelnden Zusammenarbeit der Jugendressorts bei vier Ministerien nicht verwirklicht werden. Wir wollen für die Zukunft eine stärkere Bündelung der Zuständigkeiten.

Die Arbeitslosigkeit und Berufsnot junger Menschen erfordert eine Ausweitung von Aktivitäten und Modellen in diesen Bereichen. Angesagt ist eine erneute Ermunterung der kommunalen Ebene, um die im KJHG vorgesehene kommunale Jugendhilfeplanung zügig voranzubringen. Allerdings wollen wir keine Planwirtschaft, sondern ein modernes dialog-, prozeß- und problemorientiertes Vorgehen.

Vor diesem Hintergrund erscheint eine Novellierung des Gesetzes in der nächsten Legislaturperiode bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen denkbar. Allerdings sollte dies eher in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode erfolgen, damit die mit der Umsetzung des jetzigen neuen Gesetzes gewonnenen Erfahrungen einfließen können. Gegebenenfalls könnte dann über die Frage neuer finanzwirksamer Regelungen im Lichte der neuen Haushaltssituation beraten werden.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wie war der Satz? Gegebenenfalls?)

In diesem Sinne stimmen wir dem Gesetzentwurf nach der Beschlußempfehlung des Sozialausschusses unverändert zu.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Abg. Bütikofer GRÜNE: Blauäugig!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schaal.

**Abg. Schaal REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie wenig die Fraktionen von diesem Gesetz halten, haben wir ja bemerkt. Das Unbehagen unserer Fraktion an diesem Gesetz haben wir schon bei der Ersten Beratung zum Ausdruck gebracht. Entsprechend unserem heutigen Antrag bringen wir es noch einmal zum Ausdruck.

Ich möchte mir noch ein paar Anmerkungen erlauben. Jugendhilfe ist deshalb ein entscheidender Beitrag zur gesellschaftlichen Zukunftssicherung, weil sie sich in besonderer Weise fördernd um den Personenkreis kümmert, der einmal unsere Zukunft gestalten wird. Allein die Tatsache, daß auch in Baden-Württemberg sogenannte Straßenkinder unter freiem Himmel leben, muß aufhorchen lassen. Andererseits gab es schon schlechtere Zeiten, um aufzuwachsen.

Woran liegt es, daß die Jugend nicht mehr so einfach von Werten zu überzeugen ist? Es ist unwahrscheinlich, daß es an der Jugend liegt. Bei Kindern habe, so konnte man im Bericht der Enquetekommission lesen, Gewalt in den letzten 20 Jahren bereits in den Kindergärten deutlich zugenommen. Nach Auffassung der Sachverständigen kann eine Ursache der Aggression in der Verwöhnung liegen. So sind gerade antiautoritär erzogene Kinder öfter hochaggressiv.

(Abg. Gerhard Stolz GRÜNE: Aha! Wer ist jetzt schuld, die SPD oder die Grünen?)

— Haben Sie die Kommissionsberichte gelesen, für die wir viel Geld ausgegeben haben? Da steht das drin.

(Abg. Gerhard Stolz GRÜNE: Wir wollen jetzt wissen, wer schuld ist, SPD oder Grüne! — Gegenruf des Abg. Dr. Eckert REP: Das wird noch differenziert!)

Eine Hauptursache von Gewalt — auch das kann man dem Bericht entnehmen — liegt in der erzieherischen Verunsicherung der Eltern und der damit verbundenen Inkonsequenz der Erziehung.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Und wer ist daran schuld?)

Das gesamte gesellschaftliche Umfeld ist weder familien- noch kinderfreundlich. Fehlende Freiräume — —

(Abg. Gerhard Stolz GRÜNE: Wenn Sie das gelesen haben, werden Sie festgestellt haben, daß das mit antiautoritär nichts zu tun hat!)

— Lassen Sie mich weiterreden. — Den Familien fehlen Freiräume. Viele Familien sind verschuldet. Es bedarf daher dringend einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern.

Auch die Jugendhilfe ist letztendlich einer gescheiterten Wirtschafts- und Finanzpolitik von Bundes- und Landesregierung zum Opfer gefallen.

(Beifall bei den Republikanern)

Der Handlungsspielraum für eine zielgerichtete Jugendförderung ist auf ein Minimum reduziert. Auf neue Herausforderungen ist die Jugendhilfe immer weniger vorbereitet. Im Gesetz fehlen Vorgaben für die kommunale Ebene.

(Schaal)

Für Ehrenamtliche braucht es Planungstechniken.

Beim Kostenersatz durch die Landkreise handelt es sich lediglich um einen innerkommunalen Vorgang. Das bedeutet, wie es die Frau Ministerin in der Begründung des Gesetzentwurfs ausführt, daß Regelungen, die zusätzlich Kosten vor Ort auslösen, nicht in Betracht kommen konnten.

Die bisher als freiwillige Aufgabe bezeichnete Förderung der außerschulischen Jugendbildung wird dem Bundesgesetz angepaßt und zur Soll-Förderung umgestaltet.

Es fehlen konkrete Vorschriften.

Ohne finanzielle Ausstattung können die Kommunen die an sie gerichteten Erwartungen nicht erfüllen. Damit ist die jugendpolitische Konzeption der Landesregierung trotz formaler Verbesserungen im Sinne eines Fortschreibens des Hilferahmens bei der gesetzlichen Festlegung abstrakt und ohne zwingende praktische Durchsetzung geblieben.

Dieser Gesetzentwurf ist nicht ausgereift. Es gibt keine weiteren Gelder. Er fordert auf, vieles soll — zu Lasten der Kommunen — getan werden.

Wo bei der Jugendförderung gespart werden soll, darüber wird nicht nachgedacht. Auch hierzu wäre eine Kienbaum-Studie angebracht. Dazu fehlt die politische Zivilcourage.

Wir Republikaner werden den Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner — Minister Weiser: Oje!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Jacobi.

**Abg. Jacobi GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nicht wiederholen, was ich bei der Ersten Beratung hier gesagt habe. Ich will auch nicht, was die Ausschußberatung angeht, die Anträge und die einzelnen Argumentationslinien wiederholen.

Wir haben unsere Hauptkritik, Frau Ministerin, mit vier Änderungsanträgen, über die wir abstimmen lassen wollen, vorgelegt.

Ich will aber noch einmal klar sagen: Das Gesetz führt sicher zu einer Verbesserung gegenüber dem Status quo. Das ist gar keine Frage. Allerdings ist die Substanz eher mager. Die Verbesserungen liegen mehr auf der sprachlichen und der begrifflichen Ebene. Aber auf jeden Fall ist festzustellen, daß der politische Wille vorhanden war, einen weiteren Schritt zu tun.

Die finanziellen Rahmenbedingungen des Landes sind — wir alle wissen es — sehr schlecht, so daß weitere Verbesserungen vor allem daran gescheitert sind.

Der Gesetzentwurf bleibt deswegen — das werden Sie, Frau Ministerin, sicher auch zugeben müssen — hinter den Notwendigkeiten und den Erwartungen zurück.

Ich will Ihnen in dieser Diskussion aber auch noch drei Punkte nennen, die weniger oder gar nichts mit dem Geld zu tun haben und die man unserer Meinung nach schon jetzt in das Gesetz hätte aufnehmen können.

Erstens: Die Bedeutung der Mädchenarbeit ist nicht genau genug formuliert worden, um den Stellenwert, der ihr eingeräumt werden sollte und den wir bei verschiedenen Diskussionen hier konsensual festgestellt haben, zum Ausdruck zu bringen.

Zweitens: Die paritätische Vertretung von Männern und Frauen im Beirat ist in der gegenwärtigen Fassung eher eine freundliche Aufforderung, aber keine verbindliche Regelung.

Drittens: Die Konsequenzen für den Landesjugendplan, also für die Ausgaben des Landes, sind aus unserer Sicht nicht gezogen worden.

Es hätte verwundert, wenn die Republikaner nicht auch diesen Gesetzentwurf und dieses Thema zum Anlaß genommen hätten, ihre ausländerfeindlichen Positionen zum Ausdruck zu bringen.

(Zurufe des Abg. Trageiser REP und des Ministers Weiser)

Die Reps beantragen ausdrücklich, eine der Zielsetzungen des Landesjugendhilfegesetzes, daß die unterschiedlichen Lebenszusammenhänge zwischen Deutschen und Nichtdeutschen berücksichtigt werden sollen, zu streichen. Diese Zielsetzung der Jugendhilfe soll nach Auffassung der Republikaner gestrichen werden. Deswegen sage ich: Auch an dieser Stelle wird von den Reps versucht, die Ausländerfeindlichkeit zu plazieren.

Im übrigen ist auch interessant, daß Ihrer Meinung nach die Gleichberechtigung zwischen Mädchen und Jungen als Ziel der Jugendhilfe gestrichen werden soll. Auch da kann ich nur sagen: Sie — —

(Abg. Schaal REP: Wo steht das? Erzählen Sie doch nicht so einen Blödsinn!)

— Lesen Sie doch Ihren eigenen Antrag nach. Dann erkennen Sie das doch.

(Abg. Schaal REP: Gleichbehandlung wollen wir!)

Auch das kann ich nur sagen: Sie haben ein Gesellschaftsbild, das nur als finster zu bezeichnen ist.

(Lachen des Abg. Schaal REP — Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Meine Damen und Herren, wir haben vier Anträge vorgelegt, um diesen Gesetzentwurf noch zu verbessern. Wir bitten Sie, diesen Anträgen in der Zweiten Beratung zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiesswetter.

**Abg. Kiesswetter FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP/DVP fordert schon lange, ein weiteres Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz vorzulegen, das die Inhalte der Jugend- und Jugendsozialarbeit beschreibt. Positiv an dem nun vorliegenden Gesetzentwurf ist, daß er eine gemeinsame Planung zwischen den Trägern der Jugendhilfe, den freien Trägern und den Gruppen vor Ort vorsieht.

*(Kiesswetter)*

Ferner begrüßen wir es, daß größere Gemeinden ein eigenes Jugendamt unterhalten können und auch der Ersatz der Kosten durch den Landkreis befriedigend geregelt ist. Wir halten die Jugendhilfe für um so effizienter, je weiter unten sie angesiedelt ist. Die Kreise wissen viel zu wenig, was sich in den einzelnen Orten abspielt. Wir wollten in der Ausschußsitzung erreichen, daß dieser Entwurf überarbeitet wird, um in der Praxis die Jugendhilfe wirksamer zu gestalten. Dies wurde jedoch von den beiden großen Fraktionen und der Sozialministerin abgelehnt.

Unter anderem wollten wir erreichen, daß in den Jugendhilfeausschuß auch ein Vertreter der Jugendsozialarbeit oder Jugendaufbauarbeit eingebunden wird. Außerdem sollten die obersten Landesjugendbehörden auch die Aufgabe übernehmen, landesweit die gleichmäßige Entwicklung der Jugendhilfe im Modellvorhaben zu fördern. Unser Ziel ist es, daß die Aufnahme eines Teilverbandes in den Gesamtverband automatisch zur Anerkennung des Teilverbandes führt, es sei denn, die Behörde widerspricht der Anerkennung, weil ihr der Teilverband unzuverlässig erscheint.

Wir wollen klarstellen, daß sich Jugendarbeit auch auf Prävention erstreckt, daß nicht nur die Förderung behinderter und sonst beeinträchtigter Jugendlicher wichtig ist, sondern auch der Abbau von Benachteiligungen ein Schwerpunkt der Arbeit sein muß. Die Jugendhilfe soll vor allem die Integration ausländischer junger Menschen fördern. Zur Zeit bestehen Schwierigkeiten bei Tageseinrichtungen für Kinder und bei Schulen einerseits und bei der Jugendhilfe andererseits. Dies hängt vor allem damit zusammen, daß Schulen und Kindergärten bei Problemkindern nicht auf die Jugendhilfeeinrichtungen zugehen. Dies muß ihnen jedoch zur Pflicht gemacht werden. Umgekehrt soll auch die Jugendhilfe danach schauen, wie sich ihre Klientel in Schule und Kindergarten verhält.

Jugendbildung ist keine Freiwilligkeitsaufgabe, sondern eine Pflichtaufgabe der Landkreise. Somit gilt für die Kommunen, daß sie von ihrer Vorstellung, es handele sich hierbei um eine Freiwilligkeitsaufgabe, Abstand nehmen, wie dies nach dem alten Jugendbildungsgesetz vorgesehen war.

Auch die Weiterbildung von Mitarbeitern der Jugendhilfeträger liegt nach wie vor im argen. Hier muß nachgebessert werden.

Ferner darf die Jugendhilfe nicht erst beim Übergang von der Schule in den Beruf einsetzen, sondern sie muß bereits im Vorfeld erfolgen, damit der Eintritt in das Berufsleben nahtlos erfolgt.

Wir begrüßen es, daß sich die Landesregierung noch aufgefordert hat, ein ergänzendes Gesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz vorzulegen. Da der vorgelegte Gesetzentwurf aber auf halbem Wege stehen geblieben ist, obwohl durchaus die Möglichkeit gegeben war, wichtige Positionen zu ergänzen, dies jedoch von CDU und SPD verhindert wurde, können wir diesem Gesetz nicht zustimmen.

*(Beifall bei der FDP/DVP)*

**Stell. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich der Frau Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung.

**Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Helga Solinger:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Abschluß der Beratungen des vorliegenden Gesetzentwurfs möchte ich mich zunächst bei den Landtagsfraktionen bedanken. Die Koalitionsfraktionen haben den äußerst schwierigen und sehr langwierigen Prozeß der Erarbeitung dieses Gesetzes mitgetragen.

*(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wir verstehen das schon!)*

Danken möchte ich aber auch den Kolleginnen und Kollegen, die die Notwendigkeit dieser Novellierung immer akzeptiert und auch nach außen vertreten haben, so daß sie noch in dieser Legislaturperiode stattfinden kann, was ja nicht ganz selbstverständlich war.

Die vorliegenden Änderungsanträge beschränken sich auf wenige Einzelpunkte. Herr Kollege Kiesswetter, ich kann Ihre Ablehnung wirklich nicht ganz nachvollziehen. Es stimmt zwar, daß Sie Ihre Anliegen vielleicht nicht in den Formulierungen, die Sie sich gerne wünschen würden, wiederfinden; aber inhaltlich ist das, was Sie jetzt substantiell gesagt haben, alles vertreten. Warum Sie dann ablehnen, kann ich nicht nachvollziehen. Allerdings — und wenn Sie das wollen, haben Sie recht —: Sie haben eine ungeahnte Regelungswut entwickelt.

*(Abg. Sieber CDU: Das machen die immer so!)*

die eigentlich für die danebensitzenden Kommunalpolitiker eine ziemliche Absurdität sein müßte.

*(Abg. Sieber CDU: Eine Verbandsklage!)*

— Ja, so etwa.

*(Abg. Kiel FDP/DVP: Ich gebe Ihnen recht!)*

An Herrn Jacobi gerichtet möchte ich sagen: Sicher kann man sich immer sehr viel mehr wünschen, wenn man es finanzieren kann. Aber „Enttäuschung“ hat eben auch etwas mit „Täuschung“ zu tun. Es sind Erwartungen dagewesen oder geweckt worden, die halt schlichtweg von Anfang an an der Realität vorbeigingen.

Sehr bewußt habe ich mir nochmals die Punkte, die sich bei der Anhörung während der ersten Novellierung ergeben haben, und die Anträge, die damals von der Opposition, also auch meinerseits für die SPD, gestellt worden sind, angeschaut. Ich muß Ihnen sagen: Die wurden damals auch im Wissen geschrieben, daß man kein zusätzliches Geld hat. Die Punkte, die damals übriggeblieben sind, haben wir alle umgesetzt, aber wirklich bis zum letzten Komma.

Ihre vier Anträge, die jetzt vorliegen, berühren zum einen die Frage der Frauenvertretungen in Gremien. Das habe ich schon im Ausschuß gesagt, will es aber hier noch einmal betonen: Wir sind uns natürlich völlig einig darüber, daß möglichst viele Frauen dort sein sollten. Wir halten es aber für schlichtweg nicht praktikabel, die Besetzung in einem Gremium, die durch eine entsendende Institution, einen Verein, einen Träger oder wen auch immer, erfolgt, zwangsweise mit einem Geschlechtsvorbehalt zu versehen — mit dem Ergebnis, daß Träger diese Stelle möglicherweise gar nicht beset-

(Ministerin Helga Solinger)

zen können. Wir werden das in einem anderen Bundesland erleben. Die werden nämlich ihre ganzen Gremien „umdrehen“ müssen, weil die eine ganz aparte Formulierung haben: Wenn einmal ungerecht besetzt war — also mehr Männer und weniger Frauen —, müssen es in der nächsten Legislaturperiode mehr Frauen und weniger Männer sein. Die Frage ist nur, wo sie die Frauen herkriegten, die es jetzt schon nicht gegeben hat. Also, ich meine, das ist nicht sehr hilfreich.

Im Ziel sind wir uns aber einig, und es wird die Aufgabe vor Ort sein, zu regeln, wie die Gremien besetzt werden. Das kann leider weder die Landesregierung noch dieses Parlament organisieren.

Zum zweiten meine ich, daß wir das Maximum in der Benennung von Fördertatbeständen des Landes erreicht haben. Mehr war nicht drin, und das war schon eine ganze Menge. Es ist niemandem benommen, mehr zu tun, wenn er mehr Geld hat. Ich würde jeder kommenden Landesregierung wünschen, daß sie viel Geld hat und daher viel für die Jugendhilfe tut, von Modellen bis hin zu Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit. Das alles sind Vorhaben, die wir gern umsetzen würden, was wir im Moment aber nicht können.

Die Bewährungsprobe für dieses Gesetz, meine Damen und Herren, steht aus. Sie wird in der Praxis stattfinden. Ich meine, daß wir durch die sehr engen Kontakte mit Praktikern bei der Erarbeitung doch eine gute Basis haben. Übrigens sind sehr viel mehr Regelungen drin, die für die Praxis positiv sind, als sich beim ersten Lesen sehen läßt. Wir haben da schon Beispiele.

Ich danke auch für die Anregung, die aus Fellbach gekommen ist, Herr Kollege. Das sind kleine Sachen, die aber sehr wichtig werden können bei einer ortsnahen, bedarfsgerechten Erfüllung von Jugendhilfe, Sachen, die bisher rechtlich nicht möglich waren, aber jetzt neue Chancen haben.

Ich möchte die FDP/DVP noch einmal bitten, zu prüfen, ob sie sich wirklich endgültig an ihr negatives Votum hält. Ich hätte mich nämlich sehr gefreut, wenn dieses Haus ein Signal nach außen gegeben hätte: welchen Stellenwert die Jugendpolitik hat, daß wir einen Schritt vorangekommen sind sowie daß wir miteinander versuchen werden, Jugendpolitik nicht zu einem Schattendasein zu verdonnern, sondern auch in der nächsten Legislaturperiode mit vielen Diskussionen hier im Haus etwas mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu führen. Denn ohne dies wird sich eben leider nicht viel verändern.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Die Allgemeine Aussprache ist damit abgeschlossen.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur Abstimmung. Der Sozialausschuß empfiehlt Ihnen mit der Beschlußempfehlung Drucksache 11/7056, dem Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert zuzustimmen. Es liegen eine Reihe von Änderungsvorschlägen vor. Die werde ich jeweils bei den einzelnen Nummern des Gesetzentwurfs aufrufen.

Ich rufe auf

#### Artikel 1

#### Änderung des Landesjugendhilfegesetzes

Innerhalb des Artikels 1 rufe ich zunächst Nummer 1 auf. Hier geht es um die neue Überschrift des Gesetzes. — Ich darf wohl ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung feststellen.

Ich rufe Nummer 2 zur Abstimmung auf. Wer Nummer 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen ist Nummer 2 zugestimmt.

Ich rufe Nummer 3 und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/7111-2, auf. Er fordert eine Änderung in § 2 Abs. 3.

Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über Nummer 3 nach der Beschlußempfehlung abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist Nummer 3 zugestimmt.

Kann ich die Nummern 4 bis 7 gemeinsam aufrufen?

(Abg. Schaal REP: Bis Nummer 5!)

— Die Nummern 4 und 5 sind aufgerufen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen ist den Nummern 4 und 5 zugestimmt.

Ich rufe Nummer 6 auf. Wer zustimmen möchte, möge dies anzeigen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Nummer 6 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 7 auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Nummer 7 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Nummer 8 auf. Zu Nummer 8 liegen zwei Änderungsanträge vor: der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/7111-3, der sich auf den Absatz 1 des § 6 a bezieht, und der Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 11/7111-1 Ziffer 1, der einen neuen Absatz 6 bei diesem Paragraphen anfügen möchte.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Änderungsantrag ist mit Mehrheit bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 11/7111-1. Wer zustimmen möchte, möge dies anzeigen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Ziffer 1 dieses Änderungsantrags ist abgelehnt.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Ich lasse jetzt abstimmen über Nummer 8 nach der Beschlußempfehlung. Wer zustimmen möchte, möge dies anzeigen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei etlichen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist Nummer 8 zugestimmt.

Ich rufe auf Nummer 9 und dazu den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 11/7111-1 Ziffer 2. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über Nummer 9 nach der Beschlußempfehlung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei etlichen Gegenstimmen ist Nummer 9 zugestimmt.

Muß ich über Nummer 10 förmlich abstimmen lassen, oder kann ich hier ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen? – Es erhebt sich kein Widerspruch; so beschlossen.

Ich rufe auf Nummer 11 und dazu den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 11/7111-1 Ziffern 3 und 4. Kann ich über diese Ziffern gemeinsam abstimmen lassen?

(Abg. Schaal REP: Ja!)

– Es wird jetzt abgestimmt über die Ziffern 3 und 4 des Änderungsantrags der Fraktion Die Republikaner. Wer zustimmen möchte, möge dies anzeigen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Die beiden Ziffern sind mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über Nummer 11 nach der Beschlußempfehlung. Wer zustimmen möchte, möge dies anzeigen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei etlichen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist Nummer 11 zugestimmt.

Ich muß um Entschuldigung bitten. Nummer 11 geht noch weiter, und zwar gehören dazu auch noch die §§ 9 b ff. Ich habe das erst beim Umblättern festgestellt. Ich bitte insoweit um Entschuldigung.

(Abg. Sieber CDU: Kein Problem, Herr Präsident!)

Kein Mensch ist unfehlbar.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Spaß muß sein!)

Meine Damen und Herren, dann lasse ich abstimmen über § 9 b nach der Beschlußempfehlung. Hierzu liegt kein Änderungsantrag vor. Wer zustimmen möchte, möge dies anzeigen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist § 9 b zugestimmt.

Ich rufe innerhalb von Nummer 11 § 9 c – Jugendarbeit – auf. Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 11/7111-1 Ziffern 5 und 6, vor. Über diese beiden Ziffern des Änderungsantrags lasse ich abstimmen. Kann ich gemeinsam abstimmen lassen, Herr Abg. Schaal?

(Abg. Schaal REP: Ja!)

– Das ist der Fall. Die Ziffern 5 und 6 des Antrags Drucksache 11/7111-1 sind aufgerufen. Wer zustimmen möchte, möge dies anzeigen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Die Ziffern 5 und 6 des Antrags Drucksache 11/7111-1 sind mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über § 9 c nach der Beschlußvorlage abstimmen. Wer zustimmen möchte, möge dies anzeigen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei etlichen Stimmenthaltungen und etlichen Gegenstimmen ist § 9 c zugestimmt.

Ich rufe innerhalb von Nummer 11 § 9 d – Jugendsozialarbeit – auf.

Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/7111-4 Ziffer 1, vor. Wer Ziffer 1 des Änderungsantrags Drucksache 11/7111-4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ziffer 1 dieses Antrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse deshalb über § 9 d nach der Beschlußvorlage abstimmen. Wer zustimmen möchte, möge dies anzeigen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei etlichen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist § 9 d entsprechend der Beschlußvorlage zugestimmt.

Ich rufe innerhalb von Nummer 11 § 9 e – Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz – auf. Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 11/7111-1 Ziffer 7, vor.

(Abg. Deuschle REP: Ein sehr guter Antrag!)

Wer Ziffer 7 des Änderungsantrags Drucksache 11/7111-1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ziffer 7 dieses Änderungsantrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse deshalb über § 9 e nach der Beschlußvorlage abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – § 9 e ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe innerhalb von Nummer 11 § 9 f – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen – auf. Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/7111-5, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über § 9 f nach der Beschlußvorlage abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – § 9 f ist mehrheitlich angenommen.

Der Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/7111-4 Ziffer 2, begehrt die Einfügung eines neuen § 9 g. Wer Ziffer 2 dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei etlichen Stimmenthaltungen ist Ziffer 2 dieses Antrags mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt innerhalb des Artikels 1 noch Nummer 12 auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist Nummer 12 zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

##### Änderung des Jugendbildungsgesetzes

Kann ich alle vier Nummern innerhalb des Artikels 2 gemeinsam aufrufen? — Dem wird nicht widersprochen. Die Nummern 1 bis 4 des Artikels 2 sind somit aufgerufen.

Wer Artikel 2 im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen ist Artikel 2 zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 3

##### Neubekanntmachung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Stimmenthaltungen ist Artikel 3 zugestimmt.

Ich rufe schließlich auf

#### Artikel 4

##### Inkrafttreten

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Gegenstimmen ist Artikel 4 zugestimmt.

##### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 7. Februar 1996 das folgende Gesetz beschlossen.“

##### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesjugendhilfegesetzes und des Jugendbildungsgesetzes“. — Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

##### Schlußabstimmung

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Dem Gesetz ist bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

(Große Unruhe)

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

(Anhaltende große Unruhe)

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes — Drucksache 11/6865**

**Beschlußempfehlung und Bericht des Umweltausschusses — Drucksache 11/7069**

Berichterstatter: Abg. Kiel

Meine Damen und Herren, auch über diesen Gesetzentwurf soll zunächst eine kurze Aussprache mit einer Redezeit von 5 Minuten je Fraktion geführt werden.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sieber.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Ruhe bitten.

**Abg. Sieber CDU:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben über diesen Gesetzentwurf sowohl bei der Ersten Beratung als auch im Ausschuß eine ausführliche Debatte geführt. Deswegen möchte ich mich mit Blick auf die Uhr gerne auf drei Punkte beschränken.

(Abg. Walter GRÜNE: Drei wichtige Punkte habt ihr rausgestrichen!)

Erstens: Es ist für die CDU-Fraktion wichtig, daß wir bei der Ausschußberatung folgende Klarstellung erreicht haben: Straßenbaulastträger sind auch weiterhin zuständig für die Abfallbeseitigung im Rahmen straßenrechtlicher Vorschriften.

Zweitens: Die kostenträchtige Einschaltung von Sachverständigen bei der Überwachung gewerblicher Abfallerzeuger findet nur dann statt, wenn besondere, bei der Behörde nicht vorhandene Sachkunde notwendig ist.

Eine dritte Anmerkung, meine Damen und Herren, weil uns nach der Ersten Beratung bezüglich der Bioabfälle einige wütende Protestbriefe erreicht haben: Das Gebot zur Verwertung von Bioabfall ergibt sich aus Bundesrecht. Wir halten dieses Gebot auch für richtig und sinnvoll. Allerdings haben wir versucht, eine für das Land Baden-Württemberg praktikable Lösung zu erreichen. Insbesondere haben wir ermöglicht, daß unterschiedliche Verhältnisse in den jeweiligen Landkreisen angemessen berücksichtigt werden können.

Nach diesen drei Bemerkungen darf ich ankündigen, daß die CDU-Fraktion dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP — Abg. Rückert CDU: So macht man es!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Brinkmann.

**Abg. Brinkmann SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Änderung des Landesabfallgesetzes, über die wir heute zu beraten und zu entscheiden haben, ist erst vor zwei Monaten in der letzten Sitzung dieses Landtags in erster Lesung beraten worden. Diese kurze Zeit hat ausge-

(Brinkmann)

reicht; denn schließlich war der Gesetzentwurf gründlich vorbereitet. Ich sage deutlich: Er war in einem offenen Verfahren vorbereitet.

(Abg. Sieber CDU: Jawohl!)

bei dem die Verbände und Bürgerinitiativen, die Wirtschaft und auch die Oppositionsfraktionen über den jeweiligen Stand informiert waren. Dies ist ein neuer Stil der Landespolitik, Gesetze nicht in den Ministerien hinter verschlossenen Türen vorzubereiten, sondern ein offenes Verfahren zu wählen. Das soll so bleiben, und dazu stehen wir Sozialdemokraten auch.

(Beifall bei der SPD)

Dennoch haben die starken Worte des Kollegen Walter bei der Ersten Beratung natürlich hohe Erwartungen geweckt, die, sage ich, Herr Kollege Walter, schließlich enttäuscht wurden.

(Abg. Walter GRÜNE: Hätten wir noch mehr Anträge bringen sollen?)

Sie haben mit markigen Worten die Erste Beratung des Landesabfallgesetzes zu einer grundsätzlichen Kritik an der Umweltpolitik der großen Koalition genutzt.

(Abg. Walter GRÜNE: Ja, sicher! – Abg. Schmiedel SPD: Das muß der Minister richtigstellen!)

Wir hätten danach eigentlich erwarten können, daß Sie mit neuen und besonders kreativen Vorschlägen in die Ausschußberatungen gehen. Das war aber nicht der Fall.

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist doch völliger Quark!)

Herr Walter, Sie wissen selbst: Die Grünen haben im Ausschuß und auch heute hier in der zweiten Lesung fast ausschließlich Änderungsanträge vorgelegt.

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr richtig!)

in denen sie ganz einfach aus den anfänglichen Entwürfen des Umweltministeriums abgeschrieben haben.

(Abg. Schmiedel SPD: Aha! – Abg. Walter GRÜNE: Weil es gut war! Das haben wir ja gesagt!)

Aber dies war von Ihnen, Herr Kollege, eine schwache Leistung.

(Abg. Sieber CDU: Sehr richtig!)

Diese Abschreibeleistung ist dann von Ihnen noch mit lautem Geschrei verbunden worden.

(Abg. Walter GRÜNE: Es gibt noch ein paar Anträge mehr!)

Ich sage: In der Politik und erst recht in der Umweltpolitik kommt es nicht auf die Lautstärke an, sondern auf die Kreativität visionärer Ideen. Und die haben wir bei Ihnen, Herr Kollege, vermißt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Sieber CDU – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Herr Kollege, es hat sich wieder einmal gezeigt: Auch in der Ökologienpolitik können die Grünen den Sozialdemokraten nichts vormachen.

(Lachen bei den GRÜNEN – Heiterkeit bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP)

– Das mußte einmal gesagt werden, ja.

Wir haben heute über ein Gesetz abzustimmen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

das unter den Bedingungen, die uns das Wahlergebnis von 1992 beschert hat, das Optimum bedeutet. Das wissen Sie. Es ist ein offenes Geheimnis, daß wir alle das natürlich gern besser gehabt hätten.

(Abg. Sieber CDU: Er kann es nicht wissen!)

Es bleibt nur die Hoffnung, daß uns das nächste Wahlergebnis am 24. März eine neue Mehrheit beschert,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Sieber CDU – Abg. Sieber CDU: Jawohl! Da haben Sie recht!)

die es uns ermöglicht – hören Sie einmal genauer zu, Herr Kollege –, das in das Landesabfallgesetz hineinzuschreiben, was Sie uns als unser bisheriger Koalitionspartner verweigert haben.

(Abg. Sieber CDU: Noch-Koalitionspartner!)

Darüber haben wir in der ersten Lesung gesprochen: Einbeziehung der Abwässer in die Abfallwirtschaftskonzepte und gesetzliche Grundlage für die Andienungspflicht auch für Abfälle zur Verwertung.

(Abg. Heinz CDU: Daß es noch ein bißchen teurer wird mit den Müllgebühren! Da freuen sich die Bürger! – Unruhe – Abg. Keitel CDU und Abg. Bütikofer GRÜNE unterhalten sich mit weiteren Abgeordneten. – Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, das ist ja unmöglich! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Entschuldigung, meine Herren! Ich würde vorschlagen, wenn Sie wichtige Gespräche zu führen haben, daß Sie diese außerhalb des Saales führen. – Bitte, Herr Abg. Brinkmann, fahren Sie fort.

**Abg. Brinkmann SPD:** Es bleibt die Enttäuschung

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

– Herr Kollege Drautz, war das zur Sache? –, daß die CDU-Fraktion die Gegebenheiten und Bedingungen des Bonner Kreislaufwirtschaftsgesetzes einfach nicht wahrnehmen wollte.

(Zuruf des Abg. Sieber CDU)

(Brinkmann)

Ich meine, Herr Kollege, die Fristsetzung 6. Oktober für die Andienungspflicht für Verwertungsabfälle. Dies ist eine Verweigerungshaltung, und so etwas zeugt von Politikunfähigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Abg. Sieber CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage. — Abg. Sieber CDU: Herr Präsident!)

Es bleibt aber auch die Erkenntnis, daß wir das beste Landesabfallgesetz bekommen, das wir in unserem Land je hatten.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abg. Brinkmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Sieber?

**Abg. Brinkmann SPD:** Bitte.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Sieber.

**Abg. Sieber CDU:** Herr Brinkmann, wie bewerten Sie die Tatsache, daß das Land Baden-Württemberg laut einer mir vorliegenden Aufstellung das einzige von 16 Bundesländern ist, in dem derzeit ein Gesetzentwurf zur Novellierung des Landesabfallrechts vorliegt?

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Alle anderen 15 Länder haben einen solchen Entwurf derzeit nicht vorliegen.

(Abg. Drexler SPD: Ein guter Umweltminister! — Abg. Dr. Caroli SPD: Ein hervorragendes Ministerium!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Brinkmann.

**Abg. Brinkmann SPD:** Herr Kollege, der eine Grund liegt natürlich in der Qualität des Ministeriums.

(Abg. Sieber CDU: Gut, das akzeptiere ich!)

Der andere Grund liegt darin, daß die meisten dieser 15 Bundesländer nicht die knappe Zeit haben, die wir, bedingt durch den Wahltermin, haben — nur noch zwei andere —, so daß die anderen natürlich einen größeren Spielraum haben als wir, um ihre Gesetze dem Kreislaufwirtschaftsgesetz anzupassen.

(Abg. Sieber CDU: Das können Sie aber erzählen, wem Sie wollen!)

An der Tatsache, daß wir das beste Landesabfallgesetz bekommen, ändert auch die Tatsache nichts, daß wir gern ein noch besseres gehabt hätten. Dazu gehört natürlich auch die Verbandsklage, die heute hier erneut beantragt worden ist. Unseren Standpunkt kennen Sie.

(Abg. Walter GRÜNE: Das war nicht abgeschrieben!)

Wir hätten diese Verbandsklage auch gern. Aber ich muß Ihnen deutlich sagen, Herr Kollege Walter: Weil wir die Verbandsklage und all das andere, was wir wollten, nicht in

das Gesetz hineinbekommen haben, sind wir noch lange nicht bereit, auf dieses Gesetz zu verzichten.

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut! Das ist Politikfähigkeit!)

Meine Fraktion und ich sind auf jeden Fall nicht bereit, auf das Paradies auf Erden zu warten und so lange auf das Handeln zu verzichten.

(Beifall bei der SPD — Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

Wir sind nicht bereit, auf ökologischen Fortschritt zu verzichten, nur weil wir uns einen weiter gehenden ökologischen Fortschritt vorstellen können. Mit diesem Gesetz machen wir die Gebührengestaltung zum Mittel der Abfallvermeidung.

(Unruhe und Zurufe — Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Ich darf um etwas Ruhe bitten.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich bitte Sie, Herr Abg. Brinkmann, zum Schluß zu kommen.

**Abg. Brinkmann SPD:** Ich komme zum Schluß.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Ich bitte doch um Ruhe.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

— Herr Kollege Drexler, das gilt auch für Sie. Ich darf um etwas Ruhe bitten.

**Abg. Brinkmann SPD:** Mit diesem Gesetz führen wir die Bio- und Grünabfallkompostierung flächendeckend ein und verpflichten das öffentliche Beschaffungswesen auf die Grundsätze einer modernen Kreislaufwirtschaft. Mit diesem Gesetz beginnen wir mit einer verbindlichen Abfalltrennung und -verwertung auch auf den Baustellen. Mit diesem Gesetz stärken wir die Beteiligungsrechte der Umweltverbände. Dieses Gesetz setzt endlich den Grundsatz „Vorrang der Vermeidung“ in Landesrecht um und stärkt eine ökologisch orientierte Industrie. Darum haben wir mit diesem Gesetz die entscheidenden Weichen in Richtung Ökonomie durch Ökologie gestellt.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bühler.

(Abg. Walter GRÜNE: Um Gottes willen! Oje, oje!)

**Abg. Bühler REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Republikaner haben gegen den Gesetzentwurf der Landesregierung einige grundlegende Einwendungen, die ich nochmals kurz zusammenfassen möchte.

Erstens: In der vorliegenden Fassung wird dieses Gesetz zu weiteren Reglementierungen und zu einer Beschneidung der kommunalen Selbstverwaltung führen.

(Bühler)

Zweitens: Auf zahlreiche Bürger kommen neue Gebühren oder Gebührenerhöhungen zu, und zwar durch die beabsichtigte generelle Einsammlungs- und Verwertungspflicht für Bio- und Grünabfälle.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Bisher ist alles falsch!)

Drittens: Durch weitere Verwaltungsvorschriften leistet dieses Abfallgesetz zudem einem in jeder Hinsicht schädlichen Ökodirigismus Vorschub.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was?)

Um wenigstens die größten Mißstände zu verhindern, haben wir Republikaner in der letzten Sitzung des Umweltausschusses drei Änderungsanträge eingebracht und vorgelegt. Da es den Vertretern der Altparteien allerdings nicht möglich war

(Abg. Drexler SPD: Wer ist hier alt?)

– Sie –,

(Heiterkeit und Beifall bei den Republikanern)

unsere Vorschläge vorurteilslos zu diskutieren

(Abg. Drexler SPD: Wann sind Sie geboren?)

– denken Sie an den Rinderwahnsinn, Herr Drexler –,

(Heiterkeit bei den Republikanern)

möchte ich die Inhalte dieser Anträge, die wir Ihnen heute deshalb nochmals vorgelegt haben, kurz darlegen.

Schon im Abfallwirtschaftskonzept muß klargestellt werden, daß jedwede Fehlentwicklung zu Lasten der Allgemeinheit schon im Ansatz erkennbar und damit vermeidbar ist. Daher bedarf es der gesetzlichen Konkretisierung der Zielvorgaben hin zu einer gesundheits-, umwelt- und kostenbewußten Abfallverwertung. Dazu gehört aber auch die Verpflichtung der Entsorgungsträger zu einer wirtschaftlichen Entsorgung und Verwertung.

Der Erhalt oder gar die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung im Abfallbereich macht doch nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen wirklich Sinn. Hierzu ist es erforderlich, daß sich die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger bezüglich kostengünstiger und wettbewerbsfähiger Entsorgungsangebote oder -dienstleistungen wirtschaftlich und marktgerecht verhalten und daß ihre Monopolstellung nicht zu weiterer Preistreiberei bei den Abfallgebühren führt. Beide Punkte sind Bestandteil unseres ersten Antrags.

Ferner muß die kommunale Selbstverwaltung im Abfallbereich erstens durch verstärkte Kontrollkompetenz bei der Verwertung und Beseitigung,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

zweitens durch Andienungsvorrang für gemischte Wertstoffe sowie thermisch verwertbare oder zu deponierende Abfälle, drittens durch konsequente Verfolgung von Verstößen und wilden Müllablagerungen und viertens durch wettbewerbsfähige Angebotsspielräume für kommunale Entsorgungsträger

ohne Bindungszwang an die lineare Kostendeckung sichergestellt bleiben.

Unser zweiter Änderungsantrag betrifft die Umwandlung der bisherigen Kann-Bestimmung bei der Ausgestaltung der Gebührentatbestände in die viel schärfere Form der Soll-Bestimmung. Auch hier sehen wir einen weiteren Versuch der Landesregierung, die kommunale Selbstverwaltung zu beschneiden.

Darüber hinaus aber wird diese unnötige Verschärfung zu Kostensteigerungen in der Wirtschaft führen. Durch die aufgrund solch schädlicher Reglementierungen gegebenenfalls entstehenden Mehrkosten steht zu befürchten, daß weitere Arbeitsplätze im Land verlorengehen werden.

Unser letzter Antrag schließlich richtet sich gegen eine gesetzliche Verpflichtung zur getrennten Einsammlung und Verwertung von Bio- und Grünabfällen. Die geplante Regelung würde für zahlreiche Bürger im Land zu Gebührenerhöhungen oder neuen Gebühren führen. Hier aber ist die Grenze der Belastbarkeit bereits überschritten.

Sie haben heute die Gelegenheit, elementare Schwachpunkte dieses Gesetzentwurfs zu korrigieren, indem Sie unseren Änderungsanträgen Ihre Stimme nicht versagen. Sollte es anders sein, werden wir diesen Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Brinkmann, ich habe zur Kenntnis genommen: Die Kritik an der Umweltpolitik der großen Koalition geht bei Ihnen unter die Haut. Aber Sie sollten trotzdem ein bißchen logischer und stringenter in Ihrer Argumentation bleiben. Ich werde noch darauf zurückkommen, wie wenig logisch und stringent Sie waren.

Herr Brinkmann, auch diese letzte große umweltpolitische Diskussion in dieser Legislaturperiode ist nicht unbedingt Anlaß zu großer Freude.

(Abg. Brinkmann SPD: Was? – Abg. Schmiedel SPD: Jetzt fängt er wieder damit an!)

Noch vor einem Jahr, Kollege Schmiedel, hatten wir Anlaß zur Hoffnung, daß wir hier ein Abfallgesetz verabschieden würden, das sozusagen dem Stand der Technik entspricht. Der Entwurf des Umweltministeriums – das gebe ich offen zu – war in den meisten Punkten so, wie wir uns das vorgestellt hätten,

(Abg. Brinkmann SPD: Gut, gell!)

allerdings nur bis zu dem Zeitpunkt, in dem es in die Finger der CDU-Fraktion kam. Die sogenannten Umweltpolitiker der CDU haben sich ja nicht nur während der Legislaturperiode verabschiedet, sondern sind jetzt schon gar nicht mehr da.

(Unruhe bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Entschuldigung, Herr Abg. Walter, eine kurze Unterbrechung. Ich darf doch wirklich bitten, Gespräche, wenn sie geführt werden sollen, entweder an der Tür oder draußen zu führen. Es stört den Ablauf in der Tat erheblich, wenn Sie hier Zwiesgespräche führen. Ich bitte insoweit um Rücksichtnahme.

Bitte, Herr Abg. Walter, fahren Sie fort.

**Abg. Walter GRÜNE:** Danke. — Die Hoffnung wich trauriger Realität. Spätestens, als im Herbst diese CDU-IHK-Briefe durch die Landschaft gingen, war es mit unserer Hoffnung vorbei. Es hat sich gezeigt: Mit der großen Koalition im allgemeinen und mit der CDU im besonderen ist eben keine Umweltpolitik zu machen.

Die großen Ansprüche, die sich im Gesetzestext dort finden, wo die Zielsetzungen niedergeschrieben sind — die hat die CDU rauszustreichen vergessen —, finden sich in einigen zentralen Punkten nicht mehr wieder.

Ich will die vier Schwachpunkte, die das Gesetz aus unserer Sicht hat, einmal nennen.

Es hätte nach unserer Auffassung eine verbindlichere Vorschrift für mengen- und gewichtsbezogene Gebühren geben sollen.

Es hätten zweitens bei der Erstellung von betrieblichen Abfallwirtschaftskonzepten zukünftig auch die Abwässer einbezogen werden müssen.

Drittens: Es gibt keine Andienungspflicht für zur Verwertung anstehende Sonderabfälle.

Viertens: Es gibt — das hat Herr Brinkmann schon gesagt — kein Verbandsklagerecht.

Es wäre, meine Damen und Herren, eine Aufgabe für den Landtag gewesen, ein Gesetz zu verabschieden, das über mehrere Jahre Gültigkeit und Bestand hat. Aber das Gesetz entspricht, wie ich schon gesagt habe, nicht dem Stand der Technik, nicht dem Stand der Diskussion.

(Abg. Schmiedel SPD: Das Beste, was wir je hatten!)

Es ist in zentralen Punkten, Herr Schmiedel, schlichtweg Flickwerk.

(Abg. Drexler SPD: Und dann verzichten? — Abg. Brinkmann SPD: Und dann darauf verzichten?)

Der ursprüngliche Entwurf — deswegen auch meine Anträge aus diesem Entwurf; diesen Entwurf hätten wir unterstützt — hat Schwachpunkte der jetzigen Gesetzgebung herausgegriffen. Es ist bekannt, meine Damen und Herren, auch bei der CDU, daß Sonderabfälle ohne eine Andienungspflicht weiterhin in dunkle Kanäle verschwinden werden. Die Beimengung von Sägemehl zu Farb- und Lackschlämmen haben wir schon oft erwähnt, ebenfalls das, was mit dem sogenannten bergmännischen Versatz geschieht. Verzicht auf diese Andienungspflicht, meine Damen und Herren, ist aus unserer Sicht ein ökologischer Frevel. Ziel muß es doch sein, so ökologisch wie möglich zu entsorgen und zu verwerten. Das Instrument der Andienungspflicht, Kollege Schmiedel — da waren wir uns im Ausschuß ja einig —, wurde hier leichtfertig aus der Hand gegeben.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. Schmiedel SPD: Und jetzt einmal das Positive!)

Das CDU-Motto lautet sozusagen: Freie Fahrt für schwarze Schafe.

Eine zweite große Chance wurde vertan.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Jetzt mal das Positive!)

— Das Positive kommt ja noch; das habt ihr ja alles schon erwähnt.

Das Positive, Herr Minister und auch Herr Drexler, ist erstens, daß ein Entwurf formuliert wurde, der tatsächlich dem Stand der Diskussion entspricht, und zweitens, daß einige andere Dinge, wie beispielsweise die umweltfreundliche Beschaffung, hineingeschrieben wurden. Das haben wir auch im Ausschuß so benannt.

Jetzt komme ich zu den Dingen, die hier nicht gesagt wurden. Es hätte die Möglichkeit zu einem medienübergreifenden Umweltschutz bestanden, wenn nämlich bei der Erstellung von betrieblichen Abfallkonzepten auch die Abwässer mit einbezogen worden wären.

(Abg. Schmiedel SPD: Das wissen wir doch!)

Hier verschließt die CDU die Augen vor der Realität.

(Beifall des Abg. Bütikofer GRÜNE — Abg. Drexler SPD: Der List!)

Zigtausende Tonnen an Sonderabfällen gelangen weiterhin in die Gewässer, und hinterher, Kollege Haas, beklagen wir uns alle, daß die Gewässerqualität nicht so ist, wie wir uns das wünschen.

Ein weiterer Kritikpunkt. Ich habe es schon angesprochen: Das Versprechen von Umweltminister Schäfer, die Einführung gewichts- oder mengenbezogener Müllgebühren zwingend vorzuschreiben, wurde von der CDU vom Tisch gewischt. Aber es ist ein kleiner Erfolg, daß wir wenigstens das haben, was jetzt drinsteht. Diese Niederlage, die das letztendlich war, allerdings in einen Sieg zu verwandeln, das hätte nicht sein müssen, Herr Minister. Angesichts explodierender Müllgebühren, meine Damen und Herren, muß das Müllsparen der Bürgerinnen und Bürger belohnt werden.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abg. Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Brinkmann?

**Abg. Walter GRÜNE:** Die gestatte ich gerne.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte schön, Herr Brinkmann.

**Abg. Brinkmann SPD:** Herr Kollege Walter, als Sie Ihre Änderungsanträge aus dem ersten Entwurf abschrieben, haben Sie da allen Ernstes geglaubt, wir würden denen zustimmen, und stellen Sie sich so — mit wechselnden Mehrheiten zu operieren — eine Regierungsarbeit vor?

(Abg. Rückert CDU: Das ist eine gute Frage! — Abg. Schmiedel SPD: Einer Koalition, einer künftigen!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Walter.

**Abg. Walter GRÜNE:** Ich kann Ihnen nur eines sagen: Es geht gar nicht um wechselnde Mehrheiten, Herr Brinkmann. Ich stelle mir für eine Koalition vor, daß man zu Beginn sauber verhandelt. Das habt ihr, zumindest im Umweltbereich, nicht gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN – Abg. Drexler SPD: Doch, das haben wir schon gemacht!)

Jetzt komme ich zum Verbandsklagerecht.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Lassen Sie noch eine zweite Zwischenfrage des Herrn Abg. Brinkmann zu?

**Abg. Walter GRÜNE:** Nein, jetzt lasse ich keine mehr zu. Er hat mir das ja vorhin schon gesagt. Hören Sie endlich mit dem Geschwätz vom Anträge-Abschreiben auf. Ich habe Ihnen gesagt, warum ich die Anträge einbringe.

(Minister Harald B. Schäfer: Weil sie gut sind!)

Weil sie gut formuliert waren. Wir haben im übrigen 16 eigene Änderungsanträge zum Wassergesetz eingebracht. Die haben Sie auch nicht interessiert.

(Abg. Drexler SPD: Die waren aber nicht so gut wie die jetzigen! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abg. Walter, ich muß Sie bitten, allmählich zum Schluß zu kommen.

**Abg. Walter GRÜNE:** Ja, aber ich bin ständig unterbrochen worden. Ich muß noch zwei, drei Gedanken ausführen.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, aber trotzdem.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: 3 Minuten noch!)

**Abg. Walter GRÜNE:** Es ist traurig, meine Damen und Herren, daß das jahrelange Ringen um eine umweltgerechte Abfallpolitik darin geendet hat, daß zentrale Punkte herausgestrichen wurden. Der ursprüngliche Entwurf wurde von der CDU gerupft wie eine Gans am Martinstag.

(Zuruf des Abg. Rückert CDU)

Bei vielen von Ihnen, meine Damen und Herren, ist im Wahlkampf immer von der Zukunft die Rede. Was Sie dabei aber vergessen, meine Damen und Herren, ist, daß wir nur dann eine Zukunft haben werden, wenn wir die Aufgaben der Gegenwart lösen. Das gilt ganz besonders im Umweltbereich.

Wenn ich mehr Redezeit hätte, meine Damen und Herren, böte Ihre Umweltpolitik Anlaß genug, in dieser Debatte darüber zu diskutieren.

(Abg. Schmiedel SPD: Das wäre gut!)

Die Zeit dafür habe ich aber nicht. Ich kann Ihnen deshalb nur sagen: Ihr Sündenregister ist lang. Es ist Thema von abendfüllenden Veranstaltungen.

Da ich diese Zeit nicht habe, beschränke ich mich darauf, die Überschrift eines Kommentars zu zitieren, den Herr Dr. Breitinger in einer Umweltbroschüre der Fraktion GRÜNE, die ich allen sehr empfehlen möchte, geschrieben hat.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Jetzt macht er auch noch Wahlwerbung! – Glocke des Präsidenten)

– Beruhigt euch doch. – Herr Dr. Breitinger hat eine Überschrift gewählt, der ich mich nur anschließen kann: „Vier schlechte Jahre für Natur und Umwelt“. Das können auch Sie, Herr Brinkmann, mit irgendwelchen komischen Floskeln nicht wegre-den.

(Beifall bei den GRÜNEN – Abg. Drexler SPD: Das stimmt aber so nicht!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiel.

**Abg. Kiel FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der große Wurf ist es nicht geworden, das lang umkämpfte Landesabfallgesetz,

(Abg. Brinkmann SPD: Ein gewaltiger!)

vielleicht weil es so lange umkämpft war, vielleicht auch, weil das zuständige Ministerium nicht die richtige, die vertretbare, eine die Ökologie und die Ökonomie verbindende Sichtweise hatte, vielleicht auch, weil die Sichtweisen des Wirtschaftsministers und des Umweltministers lange diametral auseinanderliefen.

Dennoch: Der jetzt herausgekommene Kompromiß ist eine Kröte, die fast alle schlucken können, wir auch.

(Abg. Deuschle REP: Ihr schluckt sie alle! – Heiterkeit bei den Republikanern – Abg. Drexler SPD: Kröten als Umweltpolitiker!)

– Hast du noch nie Froschschenkel gegessen? Dann wird es aber Zeit.

(Abg. Sieber CDU: Wo bleibt da der Tierschutz, Herr Kollege? – Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Es sind im Lauf der Anhörungen und der Beratungen viele unserer Forderungen und Anregungen, zuletzt noch in der letzten Sitzung des Umweltausschusses unser Antrag – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren, ich darf wirklich darum bitten, daß etwas mehr Ruhe bewahrt wird. Die Zeit ist zwar ziemlich fortgeschritten, aber wir wollen doch die Beratungen heute noch in einer angenehmen und ruhigen Atmosphäre durchführen. Deshalb darf ich Sie wirklich bitten, etwas mehr Ruhe zu bewahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD, der Republikaner und der FDP/DVP)

Bitte, Herr Abg. Kiel.

**Abg. Kiel FDP/DVP:** Danke sehr. — Es sind eben doch eine ganze Reihe auch von unseren Anträgen und Anregungen, zuletzt der in der letzten Sitzung des Umweltausschusses vorgetragene Antrag, die Landkreise bei wilder Ablagerung von Sondermüll von den Kosten der Beseitigung freizustellen, in den Gesetzentwurf eingeflossen.

Grundsätzlich kann man feststellen: Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf des Umweltministeriums sind dem Gesetzentwurf einerseits viele Giftzähne gezogen worden. Andererseits hat man manchen gesunden Zahn gleich mit herausoperiert.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Wir bedauern zum Beispiel, daß unser Antrag — das, was wir seit fünf Legislaturperioden immer wieder fordern —, die Verbandsklage einzuführen, von SPD und CDU erneut abgelehnt wurde.

(Zuruf des Abg. Kurz CDU)

Schließlich mußten wir feststellen, daß man sich unseren Forderungen, das operative Geschäft bei der Müllbeseitigung der Wirtschaft zu überlassen und dem Staat die strenge Kontrolle, wohl angenähert, daß man aber die notwendige klare Trennung noch immer nicht völlig vollzogen hat. Deshalb werden wir auch hellwach sein müssen, wenn es um die Umsetzung der vorgesehenen Privatisierung geht.

(Abg. Sieber CDU: O ja!)

Schade nur, daß bei dem schiebenweisen Vorgehen hin zu mehr Marktwirtschaft so viel Geld unnötigerweise auf der Strecke bleibt. Hamburg läßt grüßen, um nur das zu sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unseren Antrag, die Möglichkeit der Verbandsklage ins Gesetz aufzunehmen, stellen wir erneut.

Schließlich sollten wir folgendes nicht vergessen: Grundlage des Landesabfallgesetzes ist das Kreislaufwirtschaftsgesetz aus Bonn. Dieses läutet eine neue Ära der Abfallbeseitigung ein.

(Abg. Sieber CDU: Jawohl!)

Viele haben sich schon auf dieses Gesetz eingestellt. Nachlassen bei Vermeidung von Müll, sinnvoller Wiederverwertung und ordnungsgemäßer Beseitigung des unvermeidlichen Restes dürfen wir aber nicht hinnehmen.

Meine Damen und Herren, ich habe wohl die gebotene Kürze eingehalten.

(Abg. Sieber CDU: Sehr gut!)

Es ist noch Redezeit vorhanden. Ich hoffe nicht, daß ich sie noch einmal brauche.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP — Abg. Sieber CDU: Das kommt jetzt auf den Minister an!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich dem Herrn Umweltminister.

**Umweltminister Harald B. Schäfer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Auch ich will der fortgeschrittenen Zeit Rechnung tragen und es aus zeitökonomischen Gründen kurz machen, obwohl mich, Herr Abg. Walter, der eine oder andere Beitrag dazu hätte provozieren können, einiges zurechtzurücken.

Zu Ihnen nur zwei Sätze. Sie haben eingeräumt, daß Sie vom Entwurf des Umweltministers abgeschrieben haben. Dagegen ist nichts einzuwenden. Ich empfehle Ihnen nur, mehr von uns abzuschreiben, auch bei der Vorbereitung von Reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Abg. Walter GRÜNE: Es war auch so gekennzeichnet! — Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

— Ich mache Ihnen daraus keinen Vorwurf. Es spricht doch für Sie, daß Sie die Erkenntnisoffenheit auch nutzen, um zu übernehmen, was besser ist.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Hat er wenigstens fehlerfrei abgeschrieben? — Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Zweitens: Es hat doch keinen Zweck, hier über Wirklichkeiten hinwegzureden, Herr Abg. Walter, Herr Abg. Kiel. Es sind ja mehrere Fraktionen, die in vielen Fragen unterschiedlicher Auffassung sind. Es wird in jeder Regierungskoalition so sein, daß keiner der Partner sich zu 100 % durchsetzen kann. Diese Erfahrung werden Sie, hoffe ich, in der nächsten Legislaturperiode des Landtags auch machen können.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Machen wir sie gleich am Anfang!)

Es macht doch keinen Sinn, eine Argumentation des So-tun-als-ob zu betreiben und darum herumzureden, daß es drei, vier Punkte gibt, die ich gerne in der Novelle gehabt hätte, bei denen es aber nicht möglich war, sie bei der Union durchzusetzen. Es macht keinen Sinn, wenn man diese Punkte, Herr Walter, zum Popanz hochschauelt und sich dabei selbst den Blick für eine tatsächliche Würdigung und Wertung der vorgelegten Gesetzesnovelle versperrt. Das erhöht nicht die politische Glaubwürdigkeit.

Wahr ist, meine Damen und Herren — das können sich beide Koalitionspartner positiv auf die Habenseite der gemeinsamen Koalitionsregierungsverantwortung schreiben —, daß das neue Landesabfallgesetz ein ökonomischer und ökologischer Fortschritt für Baden-Württemberg ist. Es ist ein wichtiger Schritt in Richtung Kreislaufwirtschaft in unserem Land. Es schafft Anreize zu zukunftsfähigen Innovationen bei Produkten und Produktionen, und es räumt — das ist ganz wichtig; wo ist Herr Abg. Kiel?;

(Abg. Kiel FDP/DVP: Hier!)

das haben Sie auch nicht gesagt — der Eigenverantwortung der Wirtschaft einen hohen Stellenwert ein. Auf diesen Punkt möchte ich noch eingehen. Deshalb, meine Damen und Herren, ist die Novellierung des Landesabfallgesetzes gleichzeitig ein Beitrag zur Industrie- und Wirtschaftspolitik und hilft dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

(Minister Harald B. Schäfer)

Ich möchte nur zwei, drei Punkte ausführlicher darstellen. Baden-Württemberg ist das erste Land, das das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz umsetzt.

(Abg. Sieber CDU: Ja!)

Ich weiß, daß andere Länder bei unserem Gesetzentwurf abschreiben werden.

(Beifall bei der SPD)

Dagegen ist nichts einzuwenden, weil man das Gute übernehmen kann.

(Abg. Walter GRÜNE: Vom Gesetz, aber nicht von dem, was jetzt vorliegt!)

Zweitens sage ich: Wir entwickeln das landesrechtliche Instrumentarium zur Abfallvermeidung und Abfallverwertung weiter. Herr Abg. Walter,

(Abg. Rückert CDU: Aufstehen!)

ich spreche Sie heute zum letzten Mal persönlich an; das ist auch eine gewisse Auszeichnung.

(Abg. Walter GRÜNE: Als Minister! Haben Sie keine Hoffnung mehr?)

Ich will folgendes sagen: In der letzten Legislaturperiode gab es den Gesetzentwurf – gemeinsam erarbeitet –, von der Bürgerinitiative „Das bessere Müllkonzept“ mitgetragen. Da gab es noch kein Kreislaufwirtschaftsgesetz. Die Bürgerinitiative hatte beispielsweise die Punkte „Integrierter Abfall“, „Abwasserbehandlung“, „Andienungspflicht für Sonderabfälle“ nicht enthalten, weil sich das erst aufgrund der neuesten EU- und der neuesten Kreislaufwirtschaftsgesetzgebung des Bundes ergeben hat. Das war also nicht Gegenstand der Koalitionsvereinbarung. In der Koalitionsvereinbarung hatten wir uns die Novellierung des Landesabfallgesetzes nach dem Muster des in der letzten Legislaturperiode gemeinsam erarbeiteten Vorschlags vorgenommen. Und dem ist weitgehend gefolgt worden. Das, was wir zusätzlich hineinnehmen wollten, war nicht machbar. Das ergab sich aus dem neuen Bundesgesetz.

Herr Abg. Sieber,

(Abg. Sieber CDU: Herr Minister!)

Sie haben darauf hingewiesen, daß wir zu Recht die Pflicht zur Verwertung der Bioabfälle eingeführt haben.

(Abg. Sieber CDU: Ja!)

Sie haben gesagt, das müsse mehr auf der Grundlage des Kreislaufwirtschaftsgesetzes geschehen.

(Abg. Sieber CDU: Dazu stehen wir auch!)

Das ist richtig. Aber selbst wenn es kein Kreislaufwirtschaftsgesetz geben würde, wäre die Bestimmung sinnvoll.

(Abg. Sieber CDU: Das habe ich auch gesagt!)

Durch Getrennterfassung und -einsammlung von Biomüll können wir bis zu 25 % des Hausmülls einsparen. Jede

Tonne vermiedenen Mülls bedeutet weniger Deponiekapazität,

(Abg. Sieber CDU: Jawohl!)

bedeutet weniger Müllbehandlungsanlagen. Das ist ein Beitrag zur lang- und mittelfristigen Kostensenkung in der Abfallwirtschaft. Das ist etwas, was man nicht nur ökologisch, sondern auch an der Gebührenhöhe beim Müllbürger kostenentlastend spürt.

(Beifall bei der CDU)

Auch hier, meine Damen und Herren, sind wir einen pragmatischen Weg gegangen. Dieses Gebot, die Pflicht, Biomüll getrennt zu erfassen, gilt nur dann, wenn es technisch machbar und wirtschaftlich zumutbar ist. Auch hier gibt es Grenzen. Wir wollen maßgeschneiderte Konzepte, die jeder entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaft die eigene Entscheidung so, wie es die regionalen, die kreisbezogenen, die stadtbezogenen Gegebenheiten optimal erscheinen lassen, ermöglichen.

Noch etwas zur mengenbezogenen Gebührenkomponente. Da machen Sie einen Popanz, Herr Abg. Walter. „Soll“ und „muß“ sind in der juristischen und tatsächlichen Wirklichkeit ziemlich nahe beieinander. „Soll“ heißt nämlich „muß“, es sei denn, dem „muß“ stehen entscheidende Hindernisgründe entgegen. Mit dieser Formulierung kann der Umweltminister gut leben, weil jeder Kreistag gezwungen wird, die Festsetzung der Gebühren mengenorientiert zu überprüfen. Man muß schon gute Gründe haben, um diese Soll-Vorschrift des Landesabfallgesetzes zu unterlaufen. Lassen Sie also den Popanz weg, und kehren Sie zur Sachlichkeit zurück.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Eines will ich zum Schluß noch sagen. – Bitte?

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

– Ich verstehe nicht.

(Abg. Walter GRÜNE: Ich habe doch gesagt, das ist doch besser als vorher!)

– Ich habe Sie nicht verstanden.

(Abg. Drexler SPD: „Das ist besser als vorher“, hat er gesagt!)

Ich will noch einen letzten Punkt nennen, der mir wichtig ist. Ich habe gesagt, wir wollten die Eigenverantwortlichkeit der Wirtschaft stärken. Wir meinen, daß auch im Abfallbereich in vielen Fällen eigenverantwortliche, qualifizierte Kontrollmechanismen ökonomisch und ökologisch von Vorteil sein können, nicht müssen.

Mit dieser Novelle sind wir das erste Land, europaweit, nicht nur in der Bundesrepublik, das das neue – –

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wahrscheinlich weltweit!)

– Sie haben recht: weltweit. Ein heller Junge. – Aber zurück, Herr Bütikofer, weil es wichtig ist: Wir sind das erste

(Minister Harald B. Schäfer)

Land, das die Teilnahme am EU-Öko-Audit — freiwillige Kontroll- und Umwelterklärung — auf der gesetzgeberischen Seite honoriert. Diese freiwillige Öko-Auditierung haben heute schon viele Unternehmen Baden-Württembergs vollzogen. Wir haben Handwerksbetriebe in Baden-Württemberg, die wie das Unternehmen in Eisingen bei Pforzheim als erste Handwerksunternehmen europaweit das EU-Öko-Audit bekommen haben. Wir als Umweltministerium haben es zum Herzstück unserer Umweltpolitik gemacht, umweltorientiertes Unternehmertum zu fördern. Wenn das klappt, sind wir bereit, im Gegenzug Kontrollvorschriften abzubauen. Das ist möglich, ohne daß Umweltstandards darunter leiden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Sieber CDU)

Das ist ein Beitrag zur sinnvollen Rücknahme von Regelungsdichte.

Dies alles, meine Damen und Herren, und noch einiges mehr hätte man zu diesem Gesetzentwurf sagen müssen.

Zum Schluß möchte ich mich bei den Abgeordneten dafür bedanken, daß sie es trotz der Enge, in die wir durch die Schwierigkeiten der Beratungsprozesse geraten sind, ermöglichen haben, daß dieses Gesetz noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird.

(Abg. Sieber CDU: Jawohl!)

Es hat die Schönheitsfehler, die wir gemeinsam beklagen, aber es ist ein Fortschritt. Es ist ein ökologischer und ein ökonomischer Fortschritt, und ich kann es nicht zulassen, daß Fortschritte, die Wirklichkeit und die Wahrheit durch überzogene Aufbauschung von Kritik derart in die Unwirklichkeit gestellt werden, wie es hier von einem Sprecher — auf den anderen von der ganz rechten Seite gehe ich nie ein — geschehen ist.

(Abg. Deuschle REP: Seien Sie nicht so arrogant!)

Herzlichen Dank dem Parlament, daß wir heute das Landesabfallgesetz noch verabschieden können.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Als Abschiedsrede war das nicht so stark!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Allgemeine Aussprache ist damit abgeschlossen.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur Einzelabstimmung. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Unterausschusses, Drucksache 11/7069. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Paragraphen aufrufen.

Zunächst rufe ich auf

#### Artikel 1

#### Änderung des Landesabfallgesetzes

Zur Abstimmung rufe ich die Nummer 1, die die Neufassung des § 1 zum Inhalt hat, auf. Wer der Nummer 1, der Neufassung des § 1, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen?

— Bei einigen Stimmenthaltungen ist Nummer 1 nach der Beschlußvorlage angenommen.

Ich rufe die Nummer 2 mit dem neuen § 2 auf. Hierzu liegen drei Änderungsanträge vor: der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/7113-1, die Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 11/7113-5, und schließlich der Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 11/7113-6.

Ich lasse zunächst über den weitestgehenden Antrag abstimmen, nämlich den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/7113-1, der eine Neufassung des § 2 begehrt.

(Abg. Walter GRÜNE: Absatz 1!)

— § 2 Abs. 1, ja.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Änderungsantrag Drucksache 11/7113-5 Ziffer 1. Danach soll das Wort „sollen“ durch das Wort „können“ ersetzt werden. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Dieser Änderungsantrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse jetzt noch abstimmen über den Änderungsantrag Drucksache 11/7113-6. Danach soll das Wort „verpflichtet“ durch das Wort „angehalten“ ersetzt werden.

(Abg. Drexler SPD: Wer hat denn den Antrag gestellt? Was ist denn „angehalten“?)

— Auch ein Antrag der Fraktion Die Republikaner. — Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Auch dieser Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über den § 2, also Artikel 1 Nummer 2, nach der Beschlussempfehlung.

(Abg. Walter GRÜNE: Kann man über die Absätze 1 und 2 getrennt abstimmen lassen?)

— Wenn Sie dies wünschen, machen wir auch das.

(Abg. Sieber CDU: Wenn es der Wahrheitsfindung dient!)

Wer § 2 Abs. 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Abs. 1 ist bei etlichen Gegenstimmen angenommen.

Wer Absatz 2 des § 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — § 2 Abs. 2 ist mit noch größerer Mehrheit angenommen.

Ich rufe jetzt auf Nummer 3: § 3. Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 11/7113-7, vor. Ich lasse über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Dieser Änderungsantrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Ich lasse jetzt abstimmen über § 3, also Nummer 3 von Artikel 1, nach der Beschlußempfehlung. Wer zustimmen möchte, möge dies anzeigen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Gegenstimmen ist § 3 angenommen.

Ich rufe auf Nummer 4: § 4. Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/7113-2, vor. Über diesen Änderungsantrag lasse ich abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Änderungsantrag ist bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über § 4, also Artikel 1 Nummer 4, nach der Beschlußempfehlung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen ist § 4 zugestimmt.

Darf ich fragen, ob ich die Nummern 5 bis 9 gemeinsam aufrufen kann? — Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann sind die Nummern 5 bis 9 aufgerufen. Wer diesen Nummern zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Den Nummern 5 bis 9 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf Nummer 10: § 8. Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 11/7113-5 Ziffer 2, vor. Danach soll in § 8 Abs. 2 Nr. 2 das Wort „sollen“ durch das Wort „können“ ersetzt werden. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Nummer 10 nach der Beschlußempfehlung abstimmen. Wer der Nummer 10 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Gegenstimmen ist der Nummer 10 zugestimmt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf Nummer 11: § 9. Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/7113-3, vor. Danach soll § 9 Abs. 2 neu gefaßt werden. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE zustimmen möchte, möge dies anzeigen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse über Nummer 11 — § 9 — nach der Beschlußvorlage abstimmen. Wer zustimmen möchte, möge dies anzeigen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen ist § 9 so beschlossen.

Ich rufe die Nummer 12 auf. Kann ich auch die Nummer 13 mit aufrufen? — Sie stimmen zu. Die Nummern 12 und 13 sind aufgerufen. Wer diesen beiden Nummern zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Ich stelle insoweit einstimmige Zustimmung fest.

Jetzt rufe ich die Nummer 14 auf. Kann ich auch hier ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststel-

len? — Dem wird nicht widersprochen. Es ist so beschlossen.

Dann rufe ich die Nummer 15 auf. Es geht um die Einfügung eines § 12 a. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor: der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 11/7113-8, und der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/7113-4.

Herr Abg. Walter, zur Geschäftsordnung.

**Abg. Walter GRÜNE:** Über diesen Antrag wollen wir namentlich abstimmen lassen.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Also über den Antrag Drucksache 11/7113-4.

Ich muß aber zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP abstimmen lassen, weil dieser bezüglich des § 12 a weiter gehend als Ihr Antrag ist. Deshalb steht dieser Antrag zunächst zur Abstimmung. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 11/7113-8, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Unruhe)

Herr Abg. Walter, ich habe noch eine Verständnisfrage.

(Große Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten, damit wir auch diesen Punkt noch klären können.

Wenn ich es recht sehe, entspricht § 12 a dem Gesetzestext. Insoweit besteht Übereinstimmung. Sie möchten aber einen § 12 b und einen § 12 c eingefügt wissen. Bezieht sich Ihr Antrag auf namentliche Abstimmung — —

(Abg. Walter GRÜNE: Auf § 12 a, § 12 b und § 12 c!)

— Moment.

(Unruhe — Zuruf: Das geht nicht! — Abg. Schmiedel SPD: Jetzt geht es drunter und drüber!)

§ 12 a in Ihrem Antrag entspricht

(Abg. Walter GRÜNE: Ja, das ist drin!)

§ 12 a im Gesetzentwurf. Deshalb möchte ich jetzt ohne namentliche Abstimmung zunächst über § 12 a abstimmen lassen

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist okay!)

und dann über die §§ 12 b und 12 c entsprechend Ihrem Antrag in namentlicher Abstimmung. Sind Sie damit einverstanden?

(Abg. Walter GRÜNE: Ja!)

Dann lasse ich jetzt über § 12 a abstimmen, der auch in Ihrem Antrag mit dem Gesetzestext identisch ist. Wer insoweit § 12 a zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

(Abg. Brinkmann SPD: Das ist ja die alte Fassung!)

– Moment. Es ist die übereinstimmende Fassung.

Ich lasse jetzt über § 12 a abstimmen. Insoweit besteht Übereinstimmung zwischen dem Antrag der Fraktion GRÜNE und der Gesetzesvorlage. Deshalb steht jetzt § 12 a zur Abstimmung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – § 12 a ist damit mit großer Mehrheit angenommen.

Jetzt geht es um die §§ 12 b und 12 c. Insoweit hat Herr Abg. Walter namentliche Abstimmung beantragt. Ich muß zunächst fragen, ob der Antrag die notwendige Unterstützung hat. – Dies ist offenkundig der Fall.

Dann stimmen wir jetzt über den Antrag Drucksache 11/7113-4, soweit er die §§ 12 b und 12 c betrifft, in namentlicher Abstimmung ab. Wer diesen beiden zusätzlichen Paragraphen zustimmen möchte, der möge mit Ja antworten, wer diesen beiden zusätzlichen Paragraphen nicht zustimmen möchte, der möge mit Nein antworten, und wer sich der Stimme enthalten möchte, möge mit „Enthaltung“ antworten. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben H.

Ich darf Sie, Herr Abg. Krisch, bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich darf wie immer darum bitten, beim Namensaufruf Ruhe zu bewahren, damit die Antworten auch verstanden werden können.

Bitte, Herr Abg. Krisch, beginnen Sie mit dem Namensaufruf.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben sich 106 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 15 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein 85 Abgeordnete;  
6 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Damit ist der Antrag Drucksache 11/7113-4 bezüglich der §§ 12 b und c mehrheitlich abgelehnt.

\*

Mit Ja haben gestimmt:

Birgitt Bender, Bütikofer, Drautz, Hackl, Jacobi, Kiel, Kiesswetter, Krieg, Kuhn, Pfister, Dr. Salomon, Monika Schnaitmann, Gerhard Stolz, Walter, Dr. Witzel.

Mit Nein haben gestimmt:

Baumhauer, Bebber, Behringer, Ingrid Blank, Brechtken, Carla Brengener, Bühler, Daffinger, Deuschle, Döpfer, Dreier, Dr. Eckert, Gaßmann, Dr. Geisel, Göschel, Goll, Alfred Haas, Gustav-Adolf Haas, Haasis, Hauk, Heiler, Heinz, Herbricht, Dr. Hopmeier, Hund, Keitel, Kiesecker, Birgit Kipfer, Dr. Klunzinger, Köberle, Köder, König, Krisch, Kurz, Dr. Lang, Ursula Lazarus, Leicht, List, Eberhard Lorenz, Hans Lorenz, Dr. Mauz, Meyer, Mogg, Mühlbeyer, Ulrich Müller, Nagel, Dr. Ohnewald, Dr. Puchta, Rapp, Rau, Rebhan, Rech, Redling, Reimann, Reinelt, Dr. Repnik, Rückert, Schaal, Dr. Schäuble, Scheffold, Dr. Schlierer, Schöffler, Schrempp, Dr. Marianne Schultz-Hector, Rosely Schweizer, Seimetz, Seltenreich, Sieber, Helga Solinger, Stächele, Straub, Ströbele, Teßmer, Tölg, Trageiser, Troll, Helga Ulmer, Christa Vosschulte, Weimer, Dr. Weingärtner, Weinmann, Weiser, Wieser, Wilhelm, Zeller.

Der Stimme enthalten haben sich:

Brinkmann, Dr. Caroli, Drexler, Dr. Scharf, Schmiedel, Veigel.

\*

Meine Damen und Herren, kann ich über die Nummern 16 bis 21 des Artikels 1 gemeinsam abstimmen lassen?

(Zustimmung)

– Es erhebt sich kein Widerspruch. Sie sind aufgerufen. Wer den Nummern 16 bis 21 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Bei der Nummer 22 ist darauf hinzuweisen, daß der Umweltausschuß hierzu eine Änderung empfiehlt. Diese Änderung wird jetzt zur Abstimmung gestellt. Sie bezieht sich auf § 20 des Landesabfallgesetzes. Wer Artikel 1 Nr. 22 in der Fassung der Beschlußempfehlung des Umweltausschusses, Drucksache 11/7069, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Ich rufe Nummer 23 auf. Sie bezieht sich auf § 20 a. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist der Nummer 23 zugestimmt.

Ich rufe Nummer 24 auf. Hier wird ebenfalls seitens des Umweltausschusses eine Änderung vorgeschlagen. Wer Nummer 24 mit der vom Umweltausschuß in der Ziffer 2 seiner Beschlußempfehlung vorgeschlagenen Änderung zustimmen möchte, den bitte ich, dies anzuzeigen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmige Annahme.

Meine Damen und Herren, kann ich Ihr Einverständnis voraussetzen, die Nummern 25 bis 32 gemeinsam aufzurufen?

(Abg. Walter GRÜNE: Nein! – Abg. Bühler REP:  
Nein, nur bis 27, Herr Präsident!)

– Nicht? Nur bis Nummer 27. Dann sind die Nummern 25, 26 und 27 aufgerufen. Wer den Nummern 25 bis 27 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmige Annahme.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Ich rufe die Nummer 28 auf. Wer der Nummer 28 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Stimmenthaltungen ist der Nummer 28 zugestimmt.

Kann ich die Nummern 29 bis 32 gemeinsam aufrufen?

(Abg. Walter GRÜNE: Ja!)

— Es erhebt sich kein Widerspruch. Sie sind aufgerufen. Wer den Nummern 29 bis 32 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Einstimmige Annahme.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

Änderung der Verordnung der Landesregierung über die Beseitigung pflanzlicher Abfälle außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen

Wer Artikel 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Gegenstimmen ist Artikel 2 zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 3

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Wer dem Artikel 3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen ist Artikel 3 zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 4

Neubekanntmachung

Ich meine, bei dem Artikel kann ich ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen. — Es wird nicht widersprochen. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf

#### Artikel 5

Inkrafttreten

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen ist auch dem Artikel 5 zugestimmt.

Meine Damen und Herren!

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 7. Februar 1996 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes“. — Das Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

#### Schlußabstimmung

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe Punkt 7 unserer Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen — Drucksache 11/6785**

**Beschlußempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses — Drucksache 11/7095**

Berichterstatter: Abg. Weyrosta

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache über den Gesetzentwurf ebenfalls eine Redezeit von 5 Minuten je Fraktion vorgesehen, wobei ich mir die Bemerkung erlauben darf, daß diese Redezeit nicht ausgeschöpft zu werden braucht.

Wem darf ich das Wort erteilen? — Herr Abg. Dr. Lang, Sie haben das Wort.

**Abg. Dr. Lang** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion stimmt diesem Änderungsentwurf zu. Wir haben uns in der Ersten Beratung und im Ausschuß darüber unterhalten. Die Argumente haben sich nicht geändert. Anlaß für diese Änderung war die Erhebung — —

(Abg. Kuhn GRÜNE: Haben Sie die Rede schriftlich?)

— Wenn ich sie schriftlich hätte, hätte ich sie abgegeben, Herr Kollege Kuhn.

(Heiterkeit und Beifall des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Ich mache es aber trotzdem kurz. Ohne Zwischenrufe würde meine Rede noch kürzer.

Anlaß war ganz einfach die Anhebung der Einkommensgrenzen im Jahr 1994. Wenn es dabei bliebe, könnten die Werte des Jahres 1994 um bis zu 70 % überschritten werden, bis die Erhebung einer Abgabe überhaupt in Frage kommt.

Der Grundfehler liegt in folgendem: Daß ein solches Gesetz überhaupt notwendig wird, zeigt, daß die bisherige Förderungsart dringend überprüft werden muß. Denn eine richtige Förderung führt nicht zu einer Fehlbelegung. Nachdem die Gesetzgebung aber noch so ist, werden wir hier abschöpfen.

Insgesamt kommt bisher ja landesweit ein Betrag von 38 Millionen DM zusammen. Man rechnet mit einer Reduzierung von 20 %. Damit steht immer noch ein Betrag für den Wohnungsbau zur Verfügung, der akzeptabel ist.

Insgesamt stimmen wir zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schrempp.

**Abg. Schrempp SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch die SPD-Fraktion stimmt diesem Gesetz zu. Ich muß sagen: Wir hätten es gern etwas schneller gehabt. Wir haben mit unseren Kollegen von der CDU fast eineinhalb Jahre lang verhandelt und wollten, daß dieses Gesetz zum 1. Januar 1996 in Kraft tritt. Dies ging nicht, weil es im Kabinett einige Schwierigkeiten gab. Wir akzeptieren aber den Kompromiß, daß die Teile des Gesetzes, die für die Mieterinnen und Mieter wichtig sind, zum 1. Juli 1996 in Kraft treten.

Es war für die Mieterinnen und Mieter draußen ein Riesenergebnis, daß sie feststellen mußten, daß in der Zeitung stand, daß die Einkommensgrenzen erhöht worden seien, daß die Erhöhung aber nicht für das Fehlbelegungsabgabengesetz galt. Dieses Riesenergebnis mußten auch die Kommunen ertragen. Wir haben diesen Fehler nun repariert und diese neuen Einkommensgrenzen eingeführt, die dazu führen, daß die Mieterinnen und Mieter je nach Einzelfall in einem Umfang zwischen 9 % und über 30 % entlastet werden.

Dieses Gesetz — und das ist wichtig — gilt nur für neue Leistungsbescheide. Aber jede Mieterin und jeder Mieter kann aufgrund dieses Gesetzes einen Antrag stellen, was ich auch ausdrücklich empfehlen will. Nachteile können dadurch nicht entstehen. Selbst wenn das Einkommen etwas höher wäre als früher und neue Berechnungen eine höhere Fehlbelegungsabgabe ergäben, käme dies nicht zum Tragen. Eine Auswirkung hätte der Antrag nur, wenn die Fehlbelegungsabgabe niedriger wäre oder ganz wegfiel.

Ich halte die Überschreitungsgrenze von 30 % nach wie vor für zu niedrig. Ich denke, wir müssen diese Grenze noch einmal überprüfen.

Insgesamt, meine Damen und Herren, denke ich, das Gesetz ist eine gute Botschaft, zumal nun ja auch die neuen Berechnungsformen Platz greifen, wonach zur Berechnung des Nettoeinkommens neben dem Pauschalabzug vom Bruttoeinkommen bis zu 30 % abgezogen werden können. Ich denke, insgesamt ist das Gesetz eine gute Botschaft für die Mieterinnen und Mieter zum Schluß dieser Legislaturperiode.

Ich möchte mich auch ausdrücklich beim Ministerium dafür bedanken, daß dieses Gesetz, nachdem man sich geeinigt hatte, sehr schnell vorgelegt wurde.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

**Abg. Rapp REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man sich die heutige Tagesordnung ansieht, stellt man aufgrund der Art und Weise, wie hier noch kurz vor Tor-schluß Gesetze durchgepeitscht werden sollen, ganz schnell fest, daß die Ministerien der großen Koalition ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben und jetzt auf den letzten Drücker versuchen, alles durchzukriegen, was geht. Das ist einfach so.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Köder SPD: Können ihr gedanklich nicht folgen?)

Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum wird wohl in den nächsten Jahren stark zunehmen. Sinkende Kaufkraft, ein deformierter Sozialstaat und immer mehr Armut sind die Gründe dafür, daß immer mehr Menschen die Hilfe des Staates in Anspruch nehmen müssen. Subventionierter Wohnraum ist erforderlich, und es wird ein Belegungsrecht benötigt, um Menschen, die nicht in der Lage sind, eine Miete von 15 DM pro Quadratmeter und mehr zu bezahlen, unterzubringen.

Nun hat man aus Gründen leerer staatlicher Kassen eine Einnahmequelle gefunden, die vor allem ältere Mitbürger unseres Landes betreffen soll, da die älteren Ehepaare durch das Heranwachsen ihrer Kinder wieder zum Zweipersonenhaushalt werden und dadurch die maximalen Einkommensgrenzen überschreiten. Wir meinen jedoch: Wer ein Leben lang gearbeitet und diesen Sozialstaat mit aufgebaut hat, den sollte man dann, wenn seine Kinder aus dem Größten heraus sind, nicht nachträglich zur Kasse bitten. Wir halten dieses Gesetz, auch wenn die Grenzen jetzt etwas angehoben werden, für nicht akzeptabel.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir Republikaner haben uns in der Vergangenheit immer gegen solche Abkassiermodelle ausgesprochen,

(Abg. Schrempp SPD: Das ist doch gar nicht wahr!)

und wir bleiben im Gegensatz zu den Altparteien unserer Linie treu, Herr Schrempp, ob Sie das wollen oder nicht.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Schrempp SPD: Lesen Sie einmal die alten Diskussionen nach!)

Dieses Gesetz, Herr Schrempp, hat sozialistischen Zuschnitt

(Lachen bei den GRÜNEN)

und dient nach unserer Meinung auch nicht dazu, das wirkliche Problem, das wir auf dem Wohnungsmarkt haben, zu lösen.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Schrempp SPD: Das müssen Sie aber der Bundesregierung sagen! — Abg. Bütikofer GRÜNE: Der Schrempp weiß doch gar nicht, was Sozialismus ist!)

Der Verwaltungsaufwand wird wohl größer sein als die Einnahmen. Als Fazit können wir sagen: Das wird ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Bürokraten sein, aber es wird unter dem Strich nichts einbringen.

(Abg. Schrempp SPD: Reines Geschwätz!)

— Das sind Tatsachen.

Wir Republikaner sind der Meinung, daß die Einkommensgrenzen nicht an die Bedürfnisse der typischen deutschen Familie angepaßt sind. Die typische deutsche Familie hat ein bis zwei Kinder. Wir glauben, daß diese Sätze zu niedrig sind. Dann geht es ja los. Dann kommen wir bis 6,50 DM pro Quadratmeter, was wir nicht für vertretbar halten.

(Rapp)

(Abg. Schrempp SPD: Das ist auch falsch!)

Wir befürchten, daß Deutsche bei der Vergabe von Sozialwohnungen wieder zu kurz kommen.

(Abg. Gaßmann SPD: Jetzt sind wir wieder beim Thema!)

50 % aller Sozialwohnungen sind von Ausländern belegt. Das ist falsch. Laut Statistischem Bundesamt waren die 8,2 % Ausländer 1995 in Deutschland mit 36 % an den Sozialhilfeausgaben beteiligt. Ein weiteres Verschieben dieser Zahlen ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern)

Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum wird in den nächsten Jahren stark steigen. Heute steht in den „Stuttgarter Nachrichten“ ein Bericht und dazu ein Kommentar von Wolfgang Molitor. Darin heißt es:

Fest steht: Die Engpässe auf dem deutschen Mietwohnungsmarkt sind vorrangig das Resultat eines scheinbar unaufhaltsamen Zustroms aus dem Ausland ... Während bis zum Jahr 2010 die deutsche Bevölkerung um 2,5 Millionen zurückgehen dürfte, wird die Gesamtbevölkerung um 3,7 Millionen steigen. Das ist ein Trend, der Sorgen machen muß. Nicht aus einer letztlich wohl unberechtigten Angst vor kultureller Überfremdung, wohl aber aus der begründeten Furcht vor sozialen Verwerfungen. Denn soviel steht fest: Für das erwartete Millionenheer der Zuwanderer gibt es in Deutschland auf absehbare Zeit weder Arbeit noch Wohnungen.

(Beifall bei den Republikanern)

Das sagen andere, das sagen nicht wir. Das ist auch nicht aus dem Parteiprogramm der Republikaner, meine Damen und Herren.

Ich möchte noch eines dazu bemerken; machen Sie sich darüber einmal Gedanken: In der großen türkischen Tageszeitung „Hürriyet“ steht jeden Tag in der Kopfzeile: „Die Türkei gehört den Türken.“ Ich frage Sie: Wem gehört Stuttgart? Wem gehören Mannheim,

(Abg. Walter GRÜNE: Uns allen!)

Karlsruhe, Freiburg, Ulm oder Pforzheim?

(Abg. Gaßmann SPD: Deutschland den Deutschen!)

Wessen Väter, meine Damen und Herren, haben dafür gesorgt und gearbeitet, daß dieses Land ein Sozialstaat geworden ist?

(Abg. Walter GRÜNE: Ludwig Erhard, ganz wichtig!)

Machen Sie sich Gedanken, ob Sie die Väter dieses sozialstaatlichen Erfolgs nun aus ihren Wohnungen verjagen wollen. Wir machen da nicht mit.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Weimer SPD: Das war eine bemerkenswerte Rede!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Angesichts der fortgeschrittenen Stunde und obwohl mich die Ausführungen meines Vorredners reizen, will ich mich auf das Wesentliche beschränken und mich kurz fassen.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Im Land fehlen Tausende von Sozialwohnungen. Angesichts dieser Tatsache ist es Aufgabe der Politik, zum einen für die Bereitstellung weiterer Sozialwohnungen zu sorgen. Zum anderen muß aber auch darauf geachtet werden, daß die in zu geringer Zahl vorhandenen Sozialwohnungen vorrangig von denen genutzt werden, die auf solche Wohnungen angewiesen sind, und zwar von Deutschen und Ausländern.

Die Fehlbelegungsabgabe ist ein Mittel, um dies zu erreichen. Nachdem jetzt auf Bundesebene die Einkommensgrenzen für diejenigen erhöht wurden, die ein Anrecht auf eine Sozialwohnung haben, wurde von den Ländern gefordert, die Regelung für die Fehlsubventionierung zu überarbeiten und damit an die neue Bundesregelung anzupassen. Die Vorschläge, die hierzu von der Landesregierung erarbeitet wurden, finden die Zustimmung meiner Fraktion. Dabei möchte ich insbesondere zwei Punkte erwähnen.

Erstens: Die Neuregelung bringt vor allem für Familien mit Kindern eine deutliche Entlastung. Das ist zu begrüßen.

Zweitens: Die Neuregelung führt zu einer Vereinheitlichung dessen, was in diesem Zusammenhang als Einkommen gilt. Damit werden landesrechtliche Sondervorschriften aufgehoben, und es ergibt sich in der Praxis ein nicht unwesentlicher Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung. Auch das ist positiv zu werten.

Lassen Sie mich zum Schluß noch auf ein Argument eingehen, das auch Herr Rapp brachte und das nun wirklich nicht stimmt. Die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe, so wird gesagt, erfordere einen nicht unerheblichen Verwaltungsaufwand. Solche Leute wie Sie, Herr Rapp, ziehen daraus den Schluß, man solle sie ganz abschaffen, weil es ein Abkassiermodell sei.

(Abg. Rapp REP: Richtig!)

Dem kann ich keineswegs zustimmen. Solange Sozialwohnungen ein knappes Gut sind und die Listen derjenigen, die eine Sozialwohnung suchen, immer länger werden, so lange ist es einfach ein Akt der sozialen Gerechtigkeit, daß Gutverdienende, die solche Wohnungen belegen, einen finanziellen Beitrag dafür leisten, daß sie in einer von der öffentlichen Hand geförderten Wohnung leben. Deshalb treten wir für die Fehlbelegungsabgabe ein.

Wir werden dem vorgelegten Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiel.

**Abg. Kiel FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

sollen wir mit diesem Gesetzentwurf unter anderem beschließen, daß ein alleinverdienender verheirateter Abgeordneter mit zwei Kindern, der in einer öffentlich geförderten Wohnung lebt, nur seine Diäten zu versteuern und noch eine wirklich kleine Lebensversicherung abgeschlossen hat, in Zukunft keine Fehlbelegungsabgabe mehr zahlen muß. Als wir 1992 zum ersten Mal hierüber gesprochen haben, war es noch ein Abgeordneter, der drei Kinder hatte.

(Zurufe der Abg. Schrempp und Gaßmann SPD)

Ich weiß nicht, ob einer oder eine von uns Abgeordneten in einer Sozialwohnung lebt. Aber allein schon die Vorstellung, der Wohnraum von Personen, die uns gleichgestellt sind, würde in Zukunft noch höher als bisher staatlich gefördert, ist für uns unerträglich.

(Zuruf des Abg. Schrempp SPD)

Denn Sozialwohnungen werden für einen anderen Bevölkerungskreis subventioniert.

Wenn Sie Fehlbelegungen leichter verhindern wollen und mehr Gerechtigkeit als bisher wollen, brauchen Sie nur den Rahmen, den die Bundesregierung vorsieht, übernehmen. Das heißt, eine Fehlbelegungsabgabe müßte bereits nach Überschreiten der Einkommensgrenze nach § 25 Abs. 2 des Wohnbaugesetzes um 20 % einsetzen.

(Abg. Schrempp SPD: Da zahlt die Krankenschwester auch!)

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird zugleich suggeriert: Wer verheiratet ist, zwei Kinder hat und brutto knapp 100 000 DM im Jahr verdient, sei durchaus berechtigt, in einer Sozialwohnung zu bleiben. Welch ein absurdes Sozialverständnis!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

In einer Zeit, in der alle wirtschaftlich und sozial Denkenden darum bemüht sind, den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik und Baden-Württemberg zu stärken, und sich überlegen, wie die Fehlsubventionen abgebaut werden können, will diese Regierung gutverdienenden Mietern von Sozialwohnungen, die mit ihren gegenwärtig zu zahlenden Mieten mehr als zufrieden sein können und es auch sind, die Mietkosten weiter reduzieren. Mit anderen Worten: Sie will die bisherigen Subventionen für diesen nicht schlecht verdienenden Personenkreis noch erhöhen und nicht etwa kürzen.

(Zuruf von der FDP/DVP: Unglaublich!)

Diese preiswerten Wohnungen sollten frei gemacht werden für die, die sie wirklich brauchen: Alleinerziehende, geschiedene Frauen und Männer, kinderreiche Familien und ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wann endlich begreift auch das Wirtschaftsministerium,

(Abg. Schrempp SPD: Wollen Sie die Leute rauschmeißen?)

daß sich subventionierte Mieten nicht am Objekt Wohnung, sondern am Familieneinkommen zu orientieren haben?

(Abg. Schrempp SPD: Genau das machen wir gerade!)

Wie ist das Fellbacher Modell, das dies berücksichtigt, gerade von der SPD jahrelang verteuft worden!

(Unruhe bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN — Abg. Schrempp SPD: Ein gescheitertes Modell! — Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist schiefgegangen!)

Jetzt hat zumindest die Friedrich-Ebert-Stiftung die Richtigkeit meiner Vorstellungen erkannt, auch wenn sie dem Kind einen anderen Namen gegeben hat.

(Abg. Schrempp SPD: Das ist doch nicht wahr!)

Die SPD freilich hinkt noch immer den Erkenntnissen der Fachleute meilenweit hinterher.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wie immer! — Abg. Schrempp SPD: Das ist ein Rechnungsfehler!)

Von Wohnungsbau verstehe er mehr,

(Abg. Schrempp SPD: Zumindest mehr als Sie!)

hat Herr Dr. Spöri der Wählerschaft 1992 vorgegaukelt. Legt man soziale und ökonomische Kriterien seinem Handeln zugrunde, dann hat er in diesem Punkt glatt versagt. Leider, sage ich; aber leider auch wahr. Dieses Gesetz ist eine soziale Untat. Wir Liberalen machen solche halbherzigen Manipulationen zu Lasten der Schwachen in unserer Gesellschaft nicht mit.

(Beifall bei der FDP/DVP — Lachen bei den GRÜNEN)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort hat noch einmal Herr Abg. Dr. Lang erbeten. Herr Abg. Dr. Lang, Sie haben das Wort.

**Abg. Dr. Lang CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem Einzelheiten im Ausschuß nicht groß besprochen worden sind, bin ich über die Beiträge des Herrn Rapp und des Herrn Kiel überrascht.

(Abg. Schrempp SPD: Dort haben sie den Mund gehalten!)

Sie reden hier über das falsche Thema.

(Abg. Schrempp SPD: So ist es!)

Hier geht es um die Frage, ob man von denen, die wegen ihres Einkommens im Grunde nichts mehr in Sozialwohnungen zu suchen hätten, Geld nimmt. Es geht nicht um die Frage, wie man den Wohnungsbau subventioniert oder finanziert. Wenn es um die Finanzierung geht, Herr Kollege Kiel, sind wir in der Meinung nicht auseinander.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Auch!)

(Dr. Lang)

Wir haben aber eine andere Finanzierungsart. Jetzt haben wir die Situation, daß es Wohnungen gibt, in denen Leute wohnen, die die Einkommensgrenzen überschreiten. Sie sollen von mir aus drinbleiben. Aber sie sollen eine angemessene Miete bezahlen. Ich möchte kein Rausschmeißgesetz, Herr Kollege Kiel.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Das sage ich mit aller Deutlichkeit.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abg. Dr. Lang, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kiel?

**Abg. Dr. Lang CDU:** Bitte schön.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Kiel.

**Abg. Kiel FDP/DVP:** Würden Sie mir, Herr Dr. Lang, zugestehen, daß das eine wie das andere gemacht werden müßte? Es ist doch nicht einzusehen — oder empfinden Sie das als richtig? —, daß man unter den Bedingungen und den Familiengrößen, die ich genannt habe, bei einem Einkommen von knapp unter 100 000 DM brutto keine Fehlbelegungsabgabe bezahlen muß. Das ist doch nicht in Ordnung. Warum bleibt man nicht bei diesen 20 %?

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Bitte, Herr Abg. Dr. Lang.

**Abg. Dr. Lang CDU:** Ich beantworte diese Frage gern. Ich bin der Meinung, wir dürfen nicht die Objekte, sondern wir müssen die Mieter und die Eigentümer fördern.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Ja, das will ich ja!)

Aber nur das, nicht beides. Deswegen unterscheide ich mich von Ihnen, wenn Sie sagen, daß beides notwendig sei. Nehmen Sie zum Beispiel statt des Fellbacher Modells das Möglinger Modell. Das halte ich für akzeptabel. Das ist eine prima Geschichte. Dort taucht die Frage nicht auf, weil es keine Fehlbelegung gibt. Nur, lieber Herr Kiel, was passiert denn dann, wenn Sie gar nichts machen? Dann gelten die Sätze wie bisher, nämlich 40 % Überschreitung ab Januar 1997. Jetzt haben wir die Eingriffsschwelle um 10 % heruntersetzt, damit wir in dieser Situation überhaupt noch zu Geld kommen. Wir wären bei 110 000 DM, wenn es nach Ihrem Schema ginge; denn Sie sagen: Macht das Zeug doch gar nicht; laßt es weiterlaufen!

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Herr Abg. Dr. Lang, gestatten Sie im Rahmen der Kielsehen Fragestunde noch eine weitere Frage?

(Heiterkeit)

**Abg. Dr. Lang CDU:** Bitte, aber natürlich.

(Zuruf von der SPD: Ich weiß nicht, ob man ihm heute abend noch alles beibringen kann!)

**Abg. Kiel FDP/DVP:** Ich weiß nicht, Herr Dr. Lang, ob Sie mich falsch verstehen wollten. Ich bin der Auffassung, daß

man mit der Fehlbelegungsabgabe früher und nicht später einsetzen muß.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** SPD: Bitte.

**Abg. Dr. Lang CDU:** Sie haben eine Frage zur Förderung gestellt. Darüber, ob die Förderung früher einsetzen muß, kann man reden. Nur, lieber Kollege Kiel, man muß die Abgabe eben auch durchsetzen können. Mir ist es lieber, jetzt einen Betrag durchzusetzen, der zu über 30 Millionen DM Einnahmen führt, als es für den Fall, daß man sich nicht einigen würde, bei der bisherigen Regelung zu lassen; denn dann würde ab Januar 1997 die alte Regelung mit 40 % Überschreitungsmöglichkeit gelten. Dann bekämen wir nämlich gar nichts mehr. Deswegen haben wir diesem Gesetzentwurf zugestimmt. Das in aller Deutlichkeit.

(Zuruf des Abg. Kiel FDP/DVP)

Zur Frage Belegung und zur Frage Ausländer: Das ist doch der alte Unsinn, den Sie hier verbreiten. Im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau wohnt derjenige, der ein geringes Einkommen hat, unabhängig davon, ob Ausländer oder Inländer. Das ist eine Einkommensfrage und sonst gar nichts.

(Abg. Trageiser REP: So ist es! — Abg. Rapp REP: Wir wollen aber auch unsere Leute unterbringen!)

Das hat mit dem Gesetz nicht das geringste zu tun. Deswegen: Machen Sie Ihre Stimmungsmache im Wahlkampf, aber nicht hier. Reden Sie hier im Haus zur Sache, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Das Wort hat Herr Abg. Schrempp.

**Abg. Schrempp SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muß leider hier noch ein paar Sätze sagen.

Herr Kollege Kiel, Sie haben überhaupt nichts begriffen. Die Situation vor der letzten Änderung war so, daß der Polizeimeister, die Krankenschwester und die Angestellte in BAT VII Fehlbelegungsabgabe gezahlt haben.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: So ist es!)

Die Tatsache, daß die Einkommensgrenzen viel zu niedrig waren, ist das Problem gewesen. Ich werde draußen sagen, was Sie hier erzählen.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Genau!)

Sie wollen haben, daß diejenigen, die im öffentlichen Dienst oder in der Privatwirtschaft sehr, sehr wenig Geld verdienen, auch noch blechen müssen, wenn sie ein bißchen mehr Einkommen haben und endlich einmal in ihrem Leben hätten in den Urlaub fahren können, weil die Kinder nicht mehr im Haushalt sind. Diesen Menschen wollen Sie noch öffentliche Abgaben um die Ohren hauen und sie abzocken. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD und den Republikanern — Ja-wohl! bei den Republikanern)

(Schrempp)

Ich bin entsetzt über diese fürchterliche vordergründige liberale Haltung, die mir maßlos stinkt. Das sage ich Ihnen jetzt mal hier.

(Abg. Rapp REP: Morgen noch, und dann ist der Spuk vorbei!)

Die stinkt mir maßlos. Sie haben gesagt, die Leute müßten raus. Dann müssen Sie in Bonn Gesetze, nämlich das Miethöhengesetz und andere Gesetze, verändern und müssen sagen: Wir werden den Kündigungsschutz abschaffen, und wir werden die alle rauschmeißen.

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

Das war Ihre Aussage. Sie war ungeheuer gefährlich oder leichtfertig. Leichtfertig sind Sie normalerweise nicht in Ihren Äußerungen.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Ich nehme Sie hier beim Wort. Es ist ungeheuerlich, was Sie hier gemacht haben.

(Zuruf des Abg. Kiel FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, was formal ungeheuerlich ist: Wir haben im Ausschuß darüber gesprochen, aber weder der Herr Rapp, der anwesend war, hat einen Ton gesagt –

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

– Keinen Ton gesagt hat er. Nix! Überhaupt nix!

(Abg. Rapp REP: Keiner hat einen Ton gesagt!)

– Ja, ich brauche auch dort nichts zu sagen. Ich war doch mit allem einverstanden und habe das hier begrüßt. Da muß ich es dort nicht auch begrüßen. Aber wenn ich Einwendungen habe, dann ist der Ausschuß dafür da, daß ich ins Detail gehe und dort meine Gründe darlege. Auch von der FDP/DVP hat sich kein Mensch zu Wort gemeldet.

(Abg. Rapp REP: Die FDP/DVP hat doch gar nicht mitdiskutieren können! Die waren doch gar nicht da!)

Jetzt machen sie hier die öffentliche Show, und da muß man ihnen eben jetzt die Maske vom Gesicht reißen. Ich denke, das ist mir gelungen.

(Beifall bei der SPD und den Republikanern – Zurufe von der FDP/DVP: Oje!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Jetzt hat Herr Staatssekretär Brechtken vom Wirtschaftsministerium das Wort.

**Staatssekretär Brechtken:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Einige wenige Bemerkungen. Lieber Kollege Kiel!

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ein bisschen lebendiger kann das schon werden! – Heiterkeit)

– Weißt du, ich lasse mich auch von dir nicht provozieren.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Das kommt während der Rede!)

Weil Sie den Wohnungsbau insgesamt angesprochen haben, stelle ich folgendes fest: In Baden-Württemberg sind in diesen vier Jahren 370 000 Wohnungen gebaut worden. Dies war die höchste Wohnungsbaurate, die in diesem Land und – bezogen auf die Zahl der Einwohner – in allen Bundesländern je erreicht worden ist. Immerhin waren davon 86 000 öffentlich gefördert. Wir haben trotz der Einsparungen, die wir im Haushalt vornehmen mußten, im Wohnungsbau Wort gehalten, lieber Herr Kollege Kiel. Wir haben die Schulden heruntergefahren, den Wohnungsbau gesteigert, und ich lasse nicht zu, daß einer wie Sie, der in Bonn Verantwortung trägt, die Schulden erhöht, den Wohnungsbau streicht, aber hier hergeht und solche großen Sprüche reißt. So ist die Situation.

(Beifall bei der SPD und den Republikanern – Zurufe von der SPD)

Und ein Zweites: Wenn wir hier in diesem Land eine Novellierung des Gesetzes durchführen mußten, dann mußten wir das im Sinne eines Kompromisses zwischen der CDU und der SPD tun, weil doch Sie in Bonn die Einkommensgrenzen verändert haben! Dies war doch ein Bundesgesetz. Mir geht es allmählich auf den Geist, daß Sie hier permanent die Show machen, in Bonn aber eine andere Politik betreiben. Dies muß in der Tat einmal entlarvt werden, lieber Herr Kollege Kiel.

(Beifall bei der SPD und den Republikanern – Zuruf von den Republikanern: So ist es! – Abg. Rapp REP: Nicht mehr lange!)

So, nun zum dritten, zum Fellbacher Modell. Passen Sie mal auf. Ich meine, Sie haben ja immer das Bedürfnis, hier herzustellen und zu sagen: Der Kiel, der Friedrich-Wilhelm ist der Größte.

(Zurufe der Abg. Kiel FDP/DVP und Keitel CDU)

Jetzt nehmen wir einmal die 15 DM, die Sie in Ihrem Ausgangsmodell haben, die Sie auch brauchen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Jetzt geht doch in euren Wahlkreis!)

– Warten Sie doch ab. Wir müssen immer etwas vorrechnen. Ihre 15 DM –

(Abg. Weimer SPD: Die Grundrechenarten beherrscht der nicht! – Zuruf des Abg. Kiel FDP/DVP)

– Jetzt hören Sie einfach einmal zu, Kollege Kiel. Sie werden sich nämlich noch über Ihre eigenen Kalkulationen wundern. Sie gehen in Ihrem Fellbacher Modell von 15 DM pro Quadratmeter aus, weil dies in der Tat die durchsetzbare Miete war in einer Zeit von relativ starken Engpässen, vor allem im oberen Marktsegment. Ihre ganze Subvention haben Sie auf die 15 DM aufgebaut. Mittlerweile kommen Sie in die Situation, daß die Marktmiete deutlich nachläßt und deutlich unter den 15 DM liegt. Aber Sie haben sich gebunden. Sie subventionieren in Ihrem Modell also auch noch einen Teil über den Markt hinweg. Deshalb gibt es bei uns,

(Staatssekretär Brechtken)

obwohl wir diese Option offengehalten haben, mittlerweile kaum Anträge von den Kommunen, weil dies sich nicht rechnet, weil der Subventionsanteil vor allem dann, wenn Sie auch die Leute drin haben, die dringend die Wohnraumversorgung brauchen, die nicht ständig Einkommenszuwächse haben, sich für die Kommunen nicht mehr rechnet und dies niemand finanzieren kann. Sie konnten es sich doch auch nur leisten, weil Sie von einer Bodenvorratspolitik in Ihrer Gemeinde profitiert haben. Sie haben den Grund und Boden versilbert und haben damit die relativ hohe Subventionierung durchgeführt. Sie hatten doch auch den Antrag gestellt: „Lieber Landrat, möglichst viele Aussiedler in meine Sozialwohnungen zuweisen, weil ich dort weiß: mehrere Einkommen, relativ schnelle Einkommenssteigerung“, damit Ihre Subvention sich rechnet.

(Abg. Schrempp SPD: So ist es!)

Wenn Sie eine alleinerziehende Mutter in einer Ihrer Wohnungen haben, dann finanziert sich doch Ihre Subventionierung gar nicht im Vergleich zu den anderen Modellen. Deshalb haben wir auch keine Anträge.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Damit haben wir das Thema sozusagen erledigt.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Obwohl es falsch war!)

Zweiter Punkt: Jetzt will ich noch etwas zu den Republikanern sagen.

(Abg. Deuschle REP: Aber gerne! — Abg. Walter GRÜNE: Das lohnt sich nicht!)

— Das lohnt sich schon, nicht wegen denen hier, sondern wegen denen draußen. Die versuchen ja, als Rattenfänger Dinge zu erreichen.

(Zurufe der Abg. Deuschle und Dr. Eckert REP)

Erster Punkt: In der Frage des Zuzugs haben wir ein Problem, das ist das Thema Aussiedler. Da bin ich der Meinung: Den Aussiedlerzuzug haben wir so zu regeln, daß wir das zulassen, wofür wir auch die entsprechende Infrastruktur — Wohnungen etc. —, und zwar bundesfinanziert wohlgeemerkt, bereitstellen können.

(Abg. Heinz CDU: Einverstanden!)

Ich habe auch etwas dagegen, daß man im Bund sagt: „Das Tor bleibt offen“, und die Länder sollen das gefälligst finanzieren.

Das zweite: Die Zahlen — der Herr Molitor ist leider in diesem Punkt ein schlechter Zeuge —

(Abg. Deuschle REP: Warum?)

liegen vor. Wenn Sie sich den Bevölkerungsaufbau anschauen, dann sehen Sie: Die bleibeberechtigten Ausländer, großenteils die hier geborenen in der zweiten Generation, sind jetzt im heiratsfähigen Alter, und logischerweise ist dort der Anteil der Ausländerheirat relativ hoch. Diese haben einen Anspruch, hierherzukommen. Ich sage: Die haben diesen Anspruch zu Recht, denn die sind hier geboren, die zahlen hier in das Sozialversicherungssystem ein, und da kann

ich jetzt nicht kommen und kann mit den Zahlen argumentieren, weil diese Ausländer im heiratsfähigen Alter dann gelegentlich auch einmal jemanden mit ausländischer Staatsbürgerschaft nachkommen lassen. Dies halte ich für richtig, für human, und dazu stehe ich. Sie müssen Ihre Zahlen einmal nachprüfen.

(Abg. Deuschle REP: Töpfer aus Bonn! — Zuruf des Abg. Rapp REP)

Aber es gibt genügend Leute, Sie und auch im Journalismus, die hier solche Vorurteile äußern.

(Abg. Deuschle REP: Töpfer aus Bonn!)

Letzte Bemerkung: Sie sollten einmal die Frage des Steueraufkommens und der Sozialversicherungseinzahlung unter dem Aspekt der Ausländer in dieser Gesellschaft nachprüfen, um festzustellen, was dort an Zahlungen in das System hineingeht. Andersherum gesagt: Unser Renten- und unser Krankenversicherungssystem wären ohne die ausländischen Arbeitnehmer heute schon nicht mehr finanzierbar. Deshalb sollten wir die im gesamten sehen und nicht diese billige Polemik machen. Diese ist unzulässig.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Im übrigen: Was das Gesetz angeht, stimme ich dem, was der Kollege Lang und der Kollege Schrempp gesagt haben, zu.

Eines tröstet mich: Ich hoffe und ich gehe davon aus, daß ich manches von dem, was ich heute gehört habe, morgen vielleicht noch erleben muß, daß aber dann an dieser Stelle Ruhe ist.

(Beifall bei der SPD — Abg. Weimer SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Dr. Giesel: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Die Allgemeine Aussprache ist abgeschlossen.

Wir kommen in der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs zur Abstimmung. Der Wirtschaftsausschuß schlägt Ihnen mit der Beschlußempfehlung Drucksache 11/7095 vor, dem Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

#### Artikel 1

Hier kann ich wohl alle fünf Nummern gemeinsam aufrufen. Wer dem Artikel 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Gegenstimmen ist Artikel 1 zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

Wer Artikel 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Auch Artikel 2 ist bei etlichen Gegenstimmen zugestimmt.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Ich rufe schließlich auf

### Artikel 3

Wer Artikel 3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist auch Artikel 3 zugestimmt.

### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 7. Februar 1996 das folgende Gesetz beschlossen.“

### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen“. — Das Hohe Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

### Schlußabstimmung

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 7 unserer Tagesordnung erledigt.

Ich rufe Punkt 8 unserer Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Tierseuchengesetzes — Drucksache 11/6733**

**Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Landwirtschaft — Drucksache 11/7087**

Berichterstatter: Abg. Teßmer

Meine Damen und Herren, auch hier ist für die Aussprache über den Gesetzentwurf an sich vom Präsidium eine Redezeit von 5 Minuten je Fraktion vorgesehen worden. Wem darf ich das Wort erteilen? — Herr Abg. Scheffold.

**Abg. Scheffold CDU:** Ich gebe meine Rede zu Protokoll.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Sie möchten Ihre Rede zu Protokoll geben. Nach § 102 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung erteile ich dazu die Zustimmung. (Siehe Erklärungen zu Protokoll am Schluß des Tagesordnungspunkts.)

Herr Abg. Teßmer.

**Abg. Teßmer SPD:** Mit der Erklärung, daß ich den Herrn Landwirtschaftsminister bitte, den drei Ländern Bayern, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen zu folgen

(Beifall des Abg. Drexler SPD)

und ab sofort einen Einfuhrstopp für BSE-Fleisch zu fordern, möchte auch ich meine Rede zu Protokoll geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Auch Sie wollen Ihre Rede zu Protokoll geben. Auch insoweit erteile ich dazu die Genehmigung nach § 102 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung. (Siehe Erklärungen zu Protokoll am Schluß des Tagesordnungspunkts.)

Herr Abg. Reimann.

**Abg. Reimann REP:** Auch ich gebe meine Rede zu Protokoll.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Auch Sie möchten Ihre Rede zu Protokoll geben. Auch insoweit erteile ich die entsprechende Zustimmung. (Siehe Erklärungen zu Protokoll am Schluß des Tagesordnungspunkts.)

Herr Abg. Krieg.

**Abg. Krieg GRÜNE:** Ich möchte meine Rede halten.

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Sie möchten das Wort ergreifen. Sie haben das Wort.

(Unruhe)

**Abg. Krieg GRÜNE:** Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Dieses Gesetz greift ein bißchen zu kurz.

(Abg. Rapp REP: Warum?)

Es gibt vor, die Erfahrungen, die 1993 aus den Schweinepestseuchen entstanden sind, zu verarbeiten.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wie viele waren es?)

Aber es gibt nur ein paar Vorschläge, die Kosten, die entstanden sind, umzubuchen und eine bessere Statistik einzuführen, so daß das Schlachten der betroffenen Tiere besser vonstatten geht.

Ab 1993 sind über 1,5 Milliarden DM an Schäden entstanden. 1,5 Millionen Schweine sind erschlagen worden. 95 % von denen waren nicht infiziert, sondern wurden aufgrund des Gesetzes, daß zur Verhütung der Ausbreitung geschlachtet werden muß, mitgeschlachtet. Das ist für uns Grüne eine tragische Tatsache.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Für uns alle!)

Deshalb können Sie Gift darauf nehmen.

(Abg. Scheffold CDU: Das ist unökologisch! — Unruhe)

daß wir an der Verbesserung der Tierseuchensituation weiterarbeiten wollen.

Dieser Gesetzesänderung stimmen wir zu. Wir haben allerdings die Auffassung gewonnen, daß die ganzen Möglichkeiten, die durch das Tierschutzgesetz gegeben sind, ausgeschöpft werden sollten, um die Situation der Tiere zu verbessern, wie es zum Beispiel auch Herr Minister Weiser in seiner Antwort auf unsere Große Anfrage angekündigt hat — diese revolutionäre Hüttenhaltung von Schweinen im Familienverband, wie Sie zum Beispiel auch schon in der Schweiz praktiziert wird.

(Krieg)

(Abg. Haasis CDU: Da gibt es bei uns bessere Sachen!)

Oder zum Beispiel das freiwillige Prüfverfahren für die Zwangshaltesysteme, die Herr Reddemann in seiner Antwort angekündigt hat. All diese Sachen wollen wir weiterverfolgen.

Es gibt auch im jetzigen Gesetz schon den Tiergesundheitsdienst, § 33. All die Sachen sind noch entwicklungsfähig, um diesen Skandal der Behandlung von Schweinen zu beenden.

(Minister Weiser: Herr Kollege, welchen Skandal meinen Sie denn?)

— Daß Schweine sterben müssen, weil sie nicht umweltfreundlich und schweinegerecht gehalten werden.

(Minister Weiser: Daß Schweine sterben müssen?  
— Große Heiterkeit und Unruhe — Abg. Dr. Caroli SPD: Da hat er schon recht! — Abg. Teßmer SPD: Das ist schon ein dicker Hund!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Weiser? — Bitte, Herr Abg. Dr. Weiser, Sie haben das Wort zu einer Frage.

Abg. Weiser CDU: Herr Kollege, Sie führten aus, Schweine müßten sterben, und das wollten Sie verhindern. Ist das richtig?

(Abg. Krieg GRÜNE: Ja!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Krieg.

(Minister Weiser: Ist das richtig?)

— Er hat mit Ja geantwortet.

Abg. Krieg GRÜNE: Ich will, daß wir — —

(Minister Weiser: Ich habe Sie gefragt! Sagen Sie ja oder nein! — Gegenruf des Abg. Bütikofer GRÜNE: Wir sind doch nicht in der Schule! Er antwortet, wie er will! So machen Sie es vielleicht in Ihrem CDU-Bezirk! — Weitere Zurufe)

— Ja.

(Minister Weiser: Ja, gut, also! Jetzt die zweite Frage!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Krieg, gestatten Sie noch eine zweite Frage?

(Minister Weiser: Ich habe die Frage — —)

— Entschuldigung, ich muß zuerst die Zustimmung einholen, ob er auch eine zweite Frage zuläßt. Lassen Sie die zu?  
— Bitte, Herr Abg. Weiser.

Abg. Weiser CDU: Ich habe jetzt die Frage an Sie: Wie viele Schweinehaltungen haben Sie denn besichtigt, und wie viele Schweine haben Sie denn selbst schon gehalten?

(Große Heiterkeit — Lebhaftes Zurufe)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Abg. Krieg.

Abg. Krieg GRÜNE: Diese typischen Fragen von Ihnen kenne ich jetzt schon.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP/DVP — Heiterkeit — Minister Weiser: Ah ja?)

Ich habe mich intensiv mit Landwirten, mit dem Bauernverband darüber unterhalten,

(Minister Weiser: Über das Sterben der Schweine?)

was jetzt wichtig ist, was getan werden muß.

(Minister Weiser: Zum Sterben der Schweine?)

— Über den ganzen Komplex.

(Abg. Weimer SPD: Also, komm, mach weiter!)

Deshalb stimmen wir diesem Gesetz zu, aber wir belassen es nicht beim alten, sondern kämpfen weiter dafür, daß die Situation besser wird.

(Anhaltende große Unruhe)

Auch die Kunden, die Fleischverbraucher, die Leute, die sich davon später ernähren wollen, werden uns das danken.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Drautz.

(Zurufe: Zu Protokoll! — Abg. Walter GRÜNE: Ritchie, gib dich zu Protokoll!)

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gebe meine Rede ebenfalls zu Protokoll und fordere die Verbraucher auf, nach Aufhebung des Einfuhrverbots für Rinder aus Großbritannien heimische Produkte mit dem HQZ zu kaufen.

(Große Unruhe — Zurufe: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Auch Sie wollen Ihre Rede zu Protokoll geben. Gemäß § 102 Abs. 3 der Geschäftsordnung erteile ich dazu die notwendige Genehmigung. (Siehe Erklärungen zu Protokoll am Schluß des Tagesordnungspunkts.)

Herr Landwirtschaftsminister, bitten Sie ums Wort?

(Minister Weiser: Nur einige Sätze!)

— Bitte schön. Der Herr Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat das Wort.

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weiser: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Weimer SPD: Wie viele Schweine haben Sie schon getötet? — Heiterkeit — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Die Frage ist nicht zugelassen.

Bitte, Herr Minister.

(Lebhaftes Heiterkeit — Abg. Bütikofer GRÜNE: Wichtiger ist die Frage: Wie viele Schweine haben Sie davonkommen lassen!)

**Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weiser:** Herr Weimer, ich stelle ausdrücklich fest: Ich habe noch nie selber ein Schwein getötet.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist wichtig!)

Damit unterbleibt auch der Vorwurf des Kollegen Krieg, ich sei ein Mörder.

(Abg. Teßmer SPD: Ein Schweinemörder!)

Jetzt aber ganz kurz zu dem Problem, weil in den letzten Tagen die Frage der BSE eine sehr große Rolle spielte.

Ich möchte dazu feststellen, daß das Einfuhrverbot, wie es festgelegt wurde, nach wie vor besteht, daß wir darüber hinaus mit den Organisationen der fleischverarbeitenden Betriebe schon im letzten Sommer eine entsprechende Absprache zur Nichtverwertung von Importfleisch aus Großbritannien vereinbart haben und daß all das, was jetzt öffentlich diskutiert wird über die einen, die neue Verordnungen erlassen, und über andere, die dies nicht tun, ein reines Schau-laufen ist, das zur weiteren Verunsicherung der Verbraucher führt, die ich für nicht sachgerecht halte. Das wollte ich nur zum Tierseuchengesetz erwähnen.

Die Kollegen haben ihre Reden zu Protokoll gegeben. Der Kollege Krieg wollte seine Rede halten, weil das seine letzte Auftrittsmöglichkeit im Landtag war. Ich meine, das war auch so in Ordnung.

Ich habe seit 20 Uhr eine Veranstaltung in Waibstadt. Aber nachdem ich gebeten wurde, bei der Rede des Kollegen Krieg anwesend zu sein, wollte ich dem Rechnung tragen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP/DVP — Abg. Scheffold CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Dem amtierenden Präsidenten ist die Bemerkung gestattet, daß das eine noble Geste war, Herr Minister.

(Minister Weiser: So wie jetzt hättet ihr heute morgen argumentieren sollen! — Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir kommen also nun zur Abstimmung. Der Ausschuß für Ländlichen Raum und Landwirtschaft empfiehlt Ihnen mit der Beschlußempfehlung Drucksache 11/7087, dem Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

#### Artikel 1

mit den Nummern 1 bis 4. Zunächst ist die Nummer 1 aufgerufen. Insoweit liegen keine Änderungsanträge vor.

(Abg. Walter GRÜNE: En bloc!)

— Moment! Das geht leider nicht. — Wer der Nummer 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Nummer 1 ist zugestimmt.

Aufgerufen ist nun die Nummer 2 und dazu der Änderungsantrag der Abg. Lothar König u. a. REP, Drucksache 11/7109-1, der eine Neufassung des § 4 b Abs. 3 Satz 1 verlangt. Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse deshalb abstimmen über die Nummer 2 nach der Beschlußempfehlung. Wer zustimmen möchte, der möge dies anzeigen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen und wenigen Gegenstimmen ist der Nummer 2 zugestimmt.

Kann ich bei der Nummer 3 ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung feststellen?

(Abg. Weimer SPD: Ja!)

— Es wird nicht widersprochen. Es ist so beschlossen.

Dann rufe ich noch die Nummer 4 auf und dazu den vorliegenden Änderungsantrag der Abg. Lothar König u. a. REP, Drucksache 11/7109-2, der in § 20 a den Absatz 3 ersatzlos gestrichen sehen will. Ich lasse über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer zustimmen möchte, der möge dies anzeigen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über die Nummer 4 nach der Beschlußvorlage. Wer zustimmen möchte, der möge dies anzeigen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einer Gegenstimme und einigen Stimmenthaltungen ist der Nummer 4 zugestimmt.

Kann ich zu

#### Artikel 2

ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen? — Dem wird nicht widersprochen. Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren,

#### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 7. Februar 1996 das folgende Gesetz beschlossen:“.

#### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Tierseuchengesetzes“. — Das Hohe Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

#### Schlußabstimmung

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen ist dem Gesetz zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 8 ist erledigt.

\*

### Erklärungen zu Protokoll gemäß § 102 Abs. 3 GeschO

**Abg. Scheffold CDU:** Vorkommnisse, wie sie im Herbst 1993 geschehen sind, als rund 25 000 Schweine zur Tilgung der Schweinepest getötet werden mußten, bleiben als schlimme Ereignisse im Gedächtnis haften — schlimm sowohl für die betroffenen Landwirte, die gleichermaßen seelischen wie auch finanziellen Schaden erleiden; schlimm auch unter dem Gesichtspunkt des Tierschutzes.

In Ulm sind die Bilder von gekeulten Schweinebeständen noch frisch im Gedächtnis der betroffenen Bauern. Mußten doch im Stadtteil Lehr auch 1995 einige tausend Schweine getötet werden. Die Vorgänge erscheinen um so tragischer, wenn man bedenkt, daß sich in diesem Fall die Diagnose im nachhinein als falsch und als Fehlalarm herausstellte.

Die CDU begrüßt, daß den Bauern aus Ulm-Lehr von Landwirtschaftsminister Weiser schnelle und unbürokratische Hilfe zuteil wurde. Und sie erkennt ausdrücklich an, daß die Vorfälle um die Schweinepest die Landesregierung veranlaßt haben, zügig gesetzestechnisch tätig zu werden.

Der heute zur Verabschiedung anstehende Gesetzentwurf des Ministeriums Ländlicher Raum wird mit Sicherheit nicht die Schweinepest oder sonstige Tierseuchen aus Baden-Württemberg verbannen. Hierbei handelt es sich um eine Wunschvorstellung, die nicht erreichbar ist. Dennoch vereint der Entwurf Erfahrungen aus den vorgefallenen Schweinepestfällen und setzt die Erkenntnisse um. So ermöglicht die Gesetzesnovelle eine beschleunigte Umsetzung von Hygienemaßnahmen. Und sie läßt hoffen, daß neue veterinär- wie auch finanztechnische Verfahrensabläufe für künftige Seuchenfälle weitere Erleichterungen für Verwaltung, Vollzugsbehörden, Tierseuchenkasse und betroffene Landwirte mit sich bringen werden.

Dies kann jedoch nur erreicht werden, wenn die Beteiligten mit größter Disziplin vorgehen. Im wesentlichen bringen die Inhalte des Gesetzes deshalb Verpflichtungen für die Betroffenen mit sich:

- Verpflichtungen für die Ortpolizeibehörde, bei Maßnahmen der Tierseuchenbekämpfung auf Ersuchen des Veterinärämtes Tierbesitzer und -bestände ausfindig zu machen;
- Verpflichtungen der Ortpolizeibehörden zur gegenseitigen Hilfeleistung im Falle von Tötungsaktionen — die entstandenen Kosten können bei den Tierbesitzern erhoben werden, die ihren Anspruch wiederum bei der Tierseuchenkasse geltend machen können —;
- aber auch Verpflichtungen für die Tierbesitzer, nämlich zur pünktlichen und rechtzeitigen Abgabe von Mitteilungen.

Die CDU hält den vorliegenden Gesetzentwurf für einen wirksamen Beitrag, Tierseuchen, insbesondere der Schweinepest, künftig noch schneller und wirkungsvoller zu begegnen.

Daß bei der Anhörung der betroffenen Verbände keine grundsätzlichen Einwände gegen den Gesetzentwurf vorgebracht wurden, zeigt, daß es sich um einen gelungenen Entwurf des Ministeriums Ländlicher Raum handelt. Die CDU-Fraktion stimmt dem Gesetzentwurf zu.

**Abg. Teßmer SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Uns allen sind noch die Bilder aus der Zeit der letzten großen Schweinepest vor Augen. In kürzester Zeit mußten Zigtausende von Schweinen getötet werden, um der Seuche Herr zu werden — für die betroffenen Landwirte eine Tragödie größten Ausmaßes.

Eine Tragödie sage ich, weil ich weiß, daß manch ein Landwirt wegen eines kranken Tieres seinen gesamten Bestand verloren geben mußte. Örtliche Behörden und Amtsveterinäre hatten einen schweren Dienst zu tun, für den wir ihnen bei dieser Gelegenheit danken.

Trotz ihres großen Einsatzes waren alle Beteiligten restlos überfordert. Aus dieser Erfahrung heraus legt nun die Landesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Tierseuchengesetzes vor. Viel Lobenswertes ist da zu lesen: Die Bekämpfung von Tierseuchen soll organisatorisch gestrafft werden, Hilfeleistungen im Falle von Tötungsaktionen werden geregelt. Außerdem soll die Mitteilungspflicht der Tierbesitzer neu geregelt werden; der Tierbesitzer soll bei Verkäufen zukünftig auch Mitteilungen über den Erwerber machen müssen. Auch die Vernetzung der durch die Tierseuchenkasse und die Veterinärämter erhobenen Daten ist zustimmungswürdig.

Unbefriedigend ist dagegen, daß die Kosten für die Tötungen zunächst durch den Tierhalter getragen werden müssen und erst dann bei der Tierseuchenkasse geltend gemacht werden können. Das ist sicher für die gestreßten Finanzen der Kommunen gut, der Tierhalter wird aber gleich doppelt belastet: zum einen durch den Verlust seiner Tiere, zum anderen durch den kurzfristigen Entzug finanzieller Mittel. Da muß weiter nachgedacht werden.

Sollten wir uns aber bei der Novellierung des Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz nicht auch gleich Gedanken darüber machen, inwieweit die bisherigen Vorbeugungsmaßnahmen durch die Tierseuchenkasse in Zusammenarbeit mit der Veterinärverwaltung ausreichend sind? Tun wir nicht so, als ob die Schweinepest mir nichts, dir nichts wie eine Naturkatastrophe ausbrechen würde? Sicher, Tierseuchen gab es immer schon, aber ihr massenhaftes Auftreten in unserer Zeit ist ein hausgemachtes Problem.

Nehmen wir zum Beispiel die berüchtigte Rinderseuche BSE. Dieses Problem hätten wir nicht, wenn nicht schnellstmöglicher Profit ohne Rücksicht auf Verluste, sondern artgerechte Haltung die zentralen Leitgedanken für die Viehhaltung wären. Wer Tiermehl als geeignetes Futtermittel für Rinder ansieht, muß sich über die Folgen nicht wundern, auch nicht darüber, daß jetzt Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ein Importverbot für britisches Rindfleisch erlassen — etwas, worauf wir in Baden-Württemberg bislang vergebens warten. Die Verbraucherorganisation hat deswegen heute sogar den Rücktritt von Gesundheitsminister Seehofer gefordert. Gewiß, in Deutschland ist vieles verboten, doch sind, wie auch die jüngsten Berichte über die Hühnerhaltung beweisen, auch wir vor Fehlentwicklungen nicht gefeit. Man denke da nur an die Nikotinverabreichung an Hühner. Wer kein Nikotinei will, muß heimische Eier essen. In diesem Zusammenhang fordere ich den Minister auf, dem Beispiel von Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Bayern zu folgen und nach § 22 e des Fleischhygienegesetzes

*(Teßmer)*

eine Genußtauglichkeitsbescheinigung einzufordern. Das kommt einem Importstopp gleich.

Doch zurück zur Schweinepest. Auch sie gäbe es in diesem Ausmaß nicht, würden wir schon von Anfang an, also mit der Aufzucht der Ferkel beginnend, auf eine artgerechtere Haltung achten. Dabei gibt es sehr wohl Möglichkeiten, Schweine artgerecht und naturnah zu halten. Der Nürtinger Bettenstall oder die Freilandhaltung sind dafür die besten Beispiele. Außerdem sollten wir im Hinblick auf die Besonderheiten unserer kleinstrukturierten baden-württembergischen Landwirtschaft auch für eine genetische Vielfalt sorgen. Bei einer Vielzahl von Tierrassen haben es Erreger sehr viel schwerer, Tierbestände flächendeckend zu befallen.

Wir sind auch gerne bereit, Produkte aus diesen Tierhaltungen durch die Vergabe des Herkunfts- und Qualitätszeichens Baden-Württemberg zu fördern. Zu solchen Fördermaßnahmen gehört dann auch die Unterstützung der Direktvermarktung. Nur so haben wir die Chance, daß vom Verbraucher her Druck auf die Produzenten ausgeübt werden kann, Tiere artgerecht und damit eben auch gesund zu halten. Was aber wird statt dessen getan? Es wird an alten Rezepten festgehalten, obwohl sie sich nicht auszahlen. Entwicklungen hin zu einer artgerechten Tierhaltung müssen Teil eines umfassenden Vorbeugungskonzepts werden. Das ist zwar nicht Aufgabe des vorliegenden Gesetzentwurfs, hier wird aber nur über Schadensregulierung und gar nicht über Schadensvermeidung geredet.

Wir fordern die Landesregierung daher auf, über ein umfassendes und wirkungsvolles Vorbeugungskonzept nachzudenken und ein solches Konzept bald vorzulegen. Dem Gesetzentwurf aber können wir als einem ersten Schritt in die richtige Richtung zustimmen.

**Abg. Reimann REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf geht im wesentlichen auf die Erfahrungen zurück, die man bei der Bekämpfung der Schweinepest seit 1993 machen konnte. Die meisten hieraus resultierenden Änderungen sind gerechtfertigt und finden unsere Zustimmung.

Es sind vor allem zwei Punkte, mit denen wir Republikaner nicht einverstanden sind.

Beispielsweise sollen in § 4 Nr. 3 die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, für die Kosten, die ihnen durch die Tötung der Tiere entstehen, von den Tierbesitzern Schadensersatz verlangen zu können. Diese wiederum haben einen Erstattungsanspruch gegenüber der Tierseuchenkasse. Konkret bedeutet das aber nichts anderes, als daß der durch die Seuche ohnehin geschädigte Tierbesitzer zunächst auch noch den Tötungseinsatz für seine verlorenen Tiere zu bezahlen hat. Auch wenn er einen Anspruch gegenüber der Tierseuchenkasse hat, muß er doch zumindest bis zur Erstattung seiner Auslagen einen Zinsausfall hinnehmen.

Unser Änderungsantrag geht dahin, daß die Ortspolizeibehörden die ihnen bei der Tötung der verseuchten Bestände entstandenen Kosten künftig nicht bei den Tierbesitzern, sondern direkt bei der Tierseuchenkasse abzurechnen haben.

In § 20 Abs. 3 soll ein Betretungsrecht für die Beauftragten der Gemeinden und der Tierseuchenkasse sowie das Recht, Unterlagen einzusehen und Auskünfte zu verlangen, verankert werden. Angeblich sei dies notwendig, damit im Zwei-

felsfall oder bei der Verweigerung der Mithilfe durch den Tierbesitzer objektives Datenmaterial der Beitragserhebung zugrunde gelegt werden könne.

Das geht entschieden zu weit. Bei allem Verständnis für eine kontrollierte Seuchenbekämpfung darf diese aber nicht als Vorwand dafür herhalten, einen Landwirt bis in die Geschäftsgeheimnisse hinein überprüfen zu dürfen und sich gar ein gesetzliches Zutrittsrecht zu dessen Räumlichkeiten zu verschaffen. Auch der Ausbruch der Schweinepest ist hierfür kein hinreichender Grund. Dem Streben hin zu einem vollkommenen „gläsernen Bauern“ wäre damit Vorschub geleistet.

Unser diesbezüglicher Änderungsantrag sieht daher die ersatzlose Streichung dieses in keinem vernünftigen Verhältnis zum damit verbundenen Zweck stehenden Abschnitts vor.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir Republikaner möchten Sie bitten, unseren Ihnen vorliegenden zwei Änderungsanträgen im Sinne unserer Landwirte wohlwollend zuzustimmen.

**Abg. Drautz FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese Gesetzesanpassung ist dringend erforderlich. Sie rührt nicht zuletzt von den leidigen Erfahrungen her, die wir mit der Schweinepest machen mußten, welche unserer heimischen Landwirtschaft Millionenschäden zufügte. Besondere Sorge bereitet unseren Bürgerinnen und Bürgern die BSE-Seuche, auch Rinderwahnsinn genannt.

Bayern, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen haben umgehend nach dem Auslaufen der Bundesverordnung, mit der bisher die Einfuhr britischer Rinder beschränkt worden war, den Verkauf von britischem Rindfleisch verboten. Baden-Württemberg hat noch nicht reagiert. Allen Verbrauchern empfehle ich, baden-württembergisches Rindfleisch mit unserem Herkunfts- und Qualitätszeichen zu kaufen.

Die Novellierung ist erforderlich, und die Inhalte sind weitgehend konsensfähig. Dies zeigen auch die Stellungnahmen der an der Anhörung beteiligten Verbände. Die Gesetzesänderung berücksichtigt auch die nach unserer Auffassung falsche Eingliederung der staatlichen Veterinärämter in die Landratsämter und die Bürgermeisterämter der Stadtkreise.

Meine Damen und Herren, die erfolgreiche Seuchenbekämpfung ist nur mit einer leistungsfähigen Veterinärverwaltung möglich, und hierzu bedarf es auch der entsprechenden Instrumentarien, um die Seuchenbekämpfung erfolgreich durchführen zu können.

Lassen Sie mich an dieser Stelle Dank sagen: Dank an unsere Veterinäre vor Ort, die nicht mit dem Bleistift oder am Bürotisch, sondern durch ihren praktischen Einsatz in den Ställen und Märkten, und zwar ohne auf die Uhr zu schauen oder nach Feierabend zu fragen, in Solidarität mit den Bauern bei der Seuchenbekämpfung fast Unmenschliches geleistet haben.

Ich möchte mich an dieser Stelle nochmals recht herzlich bei allen bedanken, die durch ihren Einsatz bei der Seuchenbekämpfung mit dazu beigetragen haben, daß unserer heimischen Landwirtschaft nicht noch größere Schäden entstanden sind.

Meine Damen und Herren, unsere Fraktion stimmt dem vorliegenden Gesetzentwurf zu.

\*

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zur Neufassung des Landesumzugskostengesetzes und zur Änderung des Landesreisekostengesetzes — Drucksache 11/6811

Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses — Drucksache 11/7068

Berichtersteller: Abg. Bütikofer

Mir ist mitgeteilt worden, daß die Fraktion der CDU, die Fraktion der SPD, die Fraktion GRÜNE und die Fraktion der FDP/DVP auf eine an sich vorgesehene Aussprache verzichten.

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut!)

Darf ich die Fraktion Die Republikaner fragen, ob insoweit auch ein Verzicht erfolgt?

(Abg. Wilhelm REP: Verzicht nicht! Wenn die Rede zu Protokoll gegeben wird, dann ja!)

— Sie möchten Ihre Rede zu Protokoll geben? — Gut. Dann wird insoweit nach unserer Geschäftsordnung die Zustimmung erteilt. Sie müssen die Rede dann zu Protokoll geben. (Siehe Erklärungen zu Protokoll am Schluß des Tagesordnungspunkts.)

(Zuruf des Abg. Kiel FDP/DVP)

— Wollen Sie dann auch zu Protokoll geben?

(Abg. Kiel FDP/DVP: Verzichte! — Abg. Haasis CDU: Alle zu Protokoll!)

— Herr Abg. Meyer, Sie wollen Ihre Rede auch zu Protokoll geben. Gut. (Siehe Erklärungen zu Protokoll am Schluß des Tagesordnungspunkts.)

Bitte, Herr Abg. Bütikofer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, da ich keine schriftliche Rede vorbereitet habe, schlage ich vor, einfach den Bericht des Berichterstatters als meine Rede zu Protokoll zu nehmen.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das ist zwar ein einmaliger Vorgang,

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Aber ich bin der Berichterstatter, Herr Präsident!)

aber am vorletzten Plenartag der Legislaturperiode soll auch dieses Verfahren mit einem zgedrückten Auge zugelassen werden. Ihr Bericht, Drucksache 11/7068, gilt als zu Protokoll genommen.

(Abg. Drexler SPD: Der soll seine Gedanken zu Protokoll geben!)

Meine Damen und Herren, auch die Landesregierung wünscht offensichtlich nicht das Wort.

(Widerspruch bei der CDU)

— Herr Staatssekretär Baumhauer, Sie geben für die Landesregierung die Rede zu Protokoll. (Siehe Erklärungen zu Protokoll am Schluß des Tagesordnungspunkts.)

Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache auf diese Art und Weise abgeschlossen. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 11/7068.

Ich rufe auf

#### Artikel 1

Neufassung des Landesumzugskostengesetzes

Landesumzugskostengesetz (LUKG)

#### § 1

Anwendungsbereich

Wer § 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — § 1 ist zugestimmt.

Meine Damen und Herren, wenn ich das recht sehe,

(Abg. Weimer SPD: Alles zusammen!)

kann man wohl die §§ 2 bis 15 innerhalb des Artikels 1 gemeinsam aufrufen.

(Abg. Weimer SPD: Ja! So ist es!)

— Es erhebt sich dagegen kein Widerspruch. Dann sind die

#### §§ 2 bis 15

gemeinsam aufgerufen. Wer diesen §§ 2 bis 15 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Einstimmige Annahme.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

Änderung des Landesreisekostengesetzes

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Auch insoweit einstimmige Annahme.

Kann ich die

#### Artikel 3 bis 5,

die die Bekanntmachung, die Übergangsvorschriften und das Inkrafttreten regeln, auch gemeinsam aufrufen? — Es erhebt sich kein Widerspruch. Sie sind aufgerufen. Wer diesen Artikeln, und zwar in der Fassung der Beschlussempfehlung, wonach dieses Gesetz am 1. Mai 1996 in Kraft tritt — die Artikel 3 bis 5 sind bezüglich des Artikels 5 in der Fassung der Beschlussempfehlung aufgerufen —, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einer Stimmenthaltung sind die Artikel 3 bis 5 angenommen.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Meine Damen und Herren!

#### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 7. Februar 1996 das folgende Gesetz beschlossen:“.

#### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Neufassung des Landesumzugskostengesetzes und zur Änderung des Landesreisekostengesetzes“. — Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

#### Schlußabstimmung

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das Gesetz ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, damit haben wir den Tagesordnungspunkt 9 erledigt.

\*

#### Erklärungen zu Protokoll gemäß § 102 Abs. 3 GesO

**Abg. Meyer CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem Gesetzentwurf, den wir heute im zweiten Durchgang beraten, wird das Landesumzugskostengesetz neu gefaßt. Das alte Gesetz aus dem Jahr 1965, zuletzt neu gefaßt im Jahr 1975, wurde den veränderten Anforderungen nicht mehr gerecht. Dieses Gesetz hat wegen vieler recht kleinlicher Details eine komplizierte und verwaltungsaufwendige Abrechnung erforderlich gemacht. Eine Modernisierung ist überfällig.

Unsere Vorstellungen von Verwaltung haben sich in den letzten Jahren rasch gewandelt. Wir fordern heute eine schlanke und kosteneffizient arbeitende Verwaltung. Das muß auch für verwaltungsinterne Regelungen auf dem Gebiet des Beamtenrechts gelten. Diesen Zielsetzungen entspricht der Gesetzentwurf. Die CDU-Fraktion trägt diese Ziele in vollem Umfang mit.

Das Gesetz paßt das Landesrecht an das inzwischen fortgeschriebene Bundesrecht an und leistet damit einen Beitrag zur Einheitlichkeit des Beamtenrechts in der Bundesrepublik.

Gleichzeitig wird das Recht wesentlich vereinfacht. Es wird übersichtlicher und leichter zu vollziehen. Damit trägt der Gesetzentwurf auch dem Gedanken der Verwaltungsreform Rechnung. Das eröffnet auch die Chance zu Einsparungen im Personalbereich.

Für die sonstigen Umzugsauslagen bringt das Gesetz ein wesentlich vereinfachtes Pauschvergütungsverfahren. Die Pauschvergütung wird angehoben und dynamisiert. Das ist sicher sinnvoll.

Die in der Anhörung von den Berufsverbänden vorgebrachten Anregungen und Einwände haben wir ernsthaft geprüft. Leider konnten wir ihnen, zumeist wegen der angespannten Haushaltslage, in Einzelfällen auch aus sachlichen Gründen, nicht folgen.

Die Ausschußberatung des Gesetzentwurfs ist einmütig verlaufen. Die CDU-Fraktion wird dem Gesetzentwurf auch in zweiter Lesung zustimmen.

**Abg. Wilhelm REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Fraktion wird dem hier vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen, auch wenn dessen Inhalt nicht gerade revolutionär ist.

Daß mit der angestrebten Verwaltungsvereinfachung die Möglichkeit zu Personaleinsparungen geschaffen werden soll, halten wir für frommes Wunschdenken. Nichtsdestoweniger würden wir uns natürlich freuen, wenn dem so wäre. Es wäre halt das erste Mal.

Ein Beamter des Landes kann und muß an jedem Ort unseres Bundeslandes eingesetzt werden können. Deshalb ist es auch keine Frage, daß man ihm die Kosten, die ein möglicher Umzug verursacht, nicht aufbürden kann. Wenn die Umzugskostenerstattung in einfacherer und verwaltungstechnisch besserer Form als bislang möglich geschehen kann, dann findet das selbstverständlich unsere Zustimmung.

Allerdings muß man auch deutlich sehen, daß viele Bürger hier wieder eine vermeintliche Bevorzugung von Beamten sehen könnten. Gerade in Zeiten leerer Haushaltskassen ist man gewillt, nur die Rechte und Vorteile des Beamtentums zu sehen und dessen Pflichten nicht zur Kenntnis zu nehmen. Trotzdem kann man die Übernahme der Kosten für einen Umzug aus dienstlichen Gründen guten Gewissens befürworten.

Überhaupt kein Verständnis habe ich allerdings für die Forderungen verschiedener Berufsverbände, allen voran des Vereins der Richter und Staatsanwälte, die Kosten auch bei privaten Umzügen zu übernehmen. Ich halte dies in Zeiten, in denen in weiten Teilen das Berufsbeamtentum generell in Frage gestellt wird, geradezu für eine unverschämte Einstellung, die dem Berufsstand nicht gerade dienlich ist. Dies kann man in der heutigen Zeit einfach nicht mehr verantworten.

Abschließend noch ein Wort zu den Reisekosten, die ja seit Anfang des Jahres versteuert werden müssen, wenn sie einen bestimmten Betrag überschreiten: Nach Einschätzung des Bundes der Technischen Beamten sollen durch diese neue Besteuerungsregel rund 100 neue Stellen beim LBV benötigt werden. Wenn dies zutrifft, dann wird es halt nichts mit den erhofften Stelleneinsparungen.

Ich möchte zum Abschluß, auch wenn es diesen Gesetzentwurf nicht betrifft, noch anmerken, daß diese Steuer wieder einmal diejenigen trifft, die nicht in Spitzenämtern beheimatet sind. Sie trifft in erster Linie die Beamten des mittleren und gehobenen Dienstes in den Bereichen Vermessung, Flurneuordnung, Landwirtschaft, Straßenbau, Wasserwirtschaft, Hochbau, Gewerbeaufsicht oder Eichwesen. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Landesregierung eine Bundesratsinitiative ergreifen will, um diese unerträgliche Benachteiligung zu beseitigen.

**Staatssekretär Baumhauer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Neufassung des Landesumzugskostenge-

(Staatssekretär Baumhauer)

setzes und zur Änderung des Landesreisekostengesetzes, dessen Zweite Beratung heute stattfindet, im Landtag eingebracht. Zum Inhalt dieses Gesetzentwurfs sowie zu dessen Zielsetzung ist folgendes zu bemerken:

Das derzeit geltende Landesumzugskostengesetz stammt aus dem Jahr 1975 und ist daher in einigen Bereichen nicht mehr zeitgemäß. Wegen der Vielzahl von Sonderregelungen und damit verbundener Nachweispflichten hat sich die Durchführung des Gesetzes zum Teil auch als sehr verwaltungsaufwendig erwiesen. Als Beispiel möchte ich hier nur die Erstattung von Auslagen für Fenstervorhänge anführen. Da nach geltendem Recht die Höhe der Entschädigung von der Zahl der Zimmer und der Fensterfläche abhängt, sind zur Ermittlung des Erstattungsbetrags bisher umfangreiche Erhebungen und komplizierte Berechnungen erforderlich.

Mit der vorgesehenen Neufassung des Landesumzugskostengesetzes wird in erster Linie das Ziel verfolgt, durch eine Vereinfachung der Erstattungsregelungen den bei der Anwendung des Gesetzes entstehenden Verwaltungsaufwand zu verringern. Sowohl in dieser generellen Zielsetzung als auch in vielen Einzelpunkten lehnt sich der Gesetzentwurf an das neue Umzugskostenrecht des Bundes an. Der Gesetzentwurf trägt damit entsprechenden Empfehlungen der Regierungskommission „Verwaltungsreform“ Rechnung.

Zu den Kernpunkten der Neufassung des Landesumzugskostengesetzes gehört der Wegfall der verwaltungsaufwendigen Einzelabrechnung von sonstigen Umzugsauslagen, deren Erstattung bisher in einer besonderen Rechtsverordnung geregelt war. Das betrifft zum Beispiel die bereits genannten Auslagen für Fenstervorhänge, Schönheitsreparaturen, Wohnungsanzeigen oder Kosten der Ummeldung. Dies bringt sowohl für den Umziehenden als auch für die Verwaltung erhebliche Vorteile. Zum einen ist der Umziehende nicht mehr gezwungen, die sonstigen Umzugsauslagen durch Belege nachzuweisen und im einzelnen zu begründen. Zum anderen entfällt für die Verwaltung der gesamte Überprüfungsaufwand. Als Ausgleich für den Wegfall der Einzelabrechnung wird die Pauschvergütung für sonstige Umzugsauslagen durch Anpassung an die Bundesregelung deutlich angehoben und dynamisiert.

Hervorzuheben ist außerdem, daß nach dem Gesetzentwurf das Einzugsgebiet des neuen Dienstortes — wie beim Bund — von 20 auf 30 km erweitert werden soll. Ein Wohnen im Einzugsgebiet hat zur Folge, daß dem Bediensteten bei einer Versetzung keine Zusage der Umzugskostenvergütung und auch kein Trennungsgeld, das heißt kein Fahrtkostenersatz, gewährt werden kann.

Meines Erachtens ist aufgrund der geänderten Wohnverhältnisse eine Erweiterung des Einzugsgebiets sachlich begründet. Durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes sind heute Entfernungen von bis zu 30 km für die Fahrt zur Dienststelle allgemein üblich. Es kann daher den versetzten Bediensteten zugemutet werden, ihre Wohnung beizubehalten und die Fahrtkosten aus den Bezügen zu bestreiten.

Zur Berechnung der Kilometergrenze wurde bisher auf die Gemeindegrenze des neuen Dienstortes abgestellt. Dies führte dazu, daß bei großen Gemeinden aufgrund des größeren Einzugsgebiets der Kostenaufwand für die Fahrten zur Dienststelle wesentlich größer sein konnte als bei kleinen

Gemeinden. Um solche Härtefälle zu vermeiden, soll der Entfernungsberechnung künftig nicht mehr die Gemeindegrenze, sondern die neue Dienststelle zugrunde gelegt werden.

Im übrigen sollen im Rahmen der Neuordnung des Umzugskostenrechts solche Vorschriften aufgehoben werden, die nicht mehr zeitgemäß sind. Eine dieser Regelungen ist zum Beispiel der Beitrag zur Ofenbeschaffung. Angesichts der angespannten Haushaltslage sind solche Zuschüsse zur Neuanschaffung von Öfen nicht mehr gerechtfertigt. Das gleiche gilt für die Möglichkeit einer Zusage der Umzugskostenvergütung für bestimmte Umzüge aus privaten Gründen, wie zum Beispiel für Umzüge aus gesundheitlichen Gründen oder für Umzüge, die deshalb erfolgen, weil die Wohnung wegen einer Zunahme der Zahl der Kinder unzureichend geworden ist. Nach dem Gesetzentwurf soll eine Zusage der Umzugskostenvergütung nur noch für Umzüge aus Anlaß von dienstlichen Maßnahmen in Betracht kommen.

Der Gesetzentwurf wurde im Rahmen des Anhörungsverfahrens von den Spitzenverbänden der Gewerkschaften und den kommunalen Landesverbänden grundsätzlich begrüßt. Soweit gegen einschränkende Regelungen, wie zum Beispiel den Wegfall der Spitzabrechnung oder die Erweiterung des Einzugsgebiets, Bedenken erhoben wurden, teile ich diese nicht. Meines Erachtens sind die im Gesetzentwurf enthaltenen Einschränkungen sachlich begründet und führen zu keinen unzumutbaren Belastungen. Sie sind außerdem zwingend notwendig, um den Gesetzentwurf kostenneutral zu gestalten.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts der Umziehende nicht generell, sondern nur in bestimmten Grenzen von finanziellen Belastungen freizustellen ist, die auf einer dienstlichen Maßnahme beruhen. Dies liegt darin begründet, daß ein Teil der Umzugsauslagen auch durch die individuelle Lebensführung des Umziehenden veranlaßt ist und der Umziehende solche Auslagen selbst zu tragen hat.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Landesreisekostengesetzes enthält lediglich redaktionelle Anpassungen aufgrund der Neufassung des Landesumzugskostengesetzes sowie anderer zwischenzeitlich eingetretener Rechtsänderungen. Eine Neuordnung des Reisekostenrechts wird derzeit vorbereitet. Dabei sollen entsprechend einer Empfehlung der Regierungskommission „Verwaltungsreform“ die unterschiedlichen Reisekostenpauschalen vereinheitlicht werden. Außerdem ist vorgesehen, in Abstimmung mit dem Bund und den anderen Ländern die vom Bundesrat geforderte Harmonisierung mit den steuerfreien Pauschbeträgen umzusetzen. Damit soll der Verwaltungsaufwand, der sich ab 1. Januar 1996 durch die Versteuerung der Tagegelder ergibt, wieder beseitigt und das Reisekostenrecht insgesamt vereinfacht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie im Interesse einer dringend erforderlichen Vereinfachung des Umzugskostenrechts bitten, dem Gesetzentwurf der Landesregierung zuzustimmen, damit er noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet und wie vorgesehen zum 1. Mai 1996 in Kraft treten kann.

\*

**Stellv. Präsident Dr. Geisel:** Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zur Änderung des Spielbankengesetzes — Drucksache 11/6878**

**Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses — Drucksache 11/7053**

Berichterstatte: Abg. Wilhelm

Auch über diesen Gesetzentwurf soll zunächst eine kurze Allgemeine Aussprache mit einer Redezeit von 5 Minuten je Fraktion geführt werden. Wünscht jemand das Wort?

(Abg. Weimer SPD: Nein!)

Herr Abg. Keitel, Sie haben das Wort.

**Abg. Keitel CDU:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der vorgerückten Zeit möchte ich meine Rede insgesamt zu Protokoll geben, will aber zwei Anmerkungen machen.

Kern der Novellierung ist die Verstaatlichung der Spielbanken Baden-Baden und Konstanz. Ich sage für meine Fraktion, daß wir, nachdem wir die Novellierung vor einem Jahr beschlossen haben, keinen Anlaß für eine erneute Novellierung gesehen haben.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Dann wollten Sie überflüssiges Geld ausgeben, und deswegen haben Sie sie doch gemacht! — Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Da der Koalitionspartner der Festspielhausförderung in Baden-Baden aber nur unter der Bedingung zugestimmt hat, daß wir die Spielbankenverstaatlichung ab 2001 jetzt gesetzlich festschreiben, haben wir uns bereit erklärt, dieser Gesetzesänderung zuzustimmen.

Ich füge hinzu: Es wird erst 2001 wirklich entschieden werden, da wir der Meinung sind, daß man eine Spielbank ohne weiteres privat führen kann. Da sie in Baden-Baden nachweislich hervorragend geführt worden ist und das beste Image in ganz Europa hat, sehen wir nach wie vor keinen Anlaß, in Zukunft die Spielbanken in Baden-Baden und Konstanz zu verstaatlichen. Wir setzen auf eine neue Mehrheit in diesem Landtag und werden fünf Jahre Zeit haben, um dieses Gesetz erneut zu novellieren und dann die entscheidenden Weichen zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Minister Birzele: Ein klarer Wortbruch, was Sie gerade machen! Das ist unglaublich!)

**Stellv. Präsident Straub:** Ich erteile die Zustimmung, daß die Rede des Herrn Abg. Keitel zu Protokoll gegeben wird. (Siehe Erklärung zu Protokoll am Schluß des Tagesordnungspunkts.)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schrempp.

**Abg. Schrempp SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir halten es für richtig, daß eine Spielbank in öffentlicher Hand bleiben muß. Ich habe das bei der Beratung des letzten Gesetzentwurfs sehr ausführlich dargestellt. Ich

muß auch sagen: Hier geht es einfach um Grundsätze, weil wir in diesem heiklen Bereich auf jeden Fall die öffentliche Hand in der Vorhand halten wollen.

(Abg. Drexler SPD: Das ist ganz klar!)

Der zweite Punkt ist — das sollte man dann ehrlicher Weise auch zugeben —: Wenn diese Spielbanken in öffentlicher Hand betrieben werden, dann kriegt das Land auch mehr Geld.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: So ist es!)

Dieses Geld können wir ganz dringend brauchen. Es hat hier jemand einmal gesagt — ich weiß nicht, ob es im Plenum oder woanders war —, daß die Erlaubnis zum Betreiben einer Spielbank der Erlaubnis zum Drucken von Banknoten gleichkäme.

(Abg. Dr. Eckert REP: Das war unser Kollege Rapp!)

Wir denken, wenn hier tatsächlich so viel Geld in Umlauf kommen kann, dann können wir dieses Geld für soziale, für kulturelle Zwecke, für Maßnahmen des Fremdenverkehrs usw. brauchen. Dort sind diese Gelder gut angelegt.

Meine Damen und Herren, ich will aber ausdrücklich bestätigen, was der Kollege Keitel gesagt hat: Es ist überhaupt nichts daran zu kritisieren, wie die Spielbanken in Baden-Baden und Konstanz geführt wurden. Ich muß ein ausdrückliches Kompliment aussprechen: Die Spielbanken sind dort hervorragend geführt. Es gab keine Skandale wie bei anderen Spielbanken. Ich kann den Beschäftigten bloß ein großes Lob aussprechen.

Das ändert aber nichts an unserer grundsätzlichen Einstellung, daß wir diese Spielbankerlaubnis nur einem Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts erteilen wollen. Insofern stimmen wir diesem Änderungsgesetz zu.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

**Abg. Rapp REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wieder einmal geht es um das, was wir nicht haben, und zwar ums Geld. Jetzt soll eine bewährte Sache, die über zig Jahre funktioniert hat,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Zerschlagen werden!)

gegen ein typisches Toto-Lotto-Wetter-Modell eingetauscht werden.

(Abg. Hackl GRÜNE: Sind Sie im falschen Film?)

Das heißt, wir werden die privaten Betreiber, die bisher mit ihrer Geschäftsführung niemandem Kopfweh bereitet haben, austauschen, werden eine Gesellschaft gründen, die zu 100 % dem Staat gehört. Wenn wir die haben, wird irgendein abgewrackter Politiker die Geschäftsführung übernehmen und das Unternehmen in den Bankrott führen. Das ist zu befürchten.

(Beifall bei den Republikanern)

(Rupp)

Wenn Sie nämlich dort mit dem Geld so umgehen, wie Sie das in der Regel in der Politik machen, wie Sie das in den letzten 40 Jahren in diesem Lande häufig unter Beweis gestellt haben und wie Sie das derzeit auch tun, wird es ganz schnell gehen, daß das Unternehmen anstatt dunkelschwarzen dunkelrote Zahlen schreibt. Wie Sie das machen, bleibt Ihnen überlassen. Aber die Politik der Altparteien hat es bisher immer geschafft, eine blühende Firma zu einer kaputten Firma zu machen.

Von dieser Landesregierung wird unentwegt versucht, die Spielsucht, wenn es zum Beispiel um Spielautomaten in Gaststätten geht, zu verfluchen; aber dort, wo der Staat ganz deutlich mitverdient, sagen wir, wir müßten doch die Gewinne abschöpfen, die spielten ja sowieso, es sei halt nicht zu ändern. Ich finde das falsch, meine Damen und Herren. Wenn man ein moralisches Beispiel sein will, muß man selbst vorgehen.

(Abg. Hackl GRÜNE: Ihr seid die besten Beispiele!  
Das ist ja wirklich das Letzte!)

Dann muß man eben so eine Sache absolut unterbinden — das ist ein klarer Fall —, auch wenn Geld dabei herauskommt.

(Beifall bei den Republikanern)

Jetzt tun Sie doch nicht so, Herr Hackl. Das Argument zum Beispiel, daß Spielbanken im Interesse der Öffentlichkeit geführt würden, beruht doch auf rein fiskalischen Interessen. Dagegen können Sie doch nichts sagen. Was werfen Sie denn Baden-Baden und Konstanz vor? Warum wollen Sie denn etwas ändern? Es geht nur um das Geld, das der Staat schon ausgegeben hat. Er weiß wieder nicht, wo er es herkriegern soll. Dann ändern wir etwas in der Hoffnung, daß das erste Mal etwas funktioniert.

(Abg. Teßmer SPD: Das erste Mal?)

Und dann sind wir wieder soweit.

Meine Damen und Herren, ich warne davor, funktionierende Dinge zu ändern. Ich warne davor, möglicherweise solche Zustände, wie sie bei Toto-Lotto waren, auch dort zu bekommen. Dann wird auch der Herr Schrempp nicht mehr glücklich, wenn er nach Baden-Baden geht.

(Abg. Schrempp SPD: Setzen Sie sich hin!)

Dann wechseln Leute wie der Herr Schrempp vielleicht ihren Spielort und spielen im Elsaß. Dann hat das Land gar nichts mehr.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Schrempp  
SPD: Das ist ein unverschämter Kerl!)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bütikofer.

**Abg. Bütikofer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin sehr froh, daß ich vorhin nicht zugestimmt habe, daß Reden einfach zu Protokoll gegeben werden. Damit wäre nämlich eine unglaubliche Unverfrorenheit vertuscht worden, die sich Herr Kollege Keitel geleistet hat.

Die Unverfrorenheit besteht darin, daß er einen offenen Wortbruch ankündigt, der den Landeshaushalt sehr viel Geld kosten soll, wenn Sie das wirklich so machen, Herr Keitel,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und zwar aus folgendem Grund: Die Verstaatlichung der Spielbank in Baden-Baden ist, wie Sie ganz genau wissen — Sie haben es ja auch dargestellt, daß Sie eigentlich nicht dafür waren —, beschlossen worden als Gegenfinanzierung für eine staatliche Subvention des Festspielhauses in Baden-Baden. Bei dieser staatlichen Subvention des Festspielhauses hat man sich für 25 Jahre festgelegt — das sind die Zahlen, die ich im Kopf habe — auf jeweils 5 Millionen DM. Auf 125 Millionen DM hat sich das Land festgelegt. Um dieses Geld, das wir im Landeshaushalt nicht haben, überhaupt darstellen zu können, hat man dann gesagt — und dem haben Sie zugestimmt —: Okay, dann wird die Spielbank in Baden-Baden verstaatlicht.

Wenn Sie sich jetzt hinstellen und wie ein kleiner Junge hämisch sagen, wenn Sie die Mehrheit hätten — mal ganz abgesehen davon, ob Sie sie mit einer solchen Art von Politik kriegen —, dann revidierten Sie das, können Sie den Ausgabebeschuß über 125 Millionen DM nicht mehr zurückholen. Sie können nur noch dafür sorgen, daß die Gegenfinanzierung, daß die Deckung dieses Betrags gekillt wird. Das heißt, daß Sie mit einer solchen Politik willkürlich ein Loch von jährlich 5 Millionen DM in den Landeshaushalt reißen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Republikanern)

Das halte ich für eine unglaubliche Verlüderung der politischen Sitten, insbesondere der finanzpolitischen Sitten. Hätte das irgendeiner gesagt, Herr Keitel, würde ich mich nicht so darüber ärgern. Aber Sie sind der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion. Sie sind an allen Besprechungen im Finanzausschuß beteiligt gewesen, in denen wir gemeinsam um jede Million, um 100 000-DM-Beträge gerungen haben. Jetzt stellen Sie sich hin und wollen offensichtlich aus reiner Liebedienerei gegenüber ein paar privaten Interessen in Baden-Baden,

(Beifall bei den GRÜNEN)

die jahrzehntelang eine „Lizenz zum Gelddrucken“ hatten, aus Liebedienerei gegenüber solchen Superreichen-Interessen ein solches Loch in den Landeshaushalt reißen. Das gibt es doch nicht. Da muß doch einer von der CDU-Fraktion herauskommen, sich davon distanzieren und sagen, daß es mit ordentlicher Politik weitergehen soll. Das können Sie doch nicht so stehenlassen, Herr Lang oder Herr Kurz oder irgendeiner, der hier einen Funken Verantwortung hat.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Republikanern)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiel.

(Abg. Teßmer SPD: Das werden wir sehr genau beobachten!)

**Abg. Kiel FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unabhängig davon, was die große Koalition unter sich ausgemacht hat, gibt es ja auch noch einen gewissen Grundsatz, den man hierbei beachten sollte. Zu dem, was die beiden Koalitionsfraktionen ausgemacht haben, haben sie uns ja nicht gefragt.

Grundsätzlich will ich aber auf folgendes hinweisen: Spielbanken führen bis zu 90 % ihres Einspielergebnisses an das Finanzamt ab. Täglich sind Beamte in den Spielbanken, um sie zu überwachen. Dabei soll auch überwacht werden, daß diese Beträge ordnungsgemäß erhoben und dem Staat zugeführt werden — ein optimales Steuersystem also, das dem Staat schnell und unbürokratisch hohe Einnahmen bringt.

Lediglich 10 % des Einspielerlöses bleiben den Betreibern als Einnahme. Das ist sicher immer noch ein erheblicher Betrag, von dem jedoch auch der gesamte Betrieb — Werbung usw. — finanziert werden muß.

Die Erlaubnis darf nun nur einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts erteilt werden, dessen sämtliche Anteile mittelbar oder unmittelbar vom Land gehalten werden. Für Privatpersonen ist in diesem Gesetz kein Raum.

Daß keine Ausnahmeregelung für Privatanteile an Spielbanken vorgesehen wurde, wurde von der FDP/DVP bereits bei den Beratungen über das Gesetz für öffentliche Spielbanken in der Sitzung des Ausschusses vom 28. November 1994 gerügt. Im Gesetz wurde für Baden-Baden und Konstanz eine Ausnahmeregelung zugelassen,

(Abg. Schrempp SPD: Das wissen wir doch!)

die nunmehr endgültig gestrichen werden soll. Eine solche Streichung lehnen wir aber ab. Es besteht kein Grund — außer, daß der Staat meint, noch mehr Geld bekommen zu können; ob dies bei einer anderen Führung von Spielbanken tatsächlich geschieht, muß dahingestellt bleiben —, Privaten hier Anteile zu entziehen.

Die Betriebe haben sich ordnungsgemäß verhalten. Unregelmäßigkeiten wurden nicht bekannt. Beide Spielbanken wurden als erfolgreiche Wirtschaftsunternehmen geführt, so erfolgreich wie nur wenige — wenn überhaupt — staatliche Betriebe geführt wurden oder werden.

Die Spielbank Baden-Baden soll neben Monte Carlo die beste, schönste und erfolgreichste Spielbank mit eigenem Flair sein. Sicher ist dieser Erfolg auch darauf zurückzuführen, daß eben Private hier mitreden. Diese erfolgreiche Tätigkeit soll den Privaten nunmehr weggenommen werden, obwohl — ich betone es noch einmal — keine Unregelmäßigkeiten, keine Kritik oder etwas Nachteiliges bekannt sind. Es besteht somit kein Grund, eine Gesetzesänderung durchzuführen und eine Ausnahmeregelung, die sinnvoll ist, zu ändern.

Ich habe in dieser Diskussion mitbekommen, daß die CDU im Grunde auch so denkt, aber heute wieder anders entscheiden wird. Dies ist für uns nicht nachvollziehbar. Aus diesem Grund wird die FDP/DVP dieser Änderung nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Birzele.

(Abg. Keitel CDU: Moment! Darf ich nicht vor?)

**Innenminister Birzele:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst dem Parlament für die zügige Beratung danken. Die Beratung im Innenausschuß hat eine breite Zustimmung zum Gesetzentwurf der Landesregierung ergeben. Auf die Spezialmeinung von Herrn Keitel komme ich nachher noch zu sprechen.

In der Anhörung hat sich ein unterschiedliches Bild ergeben. Während naturgemäß die derzeitigen Betreiber, der Betriebsrat der Spielbank Baden-Baden und die Gewerkschaft Bedenken angemeldet haben, haben der Betriebsrat der Spielbank Konstanz sowie die Bäder- und Kurhausverwaltung Baden-Baden (BKV) keine Einwendungen erhoben. Die BKV hat die Erwartung geäußert, ab dem Jahr 2001 selbst die Spielbanken in Baden-Baden und Konstanz betreiben zu können.

Die von den Republikanern sowohl im Innenausschuß wie auch heute geäußerten Bedenken — Zusammenhang von illegalen Spielkasinos und staatlichen Spielbanken — gehen an der Sache völlig vorbei. Die Landesregierung wird weiterhin mit voller Härte gegen illegale Spielkasinos vorgehen, aber auf der anderen Seite auch die im Spielbankengesetz eröffneten Möglichkeiten konsequent nutzen.

Baden-Württemberg hat auch nach der Gründung einer neuen Spielbank in Stuttgart immer noch weniger Spielbanken als andere Bundesländer. Langfristig sollten wir insbesondere für den Raum Freiburg und den nordbadischen Bereich Mannheim/Heidelberg ein ähnliches Angebot schaffen. Es müssen nicht alle Unterhaltungsangebote in Stuttgart-Möhringen entstehen.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Richtig! — Abg. Schrempp SPD: Sehr gut!)

Jetzt eine Entscheidung für die staatliche Trägerschaft in Baden-Baden und Konstanz zu treffen ist sinnvoll, auch deswegen, damit sich die derzeitigen Betreiber frühzeitig darauf einstellen können. Sie haben zwar rechtliche Schritte sowohl gegen dieses Änderungsgesetz als auch gegen etwaige spätere Verwaltungsakte auf der Grundlage dieses Gesetzes angekündigt. Diesen sehen wir jedoch mit Gelassenheit entgegen.

Was der Gesetzgeber rechtlich tun kann, hat er getan. Im übrigen gehen wir davon aus, daß die Finanzverwaltung und die Bäder- und Kurhausverwaltung Baden-Baden (BKV) die Zeit bis zum Jahr 2001 nutzen werden, um sich mit den derzeitigen Kasinobetreibern über eine einvernehmliche Trennung zu verständigen.

Ihre Ausführungen, Herr Kiel, zu diesem Komplex konnte ich schlicht nicht verstehen bzw. mir nur mit der bei der FDP offensichtlich vorhandenen Sympathie für Besserverdienende erklären. Was daran das besondere, spezifische private Engagement sein soll und weshalb man die „Lizenz zum Gelddrucken“ ausgeben soll, ist mir nicht klargeworden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

(Minister Birzele)

Das müssen Sie mir auch einmal am Beispiel eines kanadischen Staatsangehörigen, der Anteile hat, näher erläutern.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Das will ich gerne tun, wenn ich Ihnen behilflich sein kann!)

Was die Ausführungen von Herrn Keitel betrifft, so würde es sich um einen klaren Wortbruch handeln. Die Voraussetzung für die Regelung zur Finanzierung des Festspielhauses in Baden-Baden — Landesbeitrag 5 Millionen DM jährlich für die Dauer von 25 Jahren — war — und diese Regelung wurde, wie Sie, Frau Kollegin Lazarus, bestätigen können, in Übereinstimmung mit der Stadt Baden-Baden getroffen — die Refinanzierung über die zusätzlichen Einnahmen durch die Verstaatlichung der Spielbank.

Wir haben überlegt, ob wir, um solchem Verhalten vorzubeugen, die Konzession schon in dieser Legislaturperiode an eine staatliche Gesellschaft vergeben sollten. Aber wir — da meine ich die SPD-Mitglieder im Kabinett — haben uns auf das von der CDU gegebene Wort verlassen.

Herr Keitel, ich nehme an, Sie haben hier als Einzelperson ohne jede Absicherung und Rücksprache mit Ihrer Fraktion gesprochen. Ich bedaure außerordentlich, daß, bevor dieses Gesetz überhaupt verabschiedet worden ist, die Übereinkunft bezüglich der Finanzierung des Festspielhauses in Baden-Baden in dieser Weise in Frage gestellt worden ist.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Keitel.

Abg. Keitel CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bütikofer ist leider — — Da ist er ja.

(Abg. Hackl GRÜNE: Der ist immer da!)

Herr Bütikofer, ich stimme dem zu, was Sie zur Finanzierung gesagt haben, und ich stimme auch dem zu, was Sie, Herr Minister, gesagt haben. Das ist unbestritten.

(Abg. Drexler SPD: Wollen Sie es aus dem Haushalt nehmen?)

— Einen Moment! — Herr Minister, wer garantiert Ihnen aber, daß eine staatlich geführte Spielbank mehr einspielt, daß eine staatlich geführte Spielbank das gleiche Ergebnis erzielt, das heute bei privater Führung der Spielbanken in Baden-Baden und Konstanz an Finanzmitteln für das Land Baden-Württemberg effektiv eingespielt wird? Wer garantiert Ihnen das?

(Abg. Weimer SPD: So kommen Sie nicht raus!)

Ich behaupte, daß wir in diesen beiden Spielbanken europaweit das beste Management haben. Ich bin nicht sicher, Herr Minister, ob das, was Sie im Haushalt stehen haben, unter verstaatlichten Spielbanken in Zukunft tatsächlich eingespielt werden kann. Ich stimme Ihnen voll und ganz zu, auch dann, wenn später diese Spielbanken privat bleiben sollten — — Wir stimmen doch diesem Gesetzesvorschlag heute zu. Das habe ich doch überhaupt nicht in Frage gestellt. Nur, wie ein neuer Landtag in einer völlig anderen

Zusammensetzung über dieses Problem in den nächsten Jahren entscheidet, können Sie doch genausowenig festlegen wie ich. Ich weiß ja noch nicht einmal, wer in den nächsten vier, fünf Jahren hier die Regierungsverantwortung trägt.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Sie waren doch 25 Jahre gebunden!)

Deswegen, Herr Minister, bleibe ich dabei:

(Abg. Teßmer SPD: Wir wissen es!)

Ich persönlich stehe zu meiner Überzeugung, daß die Spielbanken in Baden-Baden und in Konstanz, so wie sie in den letzten zehn Jahren geführt worden sind, ohne jeglichen Skandal, ohne jedes Problem, im Management europaweit an der Spitze stehen. Ich kann nicht sehen, warum heute auf alle Ewigkeit festgezurrert werden soll, wie das nächste Parlament darüber entscheiden wird, wie diese Spielbanken nach 2001 weitergeführt werden.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Aber Sie haben es doch bezüglich des Geldes festgelegt! — Weitere Zurufe)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bütikofer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Keitel, mit diesem halbherzigen Rückzug kommen Sie aus der Kalamität, in die Sie sich begeben haben, nicht heraus.

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

Es ist völlig klar, daß jede künftige Landtagsmehrheit und jede künftige Regierung, sofern sie vom Parlament gestützt wird, natürlich Beschlüsse aus dieser oder früheren Legislaturperioden wieder revidieren, zerreißen und ändern kann.

(Abg. Keitel CDU: Gut so!)

Es ist völlig klar, daß jede künftige Regierung unter Ihrer Führung sich entscheiden kann, das Geld mit beiden Händen zum Fenster hinauszuschmeißen, formal. Das ist klar. Das haben Sie auch jetzt schon gemacht: Sie haben Geld zum Fenster hinausgeschmissen, das man besser gespart hätte. Es ist schon allein dadurch Geld zum Fenster hinausgeschmissen, daß man nicht schon vor einem Jahr beschlossen hat, diese Spielbank sollte im Jahr 2001 verstaatlicht werden.

Aber, Herr Keitel, es geht nicht, daß Sie — und das haben Sie getan; und da muß nicht eine halbgarere, sondern eine eindeutige und unzweifelhafte Distanzierung her — diese Gegenfinanzierung jetzt aufkündigen, ohne irgendein Wort zu diesem Loch im Haushalt zu sagen, das Sie damit reißen.

(Abg. Keitel CDU: Ich habe nichts aufgekündigt!)

Wissen Sie, es ist scheinheilig, Herr Keitel, wenn Sie jetzt sagen, man wisse ja gar nicht, ob durch die Verstaatlichung mehr Geld hereinkomme. Das ist deshalb scheinheilig, weil genau dieser Kompromiß ja unter Mitwirkung des Finanzministeriums zustande gekommen ist. Das heißt, unter Mitwirkung des Finanzministeriums ist diese Kalkulation, daß eben die Verstaatlichung die Mittel bringt, die man zur Fi-

(Bütikofer)

finanzierung des Festspielhauses braucht, zustande gekommen. Also, das geht nicht, Herr Keitel.

(Abg. Ursula Lazarus CDU: Das stimmt nicht!)

— Sie, Frau Lazarus, halten sich aus dem Ding besser raus. Sie haben sich schon einen ziemlich schlimmen Namen gemacht als rücksichtslose Lobbyistin zu Lasten des Landeshaushalts in diesen Fragen.

(Beifall bei den GRÜNEN — Widerspruch der Abg. Ursula Lazarus CDU)

Ich möchte zur Geschäftsordnung beantragen, daß der Staatssekretär im Finanzministerium aufgefordert wird, hier für das Finanzministerium eine Stellungnahme zu dieser Frage abzugeben. Das geht nicht einfach so durch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung.

(Abg. Hackl GRÜNE: Baumhauer kneift!)

Der Innenausschuß empfiehlt Ihnen mit der Beschlußempfehlung Drucksache 11/7053 — —

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ich habe einen Antrag zur Geschäftsordnung gestellt, nämlich darüber abzustimmen, daß der Landtag den Finanzstaatssekretär auffordert, zu dieser Frage hier Stellung zu nehmen!)

— Ich kann nicht darüber abstimmen lassen, daß jemand das Wort ergreift. Es kann nur seine Anwesenheit verlangt werden.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Er kann aufgefordert werden! Das kann er! Natürlich!)

— Nein, nein.

(Unruhe)

Er kann nur aufgefordert werden, präsent zu sein. Sie können niemanden zu einer Erklärung auffordern. Da keine Wortmeldung erfolgt, kann ich niemanden zwingen, das Wort zu ergreifen.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich habe bereits ausgeführt, daß der Innenausschuß Ihnen mit der Beschlußempfehlung Drucksache 11/7053 empfiehlt, dem Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Spielbankengesetzes

Wer dem Artikel 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenstimmen? — Stimmenthaltungen? —

Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist Artikel 1 zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenstimmen? — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen ist Artikel 2 zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 7. Februar 1996 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Spielbankengesetzes“. — Sie stimmen dieser Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlußabstimmung

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei drei Enthaltungen und einigen Gegenstimmen ist das Gesetz angenommen.

Zu einer Erklärung zur Abstimmung erteile ich Frau Abg. Lazarus das Wort.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich erlaube mir eine kurze Erklärung zur Abstimmung.

Zuerst noch eine Bemerkung: Ich glaube, jeder Abgeordnete ist bemüht, zugunsten seines Wahlkreises zu arbeiten.

Zweitens: Es ist mir nicht leichtgefallen, bei dieser Abstimmung dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Das gebe ich offen zu. Es war für mich eine Konsequenz aus dem Zusammenhang mit dem Festspielhaus. Diesen Zusammenhang habe ich gesehen und habe deswegen die Konsequenz gezogen, hier zuzustimmen.

Ich kann noch einmal zum Inhaltlichen sagen: Natürlich ist darin ein Teil der Finanzierung vorgesehen — ich sage ganz bewußt: ein Teil —; denn man muß nicht verstaatlichen, um zu dem Zeitpunkt, wo es möglich ist, auch durch Veränderung zum Beispiel von Beteiligungsverhältnissen — da ist der Konzessionsgeber ja völlig frei —, Geld herauszuziehen. Das war der erste Denkansatz. Dann kam die SPD und hat das durchgesetzt, was sie lange, bevor überhaupt von einem Festspielhaus die Rede war, schon gewollt hat, nämlich schon beim ersten Gesetzentwurf.

(Abg. Schrempf SPD: Richtig!)

Wir nehmen auch nur eine Offenhaltungsklausel heraus, was ich sehr bedaure.

Wie gesagt, ich habe die Konsequenz gezogen. Deshalb, weil das die Bedingung dafür gewesen ist, habe ich heute mit Ja gestimmt.

(Abg. Drexler SPD: Was heißt das jetzt?)

**Stellv. Präsident Straub:** Damit ist Punkt 10 der Tagesordnung erledigt.

\*

#### Erklärung zu Protokoll gemäß § 102 Abs. 3 GeschO

**Abg. Keitel CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir novellieren heute ein Gesetz, das wir vor einem knappen Jahr unter nicht unbeträchtlichen Geburtswehen beschlossen haben. Für einen unbefangenen Beobachter mag dies seltsam und ungereimt erscheinen. Und dem ist auch so.

Der Zweck dieser Novelle zum Spielbankengesetz ist die Verstaatlichung der Spielbanken in Baden-Baden und Konstanz. Beim Erlaß des Spielbankengesetzes hat die CDU-Fraktion verhindert, daß diese Entscheidung damals ins Gesetz aufgenommen worden ist. Wir waren dafür, daß die Frage, wie die Spielbanken in Baden-Baden und Konstanz ab dem Jahr 2001 betrieben werden sollen, offengehalten wird. Wir wollten diese Entscheidung abhängig machen von der weiteren Entwicklung des Spielbankwesens im Land und von der konkreten Beurteilung der Qualität und Leistungsfähigkeit der Spielbanken.

Die CDU-Fraktion sieht auch heute noch kein grundsätzliches ordnungspolitisches Hindernis, Spielbanken auch in der Regie privater Unternehmer betreiben zu lassen. Für uns sind Qualität, Vertrauenswürdigkeit und Erfolg der Unternehmer und des Managements ausschlaggebend. Wir halten dies auch für sachgerechter als eine im Grunde neidorientierte Verstaatlichungspolitik.

Jetzt wird die Entscheidung vom Februar revidiert. Die Offenhaltungsklausel für Baden-Baden und Konstanz wird gestrichen. Die CDU-Fraktion will dies heute so wenig wie damals. Wir halten diese Entscheidung für falsch.

Die dem Gesetz beigefügte Begründung, die wortreich darzulegen versucht, daß die Verstaatlichung der beiden Spielbanken eine notwendige und konsequente Folge darstelle, ist eine Scheinbegründung. Weder zwingen Belange der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dazu, Spielbanken nur in staatlicher Regie zu führen, noch sind privat geführte Spielbanken grundsätzlich weniger vertrauenswürdig oder schlechter kontrollierbar als Spielbanken in ausschließlich staatlichem Eigentum. Im Spielbankenbetrieb werden sich Gesellschaften, an denen Privatpersonen beteiligt sind, nicht anders verhalten als Gesellschaften, an denen nur das Land beteiligt ist.

Auch die fiskalischen Erwägungen in der Begründung des Gesetzentwurfs überzeugen nicht. In erster Linie geht es nämlich nicht darum, ob das Land noch einige restliche Prozente aus dem Spielbankenerlös erhält. Viel wichtiger – auch aus der Sicht des Landeshaushalts – ist die Frage, wie erfolgreich die Spielbank wirtschaftet, welchen Spielertrag sie also abwirft.

Nicht der Beteiligungsprozentsatz, sondern der Spielertrag entscheidet über die staatlichen Einnahmen aus der Spielbank. Je höher der Spielertrag ist, um so mehr erhält der Landeshaushalt. Wenn der Spielertrag zurückgeht, nützt auch das staatliche Eigentum nichts mehr. 100 % von einer schlechten Einnahmehasis können sehr schnell wesentlich

weniger sein als 92 % von einer sehr guten Basis, wie wir sie derzeit in etwa haben.

Wir halten diese Entscheidung deshalb für eine wirtschaftliche Fehlentscheidung. Mit der Verstaatlichungsentscheidung wird die Spielbank Baden-Baden jetzt in eine vierjährige Phase der Stagnation getrieben. Wir nehmen dem jetzigen Spielbankenmanagement jeden Anreiz für die Zukunft. Wir setzen uns außerdem der Unsicherheit aus, wie erfolgreich das Spielbankenmanagement ab dem Jahr 2001 sein wird. Kein Mensch garantiert uns, daß dieses neue Management den Erfolg der Spielbanken Baden-Baden und Konstanz fortsetzen kann. Denn unbestritten ist doch, daß die Spielbank Baden-Baden unter ihrem jetzigen Management die erfolgreichste Spielbank Europas, vielleicht sogar weltweit, im großen Spiel ist. Das weltweite Renommee dieser Spielbank, ihr Flair und ihr Image sind wesentlich vom heutigen Spielbankenmanagement geprägt. Niemand gibt uns die Gewähr dafür, daß wir dies auch in staatlicher Regie weiterführen können. Wir setzen mit diesem Gesetzentwurf eine wichtige Einnahmeposition des Landeshaushalts ab sofort einer großen Unsicherheit aus.

Wenn sonst nichts, so sollte denen, die diesen Gesetzentwurf herbeigeführt haben, doch die Stellungnahme der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen im Anhörungsverfahren zu denken geben.

Was sind die wahren Motive für diesen Gesetzentwurf? Die Entscheidung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Errichtung eines Festspielhauses in Baden-Baden. Die CDU-Fraktion wollte dieses Festspielhaus. Sie wollte die Stadt Baden-Baden und die ganze Region in ihrem Bemühen unterstützen, eine neue, attraktive und zukunftsfähige Kulturinstitution in Baden-Baden zu schaffen. Wir sind davon überzeugt, daß Baden-Baden einen solchen investiven Impuls braucht.

Der Preis des Koalitionspartners dafür war die Verstaatlichung der Spielbank. Nachdem selbst der Widerstand der Stadt Baden-Baden gegen die Verstaatlichung aufgegeben wurde, haben wir uns schweren Herzens und mit einem bitteren und ungunstigen Gefühl dazu durchgerungen. Koalitionen haben eben ihre eigenen Gesetze.

Es bleibt mir, festzustellen, daß diese Entscheidung noch nicht endgültig und unumkehrbar ist. Dem neuen Landtag bleibt nach der Landtagswahl noch genügend Zeit, diese gesetzgeberische Fehlentscheidung mit anderen Mehrheitsverhältnissen wieder zu korrigieren. Ich hoffe, daß dies tatsächlich geschehen kann und geschehen wird.

\*

**Stellv. Präsident Straub:** Ich rufe Punkt 11 der Tagesordnung auf:

- a) **Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 3. Januar 1996 – Veräußerung einer landeseigenen Baufläche an der Hegelstraße in Stuttgart an die Steuerberaterkammer Stuttgart zur Errichtung eines Steuerberaterhauses – Drucksachen 11/6984, 11/7061**

Berichterstatlerin: Abg. Helga Ulmer

– Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

(Stellv. Präsident Straub)

b) **Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 4. Januar 1996 — Verkauf des landeseigenen Grundstücks Flst. Nr. 4094, Bülzen, in Besigheim — Drucksachen 11/6985, 11/7062**

Berichterstatter: Abg. Keitel

— Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

c) **Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 5. Januar 1996 — Verkauf von landeseigenen Grundstücken in Boxberg — Drucksachen 11/6987, 11/7063**

Berichterstatter: Abg. Schöttle

— Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

d) **Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 9. Januar 1996 — Veräußerung des ehemaligen Heinrich-Lanz-Krankenhauses in Mannheim (Flst. Nrn. 5583 und 5583/1) — Drucksachen 11/6992, 11/7051**

Berichterstatter: Abg. Dr. Geisel

— Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

Ich rufe Punkt 12 der Tagesordnung auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. November 1995 — Anmeldung des Landes Baden-Württemberg zum 25. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ — Drucksachen 11/6757, 11/7064**

Berichterstatter: Abg. Schöttle

— Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

Ich rufe Punkt 13 der Tagesordnung auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses — Drucksache 11/7067 — zu**

a) **der Mitteilung der Landesregierung vom 6. Dezember 1994 — Drucksache 11/5100**

b) **der Mitteilung des Ministeriums für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst vom 6. März 1995 — Drucksache 11/6094**

— Bericht der Landesregierung zu einem Beschluß des Landtags; hier: Denkschrift 1993 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1991; Nr. 28 — Badische Landesbühne e. V. Bruchsal, Württembergische Landesbühne Esslingen, Landestheater Württemberg-Hohenzollern Tübingen

Berichterstatter: Abg. Schöttle

— Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

Ich rufe Punkt 14 der Tagesordnung auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. Oktober 1995 — Information über beabsichtigte Grundgesetzänderungen; hier: Gesetzentwürfe zur Änderung der Artikel 13, 14 und 74 GG (Schaffung verfassungsrechtlicher Grundlagen für den Einsatz technischer Mittel zur Strafverfolgung in Wohnungen und zur Vermögensziehung) — Drucksachen 11/6674, 11/6739**

Berichterstatter: Abg. Dr. Lang

— Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

Ich rufe Punkt 15 der Tagesordnung auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Sozialausschusses zu der Mitteilung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung vom 16. Oktober 1995 — Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über die Bestimmung aufsichtsführender Länder nach Artikel 87 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes — Drucksachen 11/6653, 11/6831**

Berichterstatter: Abg. Dr. Repnik

— Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

Ich rufe Punkt 16 der Tagesordnung auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 21. August 1995 — Mittelstandsbericht 1995 — Drucksachen 11/6382, 11/6879**

Berichterstatter: Abg. Pfister

— Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

Ich rufe Punkt 17 der Tagesordnung auf:

**Beschlußempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 4. Oktober 1995 — Landesentwicklungsbericht 1994 — Drucksachen 11/6560, 11/6880**

Berichterstatter: Abg. Zeller

— Sie stimmen der Beschlußempfehlung zu.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste, die 81. Sitzung des 11. Landtags von Baden-Württemberg ist morgen, Donnerstag, 8. Februar 1996, um 9.30 Uhr.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluß: 21.22 Uhr